Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

14. April 1980
Jg. 8 Nr. 16

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Enge Beratungen der Gasproduzenten über Preisanhebungen

z.pel. Während die USA und Frankreich weiterhin die von Algerien geforderte Preiserhöhung bei Gas von 3 auf 6 $, die Anbindung des Gaspreises an die Ölpreisentwicklung und stärkere Investitionen bei der Gasverflüssigung verweigern, hat Anfang April Mexiko seinerseits den Gaspreis angehoben. Die US-Imperialisten müssen jetzt für die 3,3 Mrd. m³ Gas 4,5 $ anstelle der bisherigen 3,6 $ pro 1000 Kubikfuß (30 m³) und damit den gleichen Preis wie für kanadisches Gas zahlen. Zur selben Zeit hat die niederländische Regierung die Forderung der Produzentenländer der Dritten Welt nach Anhebung des Gaspreises auf Ölpreisniveau unterstützt und Neuverhandlungen ihrer Lieferverträge angekündigt. Sprecher des algerischen Staatsmonopols Sonatrach bestätigten Preisabstimmung der Produzenten und Gespräche über eine „Gas-OPEC".

OPEC: Erdgasressourcen für Aufbau der Industrie nutzen

z.anb. Im Zusammenhang mit dem Langzeitbericht der OPEC-Strategiekommission, der Gegenstand der am 5. Mai in Taif tagenden Ministerkonferenz sein wird, hat Generalsekretär René Ortiz Maßnahmen vorgeschlagen, um die Abfackelungsquote bei Erdgas (49% der Produktion gegenüber 11% im Weltmaßstab) durch produktiven Konsum zu senken. Die OPEC hält 15% der Weltgasproduktion, aber 39% der derzeitigen -reserven. Die Abfackelung entspricht einem Verlust von rund 2 Mio. barrel Öl pro Tag (1,4 Mrd. m³ im Jahr). Sie ist Hinterlassenschaft der Ölausbeute durch das imperialistische Kapital, für das die Nutzung assoziierter Gasfunde reizlos war, solange Öl die billigste Energiequelle am Weltmarkt repräsentierte. Die OPEC dagegen müsse in ihrer Preispolitik von den Produktionskosten *insgesamt*, d.h. von Öl *und* Gas ausgehen.

UdSSR beschwört „uneigennützige Hilfe" an Iran

z.anb. Vor noch nicht drei Wochen empörte sich die sowjetische Presse über die „völlig übertriebene" Forderung des Iran von 130 $ pro 1000 m³ Erdgas. Der jetzt gekündigte Vertrag, unter dem Schah abgeschlossen, be-

OPEC: Erdgasressourcen für Aufbau der Industrie nutzen

z.anb. Im Zusammenhang mit dem Langzeitbericht der OPEC-Strategiekommission, der Gegenstand der am 5. Mai in Taif tagenden Ministerkonferenz sein wird, hat Generalsekretär René Ortiz Maßnahmen vorgeschlagen, um die Abfackelungsquote bei Erdgas (49% der Produktion gegenüber 11% im Weltmaßstab) durch produktiven Konsum zu senken. Die OPEC hält 15% der Weltgasproduktion, aber 39% der derzeitigen -reserven. Die Abfackelung entspricht einem Verlust von rund 2 Mio. barrel Öl pro Tag (1,4 Mrd. m³ im Jahr). Sie ist Hinterlassenschaft der Ölausbeute durch das imperialistische Kapital, für das die Nutzung assoziierter Gasfunde reizlos war, solange Öl die billigste Energiequelle am Weltmarkt repräsentierte. Die OPEC dagegen müsse in ihrer Preispolitik von den Produktionskosten insgesamt, d.h. von Öl und Gas ausgehen.

UdSSR beschwört „uneigennützige Hilfe" an Iran

z.anb. Vor noch nicht drei Wochen empörte sich die sowjetische Presse über die „völlig übertriebene" Forderung des Iran von 130 $ pro 1000 m³ Erdgas. Der jetzt gekündigte Vertrag, unter dem Schah abgeschlossen, be-

scherte der UdSSR einen Preis von 27 $, d.h. weit unter den eigenen Produktionskosten. Die klare Haltung des Iran – „eher fackeln wir das Gas ab, als es zu verschenken" – hat die Sowjetunion zu Manövern gezwungen. „Schon immer" sei ihre Hilfe „uneigennützig" gewesen (TASS). 5mal habe der Iran den Gaspreis erhöht, die Sowjetunion dagegen ihre Maschinenlieferungen nicht, aus Interesse am „Ausbau gutnachbarlicher Beziehungen". Dies gelte auch jetzt, angesichts der US-Blockadedrohung: Aserbaidshan und die Häfen am Kaspischen Meer seien für den „lebenswichtigen" Transit von Waren in den Iran bereit.

Kaffeeproduzenten gründen eigene internationale Verkaufsfirma

z.hef. Die lateinamerikanischen kaffeeproduzierenden Länder, die sich in der Bogota-Gruppe zusammengeschlossen haben, werden in der nächsten Woche in Panama zusammentreffen. Das gab das brasilianische staatliche Kaffeeinstitut bekannt. Haupttagesordnungspunkt wird die Billigung des Statuts der International Coffee Company sein. Die kaffeeproduzierenden Länder wollen die International Coffee Company als internationale Handels- und Vermarktungsorganisation dem imperialistischen Monopol im Kaffeehandel, vor allem dem der US-Imperialisten, entgegensetzen. Sie wird ihr Hauptquartier in Panama und ein Büro in London haben. Brasilien selbst hat seinen Mindestpreis in der letzten Woche um 3 Cent auf 1,93 Dollar erhöht. Die Kaffeemonopole kaufen im Moment wenig, mit der erklärten Absicht, die Preise im Verlauf der nächsten Monate wieder zu drücken.

US-Imperialisten verschärfen Druck gegen Iran

Ziehen die EG-Imperialisten mit? Sozialimperialisten in Lauerstellung

z.ges. Die Sowjetunion bereitet gegenwärtig die Ausgangspositionen vor, um Afghanistan mit Ende des Winters vollends unter Kontrolle ihrer Aggressionstruppen zu bekommen. Diesem Zweck dienen die militärischen Aktionen, um die Gebirgstäler zu säubern, die zu den Pässen nach Pakistan führen. Gelänge es den sowjetischen Aggressoren, diese Pässe unter Kontrolle zu bekommen, dann hätten sie die Verbindung der Widerstandskämpfer zu den Völkern der Welt abgeschnitten und könnten sich im Land austoben, um den Widerstand zu zerschlagen. Dafür, daß die sowjetischen Aggressionstruppen in ihren Säuberungsaktionen gegen die afghanischen Volksmassen Giftgas und Napalmbomben einsetzen, gibt es starke Anhaltspunkte, insbesondere die Aussagen der Widerstandskämpfer selber. Es gibt auch Dementis von Seiten der Sowjetunion. Zu dementieren bräuchten sie nichts mehr, wenn sie Afghanistan weitgehend eingeschnürt hätten. Die vietnamesischen Aggressoren haben gegenüber dem Demokratischen Kampuchea ebenfalls immer wieder versucht, die Verbindung zu Thailand zu kappen. Wäre es ihnen gelungen, dann wüßte heute niemand, daß der Widerstand gegen die Aggression andauert und sich entwickelt. Die Besatzung könnte als vollendete Tatsache aussehen. In Kampuchea ist das nicht gelungen, weil der Widerstandskampf unter einer einheitlichen Führung steht, der Führung der Regierung des Demokratischen Kampuchea. Solange in Afghanistan der Islam die Richtschnur der Einheit abgeben soll und nicht ein nationales Befreiungsprogramm, wird eine Einigung schwer fallen.

Die USA hatten ihre offenen Pressionsversuche gegenüber dem Iran für einige Monate aufgegeben, als sie erkennen mußten, daß damit kein Durchkommen gegenüber der iranischen Revolution möglich war. Bani-Sadr, der Staatspräsident des Iran, hatte die Übernahme der Geiseln durch den iranischen Revolutionsrat zugesagt, wenn Präsident Carter öffentlich versichere, daß die USA bis zur Freilassung der Geiseln auf jeden Versuch der Einmischung und des äußeren Drucks verzichten. Carter mochte sich

Dementis von Seiten der Sowjetunion. Zu dementieren bräuchten sie nichts mehr, wenn sie Afghanistan weitgehend eingeschnürt hätten. Die vietnamesischen Aggressoren haben gegenüber dem Demokratischen Kampuchea ebenfalls immer wieder versucht, die Verbindung zu Thailand zu kappen. Wäre es ihnen gelungen, dann wüßte heute niemand, daß der Widerstand gegen die Aggression andauert und sich entwickelt. Die Besatzung könnte als vollendete Tatsache aussehen. In Kampuchea ist das nicht gelungen, weil der Widerstandskampf unter einer einheitlichen Führung steht, der Führung der Regierung des Demokratischen Kampuchea. Solange in Afghanistan der Islam die Richtschnur der Einheit abgeben soll und nicht ein nationales Befreiungsprogramm, wird eine Einigung schwer fallen.

Die USA hatten ihre offenen Pressionsversuche gegenüber dem Iran für einige Monate aufgegeben, als sie erkennen mußten, daß damit kein Durchkommen gegenüber der iranischen Revolution möglich war. Bani-Sadr, der Staatspräsident des Iran, hatte die Übernahme der Geiseln durch den iranischen Revolutionsrat zugesagt, wenn Präsident Carter öffentlich versichere, daß die USA bis zur Freilassung der Geiseln auf jeden Versuch der Einmischung und des äußeren Drucks verzichten. Carter mochte sich

dazu nicht bereit finden. Jetzt, nachdem die Geiseln weiterhin in der Hand der Botschaftsbesetzer bleiben, sind die USA erneut zu offenen Druckmaßnahmen gegen den Iran übergegangen. Abbruch der diplomatischen Beziehungen ist immer eine halbe Kriegserklärung. Außerdem haben die USA einen Handelsboykott beschlossen, allerdings noch keine Seeblockade verhängt, für die die Flottenverbände bereits zusammengezogen sind. Das iranische Staatsvermögen in den USA wird freigegeben, um Ansprüche von US-Bürgern und US-Konzernen wie der Familienangehörigen der Geiseln zu „entschädigen". So kann man einen Handelsboykott auch finanzieren. Visa für iranische Staatsbürger sollen nicht mehr ausgestellt und auch nicht mehr erneuert werden. „Weitere Maßnahmen" hat Carter angekündigt: „Das Festhalten der Geiseln wird einen immer höheren Preis kosten."

In Wirklichkeit können die USA allein mit den jetzigen Maßnahmen nicht viel erreichen. Im März betrugen die amerikanischen Ausfuhren in den Iran gerade noch 1,8 Mio. Dollar, gegenüber 300 Mio. Dollar monatlich zu Zeiten des Schah, den die USA dann nicht an das iranische Volk herausrücken wollten. Nur die Verbündeten, EG und Japan, könnten mit einem Boykott den Iran tatsächlich treffen. Aber sie können auch durch den Iran getroffen werden. Japan hängt zu 10% in seinem Ölverbrauch vom Iran ab und hat erst letztes Jahr einen neuen Liefervertrag über 500000 barrel pro Tag mit dem Iran geschlossen. Ungefähr gleich viel Öl wie nach Japan liefert der Iran in die EG, davon vor allem an die BRD, die ebenfalls zu einem Zehntel von dem iranischen Ölexport abhängt, und nach Großbritannien. Schlössen sich die EG-Imperialisten und Japan dem Boykott an, dann verlören sie nicht nur diesen Ölanteil, sondern erst recht ihren Import in den Iran, mit dem sie den Ölkauf finanzieren. Große Begeisterung herrscht also nicht über den amerikanischen Appell. Außerdem ist absehbar, daß sich im Iran dann jene Kräfte durchsetzen würden, die eine Anlehnung an die Sowjetunion verlangen. Schon jetzt kritisiert die Zeitung der Islamischen Republikanischen Partei den Staatspräsidenten Bani-Sadr, weil er glaube, sich innneren Problemen zuwenden zu können, indem er

In Wirklichkeit können die USA allein mit den jetzigen Maßnahmen nicht viel erreichen. Im März betrugen die amerikanischen Ausfuhren in den Iran gerade noch 1,8 Mio. Dollar, gegenüber 300 Mio. Dollar monatlich zu Zeiten des Schah, den die USA dann nicht an das iranische Volk herausrücken wollten. Nur die Verbündeten, EG und Japan, könnten mit einem Boykott den Iran tatsächlich treffen. Aber sie können auch durch den Iran getroffen werden. Japan hängt zu 10% in seinem Ölverbrauch vom Iran ab und hat erst letztes Jahr einen neuen Liefervertrag über 500000 barrel pro Tag mit dem Iran geschlossen. Ungefähr gleich viel Öl wie nach Japan liefert der Iran in die EG, davon vor allem an die BRD, die ebenfalls zu einem Zehntel von dem iranischen Ölexport abhängt, und nach Großbritannien. Schlössen sich die EG-Imperialisten und Japan dem Boykott an, dann verlören sie nicht nur diesen Ölanteil, sondern erst recht ihren Import in den Iran, mit dem sie den Ölkauf finanzieren. Große Begeisterung herrscht also nicht über den amerikanischen Appell. Außerdem ist absehbar, daß sich im Iran dann jene Kräfte durchsetzen würden, die eine Anlehnung an die Sowjetunion verlangen. Schon jetzt kritisiert die Zeitung der Islamischen Republikanischen Partei den Staatspräsidenten Bani-Sadr, weil er glaube, sich innneren Problemen zuwenden zu können, indem er

die antiamerikanische Kampagne abschwäche und sich gleichzeitig mit Kritik an der Sowjetunion reibe.

Die EG-Außenminister haben zunächst ihre Botschafter zu Bani-Sadr geschickt und wollen sie in den Hauptstädten berichten lassen. Der Übergang zu einem Einfrieren oder gar Abbruch der diplomatischen Beziehungen könnte dann fließend gestaltet werden. Im Wesentlichen spielen die EG-Imperialisten auf Zeit, wenn man sie aber machen läßt, kann doch dabei herauskommen, daß sie sich den US-amerikanischen Appellen beugen: vielleicht im Ausgleich dafür, daß sie überhaupt nicht daran denken, sich den Maßnahmen der US-Imperialisten gegen die andere Supermacht wegen der Aggression in Afghanistan anzuschließen. Von den Interessen der Arbeiterklasse und der Volksmassen her liegen die Dinge einfach: erforderlich ist der entschiedene Kampf gegen die sowjetische Aggression in Afghanistan, und erforderlich ist auch der entschiedene Kampf gegen die US-imperialistischen Pressionen auf den Iran.

Im Iran selber drohen die islamisch-chauvinistischen Kräfte die Oberhand zu gewinnen, die die Schwierigkeiten der Revolution und des Aufbaus nach außen abladen wollen. Sie forcieren den Konflikt mit dem Irak, der auf vom Schah beschlagnahmte Golfinseln und das Kurdenproblem zurückgeht, wie andererseits auf irakische Einmischungsversuche in die von Arabern bewohnten iranischen Ölgebiete. Khomeiny hat zum Sturz der irakischen Regierung aufgerufen. Macht das iranische Volk den Spaltereien kein Ende, dann werden die beiden Supermächte ganz schön im Trüben fischen können.

Protestaktionen der Postbediensteten gegen Nacht- und Schichtarbeit



Durch zahllose Rationalisierungsmaßnahmen steigerte die Bundespost die Zahl der in Nacht- und Wechselschicht gepreßten Postler auf rund 200000 der insgesamt 509279 Beschäftigten. In zahlreichen Warnstreiks während des Lohnkampfes und in den gegenwärtig von der Deutschen Postgewerkschaft einheitlich durchgeführten Protestaktionen wie der Demonstration und Kundgebung von 700 Postlern in München am 22.3. (Bild), den Informationsständen der DPG in Westberlin am 29.3., der Demonstration und Kundgebung von rund 500 Postbeschäftigten am 27.3. in Frankfurt etc. erheben die Postler ihre Forderungen: einhalbfache Anrechnung der Arbeitszeit im Schichtdienst, Einführung weiterer

Protestaktionen der Postbediensteten gegen Nacht- und Schichtarbeit



Durch zahllose Rationalisierungsmaßnahmen steigerte die Bundespost die Zahl der in Nacht- und Wechselschicht gepreßten Postler auf rund 200000 der insgesamt 509279 Beschäftigten. In zahlreichen Warnstreiks während des Lohnkampfes und in den gegenwärtig von der Deutschen Postgewerkschaft einheitlich durchgeführten Protestaktionen wie der Demonstration und Kundgebung von 700 Postlern in München am 22.3. (Bild), den Informationsständen der DPG in Westberlin am 29.3., der Demonstration und Kundgebung von rund 500 Postbeschäftigten am 27.3. in Frankfurt etc. erheben die Postler ihre Forderungen: einhalbfache Anrechnung der Arbeitszeit im Schichtdienst, Einführung weiterer

bezahlter Pausen und Anrechnung der Pausen auf die Arbeitszeit, Anerkennung der Zeiten von 20 bis 6 Uhr als Nachtdienst.

Volksmassen in den RGW-Staaten zahlen Kriegstribute

Verschlechterte Austauschverhältnisse mit der UdSSR / der Mythos der „stabilen Preise" ist offiziell dahin

z.gek. Äußerlich ist alles in Ordnung. Der kommende 25. Jahrestag der Gründung des Warschauer Paktes sieht die Mitglieder – Rumänien ausgenommen – fest um die Hegemonialmacht geschart. Sowohl die ungarische als die polnische Arbeiterpartei haben, nach wochenlangem Zögern, inzwischen auf ihren Parteitagen schrill klingende Bekundungen der Unterstützung der sozialimperialistischen Okkupation Afghanistans abgegeben. Überhaupt scheinen die revisionistischen Machthaber in den osteuropäischen RGW-Staaten über die gröbsten innenpolitischen Schwierigkeiten hinweg zu sein.

In Polen hat die Regierung Babiuch nach den Sejm-Wahlen den endgültigen Abbau der angeblich gezahlten (tatsächlich nur mit Konsumsteuern verrechneten) Subventionen für Lebensmittel, Mieten und Heizung angekündigt. In Ungarn werden zum 1. April zum dritten Mal binnen 9 Monaten die Preise erhöht, insbesondere die Benzinpreise (um 11-13%). Die reale Senkung der Löhne wird in Ungarn auch nicht mehr geleugnet. – Eine eben in der CSSR verkündete Wirtschaftsreform legt das Schwergewicht ganz auf die Steigerung der Rentabilität der Betriebe durch intensivere Ausbeutung, und als Haupthebel dazu auf die „größere Differenzierung in der Entlohnung der Einzelpersonen entsprechend ihrer wirklichen Verdienste". Klar, wer harte Knochenarbeit leistet, macht sich weniger „verdient" als einer, der 10 andere zur Knochenarbeit antreibt. – In der DDR ist die von Honecker im Dezember angekündigte Preisreform jetzt angelaufen. Wenige Grundnahrungsmittel bleiben noch billig; die gängigsten Konsumgüter sollen bald zum erzielbaren Marktpreis (incl. Steuer) verkauft werden; Waren des „gehobenen Bedarfs", tatsächlich die notwendigen langlebigen Gebrauchsgüter, sollen noch teurer werden als sie sind.

Der Mythos der „stabilen Preise" ist damit offiziell dahin; die Lüge hatte immer kürzere Beine bekommen. Eine wachsende Zahl von Gütern ging in die amtliche Preisberechnung nicht ein. Ohnehin bedeutet es Geldentwertung für die Arbeiter, wenn sie von ihren Löhnen nicht kaufen können, was sie brauchen. In den völlig übersteigerten Preisen, die z.B. für Autos oder Haushaltsgeräte gezahlt werden müssen, oft auf dem Schwarzmarkt noch verdoppelt und verdreifacht, kommt die Teuerung auch real zum Vorschein.

Dieses Auseinanderklaffen der Geldeinkommen der Volksmassen und der realen Warendeckung hängt direkt mit dem Tribut zusammen, den die Länder an die Sozialimperialisten als oberste Kriegsherren zahlen müssen (und *doppelt* an die westlichen Monopolisten und Wucherer, die die Zwangslage ausnutzen). Ganz handgreiflich bei der DDR: sie muß 1980 mehr als ein Viertel ihrer Exporte, großteils Maschinen, an die Sowjetunion allein für Erdöl wegzahlen. 1975 hatte sie nur 14% wegzahlen müssen. 1985 kann es gut und gern ein Drittel sein, wohlgemerkt für *dieselbe* Menge Öl. Die Opec-Staaten, die die westlichen Kapitalisten beliefern, können für ihre entwerteten Dollar nicht mehr John-Deere-Traktoren z.B. kaufen als 1975. Anders die Sowjetunion, die sich in Bereichen wie Maschinenbau, Werften, Landmaschinen, Schienenfahrzeugen etc. inzwischen 50 bis 80% der Exporte der DDR sichert, aber z.B. auch 65% der exportierten Oberbekleidung oder 47% bei Möbeln und Polsterwaren. 25 Jahre Warschauer Pakt.

Osterdemonstrationen in Irland für Abzug der britischen Imperialisten und irische Einheit



In ganz Irland, in England und USA führte die republikanische Bewegung am Ostersonntag Gedenkmärsche für den Osteraufstand 1916 durch. Eine der Hauptforderungen war die Freilassung der politischen Gefangenen in den H-Blocks.

z.ere. **Vom 29. April bis 8. August sollen zwei der insgesamt elf Zerstörer zu „Ausbildungszwecken" in den Indischen Ozean auslaufen.** Wenngleich 1978 geplant und 1979 beschlossen, hat die Entsendung der Zerstörer „Lütjens" und „Bayern" sowie der Versorgungsschiffe „Spessart" und „Coburg" nach Karatschi (Pakistan), Bombay (Indien), Colombo (Sri Lanka) und Mombasa (Kenia) nichts mit dem vom „Vorwärts" beschworenen „General Zufall" zu tun. Zumal einen Tag vor Bekanntgabe dieser ersten Verbandsübung der Bundesmarine außerhalb des NATO-Bereichs Apel in Singapur die Eindrücke seiner Südostasienreise mit den Worten bilanzierte: „Sicherheitspolitik heißt auch Sicherung der Absatzmärkte und Rohstoffe". Eine Demonstration des BRD-Imperialismus gegenüber den Ländern der Dritten Welt, gegenüber dem US-Imperialismus eine Empfehlung. Die Zerstörerklasse der Bundesmarine ist nur auf den Einsatz in den Randmeeren ausgelegt. Insofern will es die Bundesregierung auch als „Signal der Solidarität" mit dem US-Imperialismus bei dessen Hegemonialbestrebungen verstanden wissen.

z.ebk. **Das Bundesministerium für Zusammenarbeit hat in einem „Handbuch für Lieferungen, Leistungen, Investitionen" die zahlreichen Vorteile zusammengestellt, die westdeutsche Kapitalisten für Investitionen in Ländern der Dritten Welt erhalten:** Darlehen zur Förderung von Niederlassungen bis zu einer Höhe von 2,5 Mio. DM werden zu 2,5 – 3,5% auf 15 Jahre gewährt. Die Bundesregierung sichert das Risiko von „Enteignung, Verstaatlichung sowie sonstige politisch motivierte Maßnahmen ... Krieg ... Revolution, Aufruhr" über „Hermes-Kredite" bis zu einer Höhe von 10 Mio. DM und einer Laufzeit von 20 Jahren ab. Aufgrund des Entwicklungssteuergesetzes können die Kapitalisten für Investitionen in Ländern der Dritten Welt steuerfreie Rücklagen bilden. Die Bundesregierung hat mit 39 Ländern der Dritten Welt „Investitionsförderungsverträge" abgeschlossen; mit denen sie den Schutz westdeutscher Kapitalanlagen und der aus den Arbeitern dieser Länder gepreßten Gewinne und deren Transfer in die heimische Kasse des westdeutschen Kapitalisten sichert. Mit diesem Instrumentarium will sich die westdeutsche Kapitalistenklasse weitere Einflußmöglichkeiten und Extraprofite aus den Ländern der Dritten Welt sichern.

z.dif. **Wie aus dem Jahresbericht des Wirtschaftsverbandes Erdöl- und Erdgasgewinnung hervorgeht, hat die Erdölförderung westdeutscher Unternehmen im Ausland 1979 zum ersten Mal mit 5,3 Mio. t die Inlandsförderung (4,8 Mio. t) übertroffen.** Die Gesamtförderung der westdeutschen Kapitalisten macht damit etwa 10% des „verfügbaren Rohöls" aus. Neben verstärkten Anstrengungen in der Auslandsförderung (dazu wurde die Demi-

gen bis zu einer Höhe von 2,5 Mio. DM werden zu 2,5 – 3,5% auf 15 Jahre gewährt. Die Bundesregierung sichert das Risiko von „Enteignung, Verstaatlichung sowie sonstige politisch motivierte Maßnahmen ... Krieg ... Revolution, Aufruhr" über „Hermes-Kredite" bis zu einer Höhe von 10 Mio. DM und einer Laufzeit von 20 Jahren ab. Aufgrund des Entwicklungssteuergesetzes können die Kapitalisten für Investitionen in Ländern der Dritten Welt steuerfreie Rücklagen bilden. Die Bundesregierung hat mit 39 Ländern der Dritten Welt „Investitionsförderungsverträge" abgeschlossen; mit denen sie den Schutz westdeutscher Kapitalanlagen und der aus den Arbeitern dieser Länder gepreßten Gewinne und deren Transfer in die heimische Kasse des westdeutschen Kapitalisten sichert. Mit diesem Instrumentarium will sich die westdeutsche Kapitalistenklasse weitere Einflußmöglichkeiten und Extraprofite aus den Ländern der Dritten Welt sichern.

z.dif. **Wie aus dem Jahresbericht des Wirtschaftsverbandes Erdöl- und Erdgasgewinnung hervorgeht, hat die Erdölförderung westdeutscher Unternehmen im Ausland 1979 zum ersten Mal mit 5,3 Mio. t die Inlandsförderung (4,8 Mio. t) übertroffen.** Die Gesamtförderung der westdeutschen Kapitalisten macht damit etwa 10% des „verfügbaren Rohöls" aus. Neben verstärkten Anstrengungen in der Auslandsförderung (dazu wurde die Demi-
nex gegründet) konzentrieren sich die westdeutschen Imperialisten auf direkte Lieferverträge mit den Förderländern, um gegenüber den großen amerikanischen und britischen Ölkonzernen unabhängiger zu werden. Das Bundeswirtschaftsministerium hat jetzt mit der saudiarabischen Ölgesellschaft Petromin für die Avia-Mineralöl-AG einen Direktlieferungsvertrag über dreijährige Lieferung von je 5 Mio. t Rohöl ausgehandelt. Mit Libyen besteht schon ein Vertrag über 2 Mio. t. Die Veba hat ebenfalls kürzlich einen Direktliefervertrag mit Petromin abgeschlossen, nach dem die Liefermenge um 1 Mio. t aufgestockt wird. Mit dem Stand vom 1.10.79 hat die Deminex Projekte und Vorhaben zur Erdölförderung in: Ägypten, Algerien, Angola, Argentinien, Australien, Brasilien, Britische Nordsee, Burma, China, Ecuador, Griechenland, Grönland, Guatemala, Guinea, Guayana, Indonesien, Irak, Iran, Irland, Kanada, Libyen, Malta, Malaysia, Marokko, Nigeria, NL-Antillen, Norwegische Nordsee, Oman-Dhofar, Peru, Philippinen, Senegal, Spanien, Syrien, Trinidad, Tunesien, UdSSR, Vereinigte Arabische Emirate, USA, Vietnam.

z.gih. **Über einen Kredit von 500 Millionen DM an Polen will die Bundesregierung die Bürgschaft übernehmen.** Dafür sollen für 1980 Stahlerzeugnisse, synthetische Fasern, Chemikalien sowie Ersatzteile nach Polen geliefert werden. Gleichzeitig wurden Bundesbürgschaften für Chemieanlagen und Kraftwerke, die in Libyen und Algerien in Kooperation mit Polen gebaut werden, übernommen. Bereits 1979 hatte die Bundesregierung Bürgschaften für Kredite von 750 Mio. DM (Federführung die Dresdner Bank) für die Erschließung von Vanadium-Ilmenit-Vorkommen und von 400 Mio. DM (Federführung die Deutsche Bank) für den Ausbau der Kupferstätten zugestimmt. Die westlichen Imperialisten wollen an die Rohstoffe (Kohle, Kupfer, Schwefel, Silber, Eisenerz- und Polymetallvorkommen) heran. Die polnische Gesamtverschuldung an westliche imperialistische Staaten beläuft sich auf eine Höhe von 20 Mrd. $.

Warenverkehr BRD – Polen
(in Mio. DM)

Jahr	Einfuhr aus Polen	Ausfuhr nach Polen	Diff.
1970	744	658	– 86
1971	770	777	+ 7
1972	988	1452	+ 464
1973	1219	2634	+ 1415
1974	1426	3615	+ 2189
1975	1436	3212	+ 1776
1976	1919	3219	+ 1300
1977	2089	2880	+ 799
1978	2086	2646	+ 560
1979	2200	2460	+ 260
Handelsbilanzdif. kumuliert			+ 8684

Quelle: Drucksache 8/1554, BfA Nr. 219, BMWI Nr. 7892

z.rua. **Ende März hat VW alle noch im Chrysler-Besitz befindlichen Aktien für das Chrysler-Werk in Argentinien aufgekauft und seinen Anteil von 49% auf 96% erhöht.** Der mit dem Bankrott ringende US-Konzern hatte bereits im Februar 1979 den Zweidrittelbesitz an seinem brasilianischen Werk für 50 Mio.$ an VW verkauft. In beiden Werken werden vor allem Geländefahrzeuge und leichte LKWs bis zu 2 t Ladefläche produziert, die in 12 Länder Lateinamerikas exportiert werden, vor allem nach Venezuela, Mexico und Kolumbien. Die VW-Kapitalisten wollen vorerst die Chrysler-Produktion beibehalten, innerhalb der nächsten zwei Jahre wollen sie die Produktion auf ihre eigenen Nutzfahrzeugtypen umstellen.

z.bef. **Mit dem neuen Bundesberggesetz soll die Gesetzgebungskompetenz von der Landesebene weg, auf Bundesebene zentralisiert werden.** In etwa zwei Wochen soll das Gesetz unter Dach und Fach sein. Mit dem Gesetz sollen für das Bergbaukapital hinderliche Reibungspunkte, die auf Landesebene entstehen konnten, ausgeschaltet werden. Zum ersten geht es um eindeutige Bestimmungen über die Verwendungsbefugnis von Bodenschätzen, die dem Grundeigentümer entzogen werden, sowie der gesamte unterirdische Abbau von grundeigenen Bodenschätzen dem Bergrecht unterworfen werden soll. Zum zweiten geht es um die Organisierung und den Einsatz der Bergbehörden. Die Aufsichtstätigkeit des Bergamtes soll alle Vorgänge auf den Bergwerken umfassen; andere staatliche Aufsichtsbehörden sind ausgeschlossen. Oberste Aufsichtbehörde soll in Zukunft der Bundeswirtschafts-

im Februar 1979 den Zweidrittelbesitz an seinem brasilianischen Werk für 50 Mio.$ an VW verkauft. In beiden Werken werden vor allem Geländefahrzeuge und leichte LKWs bis zu 2 t Ladefläche produziert, die in 12 Länder Lateinamerikas exportiert werden, vor allem nach Venezuela, Mexico und Kolumbien. Die VW-Kapitalisten wollen vorerst die Chrysler-Produktion beibehalten, innerhalb der nächsten zwei Jahre wollen sie die Produktion auf ihre eigenen Nutzfahrzeugtypen umstellen.

z.bef. **Mit dem neuen Bundesberggesetz soll die Gesetzgebungskompetenz von der Landesebene weg, auf Bundesebene zentralisiert werden.** In etwa zwei Wochen soll das Gesetz unter Dach und Fach sein. Mit dem Gesetz sollen für das Bergbaukapital hinderliche Reibungspunkte, die auf Landesebene entstehen konnten, ausgeschaltet werden. Zum ersten geht es um eindeutige Bestimmungen über die Verwendungsbefugnis von Bodenschätzen, die dem Grundeigentümer entzogen werden, sowie der gesamte unterirdische Abbau von grundeigenen Bodenschätzen dem Bergrecht unterworfen werden soll. Zum zweiten geht es um die Organisierung und den Einsatz der Bergbehörden. Die Aufsichtstätigkeit des Bergamtes soll alle Vorgänge auf den Bergwerken umfassen; andere staatliche Aufsichtsbehörden sind ausgeschlossen. Oberste Aufsichtbehörde soll in Zukunft der Bundeswirtschafts-
minister sein. Das heißt, daß Aufgaben wie Kontrolle der Arbeitszeitvorschriften, Untersuchung von Unfällen, Kontrolle über Arbeitssicherheits- und Arbeitsschutzbestimmungen direkt in die Hände der Bundesregierung fallen. Dagegen stellt sich die Forderung der Arbeiterbewegung, die nach Kontrolle und Zustimmung der zuständigen Organe der Gewerkschaft verlangt.



z.waf. **Auf Grund der Kampagne der HBV für das Verbot der Umpackkassen in SB-Läden sah sich das Bundesarbeitsministerium veranlaßt, der HBV zuzusichern, daß Umpackkassen verboten werden.** Tatsächlich wurde bisher nur die Arbeit von Schwangeren an Umpackkassen verboten. Eine Untersuchung des Ministeriums unter Mitwirkung der HBV hatte ergeben: Kassiererinnen an Umpackkassen müssen bis zu 500 kg in einer halben Stunde heben. Von Freitagnachmittag bis Samstag sogar 5 – 6 Tonnen. Die HBV hat in Broschüren die Forderung nach Verbot der Umpackkassen verbreitet und die Betriebsräte aufgefordert, die Arbeitsplätze der Kassiererinnen zu überprüfen. „Aldi" hat jetzt auf Rollbandkassen umstellen müssen. Ein Erfolg, allerdings müssen die Kassiererinnen immer noch vom Band in den Einkaufswagen packen. Die HBV fordert weiterhin, daß jegliche Packleistung ausgeschlossen wird.

Kapitalisten versuchen, Bildschirmarbeit zu verdichten

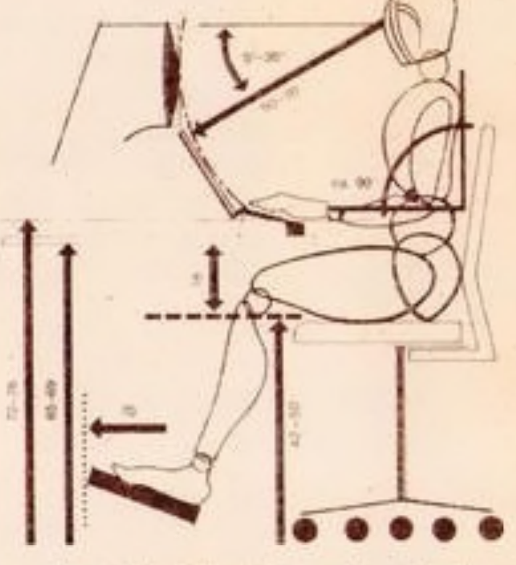
DGB: Begrenzung auf 4 Stunden täglich, zusätzliche Pausen, Augenuntersuchungen

z.brp. Anfang April führte die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Unfallforschung eine Informationstagung über Bildschirmarbeitsplätze durch. Derzeit arbeiten rund 300000 Beschäftigte an Datensichtgeräten, bis 1990 werden es über eine Million sein. Die höhere Arbeitsleistung – bis zu 12000 Anschläge stündlich –, die Verbilligung der Bildschirmsysteme sowie die Möglichkeit, 50 – 75% aller Arbeitsgänge im Büro zu formalisieren und 25 – 30% zu automatisieren, ist der Grund dafür, daß 1979 77% der Investitionen in Bürotechnik für Datenverarbeitungsanlagen aufgewendet wurden. Mit ihren Forschungen geht es den Kapitalisten darum, die Rationalisierung reibungslos durchzuführen und den Widerstand und die Forderungen der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften gegen die ruinöse Vernutzung der Arbeitskraft am Bildschirmgerät auf ergonomische Belange runterzubringen, untergeordnet ist, die Kosten für Erkrankungen durch Bildschirmarbeit niedrig zu halten.

Grundlage der Informationstagung war der 1979 veröffentlichte Forschungsbericht „Anpassung von Bildschirmarbeitsplätzen an die physische und psychische Funktionsweise des Menschen". Für die Arbeitsmittel werden Normen vorgestellt, die eine Überbeanspruchung der Augen und des Nackens vermeiden und Ermüdung mindern. Festlegungen für Leuchtdichten, Kontrast von Bildschirm, Arbeitsbeleg und Arbeitstisch, höhen- und entfernungsgleiche Abstände von Bildschirm und anderen Arbeitsmitteln sollen die Pupillentätigkeit und das Scharfeinstellen des Auges entlasten. Bei den jetzt noch üblichen Blickbewegungen von Beleg zu Bildschirm von durchschnittlich einer halben Sekunde – und das bis zu 33000 mal am Tag – kann das Auge sich nicht schnell genug umstellen, und zuviel Licht tritt ein. Beeinträchtigung der Funktion des Auges, Belastung des zentralen Nervensystems, Kopf- und Nackenschmerzen sowie Ermüdung sind die Folge.

Ergonomische Gestaltung der Bildschirmarbeitsplätze erleichtert die Verausgabung von Arbeitskraft, da sie Hemmnisse in der Bedienung der Maschinerie abbaut. So kommt der Forschungsbericht zu dem Ergebnis: „Als eigentlich beanspruchende Faktoren haben sich nämlich nicht so sehr die Arbeitsmittel (besonders das Datensichtgerät) erwiesen, sondern vielmehr die Inhaltslosigkeit und Monotonie der durchzuführenden Tätigkeiten." Das heißt, neben einer Steigerung der Intensität der Bildschirmarbeit soll der Arbeitstag durch zusätzliche Tätigkeiten weiter verdichtet werden. Die aufgestellten Normen können überhaupt nur im Zusammenhang mit weitergehenden Arbeiterschutzforderungen dem frühzeitigen Verschleiß der Arbeitskraft entgegenwirken. Der DGB-Hauptvorstand vertrat auf der Informationstagung die Forderung nach einer Begrenzung der täglichen Bildschirmarbeit auf 4 Stunden mit regelmäßigen Pausen. Notwendig ist darüber hinaus die Begrenzung der einzugebenden Daten- bzw. Zeichenanzahl, wie es die IG Druck in den Verhandlungen über den RTS-Vertrag bereits forderte und was verschiedene Betriebsvereinbarungen aus anderen Gewerken ansatzweise beinhalten.





Ergonomie: Hemmnisse in der Verausgabung der Arbeitskraft werden abgebaut

Revisionistenkonferenz in Paris

„Eurokommunisten" wollen nicht nach Moskaus Pfeife tanzen

z.ulg.Rom. Die französischen und polnischen Revisionisten haben für den 28./29. April eine Konferenz der „europäischen kommunistischen Parteien" zum Thema „Frieden und Abrüstung" einberufen. Konkret soll eine Resolution gegen die Raketen„nach"-rüstung der NATO verabschiedet werden. Weder über die Tagesordnung noch über den Resolutionsentwurf hat eine vorherige Abstimmung mit den eingeladenen Parteien stattgefunden. Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) hat eine Beteiligung abgelehnt, ebenso die revisionistischen Parteien Italiens, Spaniens und San Marinos.

Bei der Konferenz handelt es sich schlicht um einen Versuch der Sozialimperialisten, diese Parteien mit einem Überraschungscoup zum Einschwenken auf die Linie der sowjetischen Außenpolitik zu zwingen. Daß sie sich zu einer solchen Agentenrolle nicht hergeben wollen, ist gut. Die Gründe, warum sie nicht wollen, sind freilich höchst unterschiedlich. Der BdKJ von

nationalen Lage in der Rivalität der Blöcke zu suchen, in der Politik, die auf der Stärke und dem Begriff des Hegemonismus beruht." Man könne sich schwer vorstellen, „wie in einem Rahmen, in dem die Vertreter einer großen Zahl kommunistischer Parteien zusammensitzen, vermieden werden soll, über die sowjetische Intervention in Afghanistan zu sprechen, zu der die Auffassungen bekanntlich auseinandergehen."

Auch die PCI hat die Aggression gegen Afghanistan verurteilt, doch nur, um im gleichen Atemzug einen Boykott der Moskauer Olympiade als schiere „Cartersche Kriegshysterie" zu verunglimpfen. Als ob die internationale Arbeiterbewegung diese Forderung zur Unterstützung des afghanischen Volkes nicht erheben könnte und müßte, ohne sich damit vor den Karren der US-Supermacht spannen zu lassen. In Wirklichkeit sind es die italienischen Revisionisten selber, die die Unterordnung der Arbeiterklasse unter die imperialistische Außenpolitik der italieni-

NATO. Und erst kürzlich hat ihre Parlamentsfraktion zusammen mit den anderen bürgerlichen Parteien einer Resolution mehrheitlich zugestimmt, in der die Regierung aufgefordert wird, „die Bande der Freundschaft und des Bündnisses im Rahmen der EWG und der NATO zu festigen."

Nicht, daß sich die PCI-Revisionisten plötzlich in wilde „Atlantiker" verwandelt hätten. Aber anders als durch eine Mischung von Putsch und sozialimperialistischer Aggression können sie nur an die Regierung kommen, wenn sie sich als geeignet erweisen, der italienischen Bourgeoisie, so wie sie ist, die Geschäfte zu führen. Und wenn sie die dazu nötigen politischen Bündnisse zustandebringen. Daher die Klage, die Pariser Konferenz, an der nur „kommunistische" Parteien teilnehmen, werde der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten und Christdemokraten schaden. Eine demokratische Außenpolitik ist das nicht. Die wird die italienische Arbeiterklasse gegen die PCI erkämpfen müssen. Aber der klarere Trennungsstrich gegenüber den

Nackens vermeiden und Ermüdung mindern. Festlegungen für Leuchtdichten, Kontrast von Bildschirm, Arbeitsbeleg und Arbeitstisch, höhen- und entfernungsgleiche Abstände von Bildschirm und anderen Arbeitsmitteln



Ergonomie: Hemmnisse in der Verausgabung der Arbeitskraft werden abgebaut

Revisionistenkonferenz in Paris

„Eurokommunisten" wollen nicht nach Moskaus Pfeife tanzen

z.ulg.Rom. Die französischen und polnischen Revisionisten haben für den 28./29. April eine Konferenz der „europäischen kommunistischen Parteien" zum Thema „Frieden und Abrüstung" einberufen. Konkret soll eine Resolution gegen die Raketen„nach"-rüstung der NATO verabschiedet werden. Weder über die Tagesordnung noch über den Resolutionsentwurf hat eine vorherige Abstimmung mit den eingeladenen Parteien stattgefunden. Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) hat eine Beteiligung abgelehnt, ebenso die revisionistischen Parteien Italiens, Spaniens und San Marinos.

Bei der Konferenz handelt es sich schlicht um einen Versuch der Sozialimperialisten, diese Parteien mit einem Überraschungscoup zum Einschwenken auf die Linie der sowjetischen Außenpolitik zu zwingen. Daß sie sich zu einer solchen Agentenrolle nicht hergeben wollen, ist gut. Die Gründe, warum sie nicht wollen, sind freilich höchst unterschiedlich. Der BdKJ, von jeher Verfechter der Politik der Blockfreiheit, schreibt in seinem Zentralorgan zu den Ursachen der Kriegsgefahr: „Was den Bund anbetrifft, so sind nach unserer Meinung die tieferen Ursachen der Verschlechterung der internationalen Lage in der Rivalität der Blöcke zu suchen, in der Politik, die auf der Stärke und dem Begriff des Hegemonismus beruht." Man könne sich schwer vorstellen, „wie in einem Rahmen, in dem die Vertreter einer großen Zahl kommunistischer Parteien zusammensitzen, vermieden werden soll, über die sowjetische Intervention in Afghanistan zu sprechen, zu der die Auffassungen bekanntlich auseinandergehen."

Auch die PCI hat die Aggression gegen Afghanistan verurteilt, doch nur, um im gleichen Atemzug einen Boykott der Moskauer Olympiade als schiere „Cartersche Kriegshysterie" zu verunglimpfen. Als ob die internationale Arbeiterbewegung diese Forderung zur Unterstützung des afghanischen Volkes nicht erheben könnte und müßte, ohne sich damit vor den Karren der US-Supermacht spannen zu lassen. In Wirklichkeit sind es die italienischen Revisionisten selber, die die Unterordnung der Arbeiterklasse unter die imperialistische Außenpolitik der italienischen Bourgeoisie, und das heißt – wie die Dinge für diese drittrangige Räuberbande liegen – unter das von den USA geführte Militärbündnis verfechten. Die PCI ist ausdrücklich gegen den Austritt Italiens aus der NATO. Und erst kürzlich hat ihre Parlamentsfraktion zusammen mit den anderen bürgerlichen Parteien einer Resolution mehrheitlich zugestimmt, in der die Regierung aufgefordert wird, „die Bande der Freundschaft und des Bündnisses im Rahmen der EWG und der NATO zu festigen."

Nicht, daß sich die PCI-Revisionisten plötzlich in wilde „Atlantiker" verwandelt hätten. Aber anders als durch eine Mischung von Putsch und sozialimperialistischer Aggression können sie nur an die Regierung kommen, wenn sie sich als geeignet erweisen, der italienischen Bourgeoisie, so wie sie ist, die Geschäfte zu führen. Und wenn sie die dazu nötigen politischen Bündnisse zustandebringen. Daher die Klage, die Pariser Konferenz, an der nur „kommunistische" Parteien teilnehmen, werde der Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten und Christdemokraten schaden. Eine demokratische Außenpolitik ist das nicht. Die wird die italienische Arbeiterklasse gegen die PCI erkämpfen müssen. Aber der klarere Trennungsstrich gegenüber den Sozialimperialisten bleibt bedeutsam. Wie auch die Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen der PCI und der KP Chinas. Auf Einladung der KPCh ist diese Woche eine von Berlinguer geleitete PCI-Delegation in Peking.

z.mif. **Nach über einer Woche haben die Sinti im KZ Dachau ihren Hungerstreik beendet, mit dem sie Vernichtung sämtlicher Akten der Landfahrerzentrale forderten.** Sie haben Wirkung erzielt, aber eine Zusage des Innenministers nicht erhalten. Mit diesen Akten hat die BRD-Bourgeoisie über das bayerische Landeskriminalamt die NS-„Zigeuner"-Verfolgungsakten weitergeführt, entsprechend der preußischen Staatspolitik: „Was den Charakter der Zigeuner anlangt, so sind dieselben leichtsinnig, treulos, furchtsam, der Gewalt gegenüber kriechend, dabei rachsüchtig, im höchsten Grad zynisch und da, wo sie glauben, es wagen zu können, anmaßend und unverschämt." (Meyers Konversationslexikon 1878) – Der Frauenausschuß der HBV München hat sich mit dem Kampf der Sinti solidarisiert.



z.dis. **Für die Vertreter der in der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, GdED, organisierten Angestellten aus dem gesamten Bundesgebiet und Westberlin hat am 10. und 11. April in Konstanz die diesjährige Bundeskonferenz stattgefunden.** Im Mittelpunkt der Bundeskonferenz stand die Debatte um die Tarifpolitik der GdED in den achtziger Jahren. Der stellvertretende Vorsitzende der GdED, Hubert Vomberg, erklärte in seinem Referat, die tariflichen Auseinandersetzungen im öffentlichen Dienst hätten gezeigt, daß die DGB-Gewerkschaften ihre Tarifpolitik neu überdenken müßten. Nach seiner Auffassung sind verbindliche Absprachen über die Einzelgewerkschaften hinaus notwendig und zwar sowohl hinsichtlich der durchzusetzenden Forderungen wie auch hinsichtlich des Vorgehens bei den Tarifverhandlungen. Ebenfalls wurde auf der Fachgruppenkonferenz der GdED festgestellt, daß der Bahnbetrieb durch Arbeitsüberlastung gefährdet sei. Der Krankenstand von 20% in Schicht- und Wechseldienst sei alarmierend, eine geregelte Urlaubsabwicklung unmöglich. Vomberg kündigte eine Aktion „Urlaub im Urlaubsjahr" an. – Der GdED gehören zur Zeit rund 410000 Arbeiter, Angestellte und Beamte der Bundesbahn an, das sind etwa 80% aller aktiven Eisenbahner in der Bundesrepublik und Westberlin.

z.acd. **Der Berliner Staatsschutz hat acht türkische Organisationen ultimativ aufgefordert, die Namenslisten ihrer insgesamt rund 1000 Mitglieder herauszugeben.** So soll gezielt gegen „Links- und Rechtsextremisten" zur Bestrafung von Gewalttaten vorgegangen werden. Türkische Arbeitervereine fordern dagegen das Verbot der türkischen Faschistenvereine. Eine Demonstration gegen die Grauen Wölfe wurde

Syrien: Sozialimperialisten nisten sich ein

Generalstreiks, bewaffnete Aufstände gegen die Baath-Regierung / Demokratische Forderungen

z.gek. In der Nacht vom 9. auf den 10. April haben in Aleppo, der zweitgrößten Stadt Syriens, und im alten Landwirtschaftszentrum Hama erneut schwere Gefechte der Armee mit Aufständischen stattgefunden. Seit März ist eine Division von 10000 Mann von der Golan-Front gegen Israel abgezogen und nach Aleppo verlegt worden; seither werden in den vorwiegend nächtlichen Kämpfen Panzer und schwere Artillerie eingesetzt, während die Rebellen ganze Stadtviertel kontrollieren. Tags äußert sich der Widerstand breiter Teile des Volkes in einem Generalstreik von Arbeitern, Handwerkern und kleinen Händlern. Die Unruhen dauern jetzt bereits fast ein Jahr an und haben die meisten Städte des Landes erfaßt. Die Forderungen sind wohl vor allem auf Beendigung der Korruption und des Unterschleifs, die für die drückende Teuerung und Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht werden, Beendigung der Militärdiktatur, Freilassung der Gefangenen (von denen viele in den Zellen hingerichtet wurden), Anerkennung des Islam als Staatsreligion und allgemein auf Demokratie gerichtet.

Die Regierung Assad behauptet, die Aufständischen der geheimen „Moslem-Bruderschaften" seien vom US-Imperialismus und Zionismus vorgeschickt, um „die Araber und Moslems in eine Richtung zu drängen, die den USA-Interessen dient". Daran mag etwas sein. Allerdings sind es auch die Moslem-Bruderschaften, die kürzlich gegen die Kapitulationspolitik Sadats in Ägypten Demonstrationen organisiert haben. Und die Erklärung der syrischen Regierung klingt derjenigen allzu ähnlich, die sie mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko einen Monat nach der Invasion Afghanistans unterzeichnet hat: wonach „die imperialistischen Kreise und ihre Handlanger unter dem Deckmantel des Rummels um die Ereignisse in Iran und Afghanistan versuchen, die Aufmerksamkeit der arabischen Völker vom Kampf für die Beseitigung der Folgen der israelischen Aggression abzulenken und ... zwischen sie und ihre Freunde – die Sowjetunion und die Länder der sozialistischen Gemeinschaft – einen Keil zu treiben". Mit dieser Begründung blieb Syrien auch der islamischen Außenministerkonferenz in Islamabad im Februar fern. Es könnte sehr gut auch die Begründung eines Ersuchens um brüderliche Hilfe seitens der Sowjetunion werden, wenn die innere Lage für die jetzige von der Baath-Partei, der revisionistischen KP und einigen „Nasseristen" gestützte Militärregierung unhaltbar würde.

Die Sowjetunion hat ihre Stellung in Syrien seit dem Rausschmiß aus Ägypten nach dem Oktoberkrieg 1973/74 zielstrebig ausgebaut. Sie hat Syrien als einzigem Land der dritten Welt moderne Waffen wie T-72-Panzer und Mig-27-Flugzeuge geliefert, sodaß sie mit 2000 Militärs plus technischem Personal stets am Platze sein kann. Daneben ist sie als großer Kreditgeber und Lieferant für das Riesenprojekt des Euphrat-Damms aufgetreten. In den Außenhandelsbilanzen Syriens erscheint die UdSSR bisher nur unter ferner liefen. Aber das Militärbudget Syriens – 1980 rund 55% des Gesamthaushalts – wiegt mit rund 3,8 Mrd. $ schwerer als der gesamte Export des Landes. Die Militärschulden an die SU werden auf 2 Mrd. $ geschätzt.

Der Kampf der Moslem-Brüder gegen die Baath-Regierung hat seit der Invasion Afghanistans deutlich Züge eines Kampfs gegen die sozialimperialistische Infiltration angenommen und zieht daraus Kraft. Sowjetische Militärberater wurden mehrfach angegriffen, einige getötet oder verletzt, Militäreinrichtungen ausgebombt. Aber die sozialen Widersprüche, die jetzt ausgetragen werden, sind älter. Eher beuten die Sozialimperialisten auf der einen, Zionisten und US-Imperialisten auf der anderen die Kämpfe zwischen den Klassen und Schichten, Clans und Nationalitäten in Syrien für sich aus. Das Großartige für sie ist, daß eine revolutionäre Auflösung dieser Widersprüche nicht in Sicht ist, ähnlich wie in dem Syrien eng verbundenen Libanon.

Die Moslem-Brüder sind eine 1928 in Ägypten gegründete *pan-islamische* Bewegung, die sich in der Folge außer in Ägypten im Sudan, in Jordanien und Syrien ausbreitete. Ihre soziale Basis sind die städtischen Handwerker und Händler, eben jene „basaris", die jetzt in der iranischen Revolution eine Hauptrolle gespielt haben. Aber im Iran war Organisation des Basars zugleich die der schiitischen Kirche. Die sunnitische Kirche in Syrien dagegen war in den Händen der Grundbesitzer und reicher Handelsbourgeois, und mit diesen zusammen kompromittiert als Kollaborateure der Kolonialisten. So organisierte sich die muslimische antikoloniale Bewegung in Geheimgesellschaften. Ihr fanatisch-religiöser Charakter erklärt sich aus dem gleichzeitigen Widerspruch zur syrischen Handelsbourgeoisie christlichen, jüdischen oder drusischen Glaubens, mit Familien- und Geschäftsverbindungen via Beirut in alle Welt.

Die „Baath-Partei" dagegen entstand nach dem 2. Weltkrieg als eine *pan-arabische* Bewegung, die ihre Hauptbasis vor allem unter den aufkommenden „neuen Mittelklassen", in Syrien auch unter dem traditionell aus den Bergstämmen der Alawiten rekrutierten Offizierskorps fand. Diese suchen zur nationalen Bourgeoisie zu werden über den Aufbau eines staatlichen Industriesektors und einer vom Staat kontrollierten genossenschaftlichen Landwirtschaft. Beides hat die seit Beginn der 60er Jahre von den Militärs geführte syrische Baath-Partei mit der Landreform seit 1968 und den 5-Jahr-Plänen zur Entwicklung von Industrie und Infrastruktur auch bewerkstelligt. Der staatliche und genossenschaftliche Sektor in Industrie, Bergbau und Landwirtschaft produziert heute 60% des Sozialprodukts, 40% der Privatsektor, der jedoch aus 34000 Einzelunternehmen besteht, gegenüber ca. 1000 Staatsbetrieben.

Die Arbeiterbewegung Syriens wird weitgehend von der revisionistischen KP gebunden, deren Führung hauptsächlich aus der kosmopolitischen, im Zwischenhandel tätigen Bourgeoisie der nordsyrischen Städte rekrutiert.

Der *pan*-arabische, *pan*-islamische oder „internationalistische" Charakter jeder dieser Parteien ist gerade ein Ausdruck ihrer relativ schwachen inneren Basis und macht sie für verschiedenste „Hilfen" von außen empfänglich. Hier liegt auch die Quelle für die dauernde Beteiligung arabischer Regierungen an Intrigen gegeneinander. Die Arbeiter- und Bauernmassen sind bisher nur in den Augenblicken, wo die Kampfaufgaben der Nation klar umrissen feststanden, als selbständig handelnde Kraft aufgetreten. Gegenwärtig sind sie zwischen den beiden sich befehdenden bürgerlichen Lagern gespalten. Dies könnte sich ändern, falls es den Sozialimperialisten gelingen sollte, Syrien direkt in ihr Pakt- und Stützpunktsystem einzuverleiben, wozu sie die Regierung Assad seit Jahren drängen, bisher allerdings vergeblich.



was sein. Allerdings sind es auch die Moslem-Bruderschaften, die kürzlich gegen die Kapitulationspolitik Sadats in Ägypten Demonstrationen organisiert haben. Und die Erklärung der syrischen Regierung klingt derjenigen allzu ähnlich, die sie mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko einen Monat nach der Invasion Afghanistans unterzeichnet hat: wonach „die imperialistischen Kreise und ihre Handlanger unter dem Deckmantel des Rummels um die Ereignisse in Iran und Afghanistan versuchen, die Aufmerksamkeit der arabischen Völker vom Kampf für die Beseitigung der Folgen der israelischen Aggression abzulenken

Invasion Afghanistans deutlich Züge eines Kampfs gegen die sozialimperialistische Infiltration angenommen und zieht daraus Kraft. Sowjetische Militärberater wurden mehrfach angegriffen, einige getötet oder verletzt, Militäreinrichtungen ausgebombt. Aber die sozialen Widersprüche, die jetzt ausgetragen werden, sind älter. Eher beuten die Sozialimperialisten auf der einen, Zionisten und US-Imperialisten auf der anderen die Kämpfe zwischen den Klassen und Schichten, Clans und Nationalitäten in Syrien für sich aus. Das Großartige für sie ist, daß eine revolutionäre Auflösung dieser Widersprüche nicht in Sicht ist, ähnlich wie

chen Industriesektors und einer vom Staat kontrollierten genossenschaftlichen Landwirtschaft. Beides hat die seit Beginn der 60er Jahre von den Militärs geführte syrische Baath-Partei mit der Landreform seit 1968 und den 5-Jahr-Plänen zur Entwicklung von Industrie und Infrastruktur auch bewerkstelligt. Der staatliche und genossenschaftliche Sektor in Industrie, Bergbau und Landwirtschaft produziert heute 60% des Sozialprodukts, 40% der Privatsektor, der jedoch aus 34000 Einzelunternehmen besteht, gegenüber ca. 1000 Staatsbetrieben.

Die Arbeiterbewegung Syriens wird weitgehend von der revisionistischen KP gebunden, deren Führung hauptsächlich aus der kosmopolitischen, im Zwischenhandel tätigen Bourgeoisie der nordsyrischen Städte rekrutiert.

Der *pan*-arabische, *pan*-islamische oder „internationalistische" Charakter jeder dieser Parteien ist gerade ein Ausdruck ihrer relativ schwachen inneren Basis und macht sie für verschiedenste „Hilfen" von außen empfänglich. Hier liegt auch die Quelle für die dauernde Beteiligung arabischer Regierungen an Intrigen gegeneinander. Die Arbeiter- und Bauernmassen sind bisher nur in den Augenblicken, wo die Kampfaufgaben der Nation klar umrissen feststanden, als selbständig handelnde Kraft aufgetreten. Gegenwärtig



Syrische Truppen im Libanon. Assad hat ihren baldigen Rückzug nach Syrien angekündigt – neuer Spielraum für zionistische Aggression.



Hartnäckig kämpft das palästinensische Volk gegen jede Maßnahme des Siedlerregimes. Der Boykott des von den US-Imperialisten für Juni angesetzten „Autonomie"referendums ist beschlossen. Bild: Demonstration anläßlich der Beerdigung eines palästinensischen Kämpfers durch die Via Dolorosa in Jerusalem.

Neuer Vorstoß der US-Imperialisten zur Festigung ihrer Herrschaft im Nahen Osten

z.elb. Am 24. März schicken die US-Imperialisten den Schah nach Ägypten. Am 10. April, über 150 Tage oder fast ein halbes Jahr, nachdem die Angehörigen der US-Botschaft in Teheran in ihrer Botschaft festgesetzt wurden, gibt Carter die neuen Aggressionen gegen das iranische Volk bekannt: Abbruch der diplomatischen Beziehungen, Einstellung des Handels, „Überprüfung" der 8 Mrd. $ iranische Guthaben in den USA mit dem Ziel, sie einzubehalten. Vorbereitungen für die militärische Intervention in Iran werden getroffen, die US-Flotte im Indischen Ozean weiter verstärkt. Eine Seeblockade des Golfs, die Verminung der iranischen Häfen und die Zerstörung der Ölfelder werden von den US-Imperialisten als nächste Aggressionen angekündigt. Für den 11. April zitiert Carter Sadat nach Washington, um ihm weitere Zugeständnisse bei der „Autonomieregelung" für die von Israel besetzt gehaltenen Gebiete abzuringen. Am gleichen Tag marschieren israelische Truppen in den Südlibanon ein. Eine Woche später reist Begin nach Washington.

Die US-Imperialisten drängen auf eine Lösung der „Autonomiefrage" in Westjordanien und im Gaza-Streifen. Mit dem Abkommen von Camp-David, dessen fester Bestandteil die „Autonomie" für das palästinensische Volk in den besetzten Gebieten ist, haben die US-Imperialisten ihre Herrschaft im Nahen Osten festigen können. Die Zionisten halten sie als Vasallen gegen die arabischen Völker aus und benutzen sie zu immer neuen Waffengängen gegen diese Völker. Nachdem Ägypten die Sozialimperialisten aus dem Land geworfen hat, ein Versuch, sich gegen die Abhängigkeit zu wehren, nutzen die US-Imperialisten die Lage, um sich das ägyptische Volk zu unterwerfen. Die Verschickung des Schahs nach Ägypten ist nur die letzte Demütigung. Am 25. März demonstrierten in Kairo, ausgehend von der Universität, Tausende für die Ausweisung des Schah, am 29. März 5000 Studenten in Assiut.

Mit dem Camp-David-Abkommen und der „Autonomieregelung" machen die US-Imperialisten Sadat ein scheinbares Friedensangebot, für das sie umso größere Gegenleistungen verlangen. Sie selbst lassen durch die Position ihres Kettenhundes Begin keinen Zweifel daran, daß sie ihre Herrschaft über die besetzten Gebiete und darüber hinaus aufrechterhalten und ausdehnen wollen. Nach Begin soll Israel in einem „autonomen" palästinensischen Gebiet weiterhin seine Truppen stationieren, die Wasserrechte – Grundlage für jede Bewirtschaftung des Landes – ausüben, die „Selbstverwaltungsbehörden" auf bloße organisatorische Organe herunterziehen und sich Jerusalem ganz einverleiben dürfen. Für einen solchen „Frieden" wollen die US-Imperialisten Sadat endgültig aus der Front der arabischen Länder herausbrechen und ihn dazu zwingen, die Unterstützung des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes und dessen Recht auf einen unabhängigen Staat definitiv aufzugeben. Sadat hat die Forderung nach „voller Autonomie" der Palästinenser in einem eigenen Staat unter Einbeziehung Ostjerusalems, der vollständig entmilitarisiert sein soll, aufgestellt. Aber auch damit wären die legitimen Rechte der Palästinenser beseitigt.

Jede Form solcher „Autonomie", die das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und einen eigenen Staat mit Füßen tritt, alle Beschlüsse der israelischen Regierung zur Ausweitung ihrer Siedlungen in den besetzten Gebieten – bisher hat sie in 96 Wehrdörfern 19000 angesiedelt – werden von den Palästinensern bekämpft. Auf einem Treffen in Al-Birah beschlossen die Bürgermeister Westjordaniens, alle Mittel aufzubieten, um die von Israel angekündigten Siedlungen in Hebron und die Errichtung zweier jüdischer Schulen, davon einer militärischen, zu verhindern. Israelische Militärs versetzten die Stadt in Belagerungszustand. Am 30. März, dem von den Palästinensern ausgerufenen „Tag des Landes" zur Erinnerung an die Kämpfe gegen den ersten Landraub in Galiläa, fanden in den besetzten Gebieten viele Demonstrationen statt, die Geschäfte blieben geschlossen; am gleichen Tag demonstrierten in Israel Tausende von Palästinensern gegen die Annexionspolitik der israelischen Regierung. Auf jede Maßnahme Begins eine Antwort des palästinensischen Volkes; den US-Imperialisten wird es nicht leicht gelingen, eine militärische Intervention im Nahen Osten durchzuführen.

Imperialisten als nächste Aggressionen angekündigt. Für den 11. April zitiert Carter Sadat nach Washington, um ihm weitere Zugeständnisse bei der „Autonomieregelung" für die von Israel besetzt gehaltenen Gebiete abzuringen. Am gleichen Tag marschieren israelische Truppen in den Südlibanon ein. Eine Woche später reist Begin nach Washington.

Die US-Imperialisten drängen auf eine Lösung der „Autonomiefrage" in Westjordanien und im Gaza-Streifen. Mit dem Abkommen von Camp-David, dessen fester Bestandteil die „Autonomie" für das palästinensische Volk in den besetzten Gebieten ist, haben die US-Imperialisten ihre Herrschaft im Nahen Osten festigen können. Die Zionisten halten sie als Vasallen gegen die arabischen Völker aus und benutzen sie zu immer neuen Waffengängen gegen diese Völker. Nachdem Ägypten die Sozialimperialisten aus dem Land geworfen hat, ein Versuch, sich gegen die Abhängigkeit zu wehren, nutzen die US-Imperialisten die Lage, um sich das ägyptische Volk zu unterwerfen. Die Verschickung des Schahs nach Ägypten ist nur die letzte Demütigung. Am 25. März demonstrierten in Kairo, ausgehend von der Universität, Tausende für die Ausweisung des Schah, am 29. März 5000 Stu-

und dessen Recht auf einen unabhängigen Staat definitiv aufzugeben. Sadat hat die Forderung nach „voller Autonomie" der Palästinenser in einem eigenen Staat unter Einbeziehung Ostjerusalems, der vollständig entmilitarisiert sein soll, aufgestellt. Aber auch damit wären die legitimen Rechte der Palästinenser beseitigt.

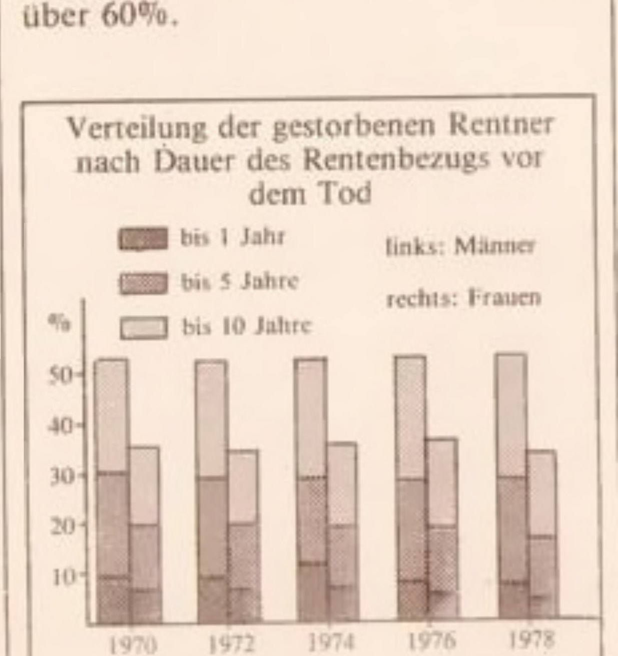
Jede Form solcher „Autonomie", die das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung und einen eigenen Staat mit Füßen tritt, alle Beschlüsse der israelischen Regierung zur Ausweitung ihrer Siedlungen in den besetzten Gebieten – bisher hat sie in 96 Wehrdörfern 19000 angesiedelt – werden von den Palästinensern bekämpft. Auf einem Treffen in Al-Birah beschlossen die Bürgermeister Westjordaniens, alle Mittel aufzubieten, um die von Israel angekündigten Siedlungen in Hebron und die Errichtung zweier jüdischer Schulen, davon einer militärischen, zu verhindern. Israelische Militärs versetzten die Stadt in Belagerungszustand. Am 30. März, dem von den Palästinensern ausgerufenen „Tag des Landes" zur Erinnerung an die Kämpfe gegen den ersten Landraub in Galiläa, fanden in den besetzten Gebieten viele Demonstrationen statt, die Geschäfte blieben geschlossen; am gleichen Tag demonstrierten in

am 19.3. in Rüsselsheim verboten. Zwei Wasserwerfer und eine Hundertschaft riegelte die Opel-Wohnheime ab. Die Opel-Kapitalisten hängten einen Aufruf des Bürgermeisters aus, der allen Türken, die an verbotenen Demonstrationen teilnehmen, mit Ausweisung droht.



Demonstration türkischer und deutscher Gewerkschafter (Bensberg)

z.gkr. **1978 starben 6,1% der Arbeiter, die wegen Alter, Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit zu Rentenempfängern wurden, schon nach spätestens einem Jahr, bei den Frauen 2,9%.** Dabei ist dieser hohe Anteil in den vergangenen Jahren auf Grund der 1973 eingeführten „flexiblen Altersgrenze" leicht gesunken (im Schaubild sichtbar ab 1976, da erst 1975 mehr Arbeiter vor Erreichen von 65 Jahren in Rente gingen als danach). Die mörderischen Bedingungen der kapitalistischen Produktion unterstreicht die Anzahl der Arbeiter, die nicht einmal die „flexible Altersgrenze" erreichten: Etwa 50% der 11274 Arbeiter, die spätestens ein Jahr nach Verrentung gestorben sind, waren Empfänger von Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten, bei den Frauen über 60%.



z.ras. **Am 25.3.80 hat der bayerische Landtag die Erhebung von Semestergebühren in der Höhe von 400 – 600 DM beschlossen.** Erhoben werden sollen sie erstmals zum WS 80/81, wenn die BAFöG-Förderungshöchstdauer bzw. die Regelstudienzeit um zwei Semester überschritten wird. Bezahlen sollen dann alle Studenten, die länger studieren, das „Studium ohne sinnvollen Grund gewechselt haben" oder ein Zweitstudium aufgenommen haben, das „ohne sinnvollen Zusammenhang zum erstrebten Beruf steht". Schon im Februar hat dazu an der TU München eine Podiumsdiskussion stattgefunden, zu der Vertreter der Parteien sowie die Universitätspräsidenten geladen waren. Gekommen waren nur ein Vertreter der SPD und der FDP. Beide waren auch gegen die Semestergebühren, man solle doch die kleinlichen Zwistigkeiten vergessen und sich auf das gemeinsame „Stoppt Strauß!" besinnen. Sie sind vielmehr für eine echte Feststellung von Schein-Immatrikulationen, z.B. durch Kontrolle „bei der Ausweisausgabe oder bei der Wohnheimbelegung" (FDP) oder über die Einschreibung und Absolvierung von Seminaren (SPD). Eine Protestresolution wurde verabschiedet, der AStA der Fachhochschule sammelt Unterschriften gegen die Semestergebühren.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) // Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer // Redaktion: Mainzer Landstr. 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler *Regionalredaktion Hannover:* Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Wolfgang Müller / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27 - 29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876 - 77, Redakteur: Bernd Schwingboth / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelles internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung
– Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Stahl; · *Heft 04:* Chemische Industrie · *Heft 05:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 06:* Druck, Textil, Bekleidung · *Heft 07:* Handel · *Heft 08:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 09:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 10:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 11:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 12:* Juristischer Entscheidungsdienst

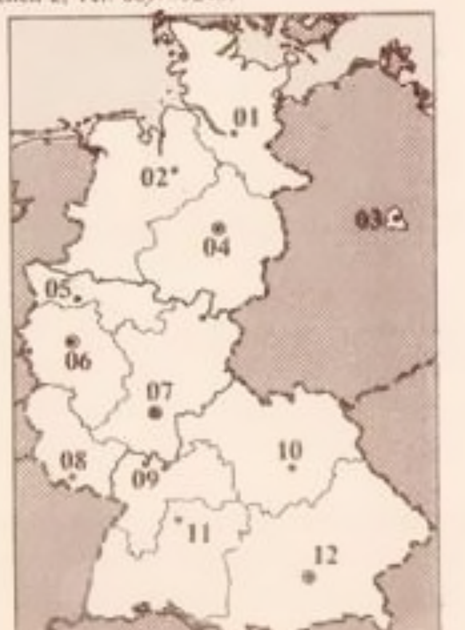
Alle Hefte erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2),** Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3),** Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4),** Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5),** Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6),** Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7),** Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8),** Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9),** J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10),** Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11),** Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12),** Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.hat. **Der Vertrauensleutekörper bei den Hamburger Aluminiumwerken beschließt Forderungsprogramm zum 1. Mai** und ruft die Belegschaft zur Teilnahme an der Mai-Demonstration des DGB auf: 1.) 9% mehr Lohn und Gehalt / Angleichung der Arbeiterlöhne an die Angestelltenlöhne. 2.) 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich. 3.) Verbot der Nachtarbeit / Ausnahmen nur mit Genehmigung der Gewerkschaft und der Betriebsräte. 4.) Anhebung des Grundsteuerfreibetrages auf 25% des Durchschnitsslohnes. 5.) Selbstverwaltung der Sozialversicherungen ausschließlich durch die Versicherten. 6.) Anhebung der Renten auf 75% des letzten Lohnes. 7.) Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des II.Weltkrieges. Die dritte, fünfte und insbesondere die siebte Forderung wurden ausführlich diskutiert. In der Begründung der Forderung nach Abschluß eines Friedensvertrages heißt es: ,,Das ist die Voraussetzung dafür, daß die beiden Militärblöcke ihre Truppen aus beiden deutschen Staaten abziehen.'' Daß es erheblichen Widerstand gegen diese Forderung von Seiten Amerikas und nicht zuletzt von den deutschen Reaktionären geben wird, das Grundgesetz geändert werden muß, die bestehenden Grenzen anerkannt werden müssen, darüber war man sich schnell einig. Die Forderung wurde als Maßnahme gegen die wachsende Kriegsgefahr beschlossen.

b.oeh. **Auslese in der Orientierungsstufe offensichtlich noch unzureichend – das ist der Tenor der Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage der F.D.P.** Aus den Statistiken geht hervor, daß zu Schuljahresbeginn 1979 lediglich 30,6% der Schüler auf der Hauptschule bleiben, während 35,4% auf die Realschule und 30,2% auf das Gymnasium gehen. Die entsprechenden Zahlen für 1971 lauten dagegen 38,3%, 30,4% und 28,7%. Auf der anderen Seite haben 41,4% der Schüler eine Empfehlung der Lehrer für die Hauptschule. Wie aus den Zahlen hervorgeht, entsprechen 80,2% der Eltern der Empfehlung; 18,2% schicken ihre Kinder dagegen auf eine höhere Schulart als empfohlen. Von diesen Kindern gelingt es der Hälfte, die Orientierungsstufe der höheren Schulart erfolgreich zu durchlaufen. Insgesamt wurden nach Ablauf des Schuljahres 1978/79 21,5% der Orientierungsstufenschüler der Realschule und 16,6% derjenigen des Gymnasiums nach unten ,,schrägversetzt'', während 2,8% der Haupt- und 1,6% der Realschüler in eine höhere Schulart versetzt wurden. Durch diese ,,Schrägversetzun-

der F.D.P. Aus den Statistiken geht hervor, daß zu Schuljahresbeginn 1979 lediglich 30,6% der Schüler auf der Hauptschule bleiben, während 35,4% auf die Realschule und 30,2% auf das Gymnasium gehen. Die entsprechenden Zahlen für 1971 lauten dagegen 38,3%, 30,4% und 28,7%. Auf der anderen Seite haben 41,4% der Schüler eine Empfehlung der Lehrer für die Hauptschule. Wie aus den Zahlen hervorgeht, entsprechen 80,2% der Eltern der Empfehlung; 18,2% schicken ihre Kinder dagegen auf eine höhere Schulart als empfohlen. Von diesen Kindern gelingt es der Hälfte, die Orientierungsstufe der höheren Schulart erfolgreich zu durchlaufen. Insgesamt wurden nach Ablauf des Schuljahres 1978/79 21,5% der Orientierungsstufenschüler der Realschule und 16,6% derjenigen des Gymnasiums nach unten ,,schrägversetzt'', während 2,8% der Haupt- und 1,6% der Realschüler in eine höhere Schulart versetzt wurden. Durch diese ,,Schrägversetzun-

gen'' nach unten ist zwar weitgehend der Stand erreicht, wie er in den Empfehlungen der Lehrer durch die Grundschulgutachten zum Ausdruck kommt. Der Landesregierung reicht dies aber noch nicht. In ihren ,,Vorschlägen zur Weiterentwicklung der Orientierungsstufe'' vom 5.10.79 drängt sie auf eine verschärfte Auslese.

b.wal. **Bei der anstehenden Novellierung des Hamburger Hochschulgesetzes ist die Streichung der Zwangsexmatrikulation vorgesehen.** Das ist ein Erfolg des Kampfes der Studenten, die dagegen waren, daß der, der durch die katastrophalen Studienbedingungen zur Verlängerung des Studiums gezwungen wurde, rausgeschmissen werden sollte. Zum ,,Ausgleich'' sollen die Zwischenprüfungen nach dem 4. Semester verschärft werden.: ,,*Wer eine Zwischenprüfung noch nicht bestanden hat, kann Studien- oder Prüfungsleistungen des nachfolgenden Studienabschnitts nicht erbringen...*''(§55) Das bedeutet Streichung des BAFöG, wenn auch nur eine Bescheinigung fehlt; Verschärfung des Studiums in den ersten 4 Semestern und somit erhöhten Zwang zum Abbruch des Studiums. – Der ASTA der Universität hat als ersten Kampfschritt eine Unterschriftensammlung dagegen eingeleitet.

b.heh. **Am 22.2. berichtete die örtliche Presse, daß die NWK erneut einen Antrag für ein Zwischenlager in Stade gestellt hat.** Vor zwei Jahren wollte sie ein zentrales Naßlager für 600 t Atommüll bauen lassen. Land neben dem KKW hatte sie schon dazu gekauft; doch mußte sie den Antrag offiziell zurückziehen, nachdem eine Unterschriftensammlung, eine Demonstration und eine Veranstaltung im überfüllten Rathaussaal durchgeführt wurden, wo die örtlichen Politiker bloßgestellt wurden. Im 2. Anlauf versucht die NWK es nun mit einem Trockenlager – nur für den ,,eigenen'' Atommüll (nach Stadtdir. Schneider). Es sollen 18 t pro Jahr anfallen, für eine Menge von 7 Jahren soll es ausgelegt sein (also für etwa 130 t). Die Halle, in der 91 Transportbehälter (TB) des Typs Castor für eine nicht genannte Dauer abgestellt werden sollen, soll 100 m lang, 34 m breit und 22 m hoch sein. Der Arbeitskreis gegen Atomanlagen hat bei seiner Untersuchungstätigkeit heraus gefunden, daß die Halle nahezu dieselben Werte aufweist, wie die des geplanten Zwischenlagers in Ahaus. Dort sollen jedoch 210 TB abgestellt werden – für 500 t Atommüll – in der 1. Ausbaustufe. (Endausbau: 3 Hallen, also 1500 t). Aus einem Schreiben des Sozialministeriums wurde desweiteren bekannt, daß Stade/Hollern für ein Großkraftwerk vorgeschlagen sei. Die NWK-Kapitalisten haben sich viel für Stade vorgenommen. – Die Pläne der BI müssen schnell konkretisiert werden.

r.kym. **Mit Spaltungsmanövern verkauft Eugen Glombig die Rentenreform 84 als Fortschritt.** Eingeladen hatte der Personalrat des Universitätskrankenhaus Eppendorf in Hamburg den SPD-Bundestagsabgeordneten als Referenten. Zunächst betonte er die ,,heute solide Grundlage der Rentenversicherung''. Er gab zu, daß die Preise in den letzten zwei Jahren mehr stiegen als die Renten. Hauptsächlich und umständlich referierte er zur ,,Hinterbliebenenrente''. Ergebnis: Desinteresse bei den rund 250 anwesenden Kollegen. Der Witwer oder die Witwe stünden mit 70% des von beiden erworbenen Gesamtanspruchs besser da als jetzt, behauptete er. In puncto Krankenversicherungsbeitrag setzte er auf Spaltung, indem er sich als Vertreter der Rentner mit niedrigem Einkommen aufspielte. Den ab 1.1.82 fälligen Beitrag erhielte jeder von der Rentenversicherung erstattet. Nur Zusatzeinkommen müßten voll versichert werden. Es sind aber gerade die Rentner mit niedriger Rente, die gezwungen sind, dazuzuverdienen. Bei niedrigen Renten würde der ab 1.1.85 eigene Versicherungsbeitrag der Rentner voll erstattet werden. Die Forderung einer Kollegin nach Mindestrente bezogen auf den Durchschnittslohn lehnte er ab. ,,Wen wollen wir damit ansprechen?'' Nutznießer seien Unternehmer und Manager, die sonst keine Rente erhielten. Und zu den Frauen: ,,Dort wo es eine intakte Ehe gibt, gibt es auch eine intakte Versorgung.'' Er erntete allgemeine Mißfallensäußerungen. Eine Mindestrente in Höhe von 1000 DM würden zusätzlich 19 Mrd. DM kosten. Die wolle er lieber für eine Versicherung für den Pflegefall anlegen, wenn Alte in Pflege- oder Siechenheime abgeschoben würden. Als wenn für Pflegekosten nicht die Krankenkassen zuständig wären.

trag erhielte jeder von der Rentenversicherung erstattet. Nur Zusatzeinkommen müßten voll versichert werden. Es sind aber gerade die Rentner mit niedriger Rente, die gezwungen sind, dazuzuverdienen. Bei niedrigen Renten würde der ab 1.1.85 eigene Versicherungsbeitrag der Rentner voll erstattet werden. Die Forderung einer Kollegin nach Mindestrente bezogen auf den Durchschnittslohn lehnte er ab. ,,Wen wollen wir damit ansprechen?'' Nutznießer seien Unternehmer und Manager, die sonst keine Rente erhielten. Und zu den Frauen: ,,Dort wo es eine intakte Ehe gibt, gibt es auch eine intakte Versorgung.'' Er erntete allgemeine Mißfallensäußerungen. Eine Mindestrente in Höhe von 1000 DM würden zusätzlich 19 Mrd. DM kosten. Die wolle er lieber für eine Versicherung für den Pflegefall anlegen, wenn Alte in Pflege- oder Siechenheime abgeschoben würden. Als wenn für Pflegekosten nicht die Krankenkassen zuständig wären.

b.sim. **Die Rheumaklinik in Bad Bramstedt führt ,,zusätzliche Betten'' ein.** Der hohe Profit und der große Andrang bei Kurmaßnahmen der Rentenversicherung haben in der Rheumaklinik Bad Bramstedt zur Einrichtung von ,,Kopfgeldbetten'' geführt. Da die Arbeitsbelastung des gesamten Personals schon jetzt unzumutbar hoch ist, werden Ärzte, Schwestern und Sekretärinnen mit einem ,,Kopfgeld'' pro Patient und vier Wochen zur ,,Freiwilligen'' Mehrarbeit geködert. Insgesamt wurden auf diese Weise 40 weitere Betten belegt. Der Arzt soll 90 DM, die Schwester 45 DM und die Sekretärin 35 DM pro Patient und vier Wochen erhalten. Mit diesem Kopfgeld soll erreicht werden, daß die Betroffenen diese Mehrbelastung ohne Widerstand hinnehmen. Das geschieht in einer Situation, in der das gesamte Personal durch Vertretungen wegen Urlaub, Krankheit und unbesetzter Planstellen sowieso völlig überlastet ist. Außer daß damit die Arbeitskraft der Betroffenen verstärkt verschlissen wird, kann dieser erhöhte Arbeitsaufwand nur noch auf Kosten einer Schlechterversorgung aller Patienten bewältigt werden.

b.kol. **6,95%, mindestens 155 DM sollen die Beschäftigten, 50 DM die Auszubilden aller Lehrjahre bei den Hamburger Gaswerken (HGW) und bei der Hochbahn AG (HHA) mehr erhalten.** Laufzeit des neuen Tarifvertrages ist 12 Monate. Bei den Hamburger Wasserwerken (HWW) wird am 15.4. erneut verhandelt und mit demselben Abschluß gerechnet. Um das abzusichern, hat die gemeinsame große Tarifkommission eine Erklärungsfrist für alle drei Unternehmen bis zum 21.4. beschlossen. Der Mindestbetrag bewirkt eine kräftige Anhebung der unteren Vergütungsgruppen bis hin zu den Facharbeitern.

b.pet. **Die Hamburger Ärztekammer will die Sterbehelfer in den Krankenhäusern rechtlich absichern.** Dazu verschickt sie einen ,,Vorschlag für eine persönliche Bestimmung mit testamentarischem Wert im Fall einer schweren, unheilbaren Krankheit oder eines Unfalls'' – an Interessierte. Das ist ganz im Sinne der Ehrenberg'schen Kostendämpfung, weil der ,,Unterzeichner versichert, daß er im Fall eines unheilbaren Leidens nicht mit künstlichen Mitteln am Leben erhalten werden will''. Dieses ,,Testament'' soll der Kranke ,,im Vollbesitz'' seiner ,,geistigen Kräfte'' eigenhändig in Gegenwart von zwei Zeugen schreiben und unterzeichnen lassen. Zugebilligt werden ihm ,,notwendige Medikamente..., die erforderlich (sind)..., um (ihn) von Schmerz und großer Belastung zu befreien, auch wenn dadurch der Augenblick (seines) Todes früher herbeigeführt wird''.

b.hör. **Die Landesregierung legt dem Landtag in Schleswig-Holstein den Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz vor.** Die Gemeinden sollen für sämtliche Abwässer (auch von Haushalten mit weniger als 8 qm Abwasser/Tag) Gebühren zahlen, die sie auf die Verbraucher abwälzen können. Die geplanten Einnahmen für 1981 betragen 7,4 Mio., für 1986 26 Mio. DM. Die Kapitalisten sollen dagegen 1981 nur 1,1 Mio. und 1986 ca. 3 Mio. DM zahlen. Sie können auch beantragen, die Schädlichkeit ihrer Abwässer durch eigene Messungen festzustellen. Bemerkenswert ist, daß an mehreren Stellen im Gesetz von der ,,Schätzung'' der Schädlichkeit die Rede ist. Die Einleitung von Niederschlagswasser traut sich die Regierung nicht mit Gebühren zu belegen.

b.jok. **Der ,,Arbeitskreis für Wehrpflichtige'' der Hamburger Gewerkschaftsjugend führt Veranstaltungen für die Soldaten der Röttiger-Kaserne durch.** Zur ersten Veranstaltung am 26.3. war mit einem Flugblatt aufgerufen worden. Die Forderungen waren: Dienstausgleich für jeden Zusatzdienst und Rheinländerwochenende, d.h. verlängertes Wochenende für alle heimatfern stationierten Soldaten. Zu der Veranstaltung kamen 15 Soldaten. Nach einem etwas älteren Film über die Gewerkschaftsbewegung unter den holländischen Soldaten wurde über die Probleme in der Kaserne gesprochen. Ein Soldat des DGB-Arbeitskreises Eutin berichtete über die Möglichkeit, mit einem Fragebogen genaues Material über die Dienstzeitbelastung und die Entfernungen zum Heimatort der Soldaten zu bekommen. Ein solcher Fragebogen soll erstellt werden. Zu den weiteren Veranstaltungen des Arbeitskreises werden die Soldaten regelmäßig eingeladen. Ziel der Veranstaltung ist die Gründung eines Wehrpflichtarbeitskreises für die Röttiger-Kaserne.

b.kav.Kiel. **Einen Gesetzentwurf über den Bildungsurlaub hat die SPD-Fraktion in den schleswig-holsteinischen Landtag eingebracht (Ds 9/514).** 10 Tage bezahlter Urlaub innerhalb von 2 Jahren sollen jedem Arbeiter gewährt werden, wenn ,,die Ziele der Träger und der Inhalt der Bildungsmaßnahme mit der freiheitlichen Grundordnung und dem Grundgesetz im Einklang stehen''. Über Anträge auf Anerkennung soll der Kultusminister entscheiden. Immer breiter wird die Forderung in den Gewerkschaften nach bezahltem Bildungsurlaub. Die SPD versucht, diese Bewegung rechtzeitig in die Mühlen des kapitalistischen Staates zu treiben. Bisher konnte von den Gewerkschaften nur eine bezahlte Freistellung für Betriebsräte und Jugendvertreter durchgesetzt werden nach § 37/7 BVG. Eine gewerkschaftliche Schulung, z.B. über die Forderung nach uneingeschränktem Streikrecht oder Demonstrationsfreiheit, wird schnell an die Grenzen der FdGO stoßen.

Hamburger SPD kritisiert die Polizei von ,,links''
Von der Senatstätigkeit wird abgelenkt

r.thw. Innensenator Staak am 31.3. vor Lehrgangsteilnehmern der Hamburger Polizeischule: Die Polizisten sollten im Umgang mit ,,den Bürgern höflicher und verbindlicher sein'', ,,vielen Beamten müßte Selbstgerechtigkeit und falsche Reaktionen im Verkehr mit der Öffentlichkeit vorgeworfen werden''. Noch nie seien so viele Protestbriefe von Bürgern eingegangen. Mit den Briefen wird er recht haben. Die Polizeiunterdrückung hat spürbar zugenommen. Allerdings ist sie gerade Ergebnis der Tätigkeiten und Planungen des Hamburger Senats zur Verstärkung der Unterdrückung und Schikane der lohnabhängigen Massen in Hamburg.

Kernprojekt des Senats ist dabei die große Polizeireform. Bis 1986 sollen die 52 Revierwachen, die 1976 bestanden, auf 29 Großraumwachen zusammengeballt werden. 13 Wachen sind bereits bis jetzt geschlossen worden. Der Effekt dieser Reform ist: Zentralisierung größerer Polizeieinheiten in allen wichtigen Ballungszentren Hamburgs, um schnell und beweglich die erwarteten großen Kämpfe der Massen niederschlagen zu können. Dabei sind die unteren und mittleren Polizisten direkter und einheitlicher dem Kommando der hohen Polizeichargen unterworfen. Diese Polizisten sollen jetzt – nach Entfernung aus den Stadtteilen – mehr dort ,,arbeiten, wo der Bürger ihn am dringensten braucht: draußen auf der Straße, im Streifenwagen und häufiger wieder einmal zu Fuß, mitten in Wohn- und Geschäftsvierteln.'' (,,Hamburger Abendblatt'', 10.4.80). Die Verstärkung der Unterdrückertätigkeit hat zur Folge die rasante Ausdehnung der Schichtarbeit und Arbeitshetze.

Ein weiteres wichtiges Projekt des Senats ist die Aufstockung der weiblichen Polizisten und die Ausweitung ihres Einsatzgebietes. Frau Rühmkorf, Leiterin der ,,Leitstelle für die Gleichstellung der Frau'': ,,... das wachsende Bewußtsein für die Problembereiche ,Gewalt in der Familie' und ,Gewalt gegen Frauen' führt nahezu zwangsläufig zu der Forderung, die Zahl – und damit die Einsatzmöglichkeiten – von Polizeibeamtinnen zu verstärken...''.

Mit beiden Reformvorhaben hat der Senat erhebliche Schwierigkeiten. Auf einer GdP-Tagung haben viele weibliche Polizisten die Erweiterung der Unterdrückertätigkeit recht deutlich abgelehnt. Als Antwort auf die Polizeireform hat sich die gewerkschaftliche Bewegung kräftig entwickelt. Über 8000 Mitglieder zählte die Hamburger GdP Ende 1979. Als Teil der Aktionen gegen den Wechselschichtdienst hat die GdP in Verhandlungen mit Staak u.a. gefordert: ,,Die Vertreter der GdP beharrten jedoch darauf, Zusatzurlaub und Vorbeugekuren 1980 einzuführen, weil die *Nichtgewährung der Planstellen kein zwingender Ablehnungsgrund* für die Realisierung der oben zitierten Verbesserungen sein muß.'' (,,Deutsche Polizei'', März 80). Ein deutlicher gewerkschaftlicher Standpunkt, die Gewährleistung der Unterdrückung wird zumindest hintenangestellt. Das Gerede von Staak zielt darauf ab, diese Bewegung von der Arbeiterbewegung zu isolieren.



Während der niedersächsische Innenminister erst die Umrüstung von Streifenwagen auf Einmannbesatzung plant, scheint Hamburg schon weiter.

Günstige Beschlüsse des Bezirkstages Druck und Papier

r.thf. Der Antragskommission für den Bezirksdelegiertentag Ostwestfalen-Lippe der IG Druck und Papier lag ein Antrag mit einer Forderung nach Steuerfreiheit für Auszubildendenlöhne vor. Die Kommission hat ihn verändert zum Antrag auf 6000 DM steuerfrei, weil die jetzige politische Beschneidung der Reproduktion für alle Arbeiter nicht verträglich ist, und so hat ihn der Delegiertentag am 29.3.80 dann auch beschlossen. Und auch, daß die Kilometerpauschale von jetzt 0,36 DM auf 0,75 DM angehoben werden muß.

Für die Sozialwahlen wollte der Ortsverein Minden eine griechische Arbeiterin nominieren. Das stieß sich am Gesetz nach dem wählbar und wahlberechtigt nur Personen sind, die eben solches auch für den Bundestag sind. Daß die ausländischen Arbeiter als Ar-

bringt in diesem eine Steuerersparnis von 42,30 im Monat gegenüber dem jetzigen Grundfreibetrag von 3690 DM. Die Lehrlingslöhne, die die Druckkapitalisten im dritten und vierten Ausbildungsjahr zahlen müssen, wären damit noch nicht vollständig von der direkten Besteuerung ausgenommen. Eine Frau, die in der Lohngruppe II einen Bruttolohn von 1792,90 DM brutto erhält, einschließlich der Akkordzulage, würde immer-

hin 18% weniger Lohnsteuer zahlen als bisher. Da die Erhöhung des Grundfreibetrages eine gleichmäßige Steuerersparnis für alle Löhne und Gehälter bewirkt, ist in den unteren Lohngruppen die Wirkung größer. Für das Jahr 1980 ist die Wirkung des Beschlusses fast die gleiche, als wenn 25% des Durchschnittlohnes steuerfrei sind, erhöht sich jedoch der Lohn, ohne daß der Grundfreibetrag erhöht wird, ist die Steuerbelastung gleich wieder höher.

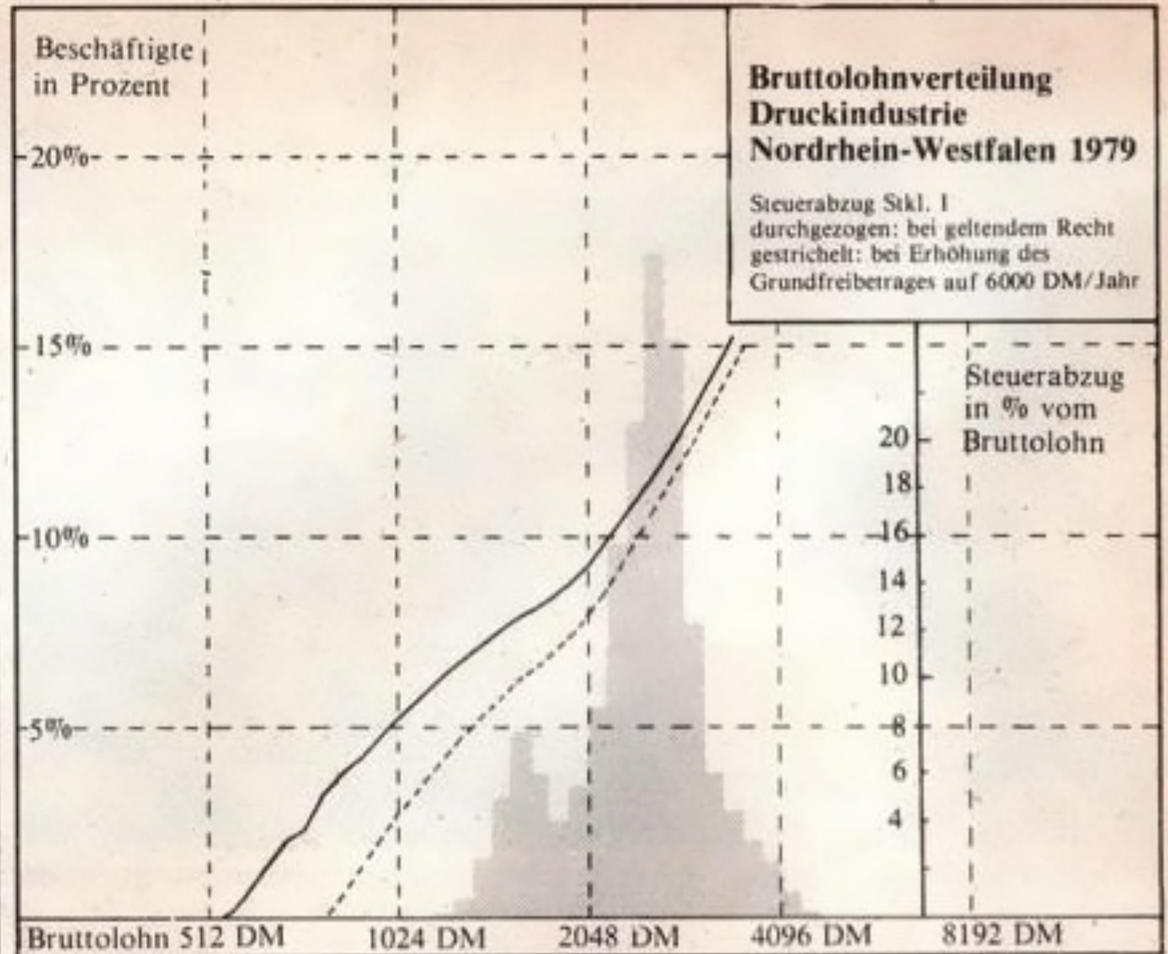
Beschäftigte in Prozent
20%
Bruttolohnverteilung Druckindustrie Nordrhein-Westfalen 1979
Steuerabzug Stkl. I
durchgezogen: bei geltendem Recht
gestrichelt: bei Erhöhung des Grundfreibetrages auf 6000 DM/Jahr

Günstige Beschlüsse des Bezirkstages Druck und Papier

r.thf. Der Antragskommission für den Bezirksdelegiertentag Ostwestfalen-Lippe der IG Druck und Papier lag ein Antrag mit einer Forderung nach Steuerfreiheit für Auszubildendenlöhne vor. Die Kommission hat ihn verändert zum Antrag auf 6000 DM steuerfrei, weil die jetzige politische Beschneidung der Reproduktion für alle Arbeiter nicht verträglich ist, und so hat ihn der Delegiertentag am 29.3.80 dann auch beschlossen. Und auch, daß die Kilometerpauschale von jetzt 0,36 DM auf 0,75 DM angehoben werden muß.

Für die Sozialwahlen wollte der Ortsverein Minden eine griechische Arbeiterin nominieren. Das stieß sich am Gesetz nach dem wählbar und wahlberechtigt nur Personen sind, die eben solches auch für den Bundestag sind. Daß die ausländischen Arbeiter als Arbeiter diese Rechte brauchen liegt dem als Überlegung zugrunde. Geht man diesen Gedanken nach, kommt man unweigerlich dahin, daß sie in allem gleiche politische Rechte haben müssen. Volles Kindergeld für alle ausländischen Arbeiter, unabhängig davon ob ihre Kinder in der BRD oder im Heimatland leben, Verbot der Überstunden für Auszubildende, gesetzliche 40-Stunden-Woche, 35-Stunden-Woche und Erschwerung der Einführung von Schichtarbeit, für Schichtarbeiter Rente ab 55 Jahren; alle diese Forderungen sind mit großer Mehrheit aufs Tapet gebracht worden.

Die beschlossene Steuerforderung bringt in diesem eine Steuerersparnis von 42,30 im Monat gegenüber dem jetzigen Grundfreibetrag von 3690 DM. Die Lehrlingslöhne, die die Druckkapitalisten im dritten und vierten Ausbildungsjahr zahlen müssen, wären damit noch nicht vollständig von der direkten Besteuerung ausgenommen. Eine Frau, die in der Lohngruppe II einen Bruttolohn von 1792,90 DM brutto erhält, einschließlich der Akkordzulage, würde immerhin 18% weniger Lohnsteuer zahlen als bisher. Da die Erhöhung des Grundfreibetrages eine gleichmäßige Steuerersparnis für alle Löhne und Gehälter bewirkt, ist in den unteren Lohngruppen die Wirkung größer. Für das Jahr 1980 ist die Wirkung des Beschlusses fast die gleiche, als wenn 25% des Durchschnittlohnes steuerfrei sind, erhöht sich jedoch der Lohn, ohne daß der Grundfreibetrag erhöht wird, ist die Steuerbelastung gleich wieder höher.

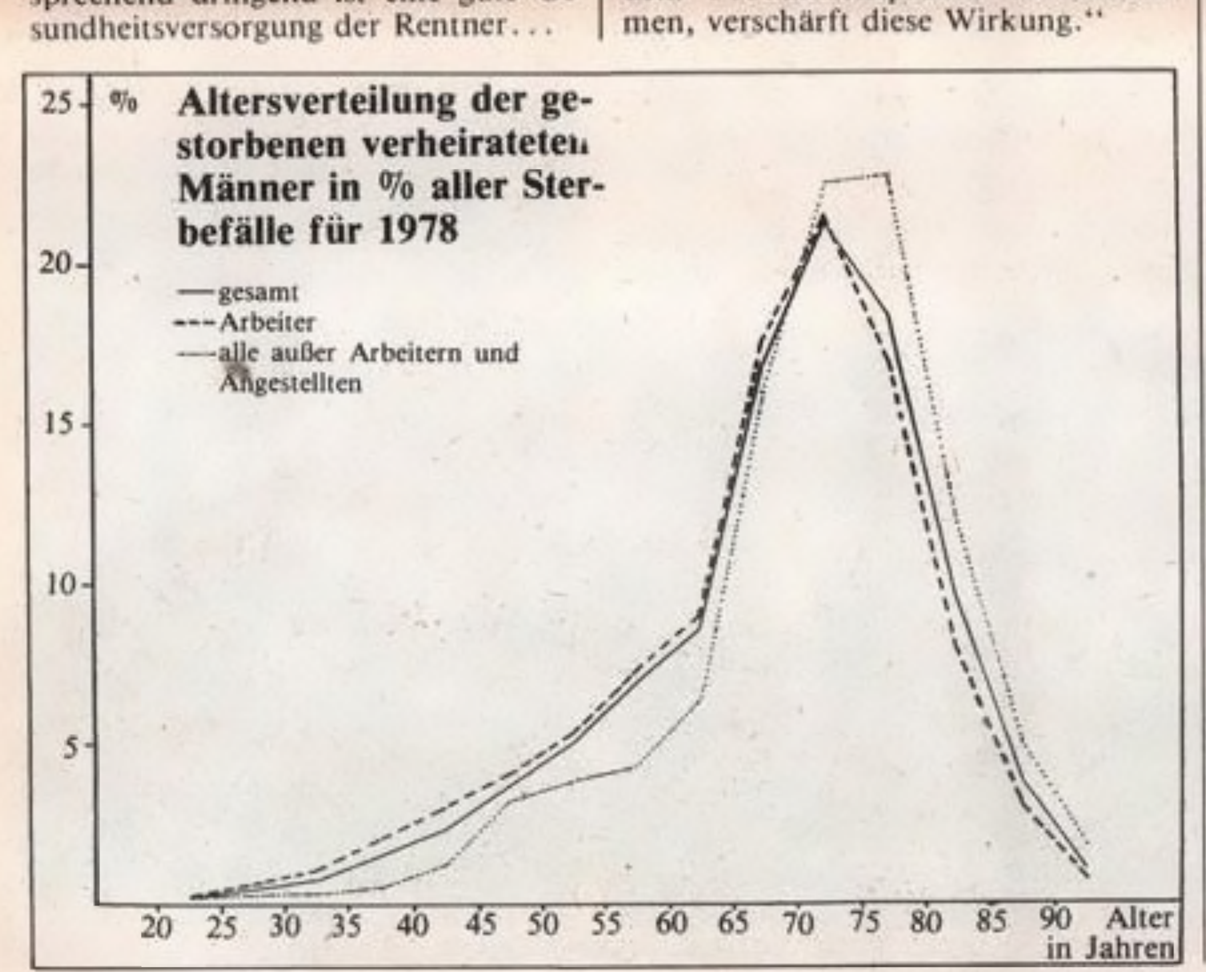


Ehrenbergprozeß: Gericht stopft sich die Ohren zu

r.heb. Dritter Verhandlungstag in Lüneburg gegen D. Steenken: Nach einem mit knapper Not überstandenen Befangenheitsantrag gerät das Gericht sofort unter Beschuß. Jeder sieht, daß es nicht daran vorbei kann, die Ehrenberggesetze und ihre Wirkung auf die Reproduktion der Arbeiterklasse im Prozeß zu verhandeln. Die Ausflüchte des Gerichts werden als abwegig entlarvt. Das Gericht ahnt, wie die Beweisführung gegen Ehrenberg ausgehen würde. Das muß es um jeden Preis verhindern. Mit einem juristischen Bocksprung lehnt es auch die Vernehmung der vor dem Saal wartenden Gutachterin und einer Rentnerin ab. Was die sagen würden, sei ohne Sachzusammenhang mit dem Gegenstand der Urteilsfindung; selbst wenn alles stimme, was der Angeklagte durch sie beweisen wolle, hätte das keinen Einfluß auf die ,,richterliche Überzeugungsbildung". Hatten dem Gericht zuvor die im Flugblatt genannten Tatsachen nicht ausgereicht, einen ,,nicht unterrichteten Dritten" davon zu überzeugen, daß Ehrenberg z.B. als Endlöser bezeichnet werden müsse, heißt es jetzt: ,,Wie die Kammer bereits ausgeführt hat, enthält das Flugblatt überwiegend Werturteile und keine entscheidungserheblichen Tatsachenbehauptungen." Als darauf einer der Zuhörer ,,Sauerei" ruft, weigern sich die Wachmeister offen, seine Personalien festzustellen. In der klaren Absicht, den Verurteilungsauftrag des Bundesgerichtshofs und Ehrenbergs zu erledigen, kann sich das Gericht nur noch
gen, kann sich das Gericht nur noch
die Ohren zuhalten, wenn der Wahrheitsbeweis mit Fakten fortgesetzt wird (Mittwoch, 16.4., 9 Uhr, Landgericht Lüneburg, Am Markt).

In dem vom Gericht nicht zugelassenen Gutachten heißt es: ,,Bei der Entwicklung der Renten ist auffallend, daß der Anteil der Berufsunfähigkeitsrenten und vor allem der Erwerbsunfähigkeitsrenten in den letzten Jahren ständig steigt.. In nur 4 Jahren (von 1974 auf 1978, d. Red.) ist der Anteil der Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrente von 40,32% auf 52,72% gestiegen... Entsprechend steigt der Anteil der Kranken an allen Rentnern, entsprechend dringend ist eine gute Gesundheitsversorgung der Rentner...

In welchem Ausmaß durch diese verschiedenen Formen (Schicht-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit sowie Akkordarbeit) der Arbeiterklasse Lebenskraft geraubt wird, läßt sich erahnen, wenn man die gesamte Sterbekurve ... aufspaltet in die der Arbeiter einerseits und eine Kurve, in der noch die Bourgeoisie, die Beamten, die kleinen Selbständigen und die Bauern zusammengefaßt sind ... Wir haben diese Sterbekurve für 1978 untersucht. Das Ergebnis zeigt Schaubild 4 (untenstehendes Schaubild, d. Red.). Die Kurve III (die durchgezogene Linie, d. Red.) stellt die für alle verheirateten Männer angegebenen Sterbezahlen dar. Die Kurve I (die gestrichelte Linie, d. Red.) ist errechnet mit Hilfe der Rentenzugangsstatistik bei den Witwenrenten in der Arbeiterrentenversicherung ... Um die Kurve II (die gepunktete Linie, d. Red.) zu erhalten, sind die entsprechenden Sterbezahlen für die Angestellten aus der Rentenzugangsstatistik für Witwenrenten in der Angestelltenversicherung ausgerechnet worden ... Von der Gesamtkurve III wurden dann die Arbeiter- und Angestelltenzahlen abgezogen. Im Ergebnis zeigt sich, daß vor allem in der Altersklasse zwischen 35 und 65 Jahren die Arbeiter sehr viel schneller sterben als die in Kurve II zusammengefaßten ... Insgesamt starben 1978 rund 230000 verheiratete Männer, davon 171000 Arbeiter und Angestellte. Bleiben also für die Restkurve ca. 59000. Man sieht leicht, daß das nicht einfach die Bourgeoisie sein kann ... Das Ergebnis die-
geoisie sein kann ... Das Ergebnis die-
ses unterschiedlichen Sterbens in den frühen Altersklassen zeigt sich in der rechten Hälfte der Kurve ... Macht man sich klar, daß die Flächendifferenzen zwischen den Kurven aufsummierte Lebensjahre sind, so wird deutlich, daß der Spruch Akkord ist Mord ausdehnbar ist auf alle die in diesem Gutachten genannten Arbeitsformen, die alle die überintensive Ausbeutung der Arbeitskraft bedeuten. Eine Gesetzgebung, wie z.B. das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz, die Kosten dämpft mit Hilfe der Kürzung von notwendigen Medikamenten und notwendigen ärztlichen Leistungen für Rentner, die zunehmend kränker aus dem Produktionsprozeß herauskommen, verschärft diese Wirkung."



Das Krankenhausessen wird durch die höheren Verpflegungssätze nicht besser

b.kym. Unter der Überschrift: ,,Da freut sich der Klinikkoch: Mehr Geld für Speiseplan" berichtet am 9. April die Hamburger Morgenpost über die Erhöhung der Richtsätze für Patientenverpflegung in den HHer staatlichen Krankenhäusern um 7,5%. Der interviewte Koch aus dem AK Barmbek freut sich, daß jetzt eine größere Auswahl möglich sei. (In den letzten Jahren hat sich die Zahl der angebotenen Menues von 80 auf 50 verkürzt.) Jetzt könne auch mal öfter was Frisches auf den Tisch wie Spargel, Erdbeeren oder Rettichsalat.

Bei einer Befragung auf Stationen des AK Barmbek stellt sich das als Trugschluß heraus. Stationsschwestern und Patienten berichten übereinstimmend, daß von einer Verbesserung des Angebots keine Rede sein kann. Im UKE etwa handeln seit Jahren die meisten Patientenbeschwerden vom Essen.

Tatsächlich liegen die Richtsätze für Patientenverpflegung seit Jahren niedrig. 1976 betrug der Richtsatz für Normalverpflegung 5,10 DM, 1978 5,75 DM, jetzt wird er bei 6,20 DM liegen. Tiefkühlkost ist etwas teurer: 1976 6,70 DM, 1978 6,90 DM. Es handelt sich dabei nicht etwa um die Kosten für ein Mittagessen, sondern für die Verpflegung über den ganzen Tag, einschließlich Getränke. So kann denn auch der Vitaminbedarf hauptsächlich nur über ein paar Gurken- oder Tomatenscheiben am Abend gedeckt werden. An ausreichende Getränke ist gar nicht zu denken. Seit 1978 wird entsprechend Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz von der Apotheke kein Fachingerwasser mehr geliefert, das nach diesem Gesetz kein Arzneimittel mehr ist. Statt dessen gibt es billigeres Mineralwasser über die Küche, d.h. es geht zu Lasten der Verpflegungssätze. Jede Station hat ein bestimmtes Kontingent, keineswegs für jeden Patienten eine Flasche am Tag. Notwendig ist viel Trinken vor allem für Nieren- und Leberkranke, die Nieren müssen gespült werden. Aus den gemeinnützigen Krankenhäusern ist bekannt, daß die Privatpatienten besseres Essen und Diätbrause nach Belieben bekommen. In den staatlichen Häusern soll es so etwas angeblich nicht geben. Auch behauptet die Senatorin Elstner in ihrer Broschüre an die Patienten, jeder Patient könne zwischen zwei Menues wählen. Das ist eine dreiste Lüge. Die Stationen können zwei verschiedene Menues bestellen, aber scheiden Patienten vorher fragen, zwei Essen aufwärmen, das würde zuviel Personal erfordern.

Die lange Aufwärmzeit führt zur Vernichtung vieler wichtiger Nährstoffe, insbesondere von Vitaminen bei Gemüse. So wird je nach Dauer der Hitzeeinwirkung z.B. 20-80% des Vitamins C zerstört, 10-30% bei Vitamin A. Auch Proteine (Eiweißkörper) können durch langes Erhitzen zerstört werden, insbesondere bei Nahrungsmitteln, die auch Kohlehydrate wie Zucker enthalten. Bei langer Erhitzung kann Fett sogar giftige Stoffe entwickeln (schmeckt ranzig).

Je nach vorhandener Patientenzahl haben die Stationen Punkte fürs Essen zur Verfügung (pro Pfennig einen Punkt). Wenn weniger Patienten als erwartet anwesend sind, werden auch zuviel Punkte verbraucht, denn bestellt werden muß vorher. Am nächsten Tag stehen entsprechend weniger Punkte zur Verfügung, es gibt schlechteres Essen. Zum Frühstück gibt es sowieso nur Brötchen mit Butter oder Marmelade, keine Rede von Wurst, Käse oder gar einem Ei.

Die Verpflegungssätze werden bei den allgemeinen Tagespflegesätzen, die die Kassen zahlen müssen, voll eingerechnet. Deswegen müssen die Verpflegungskosten niedrig gehalten werden. Wirklich ändern wird sich das erst, wenn die Krankenkassen von den Versicherten selbst verwaltet und die Beiträge ganz von den Kapitalisten aufgebracht werden.

150 Mio. DM für mehr Zwangsarbeit in den Hamburger Gefängnissen

b.bab. ,,Der Gefangene ist verpflichtet, eine ihm zugewiesene... Arbeit...auszuüben" (§41 Strafvollzugsgesetz). In 13 Anstalten nutzt der Hamburger Senat diese Arbeitspflicht zu Bedingungen, von denen jeder Kapitalist träumt: keinerlei gewerkschaftliche Rechte, sklavische Arbeitsbedingungen, keine Vertretungsorgane, die z.B. Schutz der Arbeitskraft und Gesundheit kontrollieren. Bis vor kurzem mußten Gefangene auf dem Hamburger Staatsgut Alt-Erfrade hochgiftiges Saatgetreide ohne jegliche Schutzmaßnahmen bearbeiten. In Pettluis wurde das Essen im Waschraum mit Toilette ausgegeben; Zwangsarbeit für einen ,,Lohn" von 5% ,,des durchschnittlichen Arbeitsentgeltes". 1978 betrug die Bezugsgröße (100%) 1950 DM/Monat, 1979 2100 DM/Monat. 4 bis 6 DM pro Tag bekommen die Gefangenen für die Vernutzung ihrer Arbeitskraft. Wird diese Arbeitskraft den Kapitalisten angeboten, so zum niedrigsten Preis. Der Gefangene erhält davon nur einen Bruchteil, den Rest behält die Gefängnisleitung als Haftkostenbeitrag ein.

In dem kürzlich vorgelegten Jahresbericht kritisiert der Hamburger Rechnungshof den Senat, daß er die Möglichkeit, die Gefängnisse zu billigen Arbeitshäusern zu machen, noch nicht ausreichend nunzt: ,,Die Arbeitsmöglichkeiten für Gefangene in den Fuhlsbüttler Anstalten sind unbefriedigend...Hier ist ein erheblicher Teil der Gefangenen ohne Arbeit". Und: die bestehenden Arbeitsbetriebe seien wirtschaftlich unergiebig. Die Druckerei z.B. ist zu teuer. Zwei 200000 DM-Aufträge der Finanzbehörde seien wegen ,,überhöhter Preise" an private Druckereien gegangen. Konsequentere Organisierung der Ausbeutung unter dem Gesichtspunkt der Profitproduktion und Mehrwertauspressung ist gemeint, wenn gefordert wird, die Arbeits,,angebote in den Anstalten den Verhältnissen auf dem Arbeitsmarkt anzupassen". Wenn nötig, mit gleichzeitigem Druck auf andere staatliche Institutionen. Weil die staatlichen Pflege-, Kinder- und Jugendheime sowie Krankenhäuser ihren Brotbedarf nicht zu 50% aus Fuhlsbüttel bezogen, war die Bäckerei nicht ausgelastet, beschwert sich der Rechnungshof. Das ist inzwischen geändert worden. Vor allem aber kann die spottbillige Arbeitskraft der Gefangenen für Senat und Hamburger Kapitalisten nicht genügend genutzt werden, weil zu wenig Arbeits- und Ausbildungsplätze in den Gefängnissen bestehen. Ein 150 Mio. DM-Sanierungsprogramm soll das jetzt ändern. 60 Mio. DM dafür gehen allein nach Fuhlsbüttel.

Der Hamburger Senat wird es nicht leicht haben, seine Absichten durchzusetzen. Unter den Gefangenen nimmt der Kampf gegen die Zwangsarbeit und für gewerkschaftliche und politische Rechte zu. Gefordert wird: Tariflohn für Gefangene! Recht auf gewerkschaftliche Organisierung und Vertretung! Einbeziehung in die gesetzliche Kranken-, Arbeitslosen- und Rentenversicherung, Bezahlung der Beiträge durch die Anstalt bzw. den Kapitalisten!


Strafanstalt Fuhlsbüttel. 1978: 468 Gefangene.

b.mee. **Die CDU-Abgeordneten Sick und Spaeth fordern die Wiederinbetriebnahme der Bundesbahnstrecke Husum-Rendsburg.** Diese Strecke war von der Bundesbahn 1974 aus Rationalisierungsgründen für den Personenverkehr stillgelegt worden. Damals war als Ersatz der Ausbau der B 202 Husum-Erfde-Rendsburg sowie eine Verbesserung der bestehenden Buslinien von den verantwortlichen Politikern versprochen worden. Beides hat nicht stattgefunden. Stattdessen stauen sich im Berufsverkehr die Autos vor Husum. Die Busse der Fa. Autokraft sind hoffnungslos überfüllt. Das mußten auch drei lokale CDU-Vertreter feststellen, die einmal morgens um 6.36 Uhr den Bus von Fresendelf nach Husum bestiegen. Für die letzten 30 Personen in Winnert, vornehmlich Schüler, war es aussichtslos, noch einen Sitzplatz in dem 50 Sitzplätze und 21 Stehplätze fassenden Bus zu bekommen. Laut Gesetz werden in den Bussen die Sitzplätze zu Stehplätzen wie 2 zu 1 aufgegliedert. An diesen Beförderungsverhältnissen wird von der Bevölkerung schon seit Jahren heftige Kritik geübt, so auch auf der letzten Amtsausschußsitzung in Mildstedt. Die CDU-Politiker kehrten die Kostensteigerungen heraus, die größere Busse zur Reduzierung der Stehplätze und der Enge in den Bussen bringen würden. Als ob die Busse nicht schon teuer genug wären.

r.mas. **Am 2.4.80 wurde von der NGG in der zweiten Lohnverhandlung für die Back-, Puddingpulver- und Gewürzindustrie ein neuer Tarifvertrag erstritten.** Der Vertrag beinhaltet die Anhebung der unteren Lohngruppen IIIa und IIIb um 8,1% und der Lohngruppe II um 6,9%, sowie die Anhebung der weiteren Löhne um 6,8%. Damit konnte die NGG eine zusätzliche Anhebung der unteren Lohngruppen tariflich absichern. Dieser Erfolg ist auch notwendig gegenüber den Erfolgen der Kapitalisten, weite Teile der Belegschaften in die unteren Lohngruppen zu drücken. Den größten Anteil in den Niedriglohngruppen stellen die Frauen. Rund 80% der in der Nahrungsmittelindustrie beschäftigten Frauen sind innerhalb dieser Lohngruppen, ihre Löhne liegen 150 bis 360 DM unter der niedrigsten Männerlohngruppe. Gemessen an dem, was in der Metallindustrie durchgesetzt wurde, ist dieses Ergebnis gut. Allerdings ist das Lohnniveau niedriger als in der Metallindustrie.

Veranstaltungskalender

Seminarwoche zum Demokratischen Kampuchea

Lüneburg, 14., 16., 17. und 18.4.80, 20 Uhr, Gaststätte ,,Moravia Eck", Stöteroggestr. 71; 15.4.80, 20 Uhr, Gaststätte ,,Südbahnhof".

Ehrenbergprozeß gegen Dirk Steenken

Lüneburg, 16.4.80, 9 Uhr, Landgericht Lüneburg, Am Markt 7, Zimmer 21.

Bußgeldverfahren gegen Qualmann, v. Appen und Schöttler wegen Teilnahme an einer verbotenen Iran-Demonstration am 13.1.1979

Kiel, 15.4.80, 9 Uhr, Amtsgericht, Zimmer 375.

Prozeß gegen M. Malakuti und D. Valipour wegen räuberischer Erpressung eines SAVAK-Spitzels

Kiel, 22.4.80, 9 Uhr, Amtsgericht, Zimmer 124.

Prozeß gegen D. Monica wegen Beleidigung und Verunglimpfung der BRD

Flensburg, 17.4.80, 8.30 Uhr, Landgericht, Zimmer 58.

Prozeß wegen Parolenmalens gegen ein NATO-Manöver gegen T. Schröder und Neumann

Celle, 16.4.80, 11.50 Uhr, Amtsgericht, Kanzleistr. 1 – 4, Raum 114.

Prozeß gegen I. Kästner wegen Widerstand und Körperverletzung anläßlich einer gewaltsamen Saalräumung während eines SRK-Prozesses im August 1978

Flensburg, 15.4.80, 14 Uhr, Amtsgericht, Zimmer 58.

Fortsetzung des Wehrkraftzersetzungsprozesses gegen C.U. Monica

Flensburg, 18., 21., 23. und 25.4.80, jeweils 9.15 Uhr, Landgericht, Zimmer 58.

Fortsetzung des Prozesses gegen Buttler, Timmermann und Oberkampf wegen Widerstand bei einer Kundgebung gegen die US-Besatzer in Garlstedt

Hamburg,, 18.4.80, 9 Uhr Amtsgericht Sievekingsplatz Saal 160.

Probe des Musikzuges der Vereinigung für Revolutionäre Volksbildung Soldaten und Reservisten

Hamburg, jeden Mittwoch, 19 Uhr, Gymnasium Kaiser-Friedrich-Ufer, Kaiser-Friedrich-Ufer 6.
Kiel, jeden Samstag, 15 Uhr, Kindergarten im Schützenpark.

Veranstaltung des KBW zum 1.Mai

1. Mai 1980: Die Arbeiterbewegung rückt zusammen, im Innern wie international. Im Kampf gegen die Ausbeutung und den imperialistischen Krieg entwickelt sich die Einheit

Flensburg, 30.4.80, 20 Uhr, ,,Apenrader Hof"; *Husum*, 30.4.80, 20 Uhr, Bahnhofsgaststätte; *Kiel*, 29.4.80, 20 Uhr, Gaststätte ,,Waidmannsruh", Eckernförder Straße; *Hamburg*, 29.4.80, 19.30 Uhr, Emilie-Wüstenfeld-Schule, Bundesstraße; *Lüneburg*, Ort wird noch bekanntgegeben.

Arbeitereinheitsfront und Partei. Beides braucht die Arbeiterklasse, um die Herrschaft der Kapitalistenklasse zu stürzen. Den Bundestagswahlkampf nutzen

Flensburg, 1.5.80, 16 Uhr, ,,Apenrader Hof"; *Kiel*, 1.5.80, 15.30 Uhr, Gaststätte ,,Waidmannsruh", Eckernförder Straße; *Hamburg*, 1.5.80, 17 Uhr, HfBK, Hamburg 76, Lerchenfeld 2.

Die Lage an den Berufsschulen drängt zum Zusammenschluß am 1. Mai

b.row. Der Kreisjugendausschuß des DGB Flensburg führt am 17. April zur Vorbereitung der DGB-Kundgebung am 1. Mai einen Informationsabend über die Geschichte des 1. Mai durch und hat beim Kreisvorstand des DGB eine Demonstration zum Kundgebungsort Südermarkt beantragt. Grundlage der Demonstration sollte der Aufruf des Bezirksjugendausschusses des DGB zur Demonstration der Landesschülervertretung am 22. März in Kiel sein, der die Forderung nach 12 Stunden Berufsschulunterricht, Bereitstellung von genügend Lehr- und Lernmitteln und Einstellung von genügend Berufsschullehrern enthielt und vom KJA um die Forderungen „Abschluß eines Lehrvertrags im Berufsgrundbildungsjahr und bei der Stufenausbildung! 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Verbot der Aussperrung – uneingeschränktes Streikrecht!" ergänzt wurde. Der DGB-Kreisvorstand konnte über diesen Antrag mangels Beschlußfähigkeit nicht abstimmen. Das ist bedauerlich, da die Gewerkschaftsjugend mit der Demonstration vorhatte, möglichst viele Auszubildende zur Kundgebung zu mobilisieren.

Die Situation an den Berufsschulen hat sich in den letzten Jahren enorm verschlechtert. Aufschluß darüber geben die Ergebnisse von Fragebogenaktionen, die im 1.Halbjahr des Schuljahres 79/80 an verschiedenen Berufsschulen Schleswig-Holsteins durchgeführt wurden. So erhalten z.B. – wie aus der Tabelle ersichtlich – an der GBS Flensburg 35 Klassen (45%) von 70 bis 80 Klassen weniger als 8 Stunden Berufsschulunterricht die Woche. Nur ein kleiner Teil erhält die geforderten 12 Stunden. Gleichzeitig haben viele Berufsschüler hohe Kosten für Bücher, Fahrtkosten und andere Lehr- und Lernmittel, die von den Schulträgern nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung gestellt werden.

Berufsschulunterricht an der GBS Flensburg

Klassen	2	2	2	17	12
Stunden	6*	8*	5	6	7
Klassen	33	1	6	1	1
Stunden	8	11	12	13	16

* zweiwöchentlich

Ungefähre Ausgaben am Anfang und während der Ausbildung für die Schule

DM	10	20	40	60
Klassen	4	7	15	9
in %	5,5	9,7	20,8	12,5
DM	80	100	150	200
Klassen	3	11	5	3
in %	4,2	15,3	6,9	4,2

15 Klassen (20,8%) haben keine wesentlichen Ausgaben

Gerade in dieser Lage ist es notwendig, daß die Berufsschüler gemeinsam mit der Arbeiterbewegung ihre Forderungen vertreten. Um sich mit der Situation in der beruflichen Bildung in Schleswig-Holstein auseinanderzusetzen, führt der DGB am 19. April eine landesweite Arbeits- und Informationstagung zur beruflichen Bildung in Kiel durch.

Schwieriger Kampf gegen LG II bei Haller u. Meurer

Kapitalisten wollen Arbeitsplatzbewertung / VK fordert die Streichung

b.mie. Gerade die vergangenen Lohnauseinandersetzungen beweisen die zunehmende Stärke und Bewußtheit der Arbeiterklasse, sich unter Festgeld oder Mindestforderungen gegen die Ausbeutung der Kapitalistenklasse zusammenzuschließen. Die Beschlußlage in den Gewerkschaften ist gut, so hat der VK bei Haller zur vergangenen Tarifrunde die Streichung der unteren Lohngruppen beschlossen. Es gibt auf der Ebene der Betriebe, bei den Vertrauenskörpern und den Betriebsräten doch noch eine Reihe von Problemen hinsichtlich einer richtigen Taktik zur Durchsetzung der Forderungen wie z.B. der Streichung der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen.

Die Entlohnung und die Eingruppierung in die entsprechende Lohngruppe ist durch den Lohnrahmentarifvertrag geregelt, der die Tätigkeitsgruppen II bis IX vorsieht. Die Tätigkeitsgruppe I konnte im Dezember 1975 abgeschafft werden. Die Beschreibung der Lohngruppe II lautet: „Arbeiten einfacher Art, die ohne vorherige Arbeitskenntnisse nach kurzer Einweisung ausgeführt werden können und mit geringen körperlichen Belastungen verbunden sind oder Arbeiten, die ein systematisches Anlernen erfordern und mit geringen körperlichen Belastungen verbunden sind." In Lohngruppe IIIa ist der Zusatz enthalten, Anforderungen an die Fertigkeiten, die über die der Lohngruppe II hinausgehen."

Diese Tätigkeitsbeschreibungen müssen auf der Ebene des Betriebes, der Abteilung im Kampf gegen die Auffassungen der Kapitalisten konkret für die Eingruppierung des einzelnen Arbeiters angewendet werden. Der Streit zwischen Betriebsrat und Betriebsführung geht dabei in der Regel um die sogenannte Arbeitsplatzbewertung. In der Regel endet dieser Streit fast immer vor dem „neutralen Schlichter" der Einigungsstelle, die IG Metall Rechtsstelle rät zu Einzelklagen vor dem Arbeitsgericht.

Bei Haller-Meurer haben zwei Löterinnen den Antrag auf Aufgruppierung in die Lohngruppe III gestellt, was der Betriebsrat unterstützt. Nachdem eine Arbeitsplatzbesichtigung von Seiten der Gewerkschaft und der Kapitalisten durchgeführt worden war, bot die Betriebsführung einen Kompromiß an: sie wollte eine Absauganlage installieren und für bestimmte Arbeiten eine Erschwerniszulage zahlen, die allerdings nicht anrechnungsfähig auf den Akkord der Frauen ist. IGM Vertreter Schröder riet den Frauen und dem Betriebsrat, dieses Angebot abzulehnen und Einzelklagen einzureichen. Diese Taktik verspricht wenig Erfolg. Diese Arbeitsprozesse dauern Jahre und bei knapp 100 Akkordarbeitern in den Lohngruppen II und III bei Haller und Meurer werden wohl Jahrzehnte vergehen. Da es sicher bei diesen 100 Kollegen ca. 50 verschiedene Arbeitsplätze gibt, wird auch die Möglichkeit der Übertragung einer Aufgruppierung auf die anderen Arbeitsplätze nicht möglich sein. Die Kapitalistenklasse versucht mit dem Streit um die Arbeitsplatzbewertung die Ausbeutung der Arbeiter als ein nebensächliches Problem unter den Tisch zu kehren. Die Tatsache, daß die Akkordarbeiterinnen bei Haller-Meurer 160% Akkordabgabe machen müssen, um auf 1200 DM netto zu kommen und dabei Lasten von 1 bis 2 Tonnen Blech pro Tag bewegen, soll nach dem Willen der Kapitalisten „einfache Arbeit mit geringen körperlichen Belastungen" bleiben, mit etwas Musik und Farbe läßt sich vielleicht noch mehr herausholen. Von 1974 bis 1977 haben die Haller-Meurer Kapitalisten den Umsatz pro Arbeiter fast verdoppelt, nämlich von 73000 DM auf 132000 DM bei gleicher Belegschaftszahl. Die Untersuchungen über die Steigerung der Ausbeutung wird zeigen, daß man die unteren Lohngruppen streichen muß, daß die Tätigkeitsbeschreibungen des Lohnrahmentarifvertrages eine Beschönigung der Ausbeutung der Frauenarbeit ist.

Die analytische Arbeitsplatzbewertung, von den Kapitalisten betrieben und vom Vorstand der IG Metall nicht bekämpft, zerlegt den Arbeitsprozeß in Hunderte von Einzelheiten, die alle mit Punkten bewertet werden. Die erreichte Anzahl der Punkte pro Arbeitsplatz ergibt nachher den Lohn. Die „gerechteste Entlohnung" wird die Lohnspaltung auf die Spitze treiben und jeder einzelne Bewertungspunkt wirkt als Spaltpilz unter den Arbeitern. Mit diesem Verfahren wird jede übriggebliebene Pore des Arbeitstages geschlossen. Im Kampf zur Streichung der unteren Lohngruppen hat sich der AEG-Betriebsrat durchgesetzt, indem er keinen Arbeiter mehr in Lohngruppe II hat einstellen lassen. Nachdem die AEG Kapitalisten so unter Druck kamen, haben sie der Aufgruppierung in III für alle zugestimmt. Bei Haller-Meurer werden sehr viele Leiharbeiter eingestellt, womit die Betriebsführung ständig auf den Lohn der Akkordarbeiter drückt. Diesen Einstellungen sollte der Betriebsrat nicht mehr zustimmen und die Möglichkeit der Betriebsvereinbarung über die Aufgruppierung aller Arbeiter in Lohngruppe III erörtern.

NWK: „Ohne Verzögerungen die Bauarbeiten für

triebsführung geht dabei in der Regel | gen körperlichen Belastungen" blei- | III erörtern.

NWK: „Ohne Verzögerungen die Bauarbeiten für das KKW Brokdorf wieder aufnehmen."

b.chb. Weiter fordert die NWK in ihrem Geschäftsbericht, daß „von politisch verantwortlicher Seite wieder Voraussetzungen geschaffen werden", um „neue Kraftwerksbauvorhaben zeitlich und finanziell kalkulierbar realisieren (zu) können". Und die Politiker springen. Innenminister Barschel lobt die „Standfestigkeit" der Gemeinde Brokdorf. Nach Besuch im KKW Brunsbüttel CDU-MdL Harms: Die Diskussion „selbst über kleinste technische Pannen" und „auch kleinste Unregelmäßigkeiten" würden „geradezu hochgespielt". Mit einem politischen Zangengriff versuchen Kapitalisten und Politiker den Weiterbau des KKW Brokdorf und die Wiederinbetriebnahme des KKW Brunsbüttel vorzubereiten. Einige Bauern meinten zur Urteilsbegründung im Brokdorf-Prozeß, die ihre Interessen und die der Gemeinden vollständig ablehnt, „dann werden wir wohl wieder demonstrieren müssen". Am 14.4. berät die Gemeindevertretung Wewelsfleth über die Weiterführung des Kampfes. Fast 20000 Unterschriften für die endgültige Stillegung des KKW Brunsbüttel werden zur Landtagssitzung am 22.4., wo über die Wiederinbetriebnahme debattiert wird, von Bürgerinitiativen in einer Aktion übergeben.



Für seine Verdienste, konsequent die Interessen der Kapitalisten zu verfolgen, erhielt Landrat Brümmer von seinem Dithmarscher Kollegen Buhse ein Marzipanmodell des Industriegebiets Brunsbüttel zum Geburtstag. Der Appetit wird ihm bald vergehen.

Späte Auszahlung der Lohnerhöhung im Öffentlichen Dienst - Millionen für den Staat

b.ros. Im folgenden Artikel haben wir an zwei Beispielen berechnet, welches Interesse der bürgerliche Staat an einer Verzögerung der Auszahlung der Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst hat. Feststellbar ist, daß der Staat zunehmend mehr an Lohngeldern über die Steuerprogression einbehält, je später er auszahlt. Für den einzelnen sind die Nettolohneinbußen vergleichsweise gering, aufsummiert für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst macht es für den Staat jedoch mehrere Millionen DM aus; für die 185259 Beschäftigten in Schleswig-Holstein (Zahl von 30. Juni 78) schon ca. 1 Million. Durch die Zentralisierung der Lohnabrechnungen in Datenzentralen hat sich der Staat zudem ein Mittel geschaffen, den Auszahlungsmonat zentral festzulegen. Es braucht nur ein Computer auszufallen, und schon hat der Staat Lohngelder zu seiner Verfügung.

Beispiel I: Lediger Kommunalarbeiter, 21 Jahre, Lohngruppe I:
Zahlt der Staat für ihn die Lohnerhöhung im Mai aus, wovon in der Regel ausgegangen werden muß, zieht er 3,50 DM mehr Steuern ein, als dies bei normaler Auszahlung ab März der Fall gewesen wäre. Bei Auszahlung im Juni steigert sich diese Summe auf 9,50 DM und im Juli, in dem außerdem die 300 DM Urlaubsgeld ausgezahlt werden, auf 52,10 DM. Speziell für die Arbeiter bei der Kirche kann dies Realität werden, da in vielen Bereichen noch immer die Übernahme der Lohnerhöhung im Öffentlichen Dienst nicht gesichert ist.

Beispiel II: Verheirateter Verwaltungsangestellter, 2 Kinder, 35 Jahre, Steuerklasse III:
Wird der Lohn im April ausgezahlt, bekommt der Angestellte 4,93 DM weniger ausgezahlt, im Mai 5,14 DM. Ab Juni wird der Verlust dann geringer (4,30 DM) und im Juli würde er mit Urlaubsgeld sogar 22,57 DM netto mehr ausgezahlt bekommen. Dies ist darauf zurückzuführen, daß sein Bruttolohn 3000 DM übersteigt und so die Beitragsbemessungsgrenze der Krankenversicherung überschritten wird, sodaß die Krankenversicherungsbeiträge nicht mehr steigen trotz steigendem Bruttolohn. Trotzdem verbirgt sich dahinter, daß der Staat über die Lohnsteuer progressiv mehr einbehält, im April 3,50 DM, im Mai 4,70 DM, im Juni 7 DM, im Juli 9,70 DM. Die Beschäftigten in den Betrieben werden dafür sorgen müssen, daß die Lohnerhöhung schnell ausgezahlt wird.

IG Bau Stade fordert zusätzliche Anhebung der unteren Lohngruppen

b.det. Der Lohntarifabschluß im Bauhauptgewerbe mit der Vorweganhebung – d.h. der letzten Ausschüttung des Relationstarifvertrages – und darauf 6,6% hat die Lohndifferenz zwischen LG 1 (Werkpolier) und LG 6 (Fachwerker) um mehr als 50 Pf. vergrößert, von 10,69 zu 14.08 auf 11.47 zu 15,38 DM Stundenlohn. Die Spaltung im Lohngefüge ist weiter gewachsen, entsprechend groß ist das Streben der Arbeiter nach Einheit. Laut Tarifvertrag werden eine Reihe von Arbeitern durch ihre Berufsjahre höhergruppiert. Das ist aber individuell und hängt in vielen Fällen vom Wohlwollen des Kapitalisten ab.

Der Bezirksverband Niederelbe (Stade) der IG Bau Steine Erden hat jetzt Initiative ergriffen, daß die unteren Lohngruppen, also die LG 4 bis 7, zusätzlich zur Tariflohnerhöhung um 2,5% angehoben werden. Geplant ist, daß die Betriebsräte und der Gewerkschaftsvorstand die Kapitalisten an den Verhandlungstisch holen. Eine gewerkschaftliche Mitgliederversammlung sollte auch gemacht werden. Bei Lindemann, der mit ca. 200 Beschäftigten größten Stader Hochbaufirma, findet am 18. April eine Betriebsversammlung statt, bei der als Hauptpunkt die Anhebung der unteren Lohngruppen auf der Tagesordnung steht.

Inzwischen gehen die Kapitalisten daran, mehreren Arbeitern die übertarifliche Leistungszulage von 1 DM, die in mehreren Stader Baufirmen gezahlt wird, zu kürzen. Bei Lindemann haben Arbeiter eine Verwarnung gekriegt, daß sie entlassen werden, wenn sie noch einen Tag unentschuldigt fehlen. Neben dem Lohnkampf werden auch solche Unterdrückungsmaßnahmen zurückgeschlagen werden. Wenn die Kampfkraft der Bauarbeiter genutzt wird, ist das allemal drin.

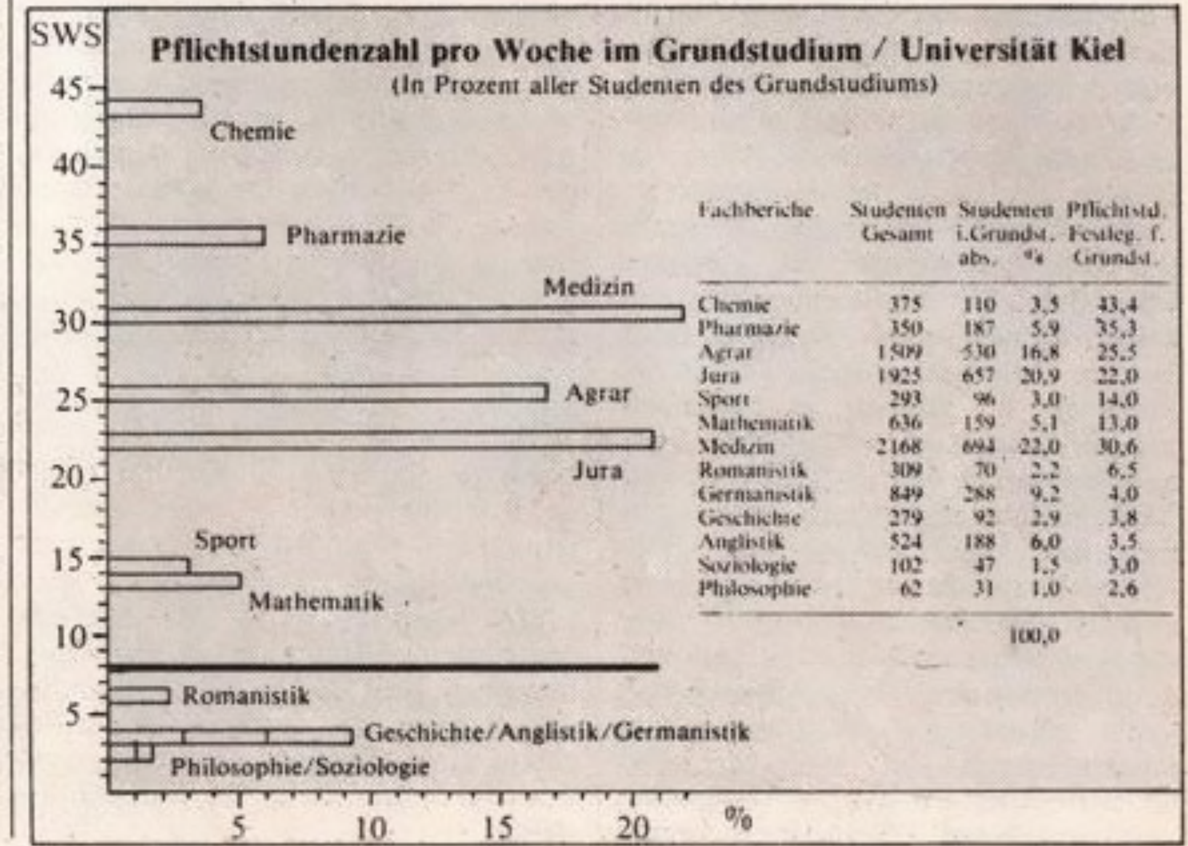


Die schwere Arbeit fordert großes Geschick von den Arbeitern

Pflichtstundenzahl im Grundstudium: 40-Stunden-Woche - eine dringende Kampfaufgabe

b.mos. In dem Schaubild haben wir die durchschnittliche Pflichtstundenbelastung im Grundstudium an verschiedenen Fächern der Universität Kiel aufgetragen. Die durchgezogene Linie gibt die Pflichtstundenbelastung der Professoren an. Auf der waagerechten Achse läßt sich ablesen, wieviel Studenten in Prozent aller im Grundstudium befindlichen, erfaßten Studenten in dem Fach studieren. Es fällt auf, bei den meisten Fächern liegt die Pflichtstundenbelastung der Studenten über der der Professoren. Bei den Fächern, die in der Grafik unter der Lehrverpflichtung der Professoren liegen, muß man berücksichtigen, daß sie alle nur zusammen mit einem zweiten Fach studiert werden können. Hinzu kommen Lehrerbegleitstudium und erforderliche Sprachkenntnisse, die die Studenten sich in der Regel während des Studiums verschaffen müssen.

Kann man die Arbeitszeit der Professoren mit der der Studenten vergleichen? Für Professoren wird gerechnet, daß er für jede Pflichtstunde 4 Std. Vor- und Nachbereitung benötigt, insgesamt also 40 Std./Woche arbeitet. Warum sollten die Studenten weniger brauchen? Es ist schließlich der Professor, der in dem Fach eingearbeitet ist und nicht der Student. Ein Vergleich mit der Belastung der Professoren ist also durchaus nützlich, wenn die Studenten eine Senkung der Pflichtstunden und eine Stoffeingrenzung verlangen. Warum sollte für sie keine 40-Stunden-Woche gelten?



Fachberiche	Studenten Gesamt	Studenten i.Grundst. abs.	%	Pflichtstd. Festleg. f. Grundst.
Chemie	375	110	3,5	43,4
Pharmazie	350	187	5,9	35,3
Agrar	1509	530	16,8	25,5
Jura	1925	657	20,9	22,0
Sport	293	96	3,0	14,0
Mathematik	636	159	5,1	13,0
Medizin	2168	694	22,0	30,6
Romanistik	309	70	2,2	6,5
Germanistik	849	288	9,2	4,0
Geschichte	279	92	2,9	3,8
Anglistik	524	188	6,0	3,5
Soziologie	102	47	1,5	3,0
Philosophie	62	31	1,0	2,6
			100,0	

Ladenschluß: 18.30 Uhr spätestens - besser 18 Uhr Keine Nacht- und Schichtarbeit

b.brg. Der Widerstand gegen eine Änderung der Ladenschlußzeiten drückt sich in Beschlüssen und Aktionen der Beschäftigten im Einzelhandel aus.

24.3., Kiel, HBV-Hauptdelegiertenkonferenz: Keine Lockerung der Ladenschlußzeiten. 9.3., Trier: Entschließung an die ordentliche Bezirkskonferenz der HBV: ... Bestrebungen, die Ladenschlußzeiten aufzuweichen, ist entgegenzutreten. Verkaufen ist Schwerstarbeit... Die ohnehin knapp bemessene Freizeit... ist zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit dringend erforderlich ... Die Arbeitszeit soll tarifvertraglich so abgesichert werden, daß allen Versuchen, das Ladenschlußgesetz aufzuweichen, ein tarifrechtlicher Riegel vorgeschoben wird ... 19.3., HBV-Mitgliederversammlung Lingen: Bericht des Geschäftsführers: Aktuelle Aufgabe ... Kampf gegen die Änderung des Ladenschlusses. Die HBV will ... einen Ladenschluß um 18 Uhr im Manteltarif (durchsetzen). Über 2000 Unterschriften für Protestschreiben an Antje Huber ... 22.3., MV der Ortsverwaltung Goslar der HBV: Antrag an den Gewerkschaftstag, im Tarifvertrag eine Ladenschlußzeit bzw. das Arbeitsende um 18.30 Uhr festzuschreiben. 12.2., Antrag auf der Jahreshauptversammlung der HBV Flensburg an die Landesdelegiertenkonferenz, sich mit allen Mitteln für die gesetzliche Beibehaltung des Ladenschlusses einzusetzen. (KVZ Nachrichtendienst Nr. 07)

Ausnahmeregelungen gibt es für Apotheken, Zeitungen, Tankstellen, Verkaufsstellen auf Personenbahnhöfen und Flughäfen. Für Kur- und Erholungsorte können die Landesregierungen Rechtsverordnungen bestimmen.

Z.B. wurde vom Sozialminister Schleswig-Holsteins für 1980/81 folgendes festgelegt:

Öffnungszeiten	Sonn- u. Feiert.	Werkt.
Westerland, 1.4.-30.9.	16.00-19.00	7.00-20.00
List, 1.4.-31.10	10.30-13.30/-16.30-19.00	7.00-21.00
Vollerwik, 1.4.-31.10.	8.00-12.00/-16.00-20.00	7.00-21.00

Ähnliches gilt für Föhr, Amrum, Langeneß, Dagebüll, Schwabstedt, St. Peter Ording, Eckernförde, Schönhagen und Brodersby. Weitere Ausnahmen gibt es an Sonntagen für Messen und Ausstellungen.

Es gibt aber bereits Ladenschlußzeiten, die das Gesetz unterschreiten. In Schleswig-Holstein wird allgemein um 18 Uhr geschlossen, in anderen Bundesländern um 18.30 Uhr. Die Aufstellung von Schlußzeiten an verschiedenen Orten zeigt, daß durchaus frühere Schlußzeiten möglich sind ohne Proteststurm der Verbraucher, aber auch, daß große Konzerne bzw. Filialketten diese Schlußzeiten beiseite räumen.

Welches sind die Gründe für eine Ausdehnung des Ladenschlusses, wo doch der Einzelhandelsverband dagegen ist? In einer Broschüre des Verbraucherschutzbundes (Aktion „Kaufen ohne Streß") heißt es, die Läden müssen geöffnet sein, wenn die Kunden Zeit zum Einkaufen haben. Beschrieben wird dann die tatsächliche Situation, und daß selbst Beschäftigte im Einzelhandel betroffen seien. Arbeitet man bis 17 Uhr, ist die Zeit zum Einkaufen wohl knapp. Angegriffen wird auch, daß die Gewerkschaften ihre Umfragen nur in Kaufhäusern gemacht hätten, dort könnten die Beschäftigten ja einkaufen.

Ausdehnung des Ladenschlusses entspricht dem Interesse der Kapitalistenklasse, insgesamt die Arbeitszeit rund um die Uhr auszudehnen und noch mehr Arbeitskräfte verfügbar zu machen. Die Kapitalisten denken sich das so, daß sie im wesentlichen Teilzeitkräfte zu Anfang dafür gewinnen können, Frauen mit Kindern für 2-4 Stunden z.B., die die Belgschaften spalten sollen. Gleichzeitig wäre dies eine höchst intensive Vernutzung von Arbeitskraft in den Abend- und Samstagsstunden. Erst vor kurzem wies der CDU-Abgeordnete Rolf Olderog auf einer Lübecker Tagung der Deutschen Steuergewerkschaft darauf hin, daß z.B. die 7000 Teilzeitbeschäftigten der schleswig-holsteinischen Landesverwaltung „wegen geringerer Ermüdung mehr leisten als Vollzeitbeschäftigte".

In der FAZ gab es eine Fortsetzungsserie über die Vorteile der Teilzeitbeschäftigung für die Kapitalisten. Dabei wurde erwähnt, daß „Teilzeitbeschäftigte, die nur durch ihr Zuverdienen das Lebensniveau der Familie erhöhen, stört es auch im allgemeinen nicht, daß sie keine besonderen Aufstiegschancen (gleich Lohnerhöhung, d.Verf.) haben".

9 bis 10 Stunden sind die Beschäftigten im Einzelhandel an den Betrieb gebunden. Die Arbeitsbedingungen, Klimaverhältnisse, das Stehen – Rückenschäden, absinkender Blutdruck sind Folgen – sind so schon schlecht genug. Dazu oft Haushaltsarbeit. Der Lohn reicht nicht, um die Arbeitskraft wieder herzustellen.

Richtig ist, tarifliche Festlegung des jetzigen Arbeitsschlusses zu fordern, und warum soll man sich da nicht an den günstigsten Fall halten. Notwendig ist eine spürbare Erhöhung der Tarife, um die Notwendigkeit, Überstunden machen zu müssen, zu verhindern und das Verbot der Nacht- und Schichtarbeit für die gesamte Arbeiterklasse durchzusetzen.

Jetzt gültige Ladenschlußzeiten

	Mo-Fr	Sa
Hamburg:	18.30	14.00
in Stadtteilen		13.00
Kiel:		
Kaufhäuser/Innenst.	18.00	14.00
Plaza/Aldi	18.30	14.00
Stadtteile	18.00	13.00
Schleswig:		
Karstadt, Hela, Edeka coop/Innenstadt	18.00	13.00
Radio Voigt und mittlere Betriebe/Innenst.	18.00	12.00
Aldi, Penny-Markt	18.30	13.00
divi	18.30	14.00
Stadtteile	18.00	12.00
Heide:		
Kaufhäuser	18.00	12.00
Spar/Stadtteil	18.00	12.30
Aldi, Wandmaker, Bilka (Edeka/Hertie)	18.30	14.00

Überall, wo der Deutsche Verbraucherschutzbund e.V. Unterschriftenaktionen für Ausdehnung des Ladenschlusses durchführte, führte die HBV Aktionen durch. Hier in Neuss. (Ausblick Nov. 79)

Durch Teilzeitkräfte soll die Verlängerung des Ladenschlusses durchgesetzt werden

b.dam. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten liegt im Einzelhandel und überhaupt im HBV-Bereich besonders hoch, Tendenz steigend. Auf sie wird schon mit einem Auge geschielt, wenn es um die Durchsetzung der Verlängerung der Ladenöffnungszeiten geht. Auf der Delegiertenversammlung der HBV in Hamburg gab es folgende Anträge zur Teilzeitarbeit:„Nr. 16: Die Forderung nach Änderung der 'Anordnung über die Beurteilung der Zumutbarkeit einer Beschäftigung' soll dahingehend geändert werden, daß arbeitslose Teilzeitkräfte nicht in Vollzeitstellen vermittelt werden dürfen, wenn die Betreuung aufsichtsbedürftiger Kinder oder pflegebedürftiger Personen beeinträchtigt wäre'. „Antrag Nr. 17: Teilzeitbeschäftigte sollen ausdrücklich in Tarifleistungen einbezogen werden. 'Aus der Begründung: Teilzeitarbeit ist gewerkschaftspolitisch nicht zu fördern, weil sie weder eine Alternative zur 35-Stundenwoche ist, noch zum Abbau der Arbeitslosigkeit führt. Das kann jedoch nicht bedeuten, daß der DGB sich nicht für diejenigen einsetzt, die aus persönlichen Gründen...auf Teilzeitarbeit angewiesen sind." Volle Erhöhung des Lohns auch für Teilzeitbeschäftigte wäre unbedingt notwendig und würde den Kapitalisten die Suppe mit Einstellung von Teilzeitlängerarbeitenden versalzen.

Teilzeitbeschäftigte in Hamburg und Schleswig-Holstein

	ges.	weibl.	in %	Teilz.	% d. Besch.	Teilz. weibl.	in %
Hamburg, 30.6.78							
Einzelh.	69870	46300	66,3	16384	23,4	15813	96,5
Großh.	69916	28192	40,3	6766	9,6	6076	89,8
Banken	25907	13377	51,6	2842	11,0	2·58	97,0
Vers.	25597	12442	48,6	2×65	8,8	2$55	95,1
gesamt	191290	100311	52,4	28256	14,2	26802	94,8
Schleswig-Holstein, 30.6.78							
Einzelh.	71014	48194	87,7	14087	19,8	13623	96,7
Großh.	34966	11107	31,8	2800	8,0	2574	91,9
Banken	22980	9906	43,1	2734	11,8	2628	96,5
Vers.	10278	2002	19,5	416	4,0		96,6
gesamt	139238	71209	51,1	20027	14,3	19227	96,0
Schleswig-Holstein, 27.5.70							
Einzelh.	93191	58606	62,9	16614	17,8	14639	88,1
Großh.	39791	11844	29,8	3391	8,5	2630	77,6
Kreditinstit. u. Vers.	20483	9595	46,8	2123	10,4	1833	86,3
gesamt	153465	80045	52,2	22128	14,4	19102	86,3

Wenigstens zweimal die Woche bis 21 Uhr"

„Wenigstens zweimal die Woche bis 21 Uhr" Positionen der Verbände zur Ladenschlußzeit

b.thc. Schon gleich nach Inkrafttreten des Ladenschlußgestzes 1956 haben sich Initiativen gebildet, die gegen gesetzliche Beschränkung der Verkaufszeiten oder aber für Aufweichung der gesetzlichen Regelung aufgetreten sind. Diese Verbände handeln durchweg im Interesse der wenigen Warenhäuser und Großmarktketten.

Deutscher Verbraucherschutzbund (DVS): „Wer eine Reform verhindern will, handelt gegen die Interessen der Verbraucher und Arbeitnehmer". Er tritt letztlich für keine gesetzliche Regelung ein und verweist auf Schweden, wo sich dies Problem „von selbst regelt". Dort hat die „Domus"-Kette (vergleichbar mit CO OP, Pro etc.) außer im Winter und in Großstädten die Öffnungszeiten auf Werktags 9 bis 19.30 Uhr, samstags auf 8.30 bis 17.30 Uhr und sonntags auf 12.00 bis 16.00 Uhr ausgedehnt.
Deutscher Ärztinnenverband will eine Verlängerung, weil die Streßbelastung in der Zeit von 16.00 bis 18.00 Uhr zu hoch sei.
Der *Deutsche Hausfrauenbund* tritt für eine generelle Verlängerung ein, damit die Hausfrau genügend Zeit zum Aussuchen hat. Diese drei Verbände haben sich im letzten Jahr zur Initiative „*Kaufen ohne Streß*" zusammengeschlossen. Eine weitere *Initiative zur Reform der Ladenschlußzeiten*" will die Lebensqualität durch Verlängerung der Ladenschlußzeiten gesteigert wissen.
Der *ADAC* würde es „als ein Segen für die Menschheit ansehen, wenn die Ladenschlußzeiten verlängert würden"; die Unfallhäufigkeit sei in der Zeit zwischen 16.00 und 18.00 Uhr am größten.
Die *Verbraucherzentrale* ist etwas vorsichtiger geworden. Während sie 1971 noch „Ja, auf jeden Fall" sagte, ist sie heute bei „Man sollte es mal wagen" angelangt. Als Vorreiter für eine Aufweichung betätigt sich der *Landtagsabgeordnete Schumacher* von der FDP. Er will zweimal in der Woche bis 21.00 Uhr einkaufen. (1973 hat die FDP noch einmal die Woche bis 21.00 Uhr gefordert.) Um zu zeigen, daß es geht, will er in seinen Herbstferien eine Woche (!) als Verkäufer arbeiten. (So ließe sich auch der Beweis erbringen, daß eine weitere Ausdehnung der Nacht- und Schichtarbeit machbar ist). Der Einzelhandelsverband Schleswig-Holstein ist strikt gegen eine Verlängerung. (40% im Einzelhandel sind selbstarbeitende Kaufleute). „Das Gesetz schützt die Mitarbeiter vor Ausbeutung".

Kontrolle der Sicherheitsbestimmungen in die Hände der Betriebs- und Personalräte

b.mst. Seit im letzten Jahr durch den Tod eines Kindes der Hamburger Senat unter dem Druck der Bevölkerung die Zustände auf dem Betriebsgelände der Chemiefirma Stoltzenberg nicht mehr vertuschen konnte, ist er bemüht, die wahren Ursachen zu verschleiern. Ein Untersuchungsausschuß mußte in Szene gesetzt werden, aus dem vor 4 Wochen vorzeitig ein Bericht an die Öffentlichkeit drang. Dieser Bericht erweist sich als neues Manöver, sowohl den Kapitalisten freie Hand bei der Verfolgung ihrer Profitinteressen zu geben, als auch die Aufrüstung der Bundeswehr mit B- und C-Waffen zu decken. Kleine Beamte werden für die menschenverachtenden Zustände bei der Chemiefirma verantwortlich gemacht. „Nach Auffassung des Untersuchungsausschusses haben im Fall Stoltzenberg vielmehr die befaßten Mitarbeiter nicht immer sachgerecht gehandelt." Die Bevölkerung ist aufmerksam geworden. In Hessen mußte gegen zwei leitende Beamte des Umweltministeriums ein Disziplinarverfahren wegen Bestechung eingeleitet werden. Sie hatten die Farbwerke Hoechst AG jahrelang ungestört giftige Abwässer in den Main leiten lassen.

So sah man sich auch in Hamburg genötigt, eine vorsichtige Kritik am Senatsamt zu formulieren. Entsprechend reagierte der Ausschuß empört, als diese Kritik vorzeitig an die Öffentlichkeit drang und beteuert, daß noch keine abschließenden Wertungen erfolgt sind. Bei alledem muß man sich im klaren sein, daß das Bundesimmissionsschutzgesetz von 1974 den Kapitalisten freien Raum läßt. Der Ausschuß erklärt: „Er kann bei seinen Überlegungen davon ausgehen, daß die Überwachung und Kontrolle nach der Rechtsordnung unseres freiheitlichen Staates grundsätzlich nicht lückenlos sein soll. Jedes Kontrollsystem, das den Bürger und die Wirtschaft übermäßig einengt, muß unter diesem Gesichtspunkt abgelehnt werden." § 24b der Gewerbeordnung (Überwachungsbedürftige Anlagen) räumt den Kapitalisten das Recht auf Mitwirkung bei Kontrolle ihrer Anlagen ein. Sollte es in Ausnahmefällen zur Stillegung von gefährlichen Anlagen kommen, wird ihnen ausdrücklich Entschädigung zugesichert. Der Untersuchungsausschuß stört sich weder an der Produktion von Giftgasen für Kriegszwecke noch an einer damit verbundenen Gefährdung der Bevölkerung, sondern ist allein interessiert, den offenkundigen Dilettantismus bei Stoltzenberg zu beseitigen. Wiederholt weist er auf die mangelnden Kenntnisse der Behörden über die technischen Einrichtungen der Betriebe hin: „Mangelnde Fortbildung auf dem speziellen Arbeitsgebiet, aber auch eine übergreifende Fortbildung sind Gründe für die nicht ausreichende Gesetzkenntnis."

Wobei die Kenntnis der Gesetze noch lange nicht die sachgerechte Beurteilung der sich ständig wandelnden Produktionsanlagen bedingt. Dies, sowie die zitierte Rücksichtnahme auf das skrupellose kapitalistische Profitstreben, führt direkt zur Forderung nach Kontrolle der Sicherheitsbestimmungen durch Betriebs- und Personalräte, sowie der überbetrieblichen Überwachung durch Gewerkschaften und selbstverwalteten Sozialversicherungen.

GGLF-Vorstand zu Bauernprotesten

b.cae. Der Vorstand der Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten äußerte sich im Vormonat in der „Quelle" und im „Säemann" verschiedentlich zu den Protestkundgebungen des Deutschen Bauernverbandes. Gestützt auf die Angaben im Agrarbericht 1980 der Bundesregierung wurden die Forderungen der Bauern nach Erhöhung der Erzeugerpreise als „alljährlich wiederkehrendes Trauerspiel" abgetan, wenngleich eingeräumt wurde, „daß es 'die' Landwirtschaft nicht gibt" und daß es zwischen „den besser und schlechter verdienenden Landwirten" erhebliche „Einkommensdifferenzen" gibt. Der Vorstand hätte dieser Feststellung tatsächlich einmal auf den Grund gehen sollen.

Sicher werden die wenigen Großagrarier und Gutsbesitzer eine Erzeugerpreiserhöhung nutzen, um die Ausbeutung der Landarbeiter durch Anschaffung verbesserter Maschinerie zu steigern und damit ihren Profit zu erhöhen. Aber das ist kein Argument gegen die kämpfenden Bauern, die von ihrer Arbeit leben, wie die Arbeiter auch. Ihre Lage ist gekennzeichnet durch die Preisschere zwischen landwirtschaftlichen Produkten und den industriellen Gütern, die sie kaufen müssen. Industrie- und Agrarkapitalisten können ihre Arbeiter mit dem Einsatz großer Maschinerie viel produktiver einsetzen, als es die Masse der Bauern mit ihrer eigenen Arbeitskraft kann. Sie bekommt den Wert ihrer Arbeitskraft über die Preise nicht herein, weil sich die Preise auf dem Markt entsprechend der durchschnittlichen Produktivkräfte regulieren. Die Folge davon sind Verschuldung und Ruinierung. Daran hat die Arbeiterbewegung kein Interesse. Sie kann sich sehr gut mit den kleineren und mittleren Bauern zusammenschließen. Wenn die Landarbeiter z.B. mehr Lohn durchsetzen, der dem in der Industrie üblichen Lohn entspricht, werden die Profite der von der Lohnarbeit lebenden Großagrariern sinken, d.h. die Masse des Kapitals, die sie für die Umwälzung ihrer Maschinerie und damit zum schnelleren Niederkonkurrieren der Bauern einsetzen kann, wird kleiner.





Küstenschutzpolitik der Landesregierung: Keineswegs „Sicherheit an erster Stelle"

r.clm. Seit langem fordern die Bewohner der Tonderner Marsch einen sicheren Deichschutz. Während der Sturmflut 1976 war es nur glücklichen Umständen zu verdanken, daß nicht das ganze Gebiet, das von 12000 Leuten bewohnt wird, überflutet wurde. Auf Grund des Drucks der Bevölkerung einigten sich dänische und westdeutsche Regierung, vor dem alten Deich eine zweite Deichlinie von Emmerlev-Kliff in Dänemark bis zum Hindenburgdamm zu bauen. Auf dänischer Seite ist 1979 mit dem Bau begonnen worden, während auf deutscher Seite jetzt erst das Planfeststellungsverfahren angefangen hat und überhaupt noch nicht absehbar ist, ob überhaupt gebaut wird und wenn ja wann. Wurde vor 1976 eine Verstärkung des alten Deiches Jahr für Jahr verschoben, erklärte die Landesregierung jetzt jede Verstärkung des alten Deiches unter Hinweis auf die geplante zweite Deichlinie für unrentabel.

Bis zur Debatte im Nordfriesischen Kreistag über die geplante Vordeichung am 21.3.1980 sind 44000 Einsprüche von Naturschützern aus der ganzen Welt erhoben worden, die Bedenken haben, daß die Natur des Wattenmeeres durch die Baumaßnahmen zerstört werde. Die Bewohner der Marsch drängen dagegen, daß sofort mit dem Bau des neuen Deiches begonnen wird. In einer Presseerklärung des Vorstands des Kreisbauernverbandes Südtondern heißt es: „Auch heute haben wir keinen Anlaß, von der alten Forderung abzugehen, die Sicherheit der Menschen als vorrangig zu sehen." Auch dürfe nicht „außer acht gelassen werden, daß durch den Bau einer zweiten Deichlinie die Entwässerung von landwirtschaftlichen Flächen und damit eine bessere Nutzung dieser Flächen hinter den Deichen möglich werde." Auf der Deichversammlung des Deich- und Hauptsielverbandes Südwesthörn-Bongsiel kritisierte der Oberdeichgraf die Landesregierung: Die Zusicherungen 1978, den neuen Deich zu bauen, hätten Unsicherheiten teilweise ausgeräumt, die „Taten" seitdem allerdings wieder Zweifel aufkommen lassen. Als Boje Maaßen, Fraktionsvorsitzender der Grünen Liste im Kreistag, auf einer überfüllten Podiumsveranstaltung die Sorge vor Sturmfluten als billige Polemik bewertete, wurde im angedroht, am Deich festgebunden zu werden. Das war Jahrhunderte lang die Strafe für Vernachlässigung von Deicharbeiten.

Die Landesregierung hat sogleich die Gelegenheit beim Schopfe ergriffen und den Naturschützern jede Verantwortung für unzureichenden Deichschutz zugeschrieben. Dabei hat sie es Jahre lang nicht für nötig gehalten, die Auswirkungen sämtlicher geplanten Deichvorhaben auf das Watt untersuchen zu lassen. Zu Recht haben die Naturschützer diesen Vorwurf schärfstens zurückgewiesen und erklärt, sie seien für den Ausbau der bestehenden Deiche. Sie wären allerdings nie in diese Lage gekommen, wenn sie sich weniger auf ihre Ökologie-Vorstellungen und mehr auf die Erfahrungen der Marschbewohner gestützt hätten.



Nach jeder Sturmflut erklärt die Landesregierung, Sicherheit stehe für sie an erster Stelle. Die Sturmflut 1962 hat von 570 km Seedeichen 70 km zerstört, 80 km stark beschädigt und weitere 120 km beschädigt. Ursache dafür waren mangelhafte Deiche. 1963 hat sie einen „Generalplan" Küstenschutz aufgestellt, der in 15 Jahren Sicherheit gegen einen Sturmflutwasserstand bieten sollte, dessen Wahrscheinlichkeit 1% im Jahr betrage. „Die Mehrkosten noch höherer Deiche sind im Vergleich zu der außerordentlich geringen Häufigkeit solcher Katastrophenfluten nicht zu vertreten" (Generalplan 1963). Bis zur Aufstellung des Generalplans 1977 waren selbst von diesen Maßnahmen erst 60% verwirklicht. Die Sturmflut 1976 beschädigte wiederum 39 km Deiche, an zahlreichen Stellen brachen die Deiche. Die Bewohner der Tonderner Marsch sind allemal im Recht, wenn sie den sofortigen Bau der zweiten Deichlinie fordern.

Ausbau des Container-Terminals Bremerhaven: Beschleunigter Warenexport – verschärfte Ausbeutung

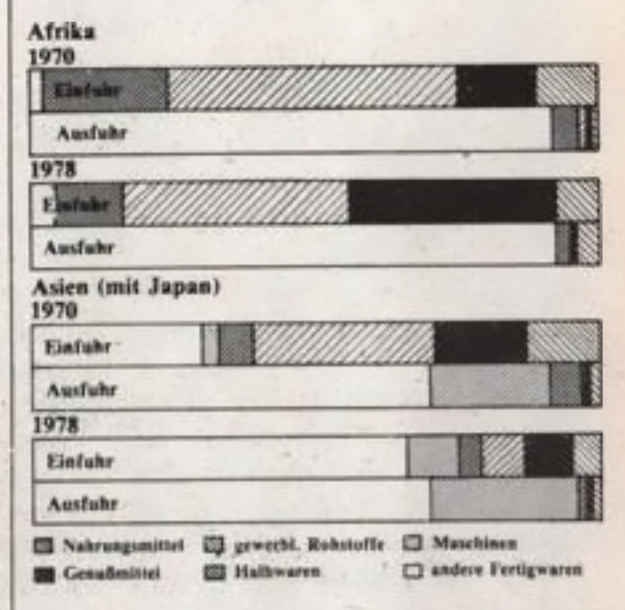
r.rün. 312,5 Mio. DM soll der infrastrukturelle Ausbau des Container-Terminals Bremerhaven kosten. Hinzu kommen 150 Mio. DM Investitionen für die Suprastruktur (Containerbrücken, Van-Carrier etc.), die von der Bremer Lagerhausgesellschaft aufgebracht werden müssen, die zu 50% in den Händen des Bremer Senats liegt. „Der Container-Terminal Bremerhaven wird dann mit einer Gesamtkajenlänge an der Außenweser von 2,2 km und einer Aufstell- und Verkehrsfläche von 1,5 Mio. m² seine Position als größter geschlossener Container-Terminal Europas weiter festigen." (IHK Bremerhaven).

1954 wurden 14% aller Warenwerte im Außenhandel über die bremischen Häfen umgeschlagen; 1976 und 1978 waren es nur noch 6,7 bzw. 6,9%. Dies bei einer Steigerung der gesamten westdeutschen Einfuhr im Seeverkehr von 1973-77 um 1,5%. Um eine höhere Quote zu erreichen, ist ein wesentliches Mittel die Ausweitung des Seelinienverkehrs, d.h. daß im Gegensatz zur Trampschiffahrt regelmäßige Linien die bremischen Häfen anlaufen. Ein Vergleich zwischen Afrika, Asien (ohne Japan) und Nordamerika deutet an, daß der Kern der Liniendienste im Containerverkehr liegt, der im wesentlichen den Transport hochwertiger Stückgüter beinhaltet. Der Import aus Afrika betrug 1978 265585 t, davon nur 49430 t im Linienverkehr. Beim Empfang aus Asien liegt das Verhältnis Gesamt-/Linienverkehr bei 426514/336112 t. Der Anteil der Rohstoffe und Halbwaren am Gesamtwert der Einfuhren über die bremischen Häfen hat sich jedoch erheblich verringert (s. Schaubild), was ein größeres Maß an Containerisierung ermöglichte. Dies wird erhärtet durch den Blick auf Nordamerika/Atlantik, wo 70% des Gesamtverkehrs im Linienverkehr abließ.

Am bremischen Handel mit Afrika wird die Ausplünderung der Länder der 3. Welt am deutlichsten. Nahrungs- und Genußmittel, Rohstoffe und Halbwaren werden eingeführt (1970: 97,7%), Fertigwaren werden ausgeführt (1970: 92%). Dies hat sich bis 1978 nicht wesentlich geändert (bei Verschiebungen zwischen Rohstoffen und Genußmitteln). „...Ständige Preisschwankungen bei den Rohstoffen können daher den wirtschaftlichen Aufbau des Landes stark behindern", meint Dipl. Kfm. Spilker dazu in den Statistischen Monatsberichten des Landes Bremen. Der Hauptanteil des Handels mit den afrikanischen Ländern liegt nach wie vor beim südafrikanischen Rassistenregime (Einfuhr 19,7%; Ausfuhr 28,8%).

Im Handel mit dem asiatischen Raum ist dagegen in den letzten Jahren eine erhebliche Steigerung der Fertigwarenimporte vor sich gegangen. Dies ist nicht nur auf die Toyotas und Fotoapparate aus Japan zurückzuführen. Elektrotechnische Erzeugnisse lieferten in großem Umfang Hongkong, Taiwan und Singapur über die bremischen Häfen in die Bundesrepublik. Textilien und Bekleidung: Südkorea, Taiwan, Indien und Singapur. Das imperialistische Kapital kehrt ins Mutterland zurück.

Handel über die bremischen Häfen



Der Gesamtumschlag in den bremischen Häfen ist von 1952 9,731 auf 1979 28,1 Mio. t gestiegen. Die Anzahl der in den bremischen Häfen beschäftigten Arbeitskräfte ist von 1971 8130 auf 1977 6943 zurückgegangen. Welch ungeheuren Ausbeutungsgrad der Containerumschlag beinhaltet, zeigt schon der Vergleich Bremen/Bremerhaven (90% des Containerumschlags). Mit etwa der Hälfte an Arbeitern hat Bremerhaven 1979 42% des Gesamtumschlags erzielt.

nis Gesamt-/Linienverkehr bei und Singapur über die bremischen Hä- umschlags erzielt.

Bundesbahn: Weitere Rationalisierungen

Erfolge im Kampf gegen Streckenstillegungen

r.anh. Die Bundesbahndirektion Hannover hat bekanntgegeben, daß in Rheine 40–50 Lokomotivführer im Zuge der Elektrifizierung der Strecke Salzbergen-Ruhrgebiet „eingespart" werden können, da auf E-Loks längere Fahrtzeiten als auf Diesellokomotiven möglich seien. Aufgrund des 1974 verfügten Einstellungsstopps werden diese Lokomotivführer zwar nicht entlassen, wohl aber zur „Mobilität" gezwungen. Diese Maßnahme ist Bestandteil einer langjährigen Politik, in deren Verlauf immer weniger Arbeiter, Angestellte und Beamte immer mehr für die staatseigene Bundesbahn arbeiten müssen. Seit 1958 ist der Personalbestand der DB um rund 200000 verringert worden, seit 1974 um etwa 75000.

Die Schichtarbeit und die Überstunden erreichen ungeheure Ausmaße. 180000 Beschäftigte arbeiten in Wechselschicht. Oft wissen die Arbeiter des fahrenden Personals nicht, wie lange der Dienst dauert und wann der nächste beginnt. „Nur drei Prozent erreichen das 65. Lebensjahr stehend, das Gros der Eisenbahner geht schon mit 54 und 56 Jahren in Pension, und nur noch wenige erreichen die gesetzliche Altersgrenze", enthüllte der stellvertretende Vorsitzende der Gewerkschaft der Eisenbahner am 20.3. auf einer Pressekonferenz in Münster. Ursache für die vorzeitige Verrentung ist die hohe Intensität der Arbeit.

Die Subventions- und Rationalisierungspolitik der Bundesregierung hat zum Ziel, Milliardenbeträge an Lohngeldern zu sparen (1980: 3,5 Mrd. DM), mit diesen Geldern und mit Steuergeldern sodann die notwendigen Neuinvestitionen zu finanzieren. Die Kapitalistenklasse braucht ein billiges Transport- und Verkehrswesen. Die Verkehrspolitik der Bundesregierung ist ganz auf dieses Ziel ausgerichtet. Sie nutzt der Kapitalistenklasse in dem Maße, wie es gelingt, möglichst rentabel, d. h. mit möglichst großer Geschwindigkeit, hoher Auslastung und intensivstem Personaleinsatz, Waren und Personen zu befördern.

Dort, wo der DB-Personenverkehr nicht genug einbringt, wird rücksichtslos saniert. Strecken werden stillgelegt, Personal wird versetzt; will es nicht, kann es ja gehen. 892 Streckenkilometer sollten in Niedersachsen für den Personenverkehr stillgelegt werden. Dafür gibt es dann Bahnbusse, was für die Arbeiter auf jeden Fall teurer kommt, weil die Streckenkilometer für den Bus mehr sind als für die Eisenbahn. Für die DB kommt die Umstellung noch dadurch billiger, daß die Energiekosten pro km für eine Lok 20–25 DM betragen, für den Bus aber bloß 4–6 DM.

Von Stillegungen des Güterverkehrs ist entgegen ersten Planungen nicht mehr die Rede. „Es gibt Überlegungen, auf die Stillegung dieser Strecken ganz zu verzichten." (Verkehrsbericht Niedersachsen 1978) Solche Maßnahmen waren von der Landesregierung auch strikt abgelehnt worden. Die DB will den Warenumschlag erheblich beschleunigen, um den heutigen Anteil von 29% am Güterverkehr zurückzubauen: Mittel sind Neubau von Trassen, die Höchstgeschwindigkeiten von 200 km/h im Personen- und 120 km/h im Güterverkehr zulassen. In Niedersachsen betrifft dies vor allem den Ausbau/Neubau der Strecke Hannoverr – Würzburg über Göttingen. Knotenpunkte werden konzentriert, durch riesige Rangierbahnhöfe (Maschen) wird das Umkoppeln und Zusammenstellen der Züge beschleunigt.

Gegen die Stillegungspläne und gegen neue Trassenführungen gibt es seit Jahren Kampf. Die Kleingärtner am Ortsrand in Göttingen haben eine Entschädigung für verloren gegangenes Land durchgesetzt. Die beabsichtigten Stillegungen der Strecken Uelzen – Gifhorn – Braunschweig / Helmstedt – Wolfenbüttel / Göttingen – Bodenfelde / Osnabrück – Brackwede für den Personenverkehr mußten nach Protesten von der DB-Direktion Hannover verworfen werden. Für weitere 4 Strecken mußten die Stillegungspläne vorerst zurückgestellt werden.

Niedersachsen: keine Landesmittel mehr für Kindergärten

r.chs. Für 1981 kündigt die niedersächsische Landesregierung die Streichung der Kindergartenzuschüsse an. Jüngst erschien ihre mittelfristige Finanzplanung für 1979 – 1983. Planungsraten 1979: 11,4 Mio. DM, 1980: 22,3 Mio. DM, 1981: 1,8 Mio. DM. Schon der Haushalt 1979 hatte diesen Plan überholt; auf 7,3 Mio. DM beliefen sich die Ausgaben für Kindertagesstätten, dazu eine Million für Modellversuche. Um 3,5 Mio. DM wurde der Haushaltsansatz für 1980 aufgestockt. Ganz im Gegensatz zu den heeren Vorhaben der Landesregierung: „Die Erfahrungen ... zeigen, daß ... auch die Bereitstellung von etwa 20 Mio. DM (wie 1980) jährlich noch relativ wirkungslos im Hinblick auf die gesetzten Ziele (Entlastung der Elternbeiträge und der Kosten für die Träger der Kindertagesstätten) bleiben. Erst der Einsatz von 60 -100 Mio. DM jährlich würde dazu führen, die dargelegten Ziele zu erreichen." Die Landesmittel – rund 11 Mio. DM für dieses Jahr – ergeben für die 1683 Kindergärten ganze 6536 DM. Diese Zuschüsse wurden z.B. in Hannover an die Eltern 5jähriger Kinder am Ende des Jahres zurückerstattet. Von wegen ein Stück mehr Gerechtigkeit gegenüber den Vorklassen, die kostenlos sind. 220 DM kostet in Braunschweig ein Krippenplatz ohne Essen ab 1980, nachdem die Sätze gesenkt wurden.

Niedersächsische Landesregierung forciert Privatisierungspläne

r.scm. Am 26.3. beschlossen die Personalversammlungen der Arbeiter in den Göttinger Universitätskliniken Resolutionen gegen die Privatisierung. Einen Tag später beriet der Bundesfachausschuß Wirtschaft der CDU, „ so umsicherzustellen", so Wirtschaftsministerin Breuel, „daß das Thema Privatisierung ... über Niedersachsen hinaus in Form einer konzertierten Aktion aufgegriffen wird." Aber: Nannte am 23.3. die Zeitschrift der niedersächsischen Industrie- und Handelskammern unverhüllt die Unterschiede im Lohnniveau (20% und mehr) als zugkräftigstes Argument für die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, so war Frau Breuel jetzt gezwungen zu taktieren. Voraussetzung der Privatisierung sei die Aufrechterhaltung der „ flächendeckenden Versorgung" der Bevölkerung „ zu angemessenen Preisen", und die „betroffenen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes dürfen darunter nicht leiden", was konkret hieße: keine Entlassungen gegenwärtig, aber Neueinstellungen nur unter Privatisierungsvorbehalt. Flächendeckende Versorgung? In kreisfreien Städten in Niedersachsen gibt es 59 öffentliche Krankenhausbedienstete je 10000 Einwohner, im übrigen Land sind es 22. Zumutbare Preise? Ein 7m³-Container für Sperrmüll kostet 125 DM, plus Mehrwertsteuer.

Innenminister Niedersachsen: Weniger Zuweisungen an Gemeinden

r.wer. Der niedersächsische Minister des Inneren hat die Höhe der Zuweisungen des Landes an die Gemeinden bekannt gegeben. Der Runderlaß v. 14.2.80 hinsichtlich der für die Gemeindefinanzplanung bedeutsamen Positionen über die Zuweisungen des Landes für Investitionen laut mittelfristiger Planung 79 – 83 erging im Einvernehmen mit dem Finanzminister. Zuweisungen des Landes für Investitionen erhalten Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände. Sie sind ein Mittel, die Gemeinden auf das politische Gesamtinteresse der Finanzbourgeoisie auszurichten, und erfolgen zweckgebunden für bestimmte „Aufgabenfelder". Gegenwärtig, da den Gemeinden immer mehr Einnahmequellen genommen werden, so z.B. durch Wegfall der von den Kapitalisten erhobenen Lohnsummensteuer, sind die Gemeinden jedoch auf die Zuweisungen des Landes angewiesen. Wurden im Jahre 1979 die gesamten Zuweisungen für 1981 mit 1226 Mio. DM und 1982 mit 1224 Mio. DM veranschlagt, so sind es laut o.g. Erlaß vom Februar 80 nur noch 1169,7 (81) bzw. 1107 Mio. DM (82). 1981 also 56,3 Mio. DM weniger Zuweisungen und 1982 sogar 117 Mio. DM. Sicher ist natürlich nicht, ob die Ansätze für die nächste mittelfristige Planung 1980 bis 1984 nicht abermals gekürzt werden. Der Erlaß vom 14.2.80 ist jedenfalls als eine Aufforderung an die Gemeinden zu verstehen, die Millionen bei anderen Einnahmetiteln hereinzuholen und zwar vermittels verstärkter Plünderung der Volksmassen durch höhere Gebühren, Abgaben und Tarife.

SOS-Stationen – keine Hilfen

r.klm. In Niedersachsen werden in 15 Städten „SOS-Stationen" eingerichtet. Nach ausführlicher Forschung und Planung der Sonderabteilung 4 des Justizministeriums ist Minister Schwinds Modell praxisreif: Hannover, Lingen, Göttingen, Oldenburg und Hildesheim sind die ersten Städte. Private Träger sind kirchliche Organisationen wie Caritas, Diakonisches Werk und Cura. Diese sollen nach außen wirken, die staatliche Kontrolle verdecken helfen. Tatsächlich sind die Stationen eng an das Ministerium gebunden: Oberregierungsrat Dr. Best und ein Vollzugspraktiker, der Landesbeauftragte für die Aus- und Fortbildung der Gefangenen, Deiters (JVA Hannover), leiten das Projekt. Schwind will erreichen, daß entlassene Gefangene weiter unter der Kontrolle des bürgerlichen Staates stehen. Nach dem Gesetz können Gefangene, die mindestens zwei Jahre gefangen waren, unter Führungsaufsicht gestellt werden (§68 f StGB) – wenn man ihrer habhaft würde. „ Bisher hörte die Betreuung der Gefangenen nach der Entlassung am Anstaltstor auf", bedauerte Schwind in einem Interview. Daß die „Betreuung " durch den Staat hier erst richtig beginnen kann, dazu sollen die SOS-Stationen mit einem „Hilfsangebot" wie Wohnungsbeschaffung, Schuldenregulierung und Arbeitsbeschaffung locken.

Altpapierverwertung: Profitabel erst durch kostenlose Bereitstellung

Ablieferungspflicht anvisiert? Vorbild Altölverordnung

r.ger. In einer kleinen Anfrage an die niedersächsische Landesregierung v. 25.10.79 fordern einige SPD-Abgeordnete, die Wiederverwertung von Papierabfällen und Altpapier ,,nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus umweltpolitischen Gründen zu fördern'' und ,,eine Verordnung vorzulegen, die darauf abzielt, nach dem Vorbild der Beseitigung von Altöl, eine möglichst weitgehende Verwertung von Papierabfällen und Altpapier ... zu verwirklichen.''

Man könnte diese Anfrage der SPD für ein Manöverchen halten, um sich mit etwas grüner Tünche zu versehen, wenn nicht der Hinweis auf Subventionen und die Altölverordnung die Richtung anzeigen würden, wohin die Anfrage zielt.

Gegenwärtig beträgt der Rohstoffanteil aus Altpapier bei der Papier- und Pappeerzeugung in der BRD ca. 50%. Altpapier wird hauptsächlich für die Erzeugung von Verpackungsmaterialien und Pappe verwendet, die zu fast 100% aus Altpapier hergestellt werden. Für höherwertige Papiersorten wie z.B. grafische Papiere (Druckpapier, Schreibpapier) kann bei den derzeitigen Herstellungsmethoden Altpapier nur in begrenztem Umfang verwendet werden, weil bei jedem Aufbereitungszyklus des mehrfach wiederverwendeten Papiers die Fasern im Papier kürzer werden und das Papier dann nicht mehr die notwendige Festigkeit und Oberflächenbeschaffenheit z.B. für das Bedrucken erhält. Auch die ,,Umweltschutzpapiere'' lassen sich nur deshalb zu 100% aus Altpapier herstellen, weil das verwendete Altpapier selbst nicht zu 100% aus Altpapier besteht und immer einen hohen Anteil frischer Fasern einbringt.

Nach einem Bericht des Arbeitskreises ,,Papierabfälle'' für das Umweltbundesamt (1976) stammte 1973 das wiederverwertete Altpapier zu 43% aus der papierverarbeitenden Industrie, zu 48% aus dem ,,auspackenden Gewerbe/Verwaltungen'' und zu 9% aus Haushalten. Die Sammlungsrate (= Verhältnis von eingesammelten Altpapier zu anfallendem Papier) lag dem Bericht zufolge in der ,,Papierverarbeitung'' bei 100%, bei ,,auspackendem Gewerbe/Verwaltungen'' bei 28% und bei den Haushalten bei 10%. Um den Altpapiereinsatz auf 60% zu steigern, was in dem Bericht als die technologische Grenze angesehen wird, müsse die Sammlungsrate bei den Verwaltungen usw. um 5% und bei den Haushaltungen auf das Doppelte gesteigert werden. Für die Kapitalisten ist der wertvolle Rohstoff Altpapier, abgesehen von seiner Bedeutung als Reserve bei Importschwierigkeiten von Papier und Papierrohstoffen, nur dann von Interesse, wenn er billiger ist als die anderen Rohstoffe: Zellulose und Holzschliff. Das ist für das in Industrie, Gewerbe und Verwaltungen anfallende Altpapier der Fall, weil es in großen Mengen anfällt, meist sortiert und von besserer Qualität ist und der Preis, der dafür gezahlt wird, den Preisschwankungen für Zellulose und Holzschliff folgt. Für das Altpapier aus den Haushalten sind aber, so der Bericht, die Sammlungskosten viel zu hoch. Selbst mit sog. Systemgefäßen, wie sie für Glasabfälle in einigen Städten aufgestellt sind, würden sie bei 170 DM/Tonne liegen. Nur wenn die Bevölkerung das Altpapier sortiert und gebündelt zur Abholung bereit lege, könnten die Sammlungskosten auf 70 DM/t gesenkt werden. Nur dadurch kommt das Altpapier aus Haushalten, das zudem noch von schlechter Qualität ist, zuzüglich der 55 DM/t für das Pressen der Papierballen unter den Altpapierpreis von damals ca. 200 DM/t.

Weiter wird in dem Bericht beklagt, daß sich die Bevölkerung dagegen wehre, die Abfälle zu sortieren und einzeln abzuliefern. Das Umweltbewußtsein müsse motiviert werden. Außerdem sollten den Altpapierverwertern die gesparten Müllkosten ,,gutgeschrieben'' werden. Genau daran knüpft die Kleine Anfrage der SPD offensichtlich an. Die Bevölkerung ist wohl immer noch nicht ausreichend ,,motiviert'', ihre Arbeitskraft den Papierkapitalisten kostenlos zur Verfügung zu stellen. Deshalb der Wink mit der Altölverordnung. Darin ist festgelegt, daß Altöl zur Abholung gesammelt werden *muß*, und Verstöße dagegen werden mit Geldbußen geahndet. Analog dazu könnten doch auch die Bußgeldvorschriften des Umweltschutzgesetzes dahingehend erweitert werden, daß Altpapier im Hausmüll mit Geldbuße verfolgt wird. Überhaupt könnte man so das Umweltschutzgesetz erst richtig durchsetzen: auf das Wegwerfen von einem Stück Papier stehen 10 DM Geldbuße, nur man muß den Wegwerfer haben. Viel einfacher ist das mit einer Altpapierverordnung. Wer Zeitungen bezieht, muß auch Altpapier abliefern. Möglichkeiten über Möglichkeiten für Strafeinnahmen für das Staatssäckel. Auch die Frage von Subventionen ist in der Altölverordnung schon gelöst: 9 DM/100 kg Altöl ,,zum Ausgleich ungedeckter Beseitigungskosten, zu denen die Sammlungs- und Transportkosten zählen''. Die niedersächsische Landesregierung lehnt in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage eine Altpapierverordnung z.Zt. ab. Sie setzt auf ,,marktwirtschaftliche Gegebenheiten'', sprich die steigenden Rohstoffpreise.

Bauern und Winzer gegen Zerstörung und Zerstückelung von Ackerland durch Straßenbau



z.haw. In zunehmendem Maße wehren sich Bauern und Winzer gegen die Zerstörung von landwirtschaftlicher Nutzfläche durch Straßenbaumaßnahmen. Kreisvorsitzender Frick vom Badischen-Landwirtschaftlichen-Hauptverband am 6.3.80 in Singen (Hohentwiel): ,,Das Land ist die Rohstoffbasis der Landwirtschaft, darum reagieren die Landwirte so empfindlich, wenn es um den Straßenbau geht.'' In Barbing (Kreis Regensburg) berieten Bauern auf dem Kreisbauerntag über Maßnahmen gegen die Zwangsenteignung von ca. 600 ha Ackerland für den Bau einer Autobahn nach Passau und den Ausbau der B 15. Auf einer Versammlung des Winzerverbandes Ürzig/Mosel sprachen sich alle Winzer gegen den Bau der A 60 und der Ürzig-Talbrücke aus. Das Straßenbauamt Wittlich mußte abziehen, ohne daß es den Landkauf durchführen konnte.

,,Westfleisch'' betrügt Schweineproduzenten

z.wan. Auf einer von 400 Bauern besuchten Versammlung in Spenge (Kreis Herford) wurden verschiedene Betrügereien der ,,Westfleisch'' enthüllt. Die ,,Westfleisch'' ist ein Genossenschaftsbetrieb, der ca. ⅓ des Schlachtviehs in Ostwestfalen verwertet und vermarktet. Die Westfleisch kauft das Vieh in niedrigeren Handelsklassen, als sie das Fleisch wieder verkauft, es werden manipulierte Waagen verwendet, beim Schneiden des Fleisches wird gemogelt, niedersächsischen Bauern werden höhere Preise gezahlt als ostwestfälischen Bauern. Der Leiter des Landesamts für Ernährungswissenschaft NRW berichtete auf dieser Versammlung, daß acht Prüfer des Landesamts bei 31% aller Kontrollen Manipulationen zu Ungunsten der Landwirte festgestellt haben, das heißt, daß im Schnitt die Bauern bei jedem dritten verkauften Schwein betrogen werden. Im Kreis Herford ist die Zahl der Schweinehalter von 1971 4785 auf 2355 im Jahre 1976 zurückgegangen, die Zahl der Schweine aber von 120000 auf 122000 gestiegen. Da die Schweinezucht etwa 40% des Betriebseinkommens deckt, ist klar, daß dieser Prozeß der Konzentration und der Ruinierung der kleinen Schweinezüchter durch die Praktiken der Westfleisch kräftig gefördert wird. Die Versammlung forderte die Verstärkung der Kontrolle der Bauern über die Genossenschaftsbetriebe.

Zwei Arten von Einkommen bei den Vollerwerbsbauern

z.brb. Ein durchschnittliches Reineinkommen von 24780 DM je Familienarbeitskraft weist der Agrarbericht 1980 für die Vollerwerbsbetriebe im Wirtschaftsjahr 1978/79 aus. Vom Reineinkommen müssen die Bauern zuerst einmal die Lebenshaltungskosten decken, die zwar durch die hohe Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln niedriger als bei Arbeitern liegen, dafür kommen die Zahlungen für Renten-, Unfall- und Krankenversicherung hinzu. Außerdem müssen daraus alle Investitionen für Maschinerie etc. und die Rückzahlung der Kredite aufgebracht werden. Doch ein Viertel aller Vollerwerbsbetriebe, das sind ca. 100000, hatten ein Reineinkommen von nur 770 DM je Familienarbeitskraft; und 12% kamen noch nicht einmal auf 700 DM im Monat. Die Großbauern mit ihrem großen Landbesitz und dem dadurch möglichen rationellen Einsatz von Maschinerie und Arbeitskraft erreichen enorme Produktivitätssteigerungen. Für das obere Viertel lag das Reineinkommen bei 4843 DM im Monat, und knapp 4% verfügten über mehr als 9000 DM. Einkommen je Familienarbeitskraft heißt hier, daß der Familie des Agrarkapitalisten die Ausbeutung der Landarbeiter zugute kommt. Mit 90 ha Landbesitz und einem Anteil von 70% Lohnarbeitern an den eingesetzen Arbeitskräften erzielten die Großbauern 4800 DM monatliches Reineinkommen.

Warum hält welcher Bauer Kühe? Verteilung der Milchkühe auf die Einkommensklassen und den Boden.

Im Schaubild ist die Verteilung der Anzahl der Kühe und des Betriebseinkommens am Beispiel Schleswig-Holstein dargestellt. Weiter ist die Anzahl der Betriebe aufgeführt. Zur Grundlage haben wir die Ergebnisse der amtlichen Viehzählung und die Ergebnisse des Landwirtschaftsberichts genommen. Das Betriebseinkommen steht nicht nur für die Lebenshaltung zur Verfügung, von ihm müssen auch Neuanschaffungen, Erhaltung der Gebäude

Betriebsgrößen von 50 bis 100 ha LF (Geest). Trotz gewisser Größenschwerpunkte verteilen sich die milchviehhaltenden Betriebe noch immer über einen weit gespannten Bereich von Bestandsgrößen, der landwirtschaftlich genutzten Fläche und der Hauptfutterfläche. Regional wird die Milchviehhaltung überall dort, wo sich über den Ackerbau ein ausreichendes Einkommen erzielen läßt, zunehmend verdrängt, in den naturbedingt ertragsschwachen

2 Kühe werden je ha gehalten, ergibt 3200 DM/ha. Notwendiger Arbeitseinsatz auf dem Acker: 12 Std./ha; Deckungsbeitrag je Arbeitsstunde 66 DM. Je Kuh 80 Std. plus 20 für Weide und Futterbergung, ergibt 200 Std./ha und 16 DM Deckungsbeitrag/Std.

Also ein Bauer mit 15 ha (30 Kühe) erzielt sein Einkommen mit ¼ der Landfläche des reinen Getreidebaus. Zugleich erzwingt das einen Einsatz an

Vieh von 2 Kühe × 2400 DM = 4800 DM. Ackerbaubetriebe über 100 ha liegen bei diesem Wert um 1000 DM/ha. ,,Annähernd ein Viertel der Kühe im Lande stehen in Betrieben mit 10 bis 20 ha Hauptfutterfläche und jeweils knapp ein Drittel in Betrieben mit 20 bis 30 und 30 bis 50 ha. Das Schwergewicht fällt hierbei im Hügelland auf die Größenklasse 10 bis 20 ha und in den übrigen Hauptnaturräumen auf die Größenklasse 30 bis 50 ha Hauptfut-

dann nicht mehr die notwendige Festigkeit und Oberflächenbeschaffenheit z.B. für das Bedrucken erhält. Auch die ,,Umweltschutzpapiere'' lassen sich nur deshalb zu 100% aus Altpapier herstellen, weil das verwendete Altpapier selbst nicht zu 100% aus Altpapier besteht und immer einen hohen Anteil frischer Fasern einbringt.

Nach einem Bericht des Arbeitskreises ,,Papierabfälle'' für das Umweltbundesamt (1976) stammte 1973 das wiederverwertete Altpapier zu 43% aus der papierverarbeitenden Industrie, zu 48% aus dem ,,auspackenden Gewerbe/Verwaltungen'' und zu 9% aus Haushalten. Die Sammlungsrate (= Verhältnis von eingesammelten Alt-

Haushalten, das zudem noch von schlechter Qualität ist, zuzüglich der 55 DM/t für das Pressen der Papierballen unter den Altpapierpreis von damals ca. 200 DM/t.

Weiter wird in dem Bericht beklagt, daß sich die Bevölkerung dagegen wehre, die Abfälle zu sortieren und einzeln abzuliefern. Das Umweltbewußtsein müsse motiviert werden. Außerdem sollten den Altpapierverwertern die gesparten Müllkosten ,,gutgeschrieben'' werden. Genau daran knüpft die Kleine Anfrage der SPD offensichtlich an. Die Bevölkerung ist wohl immer noch nicht ausreichend ,,motiviert'', ihre Arbeitskraft den Papierkapitalisten kostenlos zur Verfügung zu stellen. Deshalb der Wink mit der Altölverord-



z.haw. In zunehmendem Maße wehren sich Bauern und Winzer gegen die Zerstörung von landwirtschaftlicher Nutzfläche durch Straßenbaumaßnahmen. Kreisvorsitzender Frick vom Badischen-Landwirtschaftlichen-Hauptverband am 6.3.80 in Singen (Hohentwiel): ,,Das Land ist die Rohstoffbasis der Landwirtschaft, darum reagieren die Landwirte so empfindlich, wenn es um den Straßenbau geht.'' In Barbing (Kreis Regensburg) berieten Bauern auf dem Kreisbauerntag über Maßnahmen gegen die Zwangsenteignung von ca. 600 ha Ackerland für den Bau einer Autobahn nach Passau und den Ausbau der B 15. Auf einer Versammlung des Winzerverbandes Ürzig/Mosel sprachen sich alle Winzer gegen den Bau der A 60 und der Ürzig-Talbrücke aus. Das Straßenbauamt Wittlich mußte abziehen, ohne daß es den Landkauf durchführen konnte.

bei den Vollerwerbsbauern

z.brb. Ein durchschnittliches Reineinkommen von 24780 DM je Familienarbeitskraft weist der Agrarbericht 1980 für die Vollerwerbsbetriebe im Wirtschaftsjahr 1978/79 aus. Vom Reineinkommen müssen die Bauern zuerst einmal die Lebenshaltungskosten decken, die zwar durch die hohe Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln niedriger als bei Arbeitern liegen, dafür kommen die Zahlungen für Renten-, Unfall- und Krankenversicherung hinzu. Außerdem müssen daraus alle Investitionen für Maschinerie etc. und die Rückzahlung der Kredite aufgebracht werden. Doch ein Viertel aller Vollerwerbsbetriebe, das sind ca. 100000, hatten ein Reineinkommen von nur 770 DM je Familienarbeitskraft; und 12% kamen noch nicht einmal auf 700 DM im Monat. Die Großbauern mit ihrem großen Landbesitz und dem dadurch möglichen rationellen Einsatz von Maschinerie und Arbeitskraft erreichen enorme Produktivitätssteigerungen. Für das obere Viertel lag das Reineinkommen bei 4843 DM im Monat, und knapp 4% verfügten über mehr als 9000 DM. Einkommen je Familienarbeitskraft heißt hier, daß der Familie des Agrarkapitalisten die Ausbeutung der Landarbeiter zugute kommt. Mit 90 ha Landbesitz und einem Anteil von 70% Lohnarbeitern an den eingesetzen Arbeitskräften erzielten die Großbauern 4800 DM monatliches Reineinkommen.

Warum hält welcher Bauer Kühe? Verteilung der Milchkühe auf die Einkommensklassen und den Boden.

Im Schaubild ist die Verteilung der Anzahl der Kühe und des Betriebseinkommens am Beispiel Schleswig-Holstein dargestellt. Weiter ist die Anzahl der Betriebe aufgeführt. Zur Grundlage haben wir die Ergebnisse der amtlichen Viehzählung und die Ergebnisse des Landwirtschaftsberichts genommen. Das Betriebseinkommen steht nicht nur für die Lebenshaltung zur Verfügung, von ihm müssen auch Neuanschaffungen, Erhaltung der Gebäude bezahlt werden, was der großen Mehrheit der Bauern nicht gelingt. Das ist z.B. optisch bereits an den Gebäuden erkennbar. Es findet Auszehrung statt.

Aus dem Schaubild ist ersichtlich, daß je Kuh das höchste Einkommen erwirtschaftet wird in der Gruppe IV (4096 bis 7130 DM Betriebseinkommen). Im Einkommensbereich bei 5041 DM werden im Durchschnitt 14,4 Kühe gehalten, bei 7130 DM 32 Kühe. Hier ist also die Bestandsgröße, wo sowohl relativ gute Haltungsbedingungen herrschen, aber ebenfalls die Produktivkraft der Arbeit der Bauernfamilien durch Einsatz gewisser Maschinerie (Absaugmelkanlage, Entmistung) so gehoben ist, daß die knappe Arbeitszeit noch zur Kontrolle der Tiere eingesetzt werden kann. Weiter wird die Qualität z.B. des Futters durch Heuunterdachtrocknung verbessert sein.

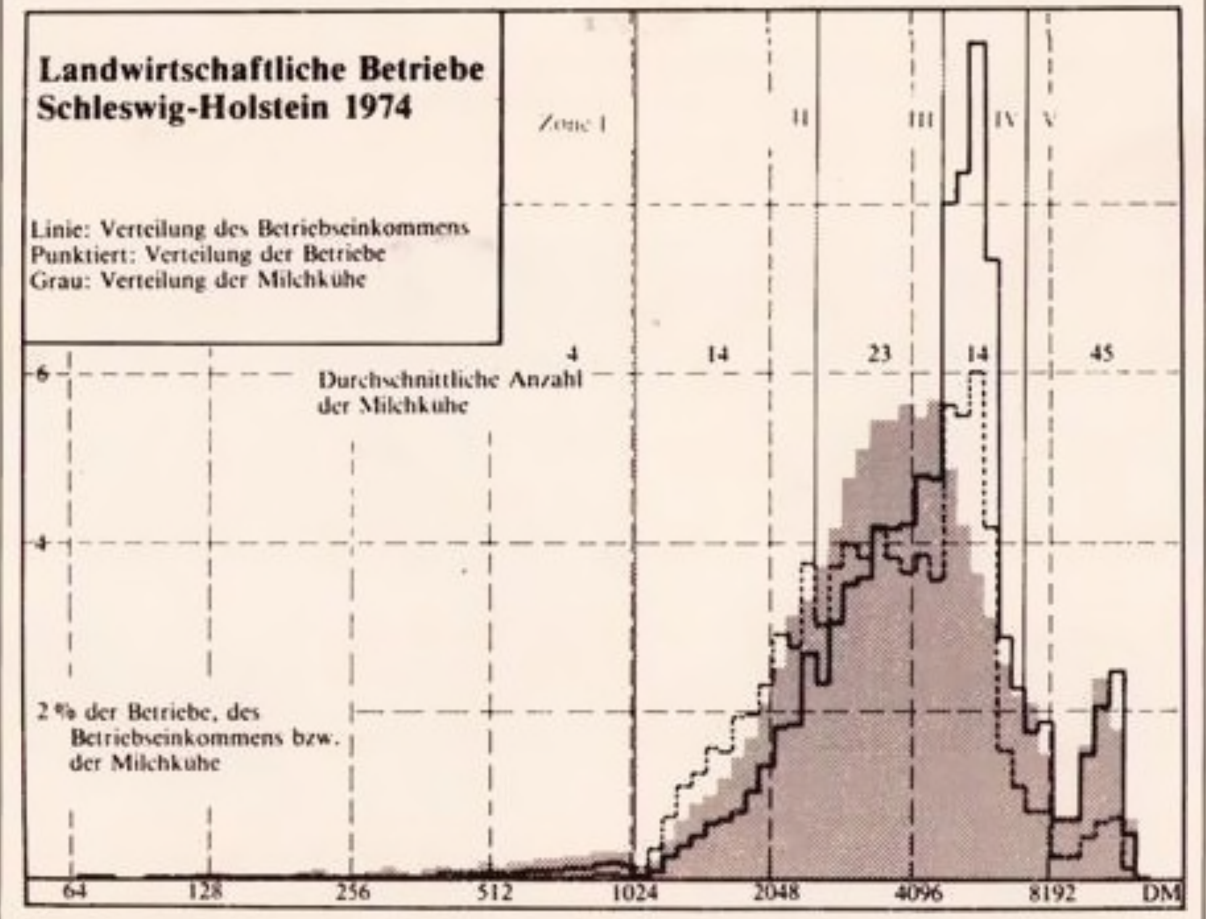
In einer Untersuchung der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein vom Februar 1980 heißt es: ,,Bei einem im Land insgesamt noch leicht gestiegenen Milchkuhbestand sank die Zahl der Haltungen um ein Drittel. Während gleichzeitig die von allen Milchviehhaltern bewirtschaftete landwirtschaftliche Fläche um annähernd 20% zurückging, kam es infolge Aufstockung bei den verbliebenen milchviehhaltenden Betrieben zu einer relativen Verschiebung zu größeren Beständen und größeren Betriebsflächen. Hierbei hat sich der Bereich stärkster Zunahme fortwährend nach oben verschoben und liegt mittlerweile bei Beständen von über 50 Milchkühen und Betriebsgrößen von 50 bis 100 ha LF (Geest). Trotz gewisser Größenschwerpunkte verteilen sich die milchviehhaltenden Betriebe noch immer über einen weit gespannten Bereich von Bestandsgrößen, der landwirtschaftlich genutzten Fläche und der Hauptfutterfläche. Regional wird die Milchviehhaltung überall dort, wo sich über den Ackerbau ein ausreichendes Einkommen erzielen läßt, zunehmend verdrängt, in den naturbedingt ertragsschwachen Landschaftsräumen jedoch ausgeweitet, was zu einer Ausdünnung des Milchviehbestandes im Hügelland und an der Nordseeküste und zu einer Verdichtung im Bereich der Flußniederungen und der Geest führt.''

Also weniger Flächen wurden mit Milchvieh bewirtschaftet, vor allem durch Legung der Milchbauern. Auf den ,,besseren'' Böden, wo also mehr Arbeit zur Erzielung des gleichen Ertrages aufgewandt werden muß, wird die Milchviehhaltung durch den Ackerbau verdrängt.

Bis 1976 haben im Betriebsgrößenbereich von 50 – 100 ha die Kuhzahlen je Betrieb leicht zugenommen, dann setzte rückläufige Entwicklung ein. In 392 Betrieben über 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche wurde 1971 in Schleswig-Holstein gemolken, 1978 noch in 311. Hier wird das Melken überwiegend von Lohnarbeitern ausgeführt. Das ist ein deutlicher Hinweis, daß in der arbeitsaufwendigen Milchproduktion die Arbeit noch schlechter über die Milchpreise ,,entlohnt'' wird, als das Lohnniveau der Landarbeiter und Melker ist. Deshalb ist für Großagrarier die Milcherzeugung nicht profitabel, obwohl sie Vorteile der Großproduktion einsetzen könnten. Falls sie ,,natürliches'' Dauergrünland besitzen, verpachten sie es eher an Bauern.

Vor allem der Landmangel zwingt die Bauern zum Melken: Im Getreidebau wäre durchschnittlich 500 – 1000 Deckungsbeitrag/ha erzielbar; nehmen wir 800 DM. Eine Kuh bringt durchschnittlich 1600 DM Deckungsbeitrag, 2 Kühe werden je ha gehalten, ergibt 3200 DM/ha. Notwendiger Arbeitseinsatz auf dem Acker: 12 Std./ha; Deckungsbeitrag je Arbeitsstunde 66 DM. Je Kuh 80 Std. plus 20 für Weide und Futterbergung, ergibt 200 Std./ha und 16 DM Deckungsbeitrag/Std.

Also ein Bauer mit 15 ha (30 Kühe) erzielt sein Einkommen mit ¼ der Landfläche des reinen Getreidebaus. Zugleich erzwingt das einen Einsatz an vorzuschießendem Kapital allein an Vieh von 2 Kühe × 2400 DM = 4800 DM. Ackerbaubetriebe über 100 ha liegen bei diesem Wert um 1000 DM/ha. ,,Annähernd ein Viertel der Kühe im Lande stehen in Betrieben mit 10 bis 20 ha Hauptfutterfläche und jeweils knapp ein Drittel in Betrieben mit 20 bis 30 und 30 bis 50 ha. Das Schwergewicht fällt hierbei im Hügelland auf die Größenklasse 10 bis 20 ha und in den übrigen Hauptnaturräumen auf die Größenklasse 30 bis 50 ha Hauptfutterfläche.''



Zone I: 64 – 1024 DM	15,8% der Betriebe, 2,4% des Einkommens, 4,3% der Kühe, 4,5 Kühe pro Betrieb, 114 DM Einkommen pro Kuh.
Zone II: 1024 – 2520 DM	22,4% der Betriebe, 12,4% des Einkommens, 18,6% der Kühe, 13,9 Kühe pro Betrieb, 136 DM Einkommen pro Kuh.
Zone III: 2520 – 4710 DM	33,5% der Betriebe, 34,6% des Einkommens,45,2% der Kühe, 22,5 Kühe pro Betrieb, 156 DM Einkommen pro Kuh.
Zone IV: 4710 – 7130 DM	23,9% der Betriebe, 38,8% des Einkommens,20,4% der Kühe, 14,2 Kühe pro Betrieb, 388 DM Einkommen pro Kuh.
Zone V: 7130 – 13300 DM	4,3% der Betriebe, 11,7% des Einkommens,11,6% der Kühe, 45 Kühe pro Betrieb, 206 DM Einkommen pro Kuh.

Trotz höherer Nahrungsmittelproduktion Versorgung nicht gesichert

z.gkr. 1979 lag die Nahrungsmittelproduktion in den Ländern der Dritten Welt um 28% höher als zu Anfang der 70er Jahre, auf die Einwohner bezogen allerdings nur um 5%. Diese Zahlen gab die FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO) bekannt. Nicht berücksichtigt ist die Steigerung des Exports tropischer Früchte, die notwendig ist, um überhaupt industrielle Produkte der kapitalistischen Staaten kaufen zu können. Die schlechteste Entwicklung ergibt sich für Afrika: Zwar lag die Produktion im Vergleich zu Anfang der 70er Jahre um 14% höher, die Produktion pro Kopf nahm jedoch in demselben Zeitraum um 11% ab. Von den Ländern der Dritten Welt wie von der FAO werden große Anstrengungen zur Verbesserung der Nahrungsmittelproduktion unternommen, so hat die FAO im Laufe von 14 Jahren 13 Mrd. Dollar zur Förderung der Nahrungs- und Agrarproduktion vergeben, allein in den Jahren 1977 und 1978 fast die Hälfte dieser Summe. Solange allerdings eine industrielle Entwicklung der Länder von den Imperialisten be- und verhindert wird, sind selbst einer Ausdehnung der landwirtschaftlich bebauten Fläche enge Grenzen gesetzt: von 1971 bis 1976 nahm die bebaute Fläche in Afrika, obwohl bisher erst 40% der bebaubaren genutzt, nur um 2,5% zu, in Lateinamerika, industriell weiter entwickelt, demgegenüber um 7%.

„Erhöhung der Witwenrenten" dient als Vorwand zur Kürzung der Versichertenrente der Frauen

z.frb. Nunmehr hat auch die CDU/CSU ihr Rentenpapier. Die FDP hatte auf ihrem Parteitag im letzten Juni 32 Thesen zur Alterssicherung beschlossen. Seitens der SPD liegt seit dem 22. Februar das Papier des Parteivorstandes vor; es soll in der Partei beraten und am 9./10. Juni dem Parteitag zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Das Papier der Parteien der christlichen Reaktion umfaßt 20 Thesen und wurde von der Rentenkommission unter Vorsitz des Generalsekretärs Geißler erstellt. Offiziell ist es noch nicht zur Veröffentlichung freigegeben, sondern soll erst noch am 21. April den Segen der Wahlkampfkommission bekommen. Trotzdem fand es bereits über die Spalten der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" an die Öffentlichkeit, wo es unter der Überschrift „Finanzexperten der Union: CDU/CSU-Rentenplan nicht abgesichert" wiedergegeben ward. Auch die SPD hatte ihre Pläne mit einem „Finanzierungsvorbehalt" versehen. Offensichtlich wird da an einer Propagandalinie gearbeitet: Das würden wir gerne machen (vor der Wahl), leider aber fehlt es am Geld (nach der Wahl). Dabei kann nur eine Fortsetzung der Rentensenkungen herauskommen, denn schon bei den jetzt vorliegenden Plänen zur Hinterbliebenen-Rente steht die Rentensenkung im Mittelpunkt.

Die CDU/CSU-Vorlage zur Hinterbliebenen-Rente ähnelt der der SPD. Es heißt dort: „Wir wollen die Partnerrente für die Hinterbliebenen. Der erreichte Lebensstandard für den hinterbliebenen Ehegatten muß gesichert und der Lebensstandard für die Witwen verbessert werden. Deshalb soll die Rente des hinterbliebenen Ehepartners 70 bis 75 Prozent der insgesamt von beiden Ehepartnern erworbenen Rentenanwartschaften betragen."

Bei der SPD heißt der entsprechende Passus: „Mit der Gesamtversorgungsrente wollen wir Sozialdemokraten Mann und Frau bei der Hinterbliebenenversorgung gleichstellen. Wenn ein Ehepartner stirbt, erhält der überlebende Ehepartner im Alter und bei Invalidität eine Gesamtversorgungsrente in Höhe von 70% der gemeinsamen Rentenansprüche beider Ehepartner, mindestens jedoch die eigene Versichertenrente."

Beide Ausarbeitungen stützen sich damit auf das Gutachten einer vom Arbeitsministerium Ende 1977 eingesetzten Sachverständigenkommission. Sie hatte vorgeschlagen, die Hinterbliebenen-Rente aus 75 (70) Prozent der von beiden Ehegatten erworbenen Rentenanwartschaften aus der Ehe zuzüglich der eigenen – außerhalb der Ehe erworbenen – Rentenansprüche zu berechnen. Damit hätte eine Frau, deren Mann stirbt, den Teil der Rente verloren, der sich aus Ansprüchen ergibt, die der Mann vor der Ehe erworben hatte, während sich die jetzige Witwenrente aus den gesamten Rentenansprüchen des Mannes berechnet. Zwar sollte ja der Prozentsatz von 60% auf

Es heißt dort: „Wir wollen die Partnerrente für die Hinterbliebenen. Der erreichte Lebensstandard für den hinterbliebenen Ehegatten muß gesichert und der Lebensstandard für die Witwen verbessert werden. Deshalb soll die Rente des hinterbliebenen Ehepartners 70 bis 75 Prozent der insgesamt von beiden Ehepartnern erworbenen Rentenanwartschaften betragen."

Bei der SPD heißt der entsprechende Passus: „Mit der Gesamtversorgungsrente wollen wir Sozialdemokraten Mann und Frau bei der Hinterbliebenenversorgung gleichstellen. Wenn ein Ehepartner stirbt, erhält der überlebende Ehepartner im Alter und bei Invalidität eine Gesamtversorgungsrente in Höhe von 70% der gemeinsamen Rentenansprüche beider Ehepartner, mindestens jedoch die eigene Versichertenrente."

Beide Ausarbeitungen stützen sich damit auf das Gutachten einer vom Arbeitsministerium Ende 1977 eingesetzten Sachverständigenkommission. Sie hatte vorgeschlagen, die Hinterbliebenen-Rente aus 75 (70) Prozent der von beiden Ehegatten erworbenen Rentenanwartschaften aus der Ehe zuzüglich der eigenen – außerhalb der Ehe erworbenen – Rentenansprüche zu berechnen. Damit hätte eine Frau, deren Mann stirbt, den Teil der Rente verloren, der sich aus Ansprüchen ergibt, die der Mann vor der Ehe erworben hatte, während sich die jetzige Witwenrente aus den gesamten Rentenansprüchen des Mannes berechnet. Zwar sollte ja der Prozentsatz von 60% auf
70 oder 75% angehoben werden, aber in den meisten Fällen wäre die neuberechnete Rente niedriger gewesen als die bisherige. Dazu haben sich die bürgerlichen Parteien dann doch nicht getraut. In ihren Papieren heißt es jetzt, die Hinterbliebenen-Rente berechne sich mit 70% der gemeinsam erworbenen Rentenansprüche, statt 70% der *während der Ehe* gemeinsam erworbenen Rentenansprüche. Drei Worte, die in der Praxis einen großen Unterschied ausmachen, die schnell wieder in die Pläne hineingeschrieben sind, weil sie in den jetzt vorliegenden Plänen nicht ausdrücklich ausgeschlossen sind.

Was nun bedeutet die jetzt vorgelegte Planung? – Bislang erhält eine Frau, deren Mann gestorben ist, ihre *eigene Rente plus 60% der Rente des Mannes.* Nach den Rentenplänen würde sie erhalten *70% der eigenen Rente plus 70% der Rente des Mannes.* Zwar ist der Rententeil, der sich aus der Rente des verstorbenen Mannes ableitet, 10% höher; aber der Rententeil, der sich aus den eigenen Rentenansprüchen ergibt, ist auf 70% zusammengestrichen. Daraus läßt sich eine einfache Gleichung bilden. In allen Fällen, in denen die eigene Versichertenrente der Frau weniger als ein Drittel der Rente des Mannes beträgt, fällt die neue Regelung günstiger aus. In allen Fällen, in denen die Versichertenrente der Frau genau ein Drittel der Rente des Mannes beträgt, bleibt die Gesamtrente neu und alt unverändert hoch. In allen Fällen, in denen die Versichertenrente der Frau mehr als ein Drittel der Versichertenrente des Mannes ausmacht, ist die Gesamtrente nach der neuen Regelung niedriger als nach der alten Regelung.

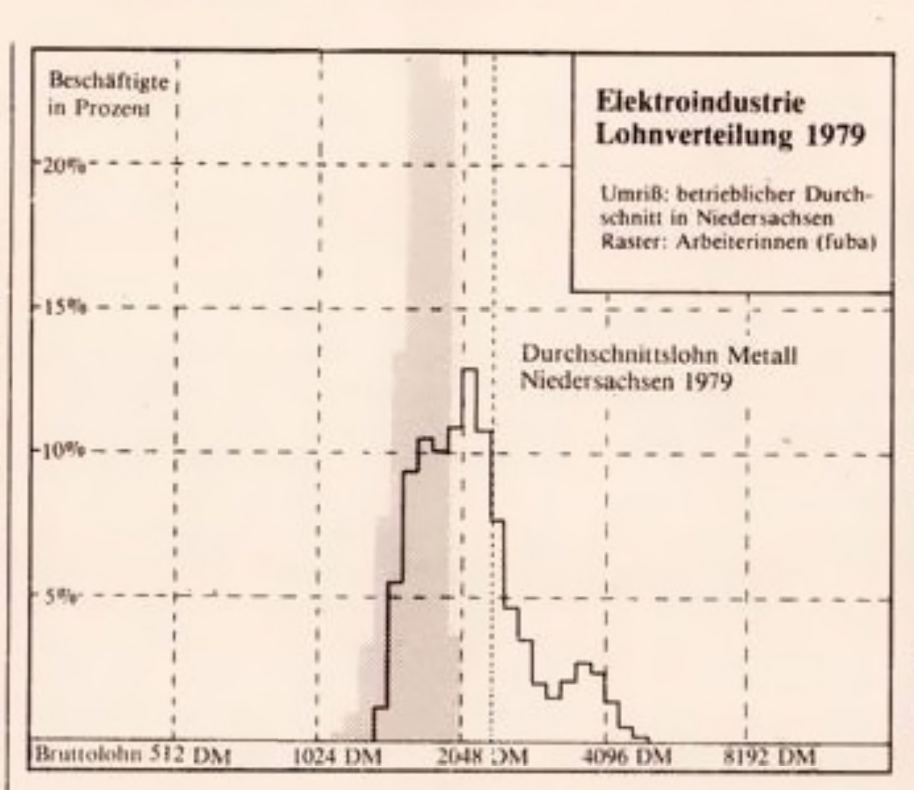
Die bürgerlichen Parteien heucheln, es ginge ihnen um die Verbesserung der Witwenrenten. In Wirklichkeit streben sie danach, unter dem Deckmantel der Erhöhung der Witwenrente auf 70% – was, das darf man nicht übersehen, wenn man sich nicht den Blick für die politische Wirkung der Pläne verstellen will, vielen mit besonders niedriger Witwenrente eine geringe Verbesserung bringt – andererseits allen Frauen mit etwas höheren eigenen Rentenansprüchen die Gesamtrente zusammenzustreichen auf ein niedrigeres Niveau als zuvor. Es ist nicht schwer zu erraten, weshalb diese Reform gerade jetzt kommt. 1977 bezogen 25% der verwitweten Rentnerinnen sowohl Hinterbliebenen- wie Versichertenrente. Dieser Anteil wird zunehmen. 1970 waren 6,9 Mio. Frauen pflichtversichert, 1977 7,4 Mio. Hiervon war 1970 eine knappe Million zwischen 50 und 60 Jahre alt, 1977 mehr als 1,2 Millionen. Derzeit beträgt die Versichertenrente der Frauen im Durchschnitt etwa ein Drittel der Versichertenrente der Männer.

Es werden also in den nächsten Jahren sowohl mehr Frauen eine Versichertenrente erhalten, als auch die Versichertenrente der Frauen relativ gegenüber den Renten der Männer steigen wird (denn sowohl die Zahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre als auch der Lohn der Frauen wird relativ gegenüber den Männern steigen). Schon jetzt würden die Rentenpläne in

Gesamtrente nach der neuen Regelung niedriger als nach der alten Regelung.

Die bürgerlichen Parteien heucheln, es ginge ihnen um die Verbesserung der Witwenrenten. In Wirklichkeit streben sie danach, unter dem Deckmantel der Erhöhung der Witwenrente auf 70% – was, das darf man nicht übersehen, wenn man sich nicht den Blick für die politische Wirkung der Pläne verstellen will, vielen mit besonders niedriger Witwenrente eine geringe Verbesserung bringt – andererseits allen Frauen mit etwas höheren eigenen Rentenansprüchen die Gesamtrente zusammenzustreichen auf ein niedrigeres Niveau als zuvor. Es ist nicht schwer zu erraten, weshalb diese Reform gerade jetzt kommt. 1977 bezogen 25% der verwitweten Rentnerinnen sowohl Hinterbliebenen- wie Versichertenrente. Dieser Anteil wird zunehmen. 1970 waren 6,9 Mio. Frauen pflichtversichert, 1977 7,4 Mio. Hiervon war 1970 eine knappe Million zwischen 50 und 60 Jahre alt, 1977 mehr als 1,2 Millionen. Derzeit beträgt die Versichertenrente der Frauen im Durchschnitt etwa ein Drittel der Versichertenrente der Männer.

Es werden also in den nächsten Jahren sowohl mehr Frauen eine Versichertenrente erhalten, als auch die Versichertenrente der Frauen relativ gegenüber den Renten der Männer steigen wird (denn sowohl die Zahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre als auch der Lohn der Frauen wird relativ gegenüber den Männern steigen). Schon jetzt würden die Rentenpläne in
vielen Fällen Rentenkürzungen bedeuten, in einigen Jahren bedeuten sie eher eine Kürzung der gesamten Rentensumme, denn eine Erhöhung.





Frauenarbeit in der Elektroindustrie. Untersuchung der Folgen ihrer Ausbeutung bei „fuba".

z.mal. Mit 0,2 Millimeter dünnem Silberdraht verbindet die Arbeiterin die feinen Anschlüsse einer Grundplatte, die zur Aufnahme etlicher Elektronikmodule dient (s. Foto). An solchen Arbeitsplätzen arbeiten 37 Frauen des Elektroindustriebetriebs „fuba" (Hildesheim) in Zweischicht und Akkord. Besonders feine Anschlüsse müssen mit Hilfe einer starken Lupe verdrahtet werden. Die Arbeiterinnnen sind in Lohngruppe 3 eingestuft, liegen im unteren Drittel der Lohnskala, was im Schaubild der Lohnverteilung dokumentiert ist.

Betriebsrat und Vertrauensleutekörperleitung führten eine Fragebogenaktion unter den Arbeiterinnen durch, um nachzuweisen, daß die Frauenarbeit in Schicht und Akkord alles andere als „leichte Arbeit" ist. Innerhalb der letzten fünf Jahre hat sich der Anteil der Schichtarbeiter bei „fuba" verdoppelt. Gerade die Arbeiterinnnen wurden in die Schichtarbeit gepreßt. Niedrigste Löhne zwingen sie zur Annahme doppelt intensiver Arbeit.

Auf der Betriebsversammlung am 3. April gab ein Vertrauensmann die in der Tabelle unten abgedruckten Ergebnisse der Umfrage unter 310 Frauen bekannt. „fuba" ist ein typischer Elektrobetrieb mit hohem Frauenanteil. Von 950 Beschäftigten sind etwa 68% Frauen. Der Betriebsrat sprach sich auf der Betriebsversammlung gegen die Ausdehnung der Schichtarbeit aus, besonders gegen die Nachtarbeit. Anhand der Umfrageergebnisse sei *jetzt* schon ersichtlich, welchen unzumutbaren Anforderungen die Arbeiterinnen ausgesetzt seien. Ein vom Betriebsrat eingeladener in der ÖTV organisierter Arzt nahm Stellung zu den Ergebnissen der Fragebogenaktion und bekräftigte die Ausführungen des Betriebsrates aufgrund seiner Erfahrungen im Krankenhausbereich. (Auszüge der Rede neben der Tabelle.)

Vier von hundert Kindern der „fuba"-Arbeiterinnen wurden tot geboren oder starben nach der Geburt. Im Bundesdurchschnitt liegt die Säuglingssterblichkeit unter einem Prozent, wobei die BRD in der EG an vorletzter Stelle steht. Jede Arbeiterin leidet an Herz- oder Kreislauferkrankungen. Durchschnittlich hat etwa jede vierte Frau in diesen Altersgruppen Herz- und Kreislaufstörungen. Die Ergebnisse dieser Umfrage widerlegen das unverschämte Prädikat „leichte Arbeit", das die Kapitalisten so gern über ihre Lippen tropfen lassen, wenn es um die Entlohnung der Frauenarbeit geht. „Lohn nach Leistung" bricht als Lügengebilde schnell zusammen. Die Intensität der Arbeit muß enorm hoch sein.

Aus der Lohnverteilung der befragten Arbeiterinnen erkennt man deutlich, daß es der niedrige Lohn ist, der sie in diese elenden Arbeitsbedingungen preßt. 273 Frauen arbeiten in Akkord, 178 in Akkord und Schicht. In 99 Prozent aller Fälle liegt der *Brutto*lohn unter 2000 Mark. Die meisten Frauen sind verheiratet, die Kinderaufzucht so oder so nicht gesichert. Zwei Drittel sind in Steuerklasse V, wodurch der Staat diese Zwangslage zu extremer Besteuerung des *Familien*lohns ausnutzt. Bei einem Lohn von 1700 Mark zum Beispiel werden dann 445 Mark Steuern plus 280 Mark Sozialversicherungsbeiträge abgezogen.

Der Vertrauensleutekörper stellt zum 1. Mai Forderungen auf, die auch der besonders intensiven Ausbeutung der Frauen Schranken setzen sollen: Verbot der Nacht- und Schichtarbeit! Schluß mit den dauernden Lohnsenkungen! Streichung der unteren Lohngruppen! Kein Abbau der Schutzrechte der arbeitenden Frauen!

Rede des ÖTV-Arztes auf der Betriebsversammlung „fuba" (Auszüge):

Wie man sieht, ist die leichte Arbeit gerade der Frauen in den untersten Lohngruppen anscheinend doch nicht so leicht. Es ist auch aus meinen Erfahrungen aus dem Krankenhausbereich, wobei ich speziell die Schwangerschafts- und Geburtenfrage aufgreifen möchte, eine große Übereinstimmung mit den Ergebnissen der Umfrage festzustellen. Gerade die Frauen, die über längere Zeiträume in Akkord, Schicht und niedrigen Lohngruppen arbeiten, sind besonders hoch von Schwangerschaftsschwierigkeiten, Früh- und Fehlgeburten betroffen. Richtig ist, daß die sogenannte leichte Arbeit hohen körperlichen und nervlichen Tribut von den betroffenen Frauen abverlangt. Kommen alle Faktoren zusammen, also Akkord, Schicht, niedrigster Lohn, zeigen die Erfahrungen einen unerträglichen Gesundheitszustand bei der Masse der Frauen auf. Arbeitende Frauen haben in der Regel 3 bis 4 mal soviel Fehlgeburten als der Durchschnitt aller Frauen. Ähnlich verhält es sich bei Herz-, Kreislauf- und Magen/Darmtrakterkrankungen. In wieweit Ernährungsprobleme, Rauchen und einseitige körperliche Belastungen das noch verschärften, kann ich im Einzelnen nicht aufzeigen und nachweisen. Es gibt hier die unterschiedlichsten Forschungsergebnisse und auch Spekulationen und Behauptungen. Man wird von Seiten der in der

Ergebnisse der Fragebogenaktion unter 310 Arbeiterinnen (fuba)

Geburtenfragen	%	Krankheiten	Anzahl
432 Schwangerschaften	100,00	Herz / Kreislauf	162
414 Kinder	95,83	Magen / Darm	198
18 Fehlgeburten	4,17	Augen / Ohren	113
53 Frühgeburten	12,27	Kopfschmerzen	196
238 Schwangersch.kompl.	57,48	Rückenschmerzen	105
45 Unterleibsoperationen	14,52	Nackenschmerzen	219
(bezogen auf 310 Fr.)			

Häufigkeit der Erkrankungen				Regelmäßige Behandlung		
monatl.	Anz.	jährl.	Anz.		ärztl.	medik.
1–2 Tg.	128	bis 1 Wo.	188	organ. Erkr.	227	248
2–3 Tg.	57	bis 2 Wo.	138	nervl. Er-		
üb. 3 Tg.	29	üb. 2 Wo.	97	krankungen	213	269

Beschäftigungsdauer in Jahren	insg.	bei fuba	Haushaltseinkommen in DM brutto (inkl. Kindergeld) verh. (250)		ledig (60)	
1–5	162	129				
5–7	78	43	unt. 3600	97	unt. 1800	42
7–10	28	25	üb. 3600	89	üb. 1800	15
üb. 10	12	10	üb. 3900	64	üb. 2000	3

L-gr.	Anz.	Stkl.	Anz.	Anz. Kinder	verh.	ledig
1	221	V	192	1 Kind	136	12
2	68	IV	58	2 Kinder	60	3
3	13	I	45	3 Kinder	8	—
höher	18	I/1	12	4 Kinder	4	—
		I/2	2	kein Kind	42	45
		II/2	1			

tion unter den Arbeiterinnen durch, um nachzuweisen, daß die Frauenarbeit in Schicht und Akkord alles andere als „leichte Arbeit" ist. Innerhalb der letzten fünf Jahre hat sich der Anteil der Schichtarbeiter bei „fuba" verdoppelt. Gerade die Arbeiterinnnen wurden in die Schichtarbeit gepreßt. Niedrigste Löhne zwingen sie zur Annahme doppelt intensiver Arbeit.

Auf der Betriebsversammlung am 3. April gab ein Vertrauensmann die in der Tabelle unten abgedruckten Ergeb-

der Rede neben der Tabelle.)

Vier von hundert Kindern der „fuba"-Arbeiterinnen wurden tot geboren oder starben nach der Geburt. Im Bundesdurchschnitt liegt die Säuglingssterblichkeit unter einem Prozent, wobei die BRD in der EG an vorletzter Stelle steht. Jede Arbeiterin leidet an Herz- oder Kreislauferkrankungen. Durchschnittlich hat etwa jede vierte Frau in diesen Altersgruppen Herz- und Kreislaufstörungen. Die Ergebnisse dieser Umfrage widerlegen das un-

nutzt. Bei einem Lohn von 1700 Mark zum Beispiel werden dann 445 Mark Steuern plus 280 Mark Sozialversicherungsbeiträge abgezogen.

Der Vertrauensleutekörper stellt zum 1. Mai Forderungen auf, die auch der besonders intensiven Ausbeutung der Frauen Schranken setzen sollen: Verbot der Nacht- und Schichtarbeit! Schluß mit den dauernden Lohnsenkungen! Streichung der unteren Lohngruppen! Kein Abbau der Schutzrechte der arbeitenden Frauen!

Rede des ÖTV-Arztes auf der Betriebsversammlung „fuba" (Auszüge):

Wie man sieht, ist die leichte Arbeit gerade der Frauen in den untersten Lohngruppen anscheinend doch nicht so leicht. Es ist auch aus meinen Erfahrungen aus dem Krankenhausbereich, wobei ich speziell die Schwangerschafts- und Geburtenfrage aufgreifen möchte, eine große Übereinstimmung mit den Ergebnissen der Umfrage festzustellen. Gerade die Frauen, die über längere Zeiträume in Akkord, Schicht und niedrigen Lohngruppen arbeiten, sind besonders hoch von Schwangerschaftsschwierigkeiten, Früh- und Fehlgeburten betroffen. Richtig ist, daß die sogenannte leichte Arbeit hohen körperlichen und nervlichen Tribut von den betroffenen Frauen abverlangt. Kommen alle Faktoren zusammen, also Akkord, Schicht, niedrigster Lohn, zeigen die Erfahrungen einen unerträglichen Gesundheitszustand bei der Masse der Frauen auf. Arbeitende Frauen haben in der Regel 3 bis 4 mal soviel Fehlgeburten als der Durchschnitt aller Frauen. Ähnlich verhält es sich bei Herz-, Kreislauf- und Magen/Darmtrakterkrankungen. In wieweit Ernährungsprobleme, Rauchen und einseitige körperliche Belastungen das noch verschärften, kann ich im Einzelnen nicht aufzeigen und nachweisen. Es gibt hier die unterschiedlichsten Forschungsergebnisse und auch Spekulationen und Behauptungen. Man wird von Seiten der in der

Ergebnisse der Fragebogenaktion unter 310 Arbeiterinnen (fuba)

Geburtenfragen	%	Krankheiten	Anzahl
432 Schwangerschaften	100,00	Herz / Kreislauf	162
414 Kinder	95,83	Magen / Darm	198
18 Fehlgeburten	4,17	Augen / Ohren	113
53 Frühgeburten	12,27	Kopfschmerzen	196
238 Schwangersch.kompl.	57,48	Rückenschmerzen	105
45 Unterleibsoperationen	14,52	Nackenschmerzen	219
(bezogen auf 310 Fr.)			

Häufigkeit der Erkrankungen				Regelmäßige Behandlung		
monatl.	Anz.	jährl.	Anz.		ärztl.	medik.
1–2 Tg.	128	bis 1 Wo.	188	organ. Erkr.	227	248
2–3 Tg.	57	bis 2 Wo.	138	nervl. Er-		
üb. 3 Tg.	29	üb. 2 Wo.	97	krankungen	213	269

Beschäftigungsdauer in Jahren	insg.	bei fuba	Haushaltseinkommen in DM brutto (inkl. Kindergeld) verh. (250)		ledig (60)	
1–5	162	129				
5–7	78	43	unt. 3600	97	unt. 1800	42
7–10	28	25	üb. 3600	89	üb. 1800	15
üb. 10	12	10	üb. 3900	64	üb. 2000	3

L-gr.	Anz.	Stkl.	Anz.	Anz. Kinder	verh.	ledig
1	221	V	192	1 Kind	136	12
2	68	IV	58	2 Kinder	60	3
3	13	I	45	3 Kinder	8	—
höher	18	I/1	12	4 Kinder	4	—
		I/2	2	kein Kind	42	45
		II/2	1			

ÖTV organisierten Ärzte und auch der Ärztekammern große Anstrengungen unternehmen müssen, um diesen vielschichtigen Problemen und Anforderungen gerecht werden zu können.



z.ans. **Streik – das ist die Parole der über 50000 brasilianischen Metallarbeiter, die sich am 30. März im Fußballstadion von Sao Bernardo, einer Industrievorstadt von Sao Paulo, versammelt haben.** „Einheit bis zum Ende für den Sieg der Arbeiter", heißt es auf Spruchbändern. Der Streikbeschluß erfolgt, nachdem die Metallkapitalisten die von den Gewerkschaften Mitte März ultimativ gestellten Forderungen im wesentlichen abgelehnt haben. Als Streiktaktik wird beschlossen: Um Auseinandersetzungen mit der Polizei zu vermeiden, werden keine Streikposten aufgestellt; stattdessen finden täglich Generalversammlungen der Streikenden statt, auf denen die Gewerkschaftsführer über den Gang der Verhandlungen berichten (Bild). Die Metallarbeiter der anderen Industriezentren im Bundesstaat Sao Paulo beschließen ebenfalls Streik. Die Forderungen der Arbeiter sind: vierteljährliche statt halbjährlicher Anpassung der Löhne an den offiziellen Preisindex, darüberhinaus 15prozentige Lohnerhöhung – die Metallkapitalisten bieten 5% –; Erhöhung der Überstundenzuschläge auf 100%; Schutz gegen Entlassung und Abgruppierung; Arbeitszeitverkürzung von 48 auf 40 Stunden; freier Zugang der Gewerkschaftsführer zu den Betrieben; Anerkennung der Gewerkschaften. Ab 1. April stehen über 250000 Metallarbeiter im Industriedreieck bei Sao Paulo im Streik. Die Produktion in den Werken der großen imperialistischen Autokonzerne – Volkswagen, Mercedes, Ford, General Motors, Fiat und Saab – ist lahmgelegt. Unter ihnen ist VW do Brasil, der größte Ausbeuter von Arbeitskraft in der lateinamerikanischen Autoindustrie. Einer Steigerung des ausgewiesenen Profits von 1977 bis 1979 um 206% steht eine 112prozentige Steigerung der Lohnsumme für die 33949 Beschäftigten gegenüber. Mitte letzter Woche hielt der Streik an.

z.rül. **Mehrere Gewerkschaften der Arbeiter in der US-Chemie-, Gummi- und Plastikindustrie haben die Kapitalisten vor der Bundesbehörde „National Labour Relations Board" verklagt.** Die Kapitalisten weigern sich, über die Chemikalien Auskunft zu geben, denen die Arbeiter ausgesetzt sind. Seit Jahren liegt besonders in der Gummi- und Plastikindustrie die Zahl der Unfälle und Berufskrankheiten hoch. 1976 erkrankten 16,8% der 675000 Arbeiter an Berufskrankheiten oder wurden bei Arbeitsunfällen verletzt. 58% der Unfälle bzw. Krankheiten verliefen schwer bis tödlich. Von den etwas über eine Million Chemiearbeitern wurden 8,2% der Arbeiter verletzt oder erkrankten, davon 62% schwer bis tödlich.

z.cht.Sydney. **Die Krankenschwestern in den drei Krankenhäusern Tongas haben nach einem zweiwöchigen Streik ihre Forderung nach Versetzung der Oberschwester durchgesetzt.** Im Juni hatten sie von der Regierung eine Untersuchung über die Lage im Pflegedienst und die Versetzung der Oberschwester gefordert. Die Regierung antwortete mit einem beschönigenden Bericht. 173 Schwestern schickten daraufhin im Dezember einen Brief an die Regierung, mit dem sie die endgültige Entscheidung verlangten und, falls nichts geschehe, zum 10. Januar ihren Dienst aufkündigten. Sie legten am 10. Januar die Arbeit nieder. Während die Regierung mit Einschüchterungsdrohungen und Stellenausschreibungen in Tonga und im Ausland die Schwestern zurückzuzwingen versuchte, organisierten diese eine Kampagne in der Bevölkerung. Sie erhielten Unterstützung mit 6000 im Verlauf eines Abends gesammelten Unterschriften, mit Geld und Lebensmittelspenden, bis die Regierung nachgab. Die Regierung hat bislang die Bildung von Gewerkschaften überhaupt verhindern können. Dieser erste größere und erfolgreich durchgeführte Arbeitskampf schafft gute Bedingungen für den Aufbau von Gewerkschaften durch die Lohnabhängigen Tongas.

z.rül. **Trotz wachsender Angriffe der Regierung setzen 500000 Lohnabhängige im öffentlichen Dienst Bangladeshs ihren Streik fort.** Seit 14. März streiken sie für Lohnerhöhungen und die Zahlung von Zuschlägen (siehe KVZ v. 31.3.). Kurz nach Streikbeginn ließ die Regierung eine Reihe von politischen Häftlingen frei. Aber ihre Hoffnung, mit diesem Zugeständnis würden die Arbeiter auf ihre Lohnforderung verzichten, war ein Fehlschlag. Die freigelassenen Gefangenen forderten die Arbeiter zur Fortsetzung ihres Streiks auf. Am 31. März griffen darauf Polizeitruppen eine Demonstration der Streikenden in der Hauptstadt Dacca an und verhafteten viele von ihnen. Gleichzeitig kündigte die Regierung an, sie werde einige der Forderungen der Arbeiter „überdenken". Nur eine kleine Gewerkschaft rief darauf zum Streikabbruch auf. Die Mehrheit der Lohnabhängigen setzte den Streik fort.

z.rül. **Seit sieben Wochen streiken die Arbeiter und Angestellten der türkischen Luftverkehrsgesellschaft THY für eine Lohnerhöhung von 100%, d.h. in Höhe der Inflationsrate.** Unter dem Druck der imperialistischen Gläubiger, die am 15. April in Paris zusammentreffen, versucht die Regierung Demirel gegenwärtig, Steuer- und Gebührenerhöhungen sowie drastische Lohnsenkungen durchzusetzen. Die Lohnabhängigen antworten darauf mit erbitterter Gegenwehr. Mitte März hatten 17500 Gemeindearbeiter in Istan-

IG-Chemie-Delegiertenkonferenzen bereiten Gewerkschaftstag vor

z.wig. Der 11. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Chemie-Papier-Keramik findet vom 6.9. – 13.9.1980 in Mannheim statt. Die Verwaltungsstellendelegiertenkonferenzen der IG Chemie-Papier-Keramik, die gegenwärtig durchgeführt werden, haben Anträge gegen den wachsenden Verschleiß der Arbeitskraft bei Nacht- und Schichtarbeit sowie gegen die Steuer- und Rentenpolitik der Bundesregierung beschlossen. Nacht- und Schichtarbeit: Durchsetzung einer bezahlten Stunde Pause für Nachtarbeit im Manteltarifvertrag, Einführung von Schichtzuschlägen bei Zweischichtarbeit in Höhe von mindestens 6% des Tariflohns (Hanau), Abbau der Schichtarbeit (Bremen-Delmenhorst), volle Absicherung des bisherigen Einkommens für ältere Arbeiter, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr Schichtarbeit leisten können (Ludwigshafen), Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze auf 55 Jahre für Arbeiter, die 20 Jahre Schichtarbeit geleistet haben (Waldshut), Reduzierung der Nachtstunden auf maximal 6 Stunden (Nienburg), Verkürzung der Schichtarbeitszeit (Siershahn).

Verkürzung der Arbeitszeit: Festsetzung der 40-Stundenwoche (Bremen), Ersetzung der arbeitszeitregelnden Gesetzgebung durch ein Arbeitszeitgesetz und einheitliche Festlegung der 40-Stundenwoche in diesem Gesetz (Nienburg).

In einigen Anträgen an die stattgefundenen Delegiertenkonferenzen wurde das Verbot der Nacht- und Schichtarbeit und der 7-Stundentag gefordert, aber auf keiner der Konferenzen beschlossen.

Steuern: Urlaubsgeld bis zu einem Betrag von 900 DM steuerfrei, Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages von 400 auf 1000 DM (Ludwigshafen), Steuerfreiheit von Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld (Hanau), Anhebung des Grundsteuerfreibetrages auf 25% des Durchschnittslohns (Darmstadt).

Renten: Die Kapitalisten sollen zur Finanzierung der Rentenversicherung stärker herangezogen werden (Waldshut), mehrere Forderungen nach vorgezogenem Rentenalter.

Einige Vertrauensleutekonferenzen und örtliche Gewerkschaftskörperschaften haben in Vorbereitung von Delegiertenkonferenzen und in Vorbereitung des 1. Mai weitergehende Forderungen verabschiedet. So z.B. der Vertrauensleutekörper der Hamburger Aluminiumwerke zum 1. Mai: 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich, Verbot der Nachtarbeit, Ausnahmen nur durch Genehmigung von Gewerkschaft und Betriebsrat, Anhebung des Grundsteuerfreibetrages auf 25% des Durchschnittlohns, Selbstverwaltung der Sozialversicherung, Anhebung der Renten auf 75% des Lohns, Abschluß eines Friedensvertrages mit den Siegermächten des 2. Weltkrieges.

Schweden: Erfolge im Kampf gegen Lohnstopp

Arbeitgeberverband muß Aussperrungsdrohung zurücknehmen / Überstundenstreik zeigt Wirkung

z.coi. „Die Aussperrung wird uns zwar 2 Mrd. Skr an Produktionsausfall kosten, aber das ist eine Investition für die Zukunft", hatte der Präsident des schwedischen Arbeitgeberverbandes SAF noch am 3.4. den Mund vollgenommen. Da hatte er für Donnerstag, den 10.4. null Uhr die einwöchige Aussperrung von fast 800000 Arbeitern angekündigt, als Antwort auf den Überstundenstreik des schwedischen Gewerkschaftsbundes LO. Sollte LO jedoch die Kampfmaßnahmen einstellen, würde SAF seinerseits von der Aussperrung absehen. LO lehnte ab, man werde die Kampfmaßnahmen fortsetzen, bis SAF ein Lohnangebot vorlege. Am 9.4, nur wenige Stunden vor der angekündigten Einleitung der Aussperrung, bekam SAF Angst vor der eigenen Courage und blies zum Rückzug. Er kündigte gegenüber den staatlich berufenen Schlichtern die bedingungslose Aussetzung der Aussperrungsmaßnahmen bis Montag null Uhr und seine Bereitschaft an, mit LO „regelrechte Lohnverhandlungen" unter der Federführung der Schlichtungskommission zu führen. Damit gab er seine Forderung auf, den Tarifvertrag von 1979 bis 1981 zu verlängern. Mit diesem Verhandlungsangebot verletzte SAF eines seiner eigenen heiligsten Prinzipien, nähmlich keine Gespräche mit dem Gegner während noch laufender Kämpfe zu führen.

Die bürgerliche Presse, einschließlich der sozialdemokratischen, feiert den Beschluß von SAF als Akt der Besinnung und der Vernunft. Das ist er auch, insofern jetzt ein offener Konflikt mit der ganzen Arbeiterklasse, mit unabwägbaren politischen Risiken für die Bourgeoisie erst einmal vermieden ist. 1909 hatte SAF bereits einmal die gesamte Arbeiterschaft ausgesperrt. Die Absicht war die Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung. Als Antwort führten 300000 Arbeiter einen der längsten Streiks in der schwedischen Geschichte , unterstützt von den Arbeiterbewegungen ganz Europas. Und im Ergebnis war die Gewerkschaftsbewegung nicht zerschlagen, sondern im Gegenteil, stärker als zuvor. Seitdem waren die Kapitalisten vorsichtiger. 1965 kündigte SAF die Aussperrung aller Arbeiter als Antwort auf einen Überstundenstreik an, führte sie jedoch nicht durch. Zuletzt hatte SAF die Aussperrungswaffe 1977 gegen 300000 Angestellte einsetzten wollen, als bereits 10000 im Streik waren, doch auch hier wurde vorher ein Tarifabkommen erkämpft.

Auf den ersten Blick erstaunt es, daß die schwedische Kapitalistenklasse auf einen scheinbar zurückhaltenden Kampfschritt der Gewerkschaft mit einer so massiven Maßnahme droht. Doch der Überstundenstreik trifft die Kapitalisten mit zunehmender Dauer immer härter, und dies läßt das tatsächliche Ausmaß der Überstundenarbeit in Schweden erahnen. Bereits zu Ostern mußten einige Papierwerke schließen. Viele Distributionsunternehmen, die in Schweden auch an Sonn- und Feiertagen offenhalten dürfen, müssen ihre Öffnungszeiten kürzen. Manche Kapitalisten versuchen Angestellte für die Ausführung von bestreikter Überstundenarbeit der Arbeiter zu pressen. Als Reaktion darauf werden das Chemiewerk Union Carbide Norden und Ikea voll bestreikt. 8 weitere Betriebe sollen in der kommenden Woche bestreikt werden. Gleichzeitig haben in einigen Betrieben besonders übel bezahlte und ausgebeutete Teile der Belegschaften eigene Streikaktionen für zusätzliche Forderungen eingeleitet. So sind beim Elektrokonzern ASEA 17 Frauen aus der halbautomatischen Produktion von integrierten Schaltkreisen für die Beseitigung des Akkordes und gegen eine Lohnsenkungsmaßnahme in den unbefristeten Streik getreten.

Können also die Kapitalisten die Zahlung einer Lohnerhöhung offenbar nicht vollständig verhindern, so werden sie mit einiger Aussicht auf Erfolg versuchen, diesen Betrag so klein wie möglich zu halten. Dafür haben die Sozialdemokraten bereits den Boden bereitet. LO-Vorsitzender Nilsson hat angeboten, den Überstundenstreik abzubrechen und sich ganz auf Verhandlungen zu konzentrieren, wenn SAF ein Eingangsangebot für den „Gewerkschaftstopf" bietet. Das sind die von LO geforderten 25 Öre pro Arbeiter und Stunde, deren Verteilung unter den Arbeitern z.B. nach Lohnhöhe jede Betriebsgruppe selbstständig bestimmt (s. KVZ 12/80). Dieser Forderungsanteil macht etwa 10% der Gesamtforderung von LO aus. Man darf also keineswegs überrascht sein, wenn die Kapitalisten am Montag bei solch einem Einstieg sowohl ihre Aussperrungsdrohung als auch den Streik vom Halse haben. Die drei staatlichen Schlichter, an ihrer Spitze ein ehemaliger Reichsbankpräsident, haben Regierungsvollmacht, auch „außergewöhnliche Abschlüsse" zu tätigen. Damit ist die Einbeziehung staatlicher Maßnahmen, wie Preisstopp oder Steuersenkung, in das Tarifpaket gemeint (KVZ 14/80), um den Preis der Festschreibung des alten Tarifvertrages.

Letztere Bedingung hat LO zurückgewiesen, weil das Regierungspaket zu niedrig ist, als daß die Arbeiter auf eine Lohnerhöhung verzichten könnten. Nach LO's Rechnung bedeutet die angebotene Lohnsteuersenkung von bis zu 500 Skr jährlich eine durchschnittliche Lohnerhöhung von kaum 1%. Der inzwischen wirksame Preisstopp soll am 9.5. aufgehoben werden, falls er nicht Bestandteil des neuen Tarifvertrages wird. In den Preisstopp sind zwar alle staatlichen Gebühren einbezogen, so wurde die bereits beschlossene Erhöhung der Postgebüren vorläufig aufgehoben, doch nicht die kommunalen, z.B. die Kita-Gebühren. Außerdem sind die Verbraucherpreise seit dem 31.10.79, dem Auslauftermin des alten Vertrages, um amtliche 7% gestiegen.

Die Arbeiterklasse hat jedoch nicht nur für dieses Jahr die Rechnung aufzumachen. Der Abschluß 1978 zwischen LO und SAF brachte jedem Arbeiter zwischen 65 und 27 Öre mehr pro Stunde und 1979 zwischen 95 und 45 Öre, je nach Lohnhöhe.

Maßnahmen der Metallkapitalisten nach dem Lohnabschluß

z.dif. Die Kapitalisten können die Lohnerhöhung spalterisch verteilen. Davon machen sie reichlich Gebrauch. Was sie unten zu wenig bezahlen mußten, verteilen sie z.B. an die AT-Angestellten. Und ihr Interesse an Abgruppierungen ist natürlich hoch, solange viel dabei herausspringt.

n. **Stuttgart, 3.4.80.** Abgruppierungen von 250 Arbeitern bei BOSCH-FEUERBACH. In einzelnen Werkstätten wird jeder vierte Arbeiter abgruppiert werden. Die eingesparten Lohngelder setzen die Kapitalisten zur verstärkten Rationalisierung ein.

n. **München, 10.4.80.** BMW. Im Rohbau, wo die Vordergruppe geschweißt wird, wurden die Stückzahlen von 427 auf 462 erhöht, in Gießereien und Motorenbau von 250 auf 280, in der Vormontage die Stückzahlen der Federbeine um 14%. Bei Nichterreichen der neuen Akkordsätze wird mit Runtergruppierung von LG 6 auf LG 5 und Zusammenstreichung des Gruppenakkords von 130 auf 80% gedroht.

n. **Gottmadingen, 24.3.80.** Den Spritzern in der Abteilung Malerei 1214 am Kreiselheuerband wurde im Februarlohn nur LG 7 bezahlt, statt wie bisher immer LG 8.

Er ist nicht im Kapitalistenverband organisiert.

n. **Bielefeld, 23.3.80.** Völlig willkürlich haben die BENTELER-Kapitalisten die 6,8% Lohnerhöhung effektiv berechnet. Bei einem Teil der Arbeiter wurden auch die außertariflichen Zulagen um 6,8 % erhöht, bei einem anderen Teil nicht.

n. **Idstein, 26.3.80.** Die BLACK und DECKER-Kapitalisten werden im Durchschnitt des Betriebes 7% mehr auf den Effektivlohn zahlen. Es wird jedoch vereinzelt nur 5,8% bzw. bis zu 10% gezahlt.

n. **Konstanz, 19.3.80.** Die SIEMENS-AG hat die Gehälter für den ÜT-Kreis (übertarifliche Angestellte) um 7,2% bis 7,35% angehoben.

n. **Hamburg, 13.3.80.** AEG N4: Kapitalisten zahlen für den AT Angestellten



Die bürgerliche Presse, einschließlich der sozialdemokratischen, feiert den Beschluß von SAF als Akt der Besinnung und der Vernunft. Das ist er auch, insofern jetzt ein offener Konflikt mit der ganzen Arbeiterklasse, mit unabwägbaren politischen Risiken für die Bourgeoisie erst einmal vermieden ist. 1909 hatte SAF bereits einmal die gesamte Arbeiterschaft ausgesperrt. Die Absicht war die Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung. Als Antwort führten 300000 Arbeiter einen der längsten Streiks in der schwedischen Geschichte , unterstützt von den Arbeiterbewegungen ganz Europas. Und im Ergebnis war die Gewerkschaftsbewegung nicht zerschlagen, sondern im

te Teile der Belegschaften eigene Streikaktionen für zusätzliche Forderungen eingeleitet. So sind beim Elektrokonzern ASEA 17 Frauen aus der halbautomatischen Produktion von integrierten Schaltkreisen für die Beseitigung des Akkordes und gegen eine Lohnsenkungsmaßnahme in den unbefristeten Streik getreten.

Können also die Kapitalisten die Zahlung einer Lohnerhöhung offenbar nicht vollständig verhindern, so werden sie mit einiger Aussicht auf Erfolg versuchen, diesen Betrag so klein wie möglich zu halten. Dafür haben die Sozialdemokraten bereits den Boden bereitet. LO-Vorsitzender Nilsson hat angeboten, den Überstundenstreik ab-

trages wird. In den Preisstopp sind zwar alle staatlichen Gebühren einbezogen, so wurde die bereits beschlossene Erhöhung der Postgebüren vorläufig aufgehoben, doch nicht die kommunalen, z.B. die Kita-Gebühren. Außerdem sind die Verbraucherpreise seit dem 31.10.79, dem Auslauftermin des alten Vertrages, um amtliche 7% gestiegen.

Die Arbeiterklasse hat jedoch nicht nur für dieses Jahr die Rechnung aufzumachen. Der Abschluß 1978 zwischen LO und SAF brachte jedem Arbeiter zwischen 65 und 27 Öre mehr pro Stunde und 1979 zwischen 95 und 45 Öre, je nach Lohnhöhe.

Maßnahmen der Metallkapitalisten nach dem Lohnabschluß

z.dif. Die Kapitalisten können die Lohnerhöhung spalterisch verteilen. Davon machen sie reichlich Gebrauch. Was sie unten zu wenig bezahlen mußten, verteilen sie z.B. an die AT-Angestellten. Und ihr Interesse an Abgruppierungen ist natürlich hoch, solange viel dabei herausspringt.

n. **Stuttgart, 3.4.80.** Abgruppierungen von 250 Arbeitern bei BOSCH-FEUERBACH. In einzelnen Werkstätten wird jeder vierte Arbeiter abgruppiert werden. Die eingesparten Lohngelder setzen die Kapitalisten zur verstärkten Rationalisierung ein.

n. **München, 10.4.80.** BMW. Im Rohbau, wo die Vordergruppe geschweißt wird, wurden die Stückzahlen von 427 auf 462 erhöht, in Gießereien und Motorenbau von 250 auf 280, in der Vormontage die Stückzahlen der Federbeine um 14%. Bei Nichterreichen der neuen Akkordsätze wird mit Runtergruppierung von LG 6 auf LG 5 und Zusammenstreichung des Gruppenakkords von 130 auf 80% gedroht.

n. **Gottmadingen, 24.3.80.** Den Spritzern in der Abteilung Malerei 1214 am Kreiselheuerband wurde im Februarlohn nur LG 7 bezahlt, statt wie bisher immer LG 8.

n. **Lingen, 3.3.80.** Metallkapitalist Müller will den Metallabschluß ohne Einmalzahlung für die unteren Lohngruppen übernehmen. 500 Arbeiter beutet Müller aus, außerdem Heimarbeiter, Behinderte und Strafgefangene. Er ist nicht im Kapitalistenverband organisiert.

n. **Bielefeld, 23.3.80.** Völlig willkürlich haben die BENTELER-Kapitalisten die 6,8% Lohnerhöhung effektiv berechnet. Bei einem Teil der Arbeiter wurden auch die außertariflichen Zulagen um 6,8 % erhöht, bei einem anderen Teil nicht.

n. **Idstein, 26.3.80.** Die BLACK und DECKER-Kapitalisten werden im Durchschnitt des Betriebes 7% mehr auf den Effektivlohn zahlen. Es wird jedoch vereinzelt nur 5,8% bzw. bis zu 10% gezahlt.

n. **Konstanz, 19.3.80.** Die SIEMENS-AG hat die Gehälter für den ÜT-Kreis (übertarifliche Angestellte) um 7,2% bis 7,35% angehoben.

n. **Hamburg, 13.3.80.** AEG N4: Kapitalisten zahlen für den AT Angestellten die 6,8% auf den Effektivlohn. Die knapp 180 AT Angestellten im Bereich AEG N4 werden die 6,8% auf das Effektivgehalt ausgeschüttet bekommen. Diese Forderung auch für die gesamte Belegschaft zu erfüllen, weigerte sich Dr. ELSENBROOK auf den Betriebsversammlungen.



Die Häfen Finnlands sind durch den Streik der finnischen Seeleute und Eisbrecherbesatzungen weitgehend lahmgelegt (siehe Meldung unten). Die schwedischen Seeleute bestreiken zur Unterstützung den Gütertransport.

bul und Ankara erst nach z.T. mehrwöchigen Streiks die Regierung gezwungen, ihnen seit Wochen ausstehende Löhne zu zahlen.

z.inl.Paris. **Obwohl die Unterschriften der größten Gewerkschaften CGT und CFDT fehlen, treten diesen Monat die Tarifverträge für den öffentlichen Dienst Frankreichs und die staatliche Eisenbahn SNCF in Kraft.** Für zwei Millionen Beschäftigte in den öffentlichen Diensten und 260000 bei der Bahn konnte die Bourgeoisie anstatt der geforderten 400 FF Festgeld die Bindung der Löhne an den Preisindex durchsetzen. Die Lohnsenkung, die damit betrieben wird, weil die Preise für den Konsum der Massen mehr steigen als der amtliche Inflationsdurchschnitt, wird im öffentlichen Dienst-Abschluß noch verschärft: Bei der dreimonatigen Berechnung wird der letzte Monat fix mit 1% berechnet. Im SNCF-Tarif sind 0,04% der Lohnsumme für Höherstufungen vorgesehen – sofern die Inflation 1980 unter 9,5% liegt! Rechtlich gültig sind die Tarife schon mit *einer* gewerkschaftlichen Zustimmung, politisch möglich waren sie, weil die Gewerkschaftsbewegung gespalten ist. 300 FF als einmalige Prämie in beiden Bereichen sind das einzig sichtbare, aber nicht ausreichende Ergebnis der vorangegangenen Lohnstreiks.

z.inl.Paris. **Die 900 Reinigungsarbeiter der Pariser Metro streiken seit über drei Wochen für höheren Lohn.** „Gesundheit und Sicherheit der Benutzer" sieht die RATP, staatlicher Betreiber der Metro, durch den angesammelten Dreck gefährdet; Lohnverhandlungen verweigert sie mit den Hinweis, sie sei nicht zuständig. Zwölf Leihfirmen sind von der RATP mit der Metroreinigung beauftragt. 70 km Gänge und 30 km Quais werden von den ausländischen Arbeitern aus Tunesien, Mali, Senegal, Mauretanien saubergehalten. Sie arbeiten sechs Tage hintereinander, an drei von vier Wochenenden im Monat, teilweise arbeiten sie seit Jahren ständig nachts. Für einen Lohn noch unter dem gesetzlichen Mindestlohn von 13,35 FF/h (5,61 DM). Jetzt fordern sie 3200 FF pro Monat und die Zusicherung, über den 1.1.81 hinaus beschäftigt zu werden. Die RATP will dieses Datum, Vertragserneuerung mit den Leihfirmen, zu Rationalisierungen nutzen. Auf Aufruf von CGT und CFDT führen die Beschäftigten der Metro diese Woche Solidaritätsstreiks durch.



z.coi. **Seit dem 10.4. streiken auch die in der finnischen Schiffsoffiziergewerkschaft organisierten Besatzungsmitglieder.** Die 12000 Mitglieder der Seemännerunion stehen bereits seit dem 25.3. im Streik für ca. 20% mehr Lohn sowie die schrittweise Verkürzung der Arbeitswoche auf 36 Stunden. Durch den Streik der Eisbrecherbesatzungen sind die größtenteils immer noch vereisten finnischen Häfen auch für ausländische Schiffe nur schwer zugänglich. Die finnische Bourgeoisie wird durch diesen Streik empfindlich getroffen. Exportgüter im Werte von 141 Mio. Fmk täglich können nicht verschifft, und Importgüter von 102 Fmk nicht gelöscht werden.

z.krk. **Um die Auszahlung der Jahresprämie findet z.Z. in Betrieben der DDR ein regelrechter Kleinkrieg statt.** - Über eine Vielzahl von Leserbriefen, in denen über die Kürzung der Prämie geklagt wird, berichtet das Gewerkschaftsorgan „Tribüne". Im VEB Robotron wurde die Prämie „einfacher" Arbeiter um 2,2% gekürzt, um Mitglieder der Kampfgruppen und der Zivilverteidiung mit 20 M extra zu schmieren, obwohl die betrieblichen Vertrauensleute dagegen waren. Einen eingezogenen Reservisten dagegen prellte ein Berliner Betrieb um seine Schichtzulage auf die Jahresprämie. – Im Jahr dürfen höchstens 900 M, also etwa ein dreizehntes Monatsgehalt als Jahresprämie ausgezahlt werden, 1975 waren es durchschnittlich 764 M. Die Höhe der Fonds dafür hängt von der Erfüllung der Planziffern Nettogewinn und Warenproduktion ab. Wird der Plan nicht erfüllt, kann der Fonds um bis zu 20% gekürzt werden.

z.hef.London. **British Leyland setzte am Dienstag einseitig den neuen Tarifvertrag in Kraft, obwohl ihn keine der elf Gewerkschaften bei BL unterschrieben hat und die Belegschaft ihn in einer Urabstimmung mit 59% zu 41% ablehnte.** Am Dienstag beteiligten sich weniger als 6000 von 85000 Arbeitern an Streikaktionen, vor allem in den Rover- und Sherpa-Werken. Der Vorstand der Gewerkschaft AUEW, in der 23000 BL-Arbeiter organisiert sind, lehnte einen Streik ab. Aber die Gewerkschaft TGWU, in der die meisten BL-Arbeiter Mitglied sind, erklärte am Freitag den Streik für offiziell. Die Zahl der Streikenden stieg auf mehr als 12000. Das Angebot bedeutet für die Facharbeiter, die in der AUEW den Ton angeben, eine Erhöhung von 9 Pfund. Sie würden dann 98 Pfund in der Woche (ca. 1700 DM im Monat) Grundlohn für 40 Stunden verdienen. Ein ungelernter Arbeiter in Lohngruppe I würde nur eine Erhöhung von 3,50 Pfund bekommen, damit insgesamt 73,50 Pfund (ca. 1270 DM im Monat); und die Masse der Produktionsarbeiter in Lohngruppe III 4,25 Pfund mehr, das sind 88 Pfund (ca. 1520 DM). Die Kapitalisten fordern außerdem eine neue Produktivitätsregelung, nach der ein Arbeiter in Gruppe III bis zu 15 Pfund mehr in der Woche verdienen könne. Und die Gewerkschaften sollen alle Einspruchsrechte der Vertrauensleute aufgeben.

Universität Osnabrück 1974 – 80: Steigende Ausbeutung der studentischen Arbeitskraft

r.hoh. Die ursprüngliche Abteilung der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen in Osnabrück ist seit 1974 eine ‚Reformuniversität'; das hatte zunächst zur Folge, daß bei allen Kategorien von Beschäftigten eine erhebliche Aufstockung des Personalbestandes gegenüber dem Haushaltsjahr 1973 stattfand.

Wichtig für den Gesamtüberblick über das in den acht bzw. neun Haushaltsjahren beschäftigte (1973 – 79) bzw. angemeldete (1980) Personal sind die in der Tabelle wiedergegebenen Gruppen; es fehlen jedoch noch drei Abteilungen einer Beschäftigtengruppe, welche in den Haushaltsplänen des Landes Niedersachsens bzw. der Universität Osnabrück lediglich in Gestalt von Finanztiteln auftauchen – das betrifft die studentischen bzw. wissenschaftlichen Hilfskräfte sowie die Lehrbeauftragten; oder überhaupt nicht festgehalten sind, das betrifft das Personal der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Während sich die Gesamtzahl der Lehrbeauftragten noch relativ präzise aus den Angaben der jeweiligen Semester-Vorlesungsverzeichnisse rekonstruieren läßt und die Zahl der ABM-Kollegen beim Personalrat zu erfragen ist, sind die Gesamtzahlen der Hilfskräfte für die jeweiligen Haushaltsjahre nur mühsam und annähernd zu rekonstruieren. Die hiermit befaßten Verwaltungsangestellten können jedoch den entscheidenden Grund dafür benennen: die völlig unzureichende Höhe des gegenwärtigen Ausbildungsentgelts (BAFöG) zwingt die Studenten zur Anbietung bzw. zum Verkauf ihrer Arbeitskraft als sogenannter ‚Hiwi'. Da das Verwaltungsdezernat verpflichtet ist, jeden dieser Arbeitskontrakte gegenüber dem BAFöG-Amt anzuzeigen, sind die betreffenden Studenten zu zweierlei Verfahrensweise genötigt. Die eine Möglichkeit besteht darin, sich mit anderen Kommilitonen eine ‚volle' Hilfskraftstelle zu teilen – also eine Halbierung bzw. sogar Viertelung der Stelle vorzunehmen. Dann erhält man ein derart niedriges Entgelt, daß es nicht mehr oder nur geringfügig mit dem BAFöG verrechnet werden kann. Die andere Möglichkeit ist die Bewerbung um eine Stelle mit relativ niedriger Stundenzahl, wo also ohnedies eine niedrigere Entlohnung der Fall ist. Beide Möglichkeiten sind jedoch zusätzlich bestimmt durch den Zwang der Bezahlung von Steuern und Sozialabgaben, die ja ab einer bestimmten Höhe der Entlohnung entweder entfallen oder relativ niedrig bleiben. Eine wissenschaftliche Hilfskraft mit Abschluß wird derzeit in der Haushaltsplanung mit ca. 1750 DM angesetzt; das soll der monatliche Bruttolohn einer verheirateten Arbeitskraft mit Kind sein. Nach Abzug der vermögenswirksamen Leistungen, der Steuern und der Sozialabgaben bleiben netto 1034,91 DM für eine ‚Hiwi'-Stelle mit einer Arbeitsverpflichtung von 92 Stunden. Die Sozialabgaben schlüsseln sich hierbei wie folgt auf: 117,29 DM für Renten-, 78,19 DM für Kranken-und 19,55 DM für Arbeitslosenversicherung. Bei einer studentischen Hilfskraft ohne Abschluß mit der gleichen Stundenzahl betragen die Sozialabgaben 142 DM; sie erhält allerdings nur 859,94 DM Bruttolohn im Monat.

Um die Sozialabgaben einsparen zu können, schließen viele Studenten Kontrakte über 86 Stunden und weniger ab oder teilen sich die entsprechende Stelle; eine solche halbierte Hilfskraftstelle wirft bei einer monatlichen Stundenverpflichtung von 46 Stunden exakt 429,97 DM brutto ab. Dazwischen oder darunter werden auch Arbeitsverträge über 69 oder 23 Stunden abgeschlossen. Diese Zahlen geben aber überhaupt nicht den tatsächlichen Aufwand, d.h. die wirkliche zeitliche Vernutzung der studentischen Arbeitskraft wieder – die liegt in jedem Fall höher. Ein weiteres modifizierendes Moment bei der Ermittlung der Gesamtzahl der Hilfskräfte ist die Dauer ihrer Beschäftigung; es gibt Fachbereiche, in denen ein Teil lediglich 9 von 12 Monaten bezahlt wird – und zwar ‚wegen der Semesterferien'. Diese Saisonarbeiter unter den Studenten teilen somit das gleiche Schicksal der Putzfrauen und des Küchenpersonals. Nach Schätzungen der Sekretärinnen in der Verwaltung sind derzeit gut 190 – 200 Hilfskräfte am Standort Osnabrück (ohne Vechta) der Universität beschäftigt. Wenn man sich in diesem Zusammenhang die Entwicklung der jährlichen Beschäftigungsentgelte für wissenschaftliche bzw. studentische Hilfskräfte ansieht, kann man die ungefähre Entwicklung dieser Personalgruppe schlußfolgern:

1973	265400 DM
1974	356700 DM
1975	518900 DM
1976	590000 DM
1977	647000 DM
1978	817000 DM
1979	1138500 DM
1980	1224800 DM

Man ahnt schon, worauf das Ganze hinaus soll, wenn man sich die Lohnsumme der 49 Arbeiter im Haushaltsplan 1980 ansieht: sie beträgt 1522000 DM; für diesen Betrag ließen sich bestimmt 250 studentische Arbeitskräfte ausbeuten – billiger gehts wirklich nicht mehr.

Jahr	Arbeiter	Angestellte	Planmäßige Beamte (Prof./akad. R.u.D.*)		Beamtete Hilfskräfte (Wissenschaftl. Ass.)	
73	10	72	123	(75/27)	58	(51)
74	37	140	217	(134/47)	108	(96)
75	45	179	250	(155/56)	122	(110)
76	45	183	251	(154/58)	124	(116)
77	42	192	263	(160/64)	130	(122)
78	44	224	288	(169/85)	136	(128)
79	47	272	316	(183/89)	137	(133)
80	49	310	343	(206/84)	141	(131)

Mehr Mittel des Bildungsministers fürs Auslandsstudium

z.hev. Zufrieden hatte sich Bildungsminister Schmude Anfang Februar über das steigende „Interesse der deutschen Studenten und jungen Wissenschaftler an einem studien- und praxisbezogenen Aufenthalt im Ausland" geäußert. Auslandserfahrungen „sollten für junge Menschen, die in einem Land vielfältiger internationaler Verflechtungen leben und arbeiten, noch selbstverständlicher werden". Rund 10000 sind es seit einigen Jahren gewesen, davon ca. 20% in Frankreich und 15% in den USA. Der etwa gleichstarke Konkurrent Japan hatte es 1975 aber auf über viermal so viele Studenten in den USA gebracht bei sonst gleicher Zahl von Auslandsstudenten. Die Zahl der Studenten bei den imperialistischen Konkurrenten gilt in Finanz- und Industriekreisen, die die Gelder für die Stipendien kontrollieren, als entscheidendes Kriterium für die Effektivität der Auslandsförderung und den Nutzen, der sich aus ihr ziehen läßt. Studenten aus den Ländern der Dritten Welt holt man lieber ins Land und hofft, später im Heimatland dann auf sie setzen zu können, während nur vergleichsweise wenig deutsche Studenten in diese Länder geschickt werden. 1977 studierten in Westdeutschland 3500 Afrikaner, 2500 aus Mittel- und Südamerika und über 15000 aus Asien – von 51000 ausländischen Studenten insgesamt.

Die Drehscheibe für die Auslandsvermittlung ist der Deutsche Akademische Auslandsdienst (DAAD). Er bekam vom Bildungsminister 1980 19,2 Mio. DM, 3,5 Mio. mehr als '79. Ca. die Hälfte aller im Ausland Studierenden werden aus der Staatskasse bezuschußt, mit der BAFöG-Änderung im letzten Jahr – ein genehmigter Auslandsaufenthalt wird nicht mehr auf die Gesamtdauer der BAFöG-Zahlungen angerechnet – mit 2800 auch doppelt so viele BAFöG-Bezieher wie bisher. Sie erhalten je nach Land einen Zuschlag, dessen unterschiedliche Höhe politische Absichten vermuten läßt, z.B. 150 DM für Hongkong, aber 690 für Japan oder 150 DM für Thailand, aber 535 DM für Vietnam. In diesem Jahr läuft neu ein Programm „integriertes und anerkanntes Auslandsstudium", das voll auf den westdeutschen Abschluß angerechnet wird, und ein Austauschprogramm der Fulbright-Kommission für 40 Fachhochschulstudenten an amerikanischen Hochschulen.

Genügend Lehrstellen oder nicht?

Der Bourgeoisie geht es um die zentrale Planung der Berufsausbildung

z.gkr. Kurz nachdem der Bildungsminister Schmude bekanntgegeben hatte, daß die Bundesregierung „aufgrund der positiven Ausbildungsstellenbilanz im Jahr 1979 und der absehbaren günstigen Entwicklung des Ausbildungsplatzangebotes 1980 auf die Erhebung einer Umlage entsprechend dem „Ausbildungsplatzförderungsgesetz" verzichtet, meldeten sich sowohl Gewerkschaften als auch das Bundesinstitut für berufliche Bildung mit Kritik an den angegebenen Zahlen zu Wort. Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht über die durch die Regierung ermittelten Daten:

	Lehrstellenangebot in Tausend	Lehrstellensuchende in Tausend
1976	517	527
1977	584	585
1978	622	626
1979	677	660

Diese Statistik ist getürkt. Das sagt das Bundesinstitut für berufliche Bildung, und es hat damit sicher recht: Nach aller Erfahrung suchten von den 1,2 Mio. Schulabgängern ca. 683000 eine Lehrstelle, hinzu kommen die Teilnehmer von Lehrgängen, in die die BfA die bisher arbeitslosen Jugendlichen hineingepfercht hat, ferner ein Teil der arbeitslosen Jugendlichen und ein Teil der Jungarbeiter, alles in allem ergebe sich so eine um 72000 höhere Zahl von Lehrstellensuchenden, als es im Berufsbildungsbericht der Bundesregierung angegeben ist. Noch nicht berücksichtigt, daß zwischen 12% (Realschüler) und 50% (Sonderschüler) nicht eine Ausbildung entsprechend ihrem Wunsch beginnen können.

Der Hauptausschuß des Bundesinstituts als Sachwalter der Jugendlichen, die eine fundierte Ausbildung machen wollen? Das ist nicht der Kern, obwohl an der Oberfläche hieran angesetzt wird. Den Vertretern der Kapitalisten und der Länder, die die Mehrheit im Hauptausschuß bilden, geht es darum, die Regierung noch mehr auf Trab zu bringen, damit sie aus Steuermitteln die Einrichtung von Lehrstellen fördert und die Anzahl von überbetrieblichen Ausbildungsplätzen, direkt unter Kontrolle des Finanzkapitals, vermehrt. 1,2 Mrd. DM werden von der Bundesregierung von 1974 bis 1982 für letztere zur Verfügung gestellt. Bis jetzt sind 60000 geschaffen, gegenüber 24000 1974, und bis 1982 sollen es 77000 Plätze werden. Darüberhinaus erhalten die Kapitalisten für die Einrichtung von Lehrstellen von Bund und Ländern 1977 bis 1980 1,3 Mrd. DM, ausgewiesen über den Stufenplan zu Schwerpunkten der beruflichen Bildung und über das Programm für Zukunftsinvestitionen.

Die Kapitalisten lassen sich damit bezuschussen, was sie so oder so brauchen: die Ausbildung eines ausreichenden Stammes von Facharbeitern. Im vergangenen Jahr war die größte Steigerung von Lehrstellen mit 8,1% in Industrie und Handel, gegenüber 7,1% im Handwerk. Es zeichnet sich damit eine Wende ab, denn bisher ging der Anteil von Industrie und Handel an den Ausbildungsplätzen gegenüber dem Handwerk immer weiter zurück, letzterer stieg von 1970 auf 1975 von 33% auf 38%. Und noch 1976 bis 1979 stieg die Zahl der Lehrstellen im Handwerk um 33%, in Industrie und Handel dagegen nur um 31%. Während die Industrie weniger Facharbeiter ausbildet, als sie später braucht, sind die Handwerksbetriebe vor allem an der billigen Arbeitskraft der Auszubildenden interessiert, die jetzt, nach der Einführung des Berufsgrundbildungsjahres, erst recht und ohne Unterbrechung ausgebeutet werden können. Nach der Ausbildung werden dann ⅔ entlassen und bilden ein ständig verfügbares Reservoir von Facharbeitern, aber auch von billigsten Arbeitskräften für die großen Konzerne. Insgesamt wechselten 1978 etwa 53% aller Lehrlinge im ersten Jahr nach Abschluß der Lehre den Betrieb, nur 61% von ihnen bekamen eine Stelle als Facharbeiter, 22% mußten ihre Arbeitskraft zum Lohn eines Hilfsarbeiters verkaufen.

Wie aber soll dieser Wechsel funktionieren, rasch und ohne Verluste, wenn nicht die Einheitlichkeit der Ausbildung gewährleistet ist? Und diese Ausbildung muß an die unterschiedlichsten Anforderungen der Industrie möglichst gut angepaßt werden, die Stufenausbildung ist hierfür geeignet. Beides wird durch neue Ausbildungsrichtlinien gewährleistet, alleine seit 1969 sind 90 vorgelegt worden. Diese auszuarbeiten ist denn auch die Hauptaufgabe des Bundesinstituts für berufliche Bildung, festgelegt durch das 1976 verabschiedete Arbeitsplatzförderungsgesetz, das gleichzeitig auch personell ausgebaut wurde. In den nächsten Jahren soll es für 100 weitere Ausbildungsberufe Richtlinien ausarbeiten. Dagegen ist inzwischen offensichtlich, daß die Ausbildungsabgabe, um die bei Verabschiedung des Gesetzes die größten Auseinandersetzungen geführt wurden und um die es bei der Debatte um die Zahl der Ausbildungsstellen vordergründig auch jetzt wieder geht, nichts als einen Rauchvorhang vor den wirklichen Absichten darstellt. Laut §2 dieses Gesetzes sind finanzielle Hilfen für Ausbildungsstellen zu gewähren, wenn die „insgesamt angebotenen Ausbildungsplätze die insgesamt nachgefragten Ausbildungsplätze um weniger als 12,5 von Hundert übersteigen". Hierzu soll von den Betrieben eine „Berufsausbildungsabgabe" erhoben werden (§3). Angesichts des Widerstandes gegen die zu geringe und zu schlechte Ausbildung durch die Kapitalisten rechnete sich die SPD durch diese Vorschläge einigen Spaltungseffekt auf diesen Widerstand aus. Das war aber das einzige, was sie wollte, anwenden auf jeden Fall nicht.



Lehrlinge beraten in einem Betrieb mit ihrem Jugendvertreter

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) Geschäftsstelle Westberlin, Oranienstr. 159 Kommunistische Hochschulgruppe — Westberlin 31. März 1980 14c1k0050p

„Der Prüfungsboykott hat selbstverständlich nur symbolischen Charakter"

55 Prüfer der lehrerbildenden Fachbereiche der Pädagogischen Hochschule und der Freien Universität hatten Ende Januar einen befristeten Prüfungsboykott beschlossen, der vom 28.4. bis zum 9.5. andauern soll. In dieser Zeit nehmen sie keine Prüflinge für das erste Staatsexamen an und führen auch keine Prüfungen durch. Grund für diesen Boykott ist die schon länger andauernde Auseinandersetzung mit dem Wissenschaftlichen Landesprüfungsamt (WLPA), das willkürlich Prüfungen ausdehnt und verschärft. So werden Themen das eine Mal genehmigt, das andere Mal nicht. Scheine werden nicht anerkannt, Themenschwerpunkte immens ausgeweitet, Prüfungsthemen verändert, Noten gedrückt, Prüfungsmeldungen werden verzögert, wie im Fall von Klaus Will von der Studentengruppe FU der GEW, der zwei offene Briefe an das WLPA unterzeichnet hat, die sich gegen die Prüfungspraxis des WLPA wendeten. Beutler, Fachreferent für Sozialkunde am WLPA, ordnete deswegen eine „Überprüfung" an, die vier Monate dauerte.

Worum es den Prüfern bei diesem Boykott geht, erfährt man aus dem „Aufruf zur Protestaktion der Hochschullehrer". Dort schreiben sie, daß „die Universität einerseits und die staatliche Prüfungsbehörde andererseits gleichberechtigt am Prüfungsverfahren zu beteiligen sind. Die Universität ist vorrangig für den wissenschaftlichen Charakter der Prüfung zuständig, das WLPA für die Einhaltung des formell-korrekten Verfahrens einer Staatsprüfung". Wolf Dieter Narr, Hochschullehrer am Otto-Suhr-Institut der FU, faßte in einem Interview mit der „Neuen" das so zusammen:

„Nicht die Prüfer bestimmen, was Politische Wissenschaften sind, sondern die Behörde." Ein Streit also darum, wer in den Prüfungen das Sagen hat, gegenüber dem Studenten, der sich diesen Prüfungen unterziehen muß. So kommt dieser auch in dem Aufruf nur als ein zu prüfendes Objekt vor. Das einzige, was ihm zugestanden wird, ist das Vorschlagsrecht auch für den zweiten Hochschulprüfer. Was jedoch keine Verbesserung der Situation der Studenten in der Prüfung mit sich bringt, sondern weiter die Position der Hochschulprüfer gegen die „Landnahme" des WLPA stärken soll.

Wie die Studenten den Kampf gegen die Studien- und Prüfungsbedingungen aufnehmen wollen, haben sie auf den letzten Vollversammlungen in Forderungen und Beschlüssen deutlich formuliert. So wird z.B. nicht gefordert, daß die Professoren gleichberechtigt mit dem WLPA-Vertreter und Schulprüfer die Note festlegen können, sondern daß ein studentischer Vertreter bei den Prüfungen und Besprechungen der Noten dabeisitzt und das Recht des Einspruchs wahrnehmen kann. Schulsenator Rasch wurde aufgefordert, über diese Forderungen, die ein Schutzrecht gegen die Willkür in Prüfungen darstellen, mit uns in Verhandlungen zu treten.

Auf einer Veranstaltung der GEW zu dem Prüfungsboykott während des Warnstreiks an der PH wurden die anwesenden Studenten und Wahlfachaktive aufgefordert, diesen Boykott zu unterstützen. Es wurde jedoch von den anwesenden Professoren, die sich an dem Boykott beteiligen, nichts zu unseren Forderungen gegen die Intensivierung des Studiums und Ausdehnung unserer Arbeitszeit gesagt. Die in Bewegung geratenen Professoren sind auch Prüfer, eine Stellungnahme ihrerseits zu den Forderungen der Studenten würde bestimmt eine Klärung erleichtern. Dann wüßten die Studenten sich zu den Maßnahmen der Professoren korrekt zu verhalten. Zumindest für uns eine günstige Situation, daß Professoren und WLPA nicht in einer Front uns gegenüber stehen, die wir gut ausnutzen können.

Die Hochschullehrer hatten für den Fall, daß mit dem WLPA kein Einvernehmen zu erzielen ist, neben Prüfungsboykott weitere Maßnahmen beschlossen, unter anderem vom 28.4.–3.5. keine Lehrveranstaltungen durchzuführen. Allerdings wird dies nur sehr vage ins Auge gefaßt. Möglicherweise scheitert das daran, daß man dem Senat den Prüfungsboykott noch eher als „symbolische" Maßnahme verkaufen kann – wie sich Peter Grottian in einem Interview mit der „Neuen" ausdrückte. Bei Streik hört die Symbolik auf.

Vom 28.–30.4. sollen Aktionstage gegen die Prüfungsverschärfungen des WLPA stattfinden. Am 30.4. soll eine Veranstaltung mit Rasch, Glotz, Lämmert, Prof. Albrecht und zwei Studenten als Podium durchgeführt werden, an der sich die Professoren beteiligen wollen. An den einzelnen Fachbereichen sind Veranstaltungen zu den gesetzlichen Grundlagen der Lehrerausbildung, zu PH-Integration, Referendarausbildung, über Möglichkeiten zur Abschaffung der Prüfung vorgesehen.

Eine gute Möglichkeit, die Professoren zu befragen, wie sie sich gegenüber unseren Forderungen verhalten wollen.

Über 6000 Unterschriften gegen AWACS-Station in Teveren

z.dhe. Militärisch war die Sache unter den Imperialisten klar: Für den Kampf um Europa benötigt die NATO eine neue Computerleitzentrale. Die Amerikaner hatten dazu AWACS (Airborn Warning and Control System) entwickelt. Auf Boeing 707 aufmontierte Spezialantennen von 9 m Durchmesser kontrollieren die gesamte DDR und CSSR sowie große Teile Polens bei Tag und Nacht. Einerseits wird dadurch die Alamierungszeit im Fall eines sozialimperialistischen Schnellangriffs verlängert, andererseits lenken die Bomber, Boden-Luft- und Boden-Boden-Raketen (z.B. Pershing I und II) in ihre Ziele im Hinterland der Warschauer-Pakt-Staaten.

Doch konnten die amerikanischen Imperialisten dieses System ihren europäischen ,,Partnern'' nicht ohne weiteres verkaufen. Denn wie die europäischen Rüstungsprojekte, z.B. MRCA, zeigen, sind diese auch in der Rüstungsproduktion zu ernstzunehmenden Konkurrenten geworden. Die britische Regierung scherte sogar ganz aus und ließ das System ,,Nimrod'' produzieren, das auf 11 ,,Comet''-Düsentransportern aufmontiert ist. Im Dezember 1976 vertagte die NATO-Ministerkonferenz die Entscheidung über die AWACS-Anschaffung. Unbestritten war, daß die westdeutschen Volksmassen 1,18 Mrd. DM, d.h. 30% der Gesamtkosten für die 18 Flugzeuge übernehmen sollen. Doch wollten die westdeutschen Kapitalisten für diese Leistung ebenfalls absahnen und zwar durch Gegenaufträge der US-Armee in entsprechendem Wert. Erst nachdem sie das erreicht hatten, stimmte der Verteidigungsausschuß am 27.11.1978 in der 2. Beratung der Beteiligung am AWACS-Projekt zu.

Doch die Reibereien halten bis heute an. Am 30.7.79 beklagte der CDU-Bundestagsabgeordnete Carl Damm in einer Presseerklärung, daß bislang ,,ganze 282 Kfz für 3,1 Mio. DM'' bei VW bestellt worden seien, statt der versprochenen 10820. Er forderte die Bundesregierung auf, die Zuwendungen für das AWACS-Projekt zu stoppen, bis die Daimler Benz, Magirus Deutz, MAN und VW-Kapitalisten ihre Verträge unter Dach und Fach hätten. Jetzt gibt es noch Krach um 40 Mio. DM Kosten, die der BRD wegen der Verlegung des Flugkörpergeschwaders 2 (Pershing-Raketen) vom geplanten Standort Teveren entstehen. Darüber wird wieder verhandelt.

Die Bauarbeiten für den AWACS-Flughafen in Geilenkirchen/Teveren haben Ende 1979 begonnen. Für die ca. 2000 Soldaten aus 13 NATO-Ländern wird eine selbstständige ,,Stadt'' mit Einkaufszentrum, Bank, Unterhaltungsstätten und einer Post errichtet. Für 200 Mio. DM soll der Flughafen zum größten Militärflughafen der BRD ausgebaut werden, weitere 200 Mio. DM wird die technische Einrichtung kosten.

Zudem sind die Triebwerke der militärischen Version Boeing 707 E-3A noch um 3000 Kilopond verstärkt, Lärmschutzmaßnahmen an den Flugzeugen, eine Verlegung der Landebahn wurde aus Kostengründen abgelehnt. Mindestens viermal täglich sollen die Boeings ab 1982 starten und landen, dazu noch Triebwerkprobeläufe. Die Boeings würden also in 150 m Höhe über die 5000-Einwohner-Gemeinde Schinveld in den Niederlanden, die 1,7 km von der Landebahn entfernt direkt an der Einflugschneise liegt, hinwegfliegen, neben dem Krach und Dreck befürchten die Einwohner Abstürze. Als der Flugplatz noch von der britischen RAF betrieben wurde, ist z.B. eine ,,Delta'' über die Landebahn hinausgerast und erst kurz vor dem Dorf zum Stehen gekommen.

Insgesamt sind vom ,,Aktionskomitee gegen die Reaktivierung des Flugplatzes Teveren'' über 6000 Unterschriften gegen den Ausbau des Flughafens gesammelt worden. In vielen Briefen an die holländische Regierung ist für jeden Fall der Einbau von lärmschützenden Fenstern auf Staatskosten verlangt worden. In Geilenkirchen auf der westdeutschen Seite des Flughafens hat Großgrundbesitzer und MdB Spieß von Büllesheim erklärt, der NATO-Stützpunkt schaffe Arbeitsplätze und müsse daher aufgebaut werden. Die ÖTV hat indessen die Bundesregierung dazu gezwungen, mit ihr in Verhandlungen über die Tarifverträge der 100 Zivilangestellten des jetzigen Flugplatzes zu treten, für die die Übernahme der NATO-Tarifverträge Verschlechterung in Löhnen und Urlaub bedeuten würde.

Da jetzt in einem stillgelegten Bergwerk der Nachbargemeinde Brunssum ein großes NATO-Militärdepot angelegt wird und gleichzeitig eine Straße zwischen Geilenkirchen und Brunssum gebaut werden soll, nehmen die Bewohner an, daß es nicht bei dem AWACS-Flugverkehr in Teveren bleiben wird. Sie sind auf alle Fälle entschlossen, den Flugbetrieb zu verhindern, erklären sie. So wurden kürzlich Masten mit Flugsicherungslampen auf deutschem Gebiet abgesägt, was zeigt, daß sie es ernst meinen. Geplant ist, mit Helium gefüllte Ballons von 80 cm Durchmesser in die Flughöhe von 100 bis 150 m steigen zu lassen. Auf der Straße zwischen den Niederlanden und der BRD stehen Parolen wie ,,Yankee go home'', ,,Kein Militär hier'', ,,Niederland raus aus der NATO''.

Rekruteneinzug: Die ersten Tage in der Armee

r.joe. 1. Tag. Ca. 120 Rekruten treffen an ihrem Standort im Bezirk Hannover ein. Über die Hälfte kommt allein aus dem Ruhrgebiet; sie wurden durch Sammeltransporte erfaßt und sind teilweise seit 6.00 Uhr morgens unterwegs. Es erfolgt sofort eine Aufteilung in Züge und Gruppen, anschließend werden die Personalien erfaßt und die Quartiere bezogen. Die Betten müssen ,,gebaut'' werden: zur Ordnung gehört, daß bestimmte Winkel und Längen der Bettwäsche eingehalten werden müssen. Klappt das nicht, muß das Bett drei- oder viermal gemacht werden. Abends erfolgt noch die Eingangsuntersuchung.

2. Tag. Über den Dienstplan erfahren wir, welche regelmäßigen Bestandteile die Grundausbildung in den nächsten Wochen enthält (es beträgt die Grundausbildung sechs Wochen oder drei Monate, je nach der späteren Verwendung). Um 5.00 Uhr Wecken, anschließend Saubermachen der ,,Stuben'' und ,,Reviere'' (das sind einzelnen Stuben zugeteilten Gebäudeteile), um 6.00 Uhr Frühstück, um 6.45 Uhr Antreten. Vormittags bis 12.30 Uhr verschiedene Unterrichte, anschließend Mittag und am Nachmittag nach erneutem Antreten Unterricht bis ca. 17.00 Uhr. Zu allen Punkten wird der Ausbildungszug geschlossen im Gleichschritt hingeführt und wieder abgeholt. Inhaltlich ist dieser Tag ausgefüllt mit weiteren Untersuchungen, der Einkleidung, schließlich noch mit der offiziellen ,,Begrüßung'' durch den Kompanie-Chef, der die soldatischen Tugenden Pflichterfüllung, Treue, Kameradschaft und bedingungslose Auftragserfüllung fordert. ,,Unseren Auftrag'' formuliert er als ,,Verteidigung des Vaterlandes'' gegen einen Angriff des möglichen Gegners. Später wird er deutlicher und nennt die Sowjetunion und den ,,Warschauer Pakt''. Zustimmung hat er nicht geerntet. Einige Soldaten meinten spontan auf seine Rede: ,,Wenn die ihre Interessen mit einem Krieg durchsetzen wollen, sollen sie es versuchen. Meine Interessen sind das nicht; wenn's hier losgeht, spring ich über den Zaun.''

3. Tag. Jeder Soldat muß wissen, welche Kleider er wann anzuziehen hat. Es wird der Kleiderwechsel geübt, nach Stoppuhr. Außerdem lernt man einige Dienstvorschriften kennen: daß alle Knöpfe immer geschlossen sein müssen, daß zu jeder Kleidung eine ,,Kopfbedeckung'' gehört, wie sie korrekt zu sitzen hat, wie eine Schleife richtig gebunden wird. Danach ist Haarappell. Damit keiner ein schlechtes Bild von den Soldaten erhält, müssen über 60 sich erneut die Haare schneiden lassen. 6,- DM sind für den Friseur gleich mitzubringen. Nachmittags wird der erste Unterricht gehalten. Die Dienstgrade müssen auswendig gelernt werden. Jeder, der im Dienstgrad höher steht, kann dem einfachen Soldaten Befehle erteilen. Ein Ausbilder formuliert: ,,Das schöne an der Bundeswehr ist, daß sie nicht zu denken brauchen. Das Denken übernimmt die Dienstvorschrift.''

4. Tag. Der Tag beginnt mit Formalausbildung. Der Soldat ,,lernt'', wie man geht, steht, sich in Linien, Reihen zu einem oder mehreren Gliedern, zugweise oder kompanieweise aufstellt, daß der Winkel zwischen den Schuhspitzen bei der Grundstellung 45 Grad zu betragen hat und der Abstand zwischen zwei Rotten exakt 80 cm. Wer das nicht begreift, darf diese Übungen beliebig oft wiederholen. Unterrichtet wird, welcher Dienstvorgesetzte Befehle erteilen darf. Damit das sitzt, wird jeder Rekrut gezwungen, ein Ausbildungsheft zu führen, in dem nach Dienstschluß sämtliche Unterrichtsstunden sauber noch einmal wiedergegeben werden müssen. Ein zusätzlicher Zeitaufwand von ca. 1 Stunde, so daß die verbleibende Zeit bis zum befohlenen Schlafengehen (,,Zapfenstreich'') um 22.00 Uhr, wenn es gutgeht, noch 2 Stunden beträgt.

Dänische Polizisten streiken für Lohnerhöhung

z.bag. Am 31.3. hat das dänische Finanzministerium, als öffentlicher Dienstherr die Forderung der Polizeigewerkschaften nach einer Lohnerhöhung um 5,45 Kronen die Stunde abgelehnt. Die Begründung: es könne darüber erst 1981, im Rahmen der allgemeinen (zweijährigen) Tarifverhandlungen, diskutiert werden, bis dahin herrsche Lohnstopp. Am nächsten morgen begann daraufhin eine spontane Streikbewegung, an der sich im Laufe der Woche über die Hälfte der 8500 Polizisten des Landes beteiligten. Einzelne Polizeistationen waren völlig unbesetzt, die meisten anderen führten nur Notdienste aus.

Die dänischen Polizisten haben als Beamten kein Streikrecht. Sie nutzten bei dieser Aktion ihr Recht, sich bis zu drei Tagen ohne ärztliches Attest krankschreiben lassen zu können. Die Bourgeoisie versuchte mit ihren Schreiberlingen in der Presse diese Aktionsform lächerlich zu machen, konnte aber damit ihren Schrecken nur schlecht verbergen, und erst recht nicht verhindern, daß andere Beschäftigte des öffentlichen Dienstes mit Solidaritätsresolutionen den Kampf unterstützten, und die Volksmassen die Aktionen mit großer Sympathie verfolgten.

Nach Auskunft eines Polizisten aus Aarhus beträgt der Lohn der mittleren Lohngruppe des Polizeiapparates heute im Jahr um 9000 Kronen weniger als der Lohn eines Facharbeiters. Mit rund 6 Kronen/Stunde mehr käme ein Polizist auf jährlich 120000 Kronen Brutto. ,,Das ist bei den hohen Steuern und steigenden Preisen immer noch nicht viel, das kann gerade den Reallohn halten. Warten bis zur nächsten Tarifrunde 1981 können wir nicht, der Lohn fällt ja real Tag für Tag'', berichtet der Polizist aus Aarhus.

Die beiden Gewerkschaften der dänischen Polizisten, ,,Dänischer Polizeiverband'' und ,,Dänische Kriminalpolizei-Vereinigung'' haben den Streik nicht offiziell unterstützt, weil die Aktion kein Streik sein durfte. Sie haben jedoch während der Aktion eine Flugschrift herausgegeben, in der die Lohnforderung begründet und über die Lohnforderung hinaus ein Angriff auf die ständig schlechter werdenden Arbeitsbedingungen der Polizisten geführt wird, auf Wechselschichten und Überstunden. Außerdem haben die Gewerkschaften zu Mitgliederversammlungen in allen größeren Städten damit aufgerufen. Auf der ersten, am 8.4., wurde angekündigt, daß bei fortgesetzter Verweigerung der Lohnerhöhung, bestimmte Aufgaben, die nicht direkt in den Arbeitsverträgen festgelegt sind, nicht mehr erfüllt werden.



Die Streikaktion der Polizisten überraschte niemanden in Dänemark, außer der verschreckten Bourgeoisie. Schon lange gärt es im dänischen Polizeiapparat und im öffentlichen Dienst insgesamt. Das weiß man spätestens seit dem 15.3.79, als sich bei einer landesweiten Aktion gegen ein neues Lohnraubprogramm der Regierung in vielen Städten auch Abteilungen der Polizei beteiligten. Das Bild zeigt einen Ausschnitt aus der Demonstration in Odense.

,,Energiepolitische Ziele'' der EG-Kommission: ,,Handlungsfreiheit wiedergewinnen''

z.scc.Brüssel. ,,Kernpunkt muß sein, unsere Handlungsfreiheit wiederzugewinnen'', stellte die EG-Kommission vergangenen Herbst ihre ,,energiepolitischen Ziele der Gemeinschaft für 1990'' vor. Was das heißt? Der Kommission zufolge, die ,,Energieeinfuhrabhängigkeit'' auf mindestens 50% zu verringern. Derzeit werden 53,8% der in der EG verbrauchten Energieträger importiert. Aber: 1970 lag die ,,Einfuhrabhängigkeit'' bei 59,1% und 1973 sogar bei 65,5%. Das war, bevor die OPEC mit deutlichen Preiserhöhungen für Rohöl die Handlungsfreiheit der Imperialisten einschränkte.

Dagegen empfiehlt die Kommission die beschleunigte ,,Erschließung der eigenen Energievorkommen'', insbesondere Steigerung der Kohleproduktion. Ohne die eigene Basis auszubauen, ist an ein ,,Wiedergewinnen'' verlorenen Terrains gar nicht zu denken. Mit 37,5% ist die Kohle nach wie vor die bedeutendste Energiequelle auf dem Territorium der EG-Imperialisten. So beläßt es die Kommission auch nicht bei Empfehlungen, sondern sorgte mit dem EGKS-Haushalt 1980 für zusätzliche Anfeuerung. Auffälligste Steigerung: Um 115% auf 43 Mio. ERE werden die ,,Beihilfen in Form von Zinsverbilligungen'' für Investitionen in der Kohle- und Stahlindustrie aufgestockt, zusammen mit den übrigen ,,Beihilfen'' und den nationalen Subventionen kräftig wirkender Treibstoff für die Rationalisierungsvorhaben im Kohlebergbau.

Um 8% auf 263 Mio. t soll auf diese Weise die Steinkohleproduktion in der EG bis 1990 gesteigert werden. Noch schneller, nämlich um fast 28%, soll gleichzeitig der Steinkohle*verbrauch* anwachsen. Die Kohleimporte werden laut Planung fast verdoppelt. Die Bundesregierung z.B. hat erst Ende März gesetzlichen Segen und Millionen für den Ausbau der westdeutschen Kohleförderung *und* gleichzeitig Lockerung der bisherigen Importkontingentierung für Kohle gegeben. Kalkül der imperialistischen Energiepolitik: den Konkurrenzdruck auf die OPEC zu verstärken, sie darüber zu spalten und den Rohölpreis wieder zu senken. Bisher allerdings konnten sie sich in der EG noch nicht so recht einigen. Kommissionvorschläge hin und her, wenn der Rat sie nicht einmal behandelt. Damit nämlich Großbritannien und die BRD, die 1980 zusammen 89,8% der westeuropäischen Kohleproduktion auf sich vereinigen werden, in den vollen Genuß der ,,Gemeinschaftsmaßnahmen'' kommen, müßten ihre Konkurrenten, die dabei leer ausgehen, über eine erhöhte Umlage auf die Stahlproduktion voll zahlen. Und da sträuben sie sich.

Allein 1978 starben 877 Bergleute in Azania für die Profite der Bergbaumonopole

z.hef. Mehr als zwei Kilometer tief stürzte am 27. März ein Fahrkorb in der Vaal-Reefs-Mine bei Klerksdorp in Südafrika ab. Der Korb hatte sich im Schacht Nr. 2 bei der Abfahrt 300 Meter tief unter der Erde verklemmt. Das Tragseil hing lose. Als die Verklemmung gelöst und das Tragseil plötzlich wieder voll belastet wurde, brach die Befestigung des Seils am Korb. 20 schwarze Arbeiter und drei weiße Antreiber kamen um.

Tödliche Unfälle sind in den Bergwerken Südafrikas an der Tagesordnung. Am Tag nach dem Vaal-Reefs-Unglück starb ein Arbeiter und zehn weitere wurden verletzt, als ein Felsüberhang in einem Stollen der Elandsrand-Goldmine bei Carletonville losbrach.

In seinem letzten Jahresbericht gibt das südafrikanische Bergbauministerium an, daß 1978 mehr als 877 Arbeiter in den Bergwerken starben und 24772 verletzt wurden. Nach offiziellen Schätzungen der Kolonialisten, die mit Sicherheit zu niedrig sind, mußten zwischen 1903 und 1973 mehr als 38000 schwarze Bergarbeiter ihr Leben für die Superprofite der Bergbaumonopole lassen.

Unter den azanischen Arbeitern herrscht große Empörung über die steigenden Unfallziffern, die ihre Ursache in der scharfen Antreiberei, der Nichtbeachtung von Sicherheitsmaßnahmen und der schlechten Ausbildung der Arbeiter haben. Die meisten der 511000 Bergleute kommen aus den Reservaten, den ,,Homelands''. Weil die Löhne in der Industrie wesentlich höher liegen als im Bergbau (1977 um knapp 60%), versuchen viele der vom Land vertriebenen Bauern zunächst, in den Städten einen Ausbeuter zu finden. Die verstärkte Vertreibung dieser Arbeitslosen aus den Städten und die Zwangsrekrutierung für die Bergwerke gehen Hand in Hand. Während die Kapitalisten die Industriearbeiter meistens für längere Perioden ausbeuten (u.a. weil sie für die meisten Arbeiten angelernt werden müssen), holen die Bergbaumonopole in der kurzen Vertragsperiode von einem, höchstens zwei Jahren ohne jede Ausbildung soviel wie möglich aus den Arbeitern heraus und schicken sie dann zurück in die Reservate. 1973 waren noch 73% aller Bergarbeiter aus dem Ausland. Weil die Befreiung Mosambiks und die Isolierung des Regimes dem ein Ende setzte (1979 kamen nur noch 35% aus dem Ausland), nimmt die Zwangsrekrutierung über die staatlichen Arbeitsbehörden zu und wird zur Hauptform der Arbeitskraftwerbung.

Energieprogramm der französischen Imperialisten

30% Kernenergie / Uranplünderung in Niger und Gabun / Strompreiserhöhungen

z.pel.Paris. Am 2. April hat der französische Ministerrat die Ziele des Energieprogramms der Bourgeoisie bis 1990 festgelegt. Die Eckdaten des VIII. Plans für die Jahre 1981 bis 1985 wurden erheblich verändert – zugunsten der Kernenergie. Ihr Anteil an den Primärenergieträgern soll 1985 schon 20% betragen. 1990 sollen gar 30% des Primärenergiebedarfs auf Kernenergie entfallen, weitere jeweils 30% auf Öl sowie Kohle/Gas. Insgesamt sind nach diesen Plänen dann 242 Mio. t Rohöläquivalent erforderlich, um die Energiebasis für die von der imperialistischen Konkurrenz hervorgetriebenen Produktionsumwälzungen zu sichern. 1979 wurden noch 193,5 Mio. t verbraucht. Dabei betrug der Anteil des Öls 56%; Kohle macht 15%, Gas 13% und Kernenergie erst 4,5% aus. Der Rest entfiel auf Wasserkraft.

Die neue Zielprojektion mit der spürbaren nochmaligen Steigerung des Anteils der Nuklearenergie und einer leichten Anhebung des bis dahin rückläufigen Kohleverbrauchs – während der Gasanteil stagniert – ist direkte Reaktion auf die jüngsten Preisbeschlüsse der Öl- und Gasproduzenten der Dritten Welt. Sie ist gleichzeitig der Versuch, in der Konkurrenz mit den anderen imperialistischen Räubern um billigstmögliche Produktion von Energie Boden gutzumachen. Wie die anderen imperialistischen Mächte kann und will der französische Imperialismus keineswegs auf Öl als vorrangigen Energieträger in absehbarer Zeit verzichten. Er will das Öl billiger haben und muß folglich nach Mitteln suchen, die es ermöglichen, auf die Länder der Dritten Welt und auf den Ölpreis Druck auszuüben. Ein solches Mittel wäre die Senkung der Ölimporte, der Ausbau der heimischen Energieträger und damit die Schaffung einer eigenen, den Forderungen der Dritten Welt wie dem Diktat der imperialistischen Konkurrenz entzogenen Energiebasis.

Die Ausgangsbedingungen der französischen Bourgeois zur Verwirklichung solcher Ambitionen sind jedoch eher schlecht. Ein Blick auf die Energiebilanz von 1979 beweist es. Weder Öl noch Gas sind in Frankreich in nennenswertem Umfang vorhanden bzw. profitbringend ausbeutbar. 69% der Primärenergie muß also schon einmal eingeführt werden. Die Steinkohleproduktion lag bei 18,6 Mio. t, 19,5 Mio. t wurden eingeführt, und zwar zu großen Teilen aus der BRD. Kohlevorräte sind zwar in Lothringen und den Regionen Pas de Calais und Midi-Provence vorhanden. Bei schärfster Intensivierung der Arbeit unter Tage und Massenentlassungen – von 66984 Arbeitern 1970 sind 1979 noch knapp 30000 übrig – konnten die französischen Kohleherren die Förderleistung pro Mann und Schicht jedoch nur von 2702 kg auf 3200 kg steigern und lie-

französischen Imperialisten in Beurteilung der Konkurrenzlage seit Anfang der 70er Jahre zunehmend zogen und den Industrieminister Giraud wenige Tage nach dem Reaktorunfall von Harrisburg bekräftigte, als die Bourgeoisien fast aller anderen imperialistischen Länder zunächst einmal damit beschäftigt waren, die heftigen Proteste und Kampfaktionen der Volksmassen gegen ihre abenteuerliche Energiepolitik einzulullen. 4,5% Nuklearanteil an der Energiebilanz von 1979 scheinen nicht viel und weit entfernt von den für 1985 anvisierten 20%. Tatsächlich aber hat die französische Bourgeoisie in rücksichtsloser Verfolgung ihrer Profitinteressen in den letzten Jahren entscheidende Grundlagen gelegt, um dieses Ziel zu erreichen. 1974 hat sie ein großes Reaktorbauprogramm gestartet. 14 Reaktoren waren bis 1979 in Betrieb genommen, heute sind es schon 17, und vier weitere sollen noch in diesem Jahre ihren Betrieb aufnehmen, 20 bis 1985 dazukommen. Bezogen auf die in Bau befindlichen und schon in Betrieb genommenen Kraftwerke hält Frankreich heute einen Anteil von 10% der Weltanlagen. Der Anteil von Nuklearstrom an der Gesamtstromerzeugung beläuft sich schon auf 16,4% für 1979 und soll bis 1985 auf 50% gesteigert werden. Im EG-Schnitt liegt dieser Anteil dagegen bei 11%, in den USA bei 12,1%. Die französische Atomindustrie ist hochmonopolisiert, die Leichtwasserreaktoren werden allein von der Creusot-Loire-Tochter Framatone gebaut, die den französischen Markt vollständig beherrscht und auf dem Weltmarkt hinter Westinghouse und General Electric an dritter Stelle liegt. Vor allem aber können die französischen Imperialisten den gesamten Brennstoffkreislauf in eigener Regie betreiben. Bei Uranlagern von annähernd 90000 t in Frankreich selbst, die die Versorgung der Kraftwerke für mindestens 15 Jahre gewährleisten, plündern französische Monopole die Natururanlager in Niger und Gabun, die etwa 75% des Bedarfs liefern. 300 FF verdient ein Uranarbeiter in Niger für einen Monat härtester Plackerei, die Imperialisten kaufen weit unter dem gegenwärtigen Weltmarktpreis von 38 $ pro Pfund. Das Uran wird sodann in der Anlage Eurodif im Rhonetal angereichert, die Wiederaufbereitung der Brennstäbe und Lagerung der radioaktiven Abfälle in La Hague an der Atlantikküste vorgenommen.

Während die französische Bourgeoisie behauptet, 1985 den Atomstrom zu 30% billiger als in Kohlekraftwerken und zu über 50% billiger als auf Grundlage von Öl produzieren zu können – Zahlen, die für uns nicht überprüfbar sind –, spüren die Volksmassen im Gegenteil die massive Erhöhung der Strompreise. Unter der Parole ,,Angleichung der Tarife an die Kosten'' und garniert mit der üblichen Hetze gegen die ölproduzierenden Länder der Dritten Welt versucht die Bourgeoisie, die 200 Mrd. Investitionskosten für ihr Kernenergieprogramm von den Arbeitern und Bauern dreifach wieder reinzuholen. Wenige Stunden vor Fertigstellung dieses Artikels am Freitag abend muß das französische Fernsehen vermelden, daß die Strompreise 1979 um 40% gestiegen seien und daß für zahlreiche Familien die Nebenkosten (hauptsächlich Heizung) in diesem Jahr den Mietpreis übersteigen werden. Immer häufiger können die Kapitalisten diesen Tribut nur noch mit dem Gummiknüppel eintreiben, so wie sie seit einigen Monaten verstärkt die Bereitschaftspolizei auf Lohnabhängige und Bauern hetzen, die gegen die Untergrabung ihrer Lebensbedingungen durch die Kernkraftwerksbauten demonstrieren. In Plogoff, einem kleinen Dorf in der Bretagne, haben in den letzten sechs Wochen Tausende immer wieder die CRS-Hundertschaften angegriffen, die die ausgelegten Akten für die Einleitung des Planungsverfahrens für einen Kernkraftwerksbau bewachten. Mehrmals ist jetzt schon die Lieferung radioaktiver Abfälle nach La Hague blockiert worden. Die Volksmassen sind immer weniger bereit, den Preis für die Profitgier der Bourgeois zu zahlen.





Allein 1978 starben 877 Bergleute in Azania für die Profite der Bergbaumonopole

z.hef. Mehr als zwei Kilometer tief stürzte am 27. März ein Fahrkorb in der Vaal-Reefs-Mine bei Klerksdorp in Südafrika ab. Der Korb hatte sich im Schacht Nr. 2 bei der Abfahrt 300 Meter tief unter der Erde verklemmt. Das Tragseil hing lose. Als die Verklemmung gelöst und das Tragseil plötzlich wieder voll belastet wurde, brach die Befestigung des Seils am Korb. 20 schwarze Arbeiter und drei weiße Antreiber kamen um.

Tödliche Unfälle sind in den Bergwerken Südafrikas an der Tagesordnung. Am Tag nach dem Vaal-Reefs-Unglück starb ein Arbeiter und zehn weitere wurden verletzt, als ein Felsüberhang in einem Stollen der Elandsrand-Goldmine bei Carletonville losbrach.

In seinem letzten Jahresbericht gibt das südafrikanische Bergbauministerium an, daß 1978 mehr als 877 Arbeiter in den Bergwerken starben und 24772 verletzt wurden. Nach offiziellen Schätzungen der Kolonialisten, die mit Sicherheit zu niedrig sind, mußten zwischen 1903 und 1973 mehr als 38000 schwarze Bergarbeiter ihr Leben für die Superprofite der Bergbaumonopole lassen.

Unter den azanischen Arbeitern herrscht große Empörung über die steigenden Unfallziffern, die ihre Ursache in der scharfen Antreiberei, der Nichtbeachtung von Sicherheitsmaßnahmen und der schlechten Ausbildung der Arbeiter haben. Die meisten der 511000 Bergleute kommen aus den Reservaten, den ,,Homelands". Weil die Löhne in der Industrie wesentlich höher liegen als im Bergbau (1977 um knapp 60%), versuchen viele der vom Land vertriebenen Bauern zunächst, in den Städten einen Ausbeuter zu finden. Die verstärkte Vertreibung dieser Arbeitslosen aus den Städten und die Zwangsrekrutierung für die Bergwerke gehen Hand in Hand. Während die Kapitalisten die Industriearbeiter meistens für längere Perioden ausbeuten (u.a. weil sie für die meisten Arbeiten angelernt werden müssen), holen die Bergbaumonopole in der kurzen Vertragsperiode von einem, höchstens zwei Jahren ohne jede Ausbildung soviel wie möglich aus den Arbeitern heraus und schicken sie dann zurück in die Reservate. 1973 waren noch 73% aller Bergarbeiter aus dem Ausland. Weil die Befreiung Mosambiks und die Isolierung des Regimes dem ein Ende setzte (1979 kamen nur noch 35% aus dem Ausland), nimmt die Zwangsrekrutierung über die staatlichen Arbeitsbehörden zu und wird zur Hauptform der Arbeitskraftwerbung.

Australien: Aboriginals vor neuen schweren Kämpfen um ihr Land

z.mat. ,,Es kommt eine Zeit, wo Kompromisse unmöglich werden – wenn alles Graue Farbe bekennen muß als schwarz und weiß, und wer immer dabei verliert, wird ganz übel verlieren." Deutlicher als der ,,Sydney Morning Herald" vom 27.3. kann man nicht beschreiben, daß in dem Kampf um das Land zwischen Aboriginals und den Imperialisten eine neue Phase begonnen hat. Der Aufschwung der Kämpfe Anfang der 70er Jahre hatte die australische Regierung zu Gesetzesvorlagen gezwungen, die den Aboriginals im Northern Territory das Recht über Teile ihres Landes zusprachen, einschließlich der Entscheidungsbefugnis über Mineralabbau. Der Gesetzesentwurf war einer der Gründe dafür, daß die Regierung 1975 vom britischen Generalgouverneur abgesetzt wurde. Den Aboriginals wurde die Entscheidungsbefugnis über Bergbau wieder entzogen. Mit dem Amtsantritt einer liberalen Regierung in Südaustralien im September 1979 wurde dort der Entwurf eines Landrechtgesetzes ebenso geändert und das Land der Pitjantjatjara um mehr als die Hälfte reduziert. In Westaustralien hat die Regierung im März dem US-Monopol AMAX die Bohrerlaubnis für Noonkanbah erteilt, wo die Yungngera aus eigener Kraft eine Rinderfarm aufgebaut haben, ohne ihre traditionelle Lebensweise aufzugeben. Die verschärften Angriffe beantworten die Aboriginals mit machtvollen Aktionen. Im Februar führten 150 Stammesälteste der Pitjantjatjara eine Kundgebung in Adelaide durch. Über 2000 demonstrierten am 15.3. zu ihrer Unterstützung. In Noonkanbah errichteten 300 Yungngera ein Lager am Eingang ihres Gebietes und vertrieben den AMAX-Bohrtrupp. In Perth unterstützten über 1000 sie mit einer Demonstration, und die Transportarbeiter verhängten einen Boykott über alles AMAX-Gerät für Noonkanbah. Die Einheit mit der Arbeiterbewegung ist eine wichtige Hilfe in den kommenden Kämpfen.



Was im Northern Territory mit Betrug und Gewalt durchgesetzt wurde, wollen die Imperialisten in ganz Australien erreichen: Eröffnung des Uranbergwerks Nabarlek im Juli 1979 durch japanische Kraftwerksdirektoren, einen Vertreter des von der Regierung geschaffenen Northern Territory Land Council und den Direktor von Queensland Mines. – Die beiden größten unabhängigen Land Councils, Kimberley und North Queensland, trafen sich im Oktober, um die Gründung unabhängiger Land Councils im ganzen Land vorzubereiten.

billigstmögliche Produktion von Energie Boden gutzumachen. Wie die anderen imperialistischen Mächte kann und will der französische Imperialismus keineswegs auf Öl als vorrangigen Energieträger in absehbarer Zeit verzichten. Er will das Öl billiger haben und muß folglich nach Mitteln suchen, die es ermöglichen, auf die Länder der Dritten Welt und auf den Ölpreis Druck auszuüben. Ein solches Mittel wäre die Senkung der Ölimporte, der Ausbau der heimischen Energieträger und damit die Schaffung einer eigenen, den Forderungen der Dritten Welt wie dem Diktat der imperialistischen Konkurrenz entzogenen Energiebasis.

Die Ausgangsbedingungen der französischen Bourgeois zur Verwirklichung solcher Ambitionen sind jedoch eher schlecht. Ein Blick auf die Energiebilanz von 1979 beweist es. Weder Öl noch Gas sind in Frankreich in nennenswertem Umfang vorhanden bzw. profitbringend ausbeutbar. 69% der Primärenergie muß also schon einmal eingeführt werden. Die Steinkohleproduktion lag bei 18,6 Mio. t, 19,5 Mio. t wurden eingeführt, und zwar zu großen Teilen aus der BRD. Kohlevorräte sind zwar in Lothringen und den Regionen Pas de Calais und Midi-Provence vorhanden. Bei schärfster Intensivierung der Arbeit unter Tage und Massenentlassungen – von 66984 Arbeitern 1970 sind 1979 noch knapp 30000 übrig – konnten die französischen Kohleherren die Förderleistung pro Mann und Schicht jedoch nur von 2702 kg auf 3200 kg steigern und liegen damit über 700 kg unter den westdeutschen Konkurrenten. Der Preis hingegen bewegt sich mit 475 FF/t um 100 FF über den westdeutschen Preisen.

,,Es gibt in unserem Land keine ernsthafte Alternative zur Kernenergie, es sei denn Rezession und Abhängigkeit." Das war der Schluß, den die dieser Anteil dagegen bei 11%, in den USA bei 12,1%. Die französische Atomindustrie ist hochmonopolisiert, die Leichtwasserreaktoren werden allein von der Creusot-Loire-Tochter Framatone gebaut, die den französischen Markt vollständig beherrscht und auf dem Weltmarkt hinter Westinghouse und General Electric an dritter Stelle liegt. Vor allem aber können die französischen Imperialisten den gesamten Brennstoffkreislauf in eigener Regie betreiben. Bei Uranlagern von annähernd 90000 t in Frankreich selbst, die die Versorgung der Kraftwerke für mindestens 15 Jahre gewährleisten, plündern französische Monopole die Natururanlager in Niger und Gabun, die etwa 75% des Bedarfs liefern. 300 FF verdient ein Uranarbeiter in Niger für einen Monat härtester übersteigen werden. Immer häufiger können die Kapitalisten diesen Tribut nur noch mit dem Gummiknüppel eintreiben, so wie sie seit einigen Monaten verstärkt die Bereitschaftspolizei auf Lohnabhängige und Bauern hetzen, die gegen die Untergrabung ihrer Lebensbedingungen durch die Kernkraftwerksbauten demonstrieren. In Plogoff, einem kleinen Dorf in der Bretagne, haben in den letzten sechs Wochen Tausende immer wieder die CRS-Hundertschaften angegriffen, die die ausgelegten Akten für die Einleitung des Planungsverfahrens für einen Kernkraftwerksbau bewachten. Mehrmals ist jetzt schon die Lieferung radioaktiver Abfälle nach La Hague blockiert worden. Die Volksmassen sind immer weniger bereit, den Preis für die Profitgier der Bourgeois zu zahlen.





Streik der Bergarbeiter in Gard (Südfrankreich) gegen Zechenschließungen. Zehntausende demonstrierten im März gegen ein Kernkraftwerk in Plogoff.

Indianer lehnen Knebelvertrag mit Regierung Kanadas ab

z.rül. 37 Stämme der kanadischen Indianer weigerten sich in den letzten Wochen, in einem Abkommen mit der Bundesregierung der weiteren Kontrolle ihrer Gebiete durch das Indianerministerium zuzustimmen. In der Vergangenheit hatte die Regierung mittels solcher Abkommen den Bau von Straßen und staatlich kontrollierten Schulen in den Indianergebieten vorangetrieben und die Indianer ständiger Schikane und Unterdrückung durch ,,Sozialbehörden", Polizei und Justiz unterworfen. 300000 Indianer sind in Kanada registriert und zum größten Teil in etwa 2000 Reservaten eingesperrt. Zusammen mit etwa 700000 nicht registrierten Indianern und Halbindianern schlossen sie sich 1968 in der ,,National Indian Brotherhood" zusammen und verstärkten den Kampf gegen den fortdauernden Raub ihres Landes und ihre nationale Unterdrückung. Fast vier Millionen km^2 Kanadas, vor allem riesige Gebiete im Norden, sind noch heute offiziell Indianerland. Seit etwa 20 Jahren plündern kanadische und besonders US-Monopole dort die reichen Bodenschätze. Die Indianer fordern, daß diese Gebiete endgültig als ihr Land anerkannt werden und sie völliges Selbstbestimmungsrecht bekommen. Am 3. April kündigte der Vorsitzende der Indianischen Bruderschaft in der Provinz Manitoba, M. Okimaw, die Bildung einer Indianerregierung an. Er forderte, die Unterdrückung durch das Indianerministerium durch ,,anerkannte politische Beziehungen zwischen den Indianern und den Bewohnern Kanadas zu ersetzen."

SU stößt wirtschaftlich und militärisch in Argentinien vor

z.bag. Der sowjetische Sozialimperialismus ist seit einigen Jahren gut im Geschäft mit Argentinien, vor allem mit Getreide- und Fleischkäufen bei den Großgrundbesitzern und der Kompradorenbourgeoisie. 1979 importierte die SU für fast 290 Mio. Rubel, exportierte aber nur für 25 Mio. Verhandlungen der letzten Zeit deuten darauf hin, daß diesem Defizit mit Kompensationsgeschäften abgeholfen werden soll: sowjetische Nukleartechnik, Uran und Waffen gegen argentinische Landwirtschaftsprodukte, wobei entgegen dem Boykottaufruf der USA die Getreidelieferungen verstärkt werden sollen. Fangrechte für die Sozialimperialisten an der Antlantikküste stehen ebenfalls zur Debatte. Die militärischen Beziehungen wurden bereits Ende letzten Jahres mit Delegationen geknüpft; Lieferung sowjetischer Waffen wird erwogen.

EG/USA: Handelskrieg um Chemiefasermärkte

z.ans.Rom. Mit sofortiger Wirkung hat das Mailänder Landgericht Einfuhrverbot für US-amerikanische Chemiefasern verfügt. Begründung: Die US-Firmen American Cyanamid und Carter Moore Corporation hätten durch ,,unredliche Konkurrenz" die Normen des Internationalen Zoll- und Handelsabkommens GATT verletzt. In der Chemiefaserindustrie herrscht weltweit enorme Überproduktion. Die staatlich garantierten Niedrigpreise für den Rohstoff der Petrochemie, Öl, ermöglichen den amerikanischen Chemiefaserkapitalisten, mit massiver Preisunterbietung fremde Märkte zu erobern. So betrug der Anteil US-amerikanischer Polyesterfasern am italieni-

Mozambique ringt um Unabhängigkeit

Kampagne gegen Korruption / Wirtschaftsplan bis 1990

z.rua. Am 18. März griff Präsident Machel in einer Rede vor 50000 Teilnehmern in Maputo Korruption, Disziplinlosigkeit und Sabotage an, die dazu geführt haben, daß der Aufbau der unabhängigen Wirtschaft stagniert. Die Nahrungsmittelversorgung der Volksmassen ist nicht gewährleistet, insbesondere in den Städten sind die Versorgungsengpässe schroff. Seit Januar hatte Präsident Machel unangemeldet staatliche Fabriken, Lager, Verkaufsstellen, Krankenhäuser und Schulen besucht, um zu ergründen, warum die Versorgung nicht gewährleistet ist. Dabei deckte er in vielen Fällen riesige Lager von gehorteten Nahrungsmitteln, Kleidern, Möbeln und Medikamenten auf. Mehr als 100 Leiter staatlicher Betriebe wurden verhaftet; die Minister für Außenhandel, Planung, öffentliche Arbeiten und Gesundheitswesen ihrer Ämter enthoben, weil sie der Korruption bzw. ihrer Duldung überführt waren. Diese Minister sind auch dafür bekannt, daß sie statt das Vertrauen in die eigene Kraft die Vertiefung der Beziehungen zur Sowjetunion propagierten. Fehler in der Bündnispolitik der FRELIMO gegenüber der Kleinbourgeoisie hatten dazu geführt, daß wichtige Reserven der nationaldemokratischen Revolution nicht für den unabhängigen Aufbau des Landes gewonnen werden konnten. Die Korruption blühte, und die Abhängigkeit vom Sozialimperialismus wuchs.

Präsident Machel forderte, daß in den Ministerien und staatlichen Organisationen in den nächsten drei Monaten alle Fälle von Korruption und Disziplinlosigkeit aufgedeckt und bestraft werden. Gleichzeitig ordnete er die Auflösung der staatlichen Verkaufsstellen an, die sich zu einem Herd der Korruption entwickelt hatten, und übergab sie den Konsumentengenossenschaften. Teilweise sollen die nach 1975 verstaatlichten kleinen Geschäfte ihren ehemaligen Besitzern zurückgegeben werden. Für die Städte Maputo, Beira und Nampula wurden Rationierungskarten eingeführt, um die Verteilung von Grundnahrungsmitteln an die Volksmassen zu garantieren. Für die staatlichen Organisationen legte Machel den Schwerpunkt auf die Erschließung und Nutzbarmachung von Land, den Aufbau der Energieversorgung und des Transportwesens sowie die verstärkte Ausbildung der Massen.

Mozambique hat 1975 die politische Unabhängigkeit vom portugiesischen Kolonialismus errungen. Wirtschaftlich ist das Land nach wie vor vom Ausland abhängig und ist gezwungen, einen Großteil seines Handels mit Südafrika abzuwickeln; über 60000 mozambiquanische Arbeiter müssen sich in südafrikanischen Bergwerken verdingen. Weil Mozambique entschlossen den Befreiungskrieg des Volkes von Zimbabwe unterstützte und der ZANU Lager zur Verfügung stellte, war es den fortgesetzten Angriffen der rhodesischen und südafrikanischen Söldnertruppen ausgesetzt. Präsident Machel schätzt die von ihnen angerichteten Schäden auf über 600 Mio. $, die Wiederherstellung der zerstörten Transportwege wird Jahre dauern.

Die portugiesischen Kolonialisten hatten in ihrer fast 500jährigen Unterjochung des Landes die Entfaltung der Produktivkräfte gehemmt. 90% der Bevölkerung mußten sich vor der Unabhängigkeit auf den Plantagen der Kolonialisten verdingen oder betrieben auf winzigen Landflecken Subsistenzwirtschaft. Die Industrie war auf die Verarbeitung von Nahrungsmitteln zum Konsum der Kolonialisten und auf die Montage von Fertigteilen in Werken imperialistischer Konzerne beschränkt. Das Transportwesen war nur den Güterumschlag zwischen den afrikanischen Binnenstaaten und dem Indischen Ozean ausgebaut.

1962 wurde die FRELIMO gegründet, um das portugiesische Kolonialjoch abzuschütteln. 1964 nahm sie den bewaffneten Kampf auf. Sie wurde von der Masse der unterdrückten Bauern unterstützt, die sich dem Befreiungskampf anschlossen. Die FRELIMO begann mit Alphabetisierungskampagnen und dem Aufbau einer eigenen Gesundheitsversorgung. Im Norden des Landes schuf sie befreite Gebiete, in denen die Massen begannen, die landwirtschaftliche Produktion gemeinsam zu organisieren. Der Boden Mozambiques ist sehr fruchtbar, und durch die kollektive Bestellung wurde schnell ein Mehrprodukt erwirtschaftet. Baumwolle, Cashewnüsse, Tee und Copra konnten nach Tansania und Sambia exportiert werden. In der FRELIMO selbst aber traten mit wachsenden Erfolgen Kräfte auf, die den Befreiungskampf sabotierten und sich als neue Ausbeuter etablieren wollten. Sie negierten die Notwendigkeit der Verbindung des militärischen und des politischen Kampfes, behinderten die Ausbildungskampagnen der FRELIMO und schürten Widersprüche unter den einzelnen Stämmen des Landes. Die portugiesischen Kolonialisten betrieben gleichzeitig die Zucht von Kompradoren, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Sie lockerten die Rassendiskriminierung, hoben schwarze Beschäftigte in leitende Funktionen in Betrieben und Staatsapparat und gaben einzelnen Mozambiquanern die Möglichkeit, kleine Geschäfte zu betreiben.

Die FRELIMO führte den Kampf gegen die Herausbildung dieser Kompradoren und schloß die Mehrheit des Volkes zum Sturz der Kolonialmacht um sich zusammen. Vollständig beseitigen konnte sie ihren Einfluß jedoch nicht. Nach dem Sturz der faschistischen Diktatur in Portugal erzwang die FRELIMO gegen das Caetano-Regime die Unabhängigkeit, die am 25.6.1975 erklärt wurde. Die ersten Maßnahmen der FRELIMO-Regierung waren die Verstaatlichung der Banken, Versicherungen, der Schlüsselzweige der Wirtschaft und die Enteignung des Großgrundbesitzes. Aber auch die kleinen Händler wurden enteignet, statt sie für die Beteiligung am Aufbau der unabhängigen Wirtschaft zu gewinnen. Während der Aufbau von Dorfgenossenschaften und Kollektiven von der ländlichen Bevölkerung entschlossen angepackt wurde, traten gleichzeitig große Engpässe bei der staatlichen Verteilung der Ernte landwirtschaftlichen Produkte auf. Das Transport- und Verkaufswesen waren nicht organisiert, so daß große Teile der Ernte verrotteten. Die Kolonialisten hatten in den letzten Tagen ihrer Herrschaft in den Betrieben die Maschinen und Ersatzteile zerstört und die Rohstoffe vernichtet. 90% der portugiesischen Facharbeiter und Techniker verließen das Land. Die Ausbildung der mozambiquanischen Volksmassen war noch so gering entwickelt, daß die Produktion nicht einfach übernommen werden konnte.

Diese Lage nutzten die Sozialimperialisten, um sich einzunisten. Sie schickten Techniker ins Land, die die Leitung der Produktion übernahmen. Die mozambiquanischen Volksmassen wurden an der Befähigung zur Beherrschung der Produktion gehindert. Die Sozialimperialisten rüsteten Mozambique mit von ihnen ausrangierten Waffen aus und veranlaßten es am 31.3.1977 zur Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrages. Sie zwangen Mozambique zur Anerkennung ihres Marionettenregimes in Kampuchea, ebenso wie zur Unterstützung ihrer Aggression gegen Afghanistan.

Der jetzt von Präsident Machel eingeschlagene Kurs zielt auf die Stärkung der inneren Reserven des Landes und die Verringerung der Abhängigkeit vom Sozialimperialismus. Bis 1981 soll die Produktion wieder auf das Niveau von 1973 gehoben werden; bis 1990 soll die Selbstversorgung bei Nahrungsmitteln gesichert und basierend auf dem landwirtschaftlichen Mehrprodukt die eigenständige Industrie aufgebaut werden. Die Volksmassen rief Machel zu verstärkter Ausübung der Kontrolle über die staatlichen Organe auf.

Mozambique will mit den unabhängigen Ländern des südlichen Afrika die Zusammenarbeit vertiefen; Verträge über den Aufbau eines gemeinsamen Transportwesens wurden mit Tansania und Swasiland geschlossen. Die 1976 geschlossene Grenze zu Zimbabwe wurde wieder geöffnet. Präsident Machel bot auch den westlichen imperialistischen Ländern Möglichkeiten der Zusammenarbeit an. Der britische ehemalige Kolonialgouverneur von Rhodesien, Lord Soames, besuchte Ende März Mozambique, um Investitionsmöglichkeiten zu erörtern. Zur Zeit weilt eine EG-Delegation mit demselben Anliegen in Mozambique. Die Hoffnungen der Imperialisten, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Mozambiques auszunutzen, um ihre neokoloniale Herrschaft zu errichten, müssen nicht aufgehen. Präsident Machel hat in seinen Gesprächen stets klargestellt, daß ausländische Investoren nur dann geduldet werden, wenn sie dem Aufbau der Wirtschaft des Landes dienen und sich seinen Gesetzen unterordnen.







Sambia: Siedler- und Plantagengesellschaften kontrollieren ⅔ der Lebensmittelproduktion

z.hef. Die sambische Polizei eröffnete das Feuer auf streikende Landarbeiter einer Zuckerplantage, meldet Sambias Nachrichtenagentur Zambia News Agency am 14. März. Ein Arbeiter wurde getötet, zwei weitere schwer verletzt. Das war der bislang schwerste Polizeieinsatz gegen die Streikbewegung auf Plantagen und Farmen. Die Streiks richten sich gegen die niedrigen, von der Regierung festgeschriebenen Löhne, die bei sprunghaft angestiegenen Lebensmittelkosten immer weniger zum Leben reichen. Die Streiks sind ein Zeichen für die scharfen Widersprüche zwischen den Bauern und Landarbeitern einerseits und den imperialistischen Landwirtschaftsmonopolen und Siedlern andererseits.

Mais ist das Grundnahrungsmittel der Volksmassen. Gegenwärtig erlebt Sambia die schwerste Lebensmittelknappheit seit 1971. Einer der Gründe dafür liegt in den Überfällen, mit denen das rhodesische Siedlerregime auf Sambias Unterstützung für den Befreiungskampf des Volks von Zimbabwe antwortete. Dadurch wurden Eisenbahnen und Brücken unpassierbar gemacht, und der wichtige Kunstdünger konnte nicht rechtzeitig ins Land kommen.

Aber ein zweiter Grund liegt in der Struktur der sambischen Landwirtschaft. Noch immer gehört den ca. 400 weißen Farmern und den imperialistischen Monopolen soviel Land, daß sie 60% aller verkauften landwirtschaftlichen Produkte in Sambia produzieren. Da 40% der Bevölkerung in den Städten lebt, ist der verkaufte Mais von

293000 Hektar mit Mais angebaut. Statt 5,8 Mio. Sack in der Ernte 1977/78 betrug die Ernte 1978/79 deshalb nur 2,5 Mio. Sack, und die sambische Regierung mußte sich auf entwürdigende Bittstellerei bei imperialistischen Lieferanten, u.a. den USA, einlassen – und den Maispreis wie gefordert erhöhen, zu Lasten der städtischen und ländlichen Massen, die Mais kaufen müssen. Die Imperialisten reagieren zufrieden: Lonrho, der größte Landwirtschaftskonzern in Sambia, gab gerade bekannt, weitere 1000 Hektar Mais anzubauen.

Sambia zahlt dafür, daß es seit der Unabhängigkeit keine tiefgreifende Landreform durchgeführt hat. Der hohe Anteil der Stadtbevölkerung zeugt davon, denn viele der Stadtbewohner sind Bauern ohne oder mit zuwenig Land. Sie finden in den Städten auch keine Arbeit. Die Landvertreibungen aus der Kolonialzeit sind bis jetzt nicht berichtigt. In den Demonstrationen im Februar gegen die rhodesischen Überfälle forderten die Massen u.a. die Nationalisierung von Lonrho. Präsident Kaunda setzte Anfang des Jahres eine Kommission zur Untersuchung der Landverteilung ein.



Präsident Machel forderte, daß in den Ministerien und staatlichen Organisationen in den nächsten drei Monaten alle Fälle von Korruption und Disziplinlosigkeit aufgedeckt und bestraft werden. Gleichzeitig ordnete er die Auflösung der staatlichen Verkaufsstellen an, die sich zu einem Herd der Korruption entwickelt hatten, und übergab sie den Konsumentengenossenschaften. Teilweise sollen die nach 1975 verstaatlichten kleinen Geschäfte ihren ehemaligen Besitzern zurückgegeben werden. Für die Städte Maputo, Beira und Nampula wurden Rationierungskarten eingeführt, um die Verteilung von Grundnahrungsmitteln an die Volksmassen zu garantieren. Für die staatlichen Organisationen legte Ma-

Werken imperialistischer Konzerne beschränkt. Das Transportwesen war nur den Güterumschlag zwischen den afrikanischen Binnenstaaten und dem Indischen Ozean ausgebaut.

1962 wurde die FRELIMO gegründet, um das portugiesische Kolonialjoch abzuschütteln. 1964 nahm sie den bewaffneten Kampf auf. Sie wurde von der Masse der unterdrückten Bauern unterstützt, die sich dem Befreiungskampf anschlossen. Die FRELIMO begann mit Alphabetisierungskampagnen und dem Aufbau einer eigenen Gesundheitsversorgung. Im Norden des Landes schuf sie befreite Gebiete, in denen die Massen begannen, die landwirtschaftliche Produktion gemeinsam zu organisieren. Der

der FRELIMO-Regierung waren die Verstaatlichung der Banken, Versicherungen, der Schlüsselzweige der Wirtschaft und die Enteignung des Großgrundbesitzes. Aber auch die kleinen Händler wurden enteignet, statt sie für die Beteiligung am Aufbau der unabhängigen Wirtschaft zu gewinnen. Während der Aufbau von Dorfgenossenschaften und Kollektiven von der ländlichen Bevölkerung entschlossen angepackt wurde, traten gleichzeitig große Engpässe bei der staatlichen Verteilung der Ernte landwirtschaftlichen Produkte auf. Das Transport- und Verkaufswesen waren nicht organisiert, so daß große Teile der Ernte verrotteten. Die Kolonialisten hatten in den letzten Tagen ihrer Herrschaft in





Angehörige der Volksmilizen bei der Arbeit auf dem Feld. Demonstration von Arbeitern und Bauern am Unabhängigkeitstag 1976: „Es lebe das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern! Es lebe die Volksmacht!"

Agency am 14. März. Ein Arbeiter wurde getötet, zwei weitere schwer verletzt. Das war der bislang schwerste Polizeieinsatz gegen die Streikbewegung auf Plantagen und Farmen. Die Streiks richten sich gegen die niedrigen, von der Regierung festgeschriebenen Löhne, die bei sprunghaft angestiegenen Lebensmittelkosten immer weniger zum Leben reichen. Die Streiks sind ein Zeichen für die scharfen Widersprüche zwischen den Bauern und Landarbeitern einerseits und den imperialistischen Landwirtschaftsmonopolen und Siedlern andererseits.

Mais ist das Grundnahrungsmittel der Volksmassen. Gegenwärtig erlebt Sambia die schwerste Lebensmittelknappheit seit 1971. Einer der Gründe dafür liegt in den Überfällen, mit denen das rhodesische Siedlerregime auf Sambias Unterstützung für den Befreiungskampf des Volks von Zimbabwe antwortete. Dadurch wurden Eisenbahnen und Brücken unpassierbar gemacht, und der wichtige Kunstdünger konnte nicht rechtzeitig ins Land kommen.

Aber ein zweiter Grund liegt in der Struktur der sambischen Landwirtschaft. Noch immer gehört den ca. 400 weißen Farmern und den imperialistischen Monopolen soviel Land, daß sie 60% aller verkauften landwirtschaftlichen Produkte in Sambia produzieren. Da 40% der Bevölkerung in den Städten lebt, ist der verkaufte Mais von größter Bedeutung. Der Mais-Preis wird, wie alle landwirtschaftlichen Preise, von der Regierung festgelegt. Der Hauptgrund für die jetzige Maisknappheit ist, daß den Farmern bzw. den Farmgesellschaften der Maispreis nicht hoch genug und der Maisanbau nicht profitabel genug erschien. Also wurden statt vorher 500000 Hektar nur

sche Regierung mußte sich auf entwürdigende Bittstellerei bei imperialistischen Lieferanten, u.a. den USA, einlassen – und den Maispreis wie gefordert erhöhen, zu Lasten der städtischen und ländlichen Massen, die Mais kaufen müssen. Die Imperialisten reagieren zufrieden: Lonrho, der größte Landwirtschaftskonzern in Sambia, gab gerade bekannt, weitere 1000 Hektar Mais anzubauen.

Sambia zahlt dafür, daß es seit der Unabhängigkeit keine tiefgreifende Landreform durchgeführt hat. Der hohe Anteil der Stadtbevölkerung zeugt davon, denn viele der Stadtbewohner sind Bauern ohne oder mit zuwenig Land. Sie finden in den Städten auch keine Arbeit. Die Landvertreibungen aus der Kolonialzeit sind bis jetzt nicht berichtigt. In den Demonstrationen im Februar gegen die rhodesischen Überfälle forderten die Massen u.a. die Nationalisierung von Lonrho. Präsident Kaunda setzte Anfang des Jahres eine Kommission zur Untersuchung der Landverteilung ein.



Landwirtschaftsausstellung

schen Konsum 1979 25%, 1977 hingegen erst 1,3%. Während Italien noch 1977 mehr Kunstfasern aus- als einführte, betrug das Negativsaldo 1978 bereits 46142 Mio. Lire. Das von den drei größten, untereinander verflochtenen italienischen Chemiefaserkonzernen – Snia Viscosi, Montefibre (Tochter des größten Chemiekonzerns Montedison) und Anic (Tochter des staatlichen Ölmonopols ENI) – erwirkte Urteil ist eine Maßnahme im Handelskrieg zwischen EG- und US-Imperialisten. In der italienischen Presse werden bereits mögliche Gegenmaßnahmen der US-Imperialisten, wie z.B. ein Einfuhrverbot für italienische Schuhe, erörtert.

Neue Regierung in Italien – wird's ohne die PCI gehen?

z.ulg.Rom. An diesem Montag beginnt im italienischen Parlament die Vertrauensdebatte über das Programm der zweiten Regierung Cossiga. Außer den Christdemokraten gehören der neuen Koalition die Sozialisten und die kleine Republikanische Partei an. Die Revisionisten bleiben in der Opposition. Die Bourgeoisie meint, vorerst auch gegen sie regieren zu können. In der Tat haben sich die italienischen Imperialisten seit 1976 mit Rückendeckung durch die PCI kräftig erholen können. Damals waren die Goldreserven der Zentralbank an die westdeutsche Bundesbank verpfändet, heute verfügt Italien nach der BRD über die zweitgrößten Devisenreserven der Welt. Die Zahlungsbilanz ist positiv, und die Wachstumsrate wurde im letzten Jahr nur noch von Japan übertroffen. Die Grundlage: Mit Hilfe der bürgerlichen Gewerkschaftsführer hat die Bourgeoisie den Kampf der italienischen Arbeiterklasse um Annäherung ihrer Löhne an das europäische Durchschnittsniveau zunächst stoppen können. Jetzt soll schon die Verteilung der in den Gewerkschaften vertretenen Parteien auf Regierungs- und Oppositionsbänke für ausreichend Spaltung sorgen, um die Lohnsenkung noch weiter treiben zu können. Ob das reicht, scheint selbst der führenden bürgerlichen Zeitung „Corriere della Sera" zweifelhaft: „Ohne einen Sozialpakt kann die Inflation nicht reduziert und können die anderen, schwereren wirtschaftlichen Probleme nicht angepackt werden; und mit den Gewerkschaften kann man keine Übereinkunft erzielen, ohne ein wenigstens teilweise konstruktives Verhältnis mit der PCI wiederherzustellen." Und wenn die Arbeiter nicht *wollen?*

Großbritannien stimmt Verhandlungen über Gibraltar zu

z.hef. Nach zweitägigen Verhandlungen im Anschluß an das Europarattreffen in Lissabon (Portugal) stimmte der britische Außenminister Lord Carrington zu, mit Spanien Verhandlungen über Gibraltar aufzunehmen. Spanien erklärte sich bereit, die Blockade der Festung aufzuheben. Spanien hatte 1969 die Grenze zu Gibraltar geschlossen und die Telefonverbindungen gekappt, weil sich die britische Regierung geweigert hatte, über die Rückgabe an Spanien auch nur zu verhandeln. Großbritannien hält diesen wichtigen See- und Luftstützpunkt am Mittelmeerausgang seit 1704, als eine britisch-holländische Flotte im spanischen Erbfolgekrieg Gibraltar besetzte. Spanien fordert seit 1704 die Rückgabe. 1967 organisierte die britische Regierung eine Volksabstimmung unter den 26000 Bewohnern, die aus Großbritannien kommen oder aus Portugal, Italien und Marokko als Arbeiter in die Festung gebracht wurden. Mehr als 60% der Wahlberechtigten arbeiten direkt für die britische Marine bzw. Festungsverwaltung. Trotzdem stimmten 44% für eine Rückgabe an Spanien, knapp über die Hälfte für die Beibehaltung des Kolonialstatus. Die britischen Imperialisten versuchen, mit dieser Umfrage ihre Aggression gegen Spanien zu rechtfertigen. Der spanische Außenminister betont in der gemeinsamen Erklärung über die Aufnahme der Verhandlungen, daß Gibraltar integraler Bestandteil Spaniens ist.

Befreiungsfront der Moro MNLF verstärkt bewaffneten Kampf

z.cht.Sydney. Seit zwei Monaten muß die Regierung der Philippinen von Angriffen u.a. auf Stellungen ihrer Truppen in sechs Städten auf Mindanao und auf der südlich davon gelegenen Insel Basilan berichten. Die MNLF verschärfte den Kampf, nachdem Marcos sich offensichtlich nicht an das Tripolis-Abkommen halten wollte, das er im Dezember 1976 mit ihr geschlossen hatte. Es sieht die Schaffung von 13 autonomen Provinzen im Süden vor, mit eigenen Gerichten, einem eigenen Erziehungswesen, autonomen Verwaltungen mit eigenem Finanzsystem und gesonderten Polizeikräften. Mitte März erklärte ein Regierungssprecher auch offiziell das Abkommen für ungültig. Die MNLF ist weiterhin zu Verhandlungen mit Marcos bereit unter der Voraussetzung, daß das Abkommen wieder anerkannt wird. Doch treten seit dem praktischen Scheitern des Tripolis-Abkommens starke Kräfte innerhalb der MNLF dafür ein, die völlige Lostrennung zu fordern. Der Erfolg des weiteren Kampfes der MNLF wird davon abhängen, ob es ihr gelingt, die Einheit wiederherzustellen und die Verbindung mit den Massen zu festigen, indem sie den Kampf für die soziale Befreiung der besitzlosen Landbevölkerung an die erste Stelle setzt. Marcos fürchtet zu Recht, daß die MNLF die Zusammenarbeit mit der Neuen Volksarmee NPA der Kommunistischen Partei verstärkt, und bürgerliche Politiker die Aufhebung des Kriegsrechts und soziale Reformen, „da zu befürchten sei, daß sich die Masse der Landbevölkerung dem bewaffneten Kampf anschließen werde."

Die Umsiedlung von Amharen dient der nationalen Unterdrückung des Oromo-Volkes

z.mif. Für die herrschende Militärclique in Äthiopien war es nach ihrer Machtergreifung 1974 selbstverständlich, die amharische chauvinistische Tradition des Haile-Selassie-Regimes zu übernehmen. Die äthiopische Staatsmacht, ohnehin nur zustande gekommen durch die Herrschaftsinteressen der europäischen Kolonialmächte östlich des Suez, beruht auf der Unterdrückung und Beraubung der Bauern mehrerer Nationen. Nach der Eröffnung des Suez-Kanals 1869 hatten die italienischen, britischen, französischen und russischen Kolonialisten verschiedene Zweige des amharischen Herrscherhauses mit Hunderttausenden Gewehren ausgerüstet. Dieses Herrscherhaus, das sich bis auf König Salomon zurückberuft, schien ihnen die geeignete Klammer zur Unterjochung der Eritreer, der Tigrei, der Oromos, Somalis, Afars und Sedama. Nur ein Fünfzehntel des heutigen äthiopischen Staatsgebiets ist ursprünglich amharisch.

1979 sind nach einer Veröffentlichung der Zeitschrift „West Africa" 15 von 16 Mitgliedern des Ständigen Ausschuß und neun der übrigen elf Mitglieder des Zentralkomitees des DERG – des „Provisorischen Militärverwaltungsrates" – Amharen, ferner 31 der 37 Minister und Staatssekretäre, sechs der sieben Kommissare, 13 der 14 Regionalverwalter und alle ihre 14 Stellvertreter. Dagegen machen die Amharen nur etwa 4 Millionen der äthiopischen Bevölkerung aus, die etwa 32 Millionen Einwohner zählt. Etwa 18 Mio. sind Oromos, 4 Mio. Tigray, 3–4 Mio. Eritreer, 0,5 Mio. Somalis, 0,5 Mio. Afars und 2 Mio. Sedama. Trotz der brutalen Vernichtungskriege der von den Imperialisten bis an die Zähne bewaffneten amharischen Feudalklasse gegen die benachbarten Nationen, die allein von 1870 bis 1900 das Oromo-Volk zur Hälfte vernichteten, sind die Amharen weiterhin eine Minderheit. Die amharische Militärclique kann ihre Herrschaft nur durch äußersten Terror aufrechterhalten.

Große Teile des von den Oromos bewohnten Landes sind fruchtbar, während in Teilen des Amharenlandes oft Hungersnöte ausgebrochen sind. Die Militärclique hat ein großes Umsiedlungsprogramm beschlossen, das sie mit der Sorge um die Volksernährung begründet. Das „Neue Deutschland" schrieb Anfang letzten Jahres: „250000 von der Dürre Betroffene werden in Kürze ihre angestammten Regionen verlassen und auf Farmneuland in den östlichen Flußniederungen des Landes eine neue Heimat erhalten." (8.1.79) Zigtausende von ihnen sind inzwischen angesiedelt. Es sind keine ausgemergelten Gestalten, sondern ausgesuchte, kräftige junge Männer, bestens militärisch ausgebildet und bewaffnet. Weitere Zigtausend werden derzeit noch in Lagern bei Addis Abeba ausgebildet. Für die Kosten der Ansiedlung, für die Ernährung dieser bewaffneten Siedler (Neftagnas) werden die Oromo-Bauern tributpflichtig gemacht. Viele können die Kosten nicht aufbringen und fliehen nach Somalia oder in den Sudan. Die Neftagnas werden nun direkt zwischen die Oromos angesiedelt – immer abwechselnd ein Oromo, ein Amhare. So will die Militärclique den Kampf der Oromo-Bauern kleinkriegen.

Die von den Revisionisten vielgelobte Bauernbefreiung 1975 war nichts als ein Wechsel des Blutsaugers. In der Proklamation heißt es: „Alles landwirtschaftlich genutzte Land wird zu kollektivem Eigentum des äthiopischen Volkes." Die Feudalklasse wurde enteignet – an die Stelle der Pacht trat die Steuer, abzuführen an den raffgierigen und tributpflichtigen Militärapparat. Tributpflichtig ist die Mengistu-Clique inzwischen vor allem den Sozialimperialisten und ihren Vasallen, aber auch weiterhin den US- und EG-Imperialisten.

Das Hauptexportprodukt ist Kaffee, ein altes äthiopisches Produkt. Coffea arabica gedeiht am besten zwischen 800 und 2000 m Höhe, er wächst in weiten Teilen des Oromo-Landes wild auf den Berghängen. Nur 10% werden auf den staatlichen Plantagen geerntet. Das macht es für die Militärclique schwierig, sich den Kaffee anzueignen – denn sie zahlt den Bauern Spottpreise. Die Aufkaufpreise im benachbarten Sudan sind dreimal so hoch. Und da die amharische Militärclique gleichzeitig hohe Steuern von den Bauern eintreibt, bleibt diesen gar nichts anderes übrig, als zu versuchen, in langen, gefährlichen Fußmärschen, den 30-Pfund-Sack auf dem Kopf, über die grüne Grenze den Sudan zu erreichen. Die äthiopische Finanzpolizei erschießt jeden „Schmuggler", dessen sie habhaft wird. Die Oromos bewaffnen sich. Anfang 1979 richtete die Militärclique ihren Gewaltapparat aus: „Die Verwalter und Vertreter der Massenorganisationen in den Kaffeeanbaugebieten müssen ihre Anstrengungen erhöhen, um die Bauern in die Lage zu versetzen, die gewünschte Menge zu produzieren und den illegalen Abtransport der Frucht in Nachbarländer zu stoppen." Im Juli mußte das Regierungsblatt melden, die Provinz Shoa habe nur 58% der geforderten Quote von 353000 t Kaffee geliefert, die Provinz Kaffa 55%, die anderen zwischen 44 und 50%: „Die Sondertruppe zur Mobilisierung und Koordinierung der Anstrengungen zur Steigerung der Kaffeeproduktion strengt sich an, das Ziel zu erreichen." Soweit nach der Bodenreform 1975 eine gewisse Bodenverteilung stattgefunden hatte, wurde sie 1979 durch die Zwangskollektivierung rückgängig gemacht. Mengistu erklärte in seiner Rede vom 13. September 1979 zum 5. Jahrestag der Revolution: „Weil die von den Bauern unternommenen Anstrengungen zur Veränderung der Wirtschaftslage ungenügend waren, blieben ihre Beiträge zum Aufbau des Sozialismus ebenso unwesentlich." Durch die Vergenossenschaftlichung versuchte Mengistu jede Organisierung des Widerstands der Bauern zu unterdrücken. Das „Neue Deutschland" jauchzt: „In den inzwischen vergangenen 5 Jahren sind rund 28000 lokale Bauernvereinigungen mit über 7 Mio. Mitgliedern

Das eritreische Volk geht zum Gegenangriff über

Zersetzung der Kolonialtruppen / Militärregime stützt sich auf Großgrundbesitzer

z.ulg.Rom. Die Kämpfe um Nacfa im letzten Dezember und Januar bedeuten einen Wendepunkt im Befreiungskampf des eritreischen Volkes. Nacfa, im Norden Eritreas gelegen, ist das Zentrum des Hauptstützpunktgebietes der Eritreischen Volksbefreiungsfront (EPLF). Anfang Dezember setzten die äthiopischen Kolonialtruppen, von sowjetischen Offizieren befehligt und von sowjetischen Flugzeug- und Hubschrauberpiloten unterstützt, zu ihrer – innerhalb von 13 Monaten – fünften Großoffensive auf die Stadt an. Die sowjetische Flotte landete in den Häfen Marsa Teklay und Marsa Gulbub am Roten Meer mehrere Brigaden an, die von Osten und Nordosten auf die Stadt zustoßen und sie vom Nachschub aus dem Sudan abschneiden sollten. Die Hauptmasse der Invasionsarmee – mehr als 13000 Mann – marschierte von Süden aus auf Nacfa zu.

Die Volksbefreiungsarmee EPLA hatte auch die früheren feindlichen Vorstöße auf das zentrale Stützpunktgebiet stoppen können. Doch jetzt konnte sie erstmals zum Gegenangriff übergehen und den Kolonialtruppen eine vernichtende Niederlage beibringen. Der von Süden angerückte Hauptstoßkeil wurde teilweise umgangen und fast vollständig aufgerieben: 10000 äthiopische Soldaten wurden außer Gefecht gesetzt, weitere 500 gefangengenommen. Die Reste der geschlagenen Armee mußten sich weit nach Süden bis Afabet zurückziehen, wo sie seitdem eingeschlossen sind. Einen Monat später, Anfang Januar, ging die Befreiungsarmee auch an der Nordostfront zum Angriff über und trieb die feindlichen Truppen in Richtung Marsa Gulbub zurück.

Das Ergebnis der jüngsten Kämpfe drückt eine wesentliche Veränderung in den Kräfteverhältnissen aus. 1977 war mit Ausnahme von fünf – belagerten – Städten das ganze, 1952 auf Betreiben der US-Imperialisten von Äthiopien annektierte Land befreit. Die als „rote Bauernmärsche" ausgegebenen Rückeroberungsversuche der äthiopischen Militärjunta waren vollständig fehlgeschlagen. Mit einem ebensolchen Fiasko endete die äthiopische Großoffensive im Sommer 1978. Daraufhin griffen im November 1978 die Sozialimperialisten offen mit eigenen (und zunächst auch kubanischen) Truppen in die Kämpfe ein. Aus einem „afrikanischen Krieg", wie es die EPLF nennt, war der Krieg eines kleinen, 3,5 Millionen Menschen zählenden Volkes gegen die Militärmaschinerie einer Supermacht geworden.

Um ihre lebendigen Kräfte nicht in einem vorerst aussichtslosen Stellungskrieg gegen den militärtechnisch weit überlegenen Feind aufzureiben, entschloß sich die EPLF nach ausführlicher Beratung mit den Volksmassen im Winter 1978/79 zur Räumung der bereits befreiten Städte und zu einem strategischen Rückzug in die Berge des Nordens. In den anderen Landesteilen wurde wieder zur beweglichen Guerillakriegsführung übergegangen. Die revolutionäre Politik und Kriegsführung der EPLF hat seitdem ermöglicht, die Faktoren der Revolution maximal zu entwickeln und die Faktoren der Konterrevolution maximal zu schwächen.

Das beginnt mit den ungeheuren menschlichen und materiellen Verlusten, die die äthiopische Armee bei ihren wiederholten Versuchen erlitten hat, die tatsächliche Kontrolle über die von den regulären Befreiungsstreitkräften geräumten Landstriche zu erlangen und in die Stützpunktgebiete der EPLF einzudringen. Allein für das erste Jahr seit Beginn der äthiopischen Offensiven im Juni 1978 schätzt die EPLF die Verluste der Kolonialtruppen auf 50000 Mann, das sind mehr als 40% der ursprünglich eingesetzten Kräfte. Für das Haushaltsjahr 1978/79 hat das äthiopische Militärregime ein Kriegsbudget von 550 Mio. Birr (1 Birr = 1 DM) veranschlagt, mehr als die Hälfte der gesamten Steuereinnahmen. Dabei gehört Äthiopien nach UNO-Statistiken zu den zehn ärmsten Ländern der Welt. Die Zahlungsbilanz, 1977 noch fast ausgeglichen, weist für 1978 ein Defizit von 369,1 Mio. Birr auf.

Das Militärregime, ohnehin sowohl für die unmittelbare Kriegsführung als auch für den Nachschub vollständig von der Sowjetunion abhängig, muß sich immer tiefer an die Sozialimperialisten verschulden. Die ihrerseits drängen zur Begleichung der Schulden auf eine immer rabiatere Ausplünderung der Arbeiter- und Bauernmassen Äthiopiens und auf Ablieferung der äthiopischen Kaffeeproduktion weit unter Weltmarktpreis. Im September 1978 wurde die Grundsteuer drastisch erhöht. Arme Bauern, die vorher 6 oder 7 Birr im Jahr zahlten, werden jetzt mit 15 bis 20 Birr pro Kopf besteuert. Gleichzeitig wurden von den Arbeitern und Kleinhändlern 27,1 Mio. Birr zusätzliche Steuern eingetrieben, selbst abgesehen von den oft gleich vom Lohn abgezogenen „freiwilligen Spenden".

Die so auf die Spitze getriebenen Klassengegensätze spiegeln sich in zunehmender Zersetzung der Kolonialarmee wieder, und zwar um so mehr, als das Militärregime die durch die EPLF gerissenen Lücken mit zwangsrekrutierten Bauern„milizen" aufzufüllen versucht. Ein Großteil dieser „Milizen" kommt aus den am weitesten von Eritrea entfernten Landesteilen, damit die Soldaten nicht desertieren und unbemerkt in ihre Heimatdörfer zurückkehren können. Ein von der EPLA im Mai 1979 gefangengenommener Oromo (aus dem Süden Äthiopiens) berichtet: „Ich komme aus einer Bauernfamilie in Sidamo. Ich bin fast ein Jahr und zwei Monate in der Miliz gewesen. Erst war ich Kebelle-Wachmann. Dann sagten sie uns, wir würden zur Miliz gehen. Wir lehnten ab. Truppen umstellten unser Dorf, und wir wurden gewaltsam weggebracht. Wir wurden drei Monate lang ausgebildet, und uns wur-





nicht aufbringen und fliehen nach Somalia oder in den Sudan. Die Neftagnas wurden nun direkt zwischen die Oromos angesiedelt – immer abwechselnd ein Oromo, ein Amhare. So will die Militärclique den Kampf der Oromo-Bauern kleinkriegen.

Die von den Revisionisten vielgelobte Bauernbefreiung 1975 war nichts als ein Wechsel des Blutsaugers. In der Proklamation heißt es: „Alles landwirtschaftlich genutzte Land wird zu kollektivem Eigentum des äthiopischen Volkes." Die Feudalklasse wurde enteignet – an die Stelle der Pacht trat die Steuer, abzuführen an den raffgierigen und tributpflichtigen Militärapparat. Tributpflichtig ist die Mengistu-Clique inzwischen vor allem den Sozialimperialisten und ihren Vasallen, aber auch weiterhin den US- und EG-Imperialisten.

Das Hauptexportprodukt ist Kaffee, ein altes äthiopisches Produkt. Coffea arabica gedeiht am besten zwischen 800 und 2000 m Höhe, er wächst in weiten Teilen des Oromo-Landes wild auf den Berghängen. Nur 10% werden auf den staatlichen Plantagen geerntet. Das macht es für die Militärclique schwierig, sich den Kaffee anzueignen – denn sie zahlt den Bauern Spottpreise. Die Aufkaufpreise im benachbarten Sudan sind dreimal so hoch. Und da die amharische Militärclique gleichzeitig hohe Steuern von den Bauern eintreibt, bleibt diesen gar nichts anderes übrig, als zu versuchen, in langen, gefährlichen Fußmärschen, den 30-Pfund-Sack auf dem Kopf, über die grüne Grenze den Sudan zu erreichen. Die äthiopische Finanzpolizei erschießt jeden „Schmuggler", dessen sie habhaft wird. Die Oromos bewaffnen sich. Anfang 1979 richtete die Militärclique ihren Gewaltapparat aus: „Die Verwalter und Vertreter der Massenorganisationen in den Kaffeeanbaugebieten müssen ihre Anstrengungen erhöhen, um die Bauern in die Lage zu versetzen, die gewünschte Menge zu produzieren und den illegalen Abtransport der Frucht in Nachbarländer zu stoppen." Im Juli mußte das Regierungsblatt melden, die Provinz Shoa habe nur 58% der geforderten Quote von 353000 t Kaffee geliefert, die Provinz Kaffa 55%, die anderen zwischen 44 und 50%: „Die Sondertruppe zur Mobilisierung und Koordinierung der Anstrengungen zur Steigerung der Kaffeeproduktion strengt sich an, das Ziel zu erreichen." Soweit nach der Bodenreform 1975 eine gewisse Bodenverteilung stattgefunden hatte, wurde sie 1979 durch die Zwangskollektivierung rückgängig gemacht. Mengistu erklärte in seiner Rede vom 13. September 1979 zum 5. Jahrestag der Revolution: „Weil die von den Bauern unternommenen Anstrengungen zur Veränderung der Wirtschaftslage ungenügend waren, blieben ihre Beiträge zum Aufbau des Sozialismus ebenso unwesentlich." Durch die Vergenossenschaftlichung versuchte Mengistu jede Organisierung des Widerstands der Bauern zu unterdrücken. Das „Neue Deutschland" jauchzt: „In den inzwischen vergangenen 5 Jahren sind rund 28000 lokale Bauernvereinigungen mit über 7 Mio. Mitgliedern entstanden. Sie sind heute mit weitgehenden Befugnissen auf allen Gebieten kommunalen Lebens ausgestattet – einschließlich richterlicher Vollmachten und polizeilichen Ordnungsrecht mittels eigener bewaffneter Milizen." (1.3.1980)

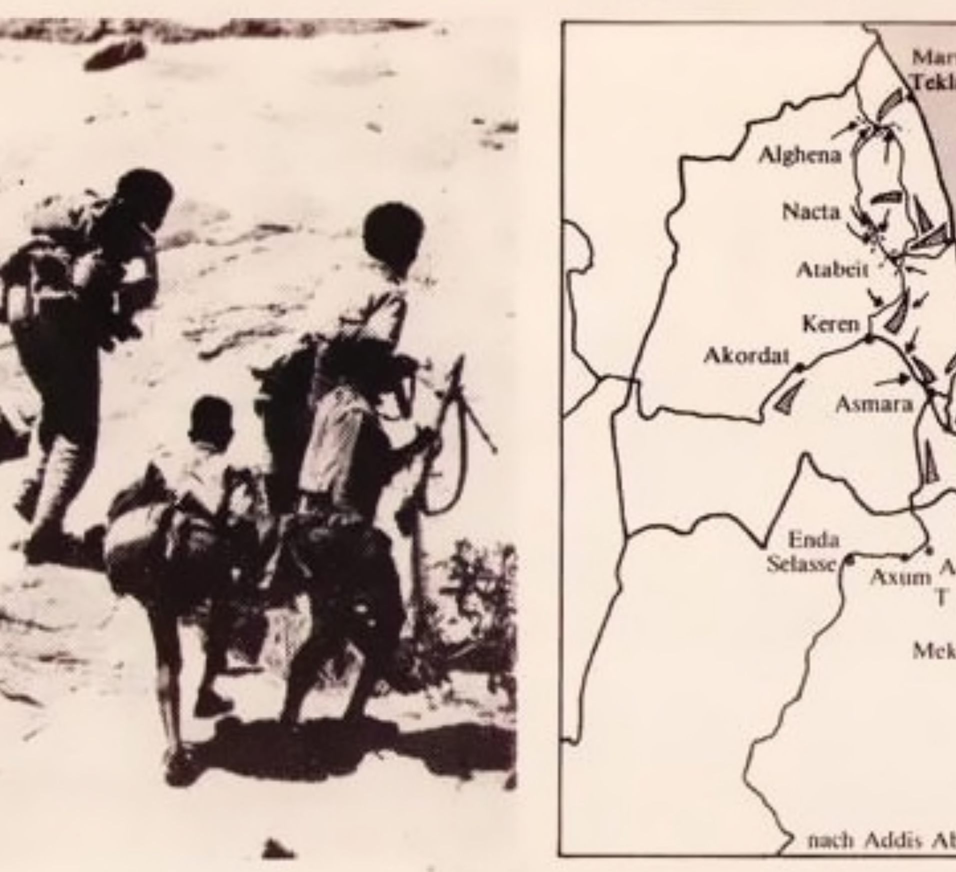
Sozialimperialisten, Kubaner und DDR-Truppen im Land, keinen Kaffee auf der Hand, ist Mengistu dazu übergegangen, die Oromo-Jugend für 15 Jahre zur Umerziehung in kubanische Arbeitslager zu schicken. Das wird Breshnew nicht reichen und den Kampf des Oromo-Volkes eher verstärken.

Gefecht gesetzt, weitere 500 gefangengenommen. Die Reste der geschlagenen Armee mußten sich weit nach Süden bis Afabet zurückziehen, wo sie seitdem eingeschlossen sind. Einen Monat später, Anfang Januar, ging die Befreiungsarmee auch an der Nordostfront zum Angriff über und trieb die feindlichen Truppen in Richtung Marsa Gulbub zurück.

Das Ergebnis der jüngsten Kämpfe drückt eine wesentliche Veränderung in den Kräfteverhältnissen aus. 1977 war mit Ausnahme von fünf – belagerten – Städten das ganze, 1952 auf Betreiben der US-Imperialisten von Äthiopien annektierte Land befreit.

ten, die die äthiopische Armee bei ihren wiederholten Versuchen erlitten hat, die tatsächliche Kontrolle über die von den regulären Befreiungsstreitkräften geräumten Landstriche zu erlangen und in die Stützpunktgebiete der EPLF einzudringen. Allein für das erste Jahr seit Beginn der äthiopischen Offensiven im Juni 1978 schätzt die EPLF die Verluste der Kolonialtruppen auf 50000 Mann, das sind mehr als 40% der ursprünglich eingesetzten Kräfte. Für das Haushaltsjahr 1978/79 hat das äthiopische Militärregime ein Kriegsbudget von 550 Mio. Birr (1 Birr = 1 DM) veranschlagt, mehr als die Hälfte der gesamten Steuereinnahmen. Dabei gehört Äthiopien nach UNO-

tierten Bauern„Milizen" aufzufüllen versucht. Ein Großteil dieser „Milizen" kommt aus den am weitesten von Eritrea entfernten Landesteilen, damit die Soldaten nicht desertieren und unbemerkt in ihre Heimatdörfer zurückkehren können. Ein von der EPLA im Mai 1979 gefangengenommener Oromo (aus dem Süden Äthiopiens) berichtet: „Ich komme aus einer Bauernfamilie in Sidamo. Ich bin fast ein Jahr und zwei Monate in der Miliz gewesen. Erst war ich Kebelle-Wachmann. Dann sagten sie uns, wir würden zur Miliz gehen. Wir lehnten ab. Truppen umstellten unser Dorf, und wir wurden gewaltsam weggebracht. Wir wurden drei Monate lang ausgebildet, und uns wur-



Marsa Teklai
Alghena
Nacta
Atabeit
Gulbub
Keren
Akordat
Massawa
Asmara
Dekamere
Enda Selasse
Axum
Adua
Adigrat
TIGRAY
Mekele
Maychew
nach Addis Abeba
Assab
DSCHIBUTI
SAUDI-ARABIEN
Rotes Meer
AR JEMEN
VDR JEMEN

Die Karte zeigt die militärische Lage während der letzten äthiopischen Offensive im Dezember 1979. Mit Ausnahme eines schmalen Küstenstreifens ist der ganze Norden befreit, der Rest des Landes ist Guerillagebiet.

Aufruf der Nationalunion der Arbeiter Eritreas in Europa zum 1. Mai

Es lebe der Tag der internationalen Arbeiterklasse

Der 1. Mai, der Tag der internationalen Arbeiterklasse, wird dieses Jahr von allen fortschrittlichen und demokratischen Kräften begangen. Es ist ein wichtiger Tag, an dem die Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker ihre Kampferfahrungen zusammenfassen, ihre Erfolge festigen, ihren Kampfgeist erhöhen und ihre Solidarität erneut bestätigen. Der 1. Mai ist das Symbol der Einheit der Arbeiterklasse aller Länder im Kampf gegen ihre Unterdrückung.

Angesichts der voranschreitenden Weltrevolution verfolgen die Imperialisten, geführt von den USA, eine immer aggressivere und auf immer stärkere Intervention gerichtete Politik und stellen so eine große Gefahr für den Weltfrieden dar. Im Mittleren Osten und besonders in den angrenzenden Gebieten verstärken die US-Imperialisten ihre politischen Machenschaften und erhöhen ihre militärische Präsenz, um die Erfolge der revolutionären Bewegungen rückgängig zu machen und ihre Vorherrschaft über die Völker in diesem Gebiet und deren Ausbeutung fortzusetzen. Die fortschrittlichen und demokratischen Kräfte müssen ihre Wachsamkeit erhöhen und energisch den Verschwörungen und der Kriegshetze der imperialistischen Mächte entgegentreten.

Die eritreische Revolution als Teil der weltweiten revolutionären Bewegung steht an vorderer Stelle im Kampf gegen Imperialismus und Reaktion. Im letzten Jahr hat das Volk von Eritrea, geführt von seiner Vorhut, der EPLF, trotz der schwierigen internationalen politischen Lage, beachtliche Siege über die äthiopischen Kolonialisten, über Imperialismus und Reaktion errungen. Gegenüber einer riesigen Aggressionsarmee mit hochentwickelten modernen Waffen, die von der Sowjetunion unterstützt und von sowjetischen Offizieren direkt aufgebaut und geführt wird, hat die EPLF strategische Rückzüge durchgeführt, um ihre menschlichen und materiellen Reserven zu erhalten und den Feind auf einem selbst gewählten Gebiet und zum geeigneten Zeitpunkt schlagen zu können. Die Ereignisse der letzten Monate haben die Richtigkeit dieser kühnen Entscheidung bestätigt. Außerdem hat die eritreische Revolution wieder einmal erfahren, daß der gerechte Kampf eines Volkes, wenn er mit einer korrekten Linie geführt wird, auch von den größten Armeen und ihrer hochentwickelten militärischen Ausrüstung nicht zerschlagen werden kann. Die heldenhafte eritreische Befreiungsarmee (EPLA) konnte ihre Hauptstützpunkte in Sahel (im Nordosten Eritreas) erfolgreich verteidigen. Nachdem sie drei aufeinanderfolgende groß angelegte Offensiven zerschlagen und dem Feind schwere menschliche und materielle Verluste bereitet hatte, konnte die EPLA militärisch das strategische Gleichgewicht herstellen.

Anfang Dezember letzten Jahres führte die EPLA eine Gegenoffensive durch und konnte nach zwei Wochen dauernden zähen Kämpfen die Truppen des Derg, die vor einem Jahr an der Nakfa-Front aufmarschiert waren, vollständig vertreiben. Die Feinde verloren über 9000 Mann, die getötet, verwundet oder gefangen genommen wurden. Außerdem wurden riesige Mengen Waffen erbeutet und zerstört. Die Reste der geschlagenen Armee mußten nach Afabec, ca. 60 km südlich, fliehen. In einer ähnlichen spektakulären Gegenoffensive Anfang Januar an der nordöstlichen Sahel-Front verzeichnete die EPLA nachhaltige Siege. Sie rieb die feindlichen Truppen an dieser Front auf, jagte sie aus ihren Schützengräben, tötete und verwundete viele und nahm über 5000 Mann gefangen. Die niedergeworfene faschistische Armee mußte nach Marsa Teklai an der Küste des Roten Meeres fliehen.

Diese spektakulären Siege, die die EPLA errungen hat, blasen den Derg-Faschisten und ihren Unterstützern kalten Wind entgegen. Ihre Träume, die eritreische Revolution militärisch zu zerschlagen, haben sich in Luft aufgelöst.

Die Erfolge und Fortschritte, die die eritreische Revolution in den letzten zwölf Monaten verzeichnen konnte, beschränken sich jedoch nicht auf militärisches Gebiet. Im politischen und ökonomischen Bereich wurden ebenfalls große Fortschritte erzielt. Die organisatorische und ideologische Reife der kämpfenden Massen in Eritrea hat sich weiter entwickelt. Im letzten November wurde der Gründungskongreß der Nationalunion der Arbeiter Eritreas (NUEW) in den befreiten Gebieten einberufen. Auf diesem Kongreß wurden die verschiedenen demokratischen Zusammenschlüsse der Arbeiter in Eritrea und im Ausland auf nationaler Ebene zusammengefaßt. Die Einberufung und die siegreiche Vereinigung auf diesem Kongreß sind weitere politische Schläge gegen die Derg-Faschisten und ihre Hintermänner. Die großartigen militärischen Siege, die diesen Schlägen gefolgt sind, haben ihre Behauptung, die eritreische Revolution zerschlagen zu haben, enthüllt und ihren propagandistischen Trompetenstößen einen Dämpfer versetzt.

Große Teile der eritreischen Massen und insbesondere die Arbeiterklasse stehen fest hinter ihrer Vorhut, der EPLF. Die Arbeiter Eritreas, die auf eine lange Geschichte des Kampfes zurückblicken, sind die treibende Kraft in dem von der EPLF geführten Kampf. Die Arbeiterklasse hat, gemäß ihrer Klassennatur, die ausländische Vorherrschaft und ihre eigene Unterdrückung beständig bekämpft und ist für die nationale Unabhängigkeit ein-

de gesagt, wir könnten nach der Ausbildung in unsere Dörfer zurückkehren. Dann sagten sie uns nach drei Monaten, wir würden woandershin gehen ... Gewaltsam – denn wir wollten nach Hause – wurden wir ins Flugzeug gesetzt, und dann hieß es, wir wären in Eritrea ... Wir kriegten nicht das gleiche Essen wie die Armee. Wir wurden von der Armee getrennt gehalten. Wir hätten 20 Birr im Monat kriegen sollen, aber wir mußten für Wollo zahlen. Ich weiß nicht, was das ist, aber jedenfalls mußten wir zahlen ... In jeder Task Force gibt es Russen. Ich habe sie mit meinen eigenen Augen gesehen. Nur die Brigadeführer sprechen mit den Russen. Sie haben Dolmetscher. Die Russen fahren BM-21 und schwere Artillerie hinter den Linien. Sie haben Konflikte mit unseren Offizieren. Ich weiß nicht warum. Bei großen Kämpfen setzen sie sich in Hubschraubern ab. Wir halten alle den Mund. Wir diskutieren über nichts, weil wir nicht wissen, wer zuhört. Einige Kader überwachen uns. Einige Leute sind durch Minen getötet worden, als sie aus dem Lager herauswollten." (Um Desertionen zu verhindern, sind rund um die Kasernen und Lager Minenfelder angelegt.)

Die EPLF dagegen kann sich auch in den dichtbesiedelten Gebieten Zentraleritreas, aus denen sie den Hauptteil ihrer Streitkräfte abziehen mußte, unverändert auf die Massen stützen. Unter Führung der Befreiungsfront hatten die Bauern dort das feudale Grundeigentum aufgeteilt und an einzelnen Orten mit der Bildung von Kooperativen begonnen. Die äthiopischen Besatzungstruppen versuchten, die alten Produktionsverhältnisse wiederherzustellen. Während der Derg in die Welt hinausposaunt, er habe die „radikalste Landreform in Afrika" durchgeführt, setzte er Großgrundbesitzer und Großbauern als örtliche Leiter der neuerrichteten Kolonialverwaltung ein. Mit wenig Erfolg. Der EPLF-Vertreter in Rom berichtete uns: „Wenn sie jemand ernennen, töten oder verhaften wir ihn gewöhnlich. Selbst die Feudalen fürchten sich jetzt davor, mit dem Feind zu kollaborieren. Wir belästigen sie militärisch. Die Äthiopier haben daher unsere Landreform nicht zerstören können, eben wegen unserer Angriffe. Was das Wichtige ist: Die armen Bauern halten an der Landreform fest, daß das Land dem gehören soll, der es bebaut."

Aber die Flächenbombardements auf die Dörfer, die Vernichtung der Felder mit Napalm haben die landwirtschaftliche Produktion trotzdem erheblich zurückgeworfen, wenn auch in Eritrea die meisten Versuche der Kolonialtruppen, von den Bauern die Ernte zu beschlagnahmen, zurückgeschlagen worden sind. Die EPLF hat ihre Organisation auch in den vorübergehend vom Feind wieder besetzten Gebieten im Untergrund aufrechterhalten können. Der Teil der Volksmiliz, der nicht mit ins strategische Stützpunktgebiet zurückgegangen ist, unterstützt die EPLA in der Guerilla. Tatsächlich

„Zusammenarbeit mit der EPLF" verhaftet, weitere 17 in der Woche darauf. Die Arbeiter werden zu unbezahlten Überstunden als „kollektives revolutionäres Opfer für den Aufbau des Sozialismus" gezwungen. Oft müssen sie sieben Tage in der Woche zehn oder zwölf Stunden schanzen.

Unter diesen schwierigen Kampfbedingungen hat der Anfang 1979 in Betrieb genommene Sender der EPLF „Stimme der eritreischen Massen" eine hervorragende Bedeutung für den Zusammenschluß der Volksmassen. Wo möglich, vor allem auf dem Land, führt die illegale Organisation der Front darüberhinaus politische Schulungen durch, zum Teil – wenn auch in gegenüber der Zeit bis 1978 stark verringertem Umfang – sogar regelrechten Schulunterricht durch.

Gleichzeitig hat sich die Zusammenarbeit zwischen den beiden Befreiungsorganisationen EPLF und ELF, die Anfang der 70er Jahre einen blutigen Bürgerkrieg gegeneinander geführt hatten, erheblich verbessert. Zwar sind bisher kaum praktische Schritte zu der vor anderthalb Jahren vereinbarten Bildung integrierter Einheiten und eines gemeinsamen Oberkommandos gemacht worden. Aber die EPLF schätzt die Entwicklung trotzdem positiv ein. Der römische EPLF-Vertreter meint: „Man kann kaum sagen, daß wir praktische Fortschritte gemacht haben, denn wir waren ganz damit beschäftigt, gegen den Feind zu kämpfen. Wir haben zwar in einigen Stellungen koordinierte militärische Aktionen, aber das ist nicht sehr effektiv. Aber politisch machen wir Fortschritte, vor 1978 stand uns die ELF sehr fern, aber jetzt ziehen wir sie auf unsere Seite, wir gewinnen sie politisch, wir verlieren sie nicht. So haben wir keine Eile damit, das praktisch umzusetzen, was wir im Oktober 1978 vereinbart hatten. Wir betrachten die militärische Aktivität nicht als den Faktor, der uns zusammenhält. Wir legen das Hauptgewicht auf den politischen Zusammenschluß, und die Einheit ist ein entscheidender Faktor in unserer Strategie."

Gegenwärtig bereiten die Sozialimperialisten und die äthiopische Militärjunta eine neue „endgültige" Offensive in Norderitrea vor. Auch die Befreiungsstreitkräfte gruppieren sich um, um die um die Jahreswende erreichten Positionen auszubauen. Für Ende des Monats oder Anfang Mai rechnet die EPLF mit einer erneuten Zuspitzung.

Die Sozialimperialisten betreiben den Kolonialkrieg, um Äthiopien immer tiefer von sich abhängig zu machen und in den eritreischen Häfen die Nachfolge der US-Imperialisten anzutreten, die dort bis 1975 Flotten- und Luftwaffenstützpunkte unterhielten. Ob die sowjetische Flotte im Indischen Ozean Massawa und Assab bereits als Stützpunkte benutzt, haben wir den EPLF-Vertreter gefragt: „Man kann diese Häfen als Kriegshäfen benutzen", antwortet er, „aber nicht sehr effektiv, denn es gibt immer unse-

Volksbefreiungsarmee von Tigray kontrolliert drei Viertel des Landes

z.ans.Rom. Die Volksmassen von Tigray, der nördlichsten äthiopischen Provinz, haben am 18. Februar auf großen Versammlungen den fünften Jahrestag der Gründung der Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF) gefeiert, die Bauern und Arbeiter in ihrem Kampf gegen die Militärregierung (Derg) des Völkergefängnisses Äthiopien führt. Kulturelle Unterdrückung, politische Entrechtung, Landraub, gewaltsame wirtschaftliche Verkümmerung, zwangsweise Umsiedlung, massenweise Verhaftungen und Ermordungen – die tigrayischen Volksmassen führen dagegen den Kampf um nationale Selbstbestimmung. Die TPLF vertritt, daß diese im Rahmen eines freiwilligen Zusammenschlusses der äthiopischen Völker verwirklicht werden kann, wenn er auf Grundlage der Prinzipien von Gleichheit, Demokratie und gegenseitigem Nutzen erfolgt.

Die vom Derg seit 1976 durchgeführten Offensiven gegen die TPLF sind allesamt erfolglos gewesen. Die TPLF, die ihren Kampf mit 20 Kämpfern begann, operiert heute in dem allergrößten Teil Tigrays und kontrolliert rund drei Viertel des Landes. Sie zwang die Regierungstruppen, sich in einige größere Städte entlang der beiden Hauptverbindungsstraßen vom Süden nach Eritrea zurückzuziehen, wo die in die Armee gepreßten äthiopischen Bauern durch hohe Stacheldrahtzäune am Desertieren gehindert werden müssen. Die TPLF kontrolliert jedoch den entscheidenden Bergpaß an der Straße von Addis Abeba über Mekele (Hauptstadt Tigrays) nach Asmara in Eritrea und somit die militärischen Bewegungen des Gegners. In den ersten Märzwochen haben die Truppen des Derg versucht, aus den Garnisonsstädten in das von der TPLF kontrollierte Gebiet um die zentral gelegene, strategisch wichtige Provinzstadt Abie Adi vorzustoßen – ohne Erfolg und sehr verlustreich an Soldaten und Material.

In den befreiten Gebieten unternimmt die TPLF große Anstrengungen, ein Gesundheits- und Erziehungswesen für die Massen aufzubauen. Die äthiopische Regierung hat dieses Gebiet verrotten lassen: Für knapp 5 Millionen Tigrayer gibt es vier schlecht ausgestattete Krankenhäuser einzig in den Städten und fünf Oberschulen. Die Analphabetenrate beträgt 90%. In Tigray arbeiten 90% der Bevölkerung in der Landwirtschaft. Größere Industrie gibt es nicht. Zur Lösung der dringlichen Ernährungsfrage ist es von großer Bedeutung, daß die TPLF begonnen hat, das Land an bisher 1,7 Mio. arme und landlose Bauern zu verteilen. In einigen Gebieten gehen die Bauern dazu über, das Land versuchsweise kooperativ zu bebauen. In den befreiten Gebieten wählen die Volksmassen ihre eigenen Verwaltungen und Vertreter. Falls die Gewählten gegen die Interessen der Bauern und Arbeiter handeln, können sie jederzeit abgewählt werden.

Die Verankerung der TPLF unter den Volksmassen ist groß: Bisher sind 171000 Bauern, Arbeiter, Frauen, Studenten, Jugendliche und Händler in den Massenorganisationen der TPLF im In- und Ausland organisiert. 12670 Bauern sind fester, von der TPLF ausgebildeter Kern der Volksmiliz.



Die TPLF verteilt Waffen an die Bauern eines Dorfes. Die Volksmassen beteiligen sich aktiv am Kampf um nationale Selbstbestimmung.

Das Volk der Oromos hat sich nie mit seiner Unterwerfung abgefunden

z.hot. Historische Quellen weisen bereits im Jahre 700 v.u.Z. die Existenz eines staatlich organisierten Gemeinwesens des Volkes von Oromo nach. Mit der imperialistischen Einflußnahme auf Äthiopien nahmen die Feldzüge der amharischen Herrscher immer systematischeren Kolonialcharakter an und führten schließlich 1875 zur Gründung des äthiopischen Völkergefängnisses in seinen heutigen Grenzen durch Kaiser Menelik II. Wesentliches Instrument der kulturellen und ethnischen Unterdrückung war dabei die Amharische Koptische Kirche, während sich die unterdrückten Völker zum Islam bekennen. 1887 verbündeten sich die aufständischen Oromos mit der Mahdibewegung, die im Sudan den britischen Imperialismus bekämpfte. Die verbündeten Heere wurden aber von einer gemeinsamen abessinisch-britischen Streitmacht besiegt.

1964 erreichte die Mecha-Tulama, eine demokratische Massenorganisation der Oromos, eine Million Mitglieder. Keine der diversen, seit 1974 herrschenden Militärjunten hat je das Selbstbestimmungsrecht des Oromo-Volkes anerkannt. Ihre verschiedenen

250000 amharische Siedler auf dem Gebiet der Oromos angesiedelt werden sollen, sind die Sozialimperialisten, denen es dabei um die Ausrichtung der Wirtschaft des Landes auf die Bedürfnisse der „internationalen Arbeitsteilung" geht.

Auf dem Gebiet der Oromos, die mit 18 Mio. Menschen ca. 55% der Bevölkerung Äthiopiens ausmachen, wird der größte Teil der Nahrungsmittel des Landes produziert. Außerdem gibt es dort Lagerstätten von Gold und Aluminium, deren Ausbeutung das Regime von Addis Abeba aber wegen des Widerstandes der Oromos nicht unter Kontrolle hat. Ca ¾ der von den Oromos produzierten Nahrungsmittel werden von den Bauern dem staatlichen Zwangseinkauf vorenthalten. Insbesondere die Verschleuderung von Kaffee zu 50% des Weltmarktpreises an das Mengistu-Regime und von dort aus zu 85% des Weltmarktpreises an die SU wird bekämpft. Daher die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Regimes.

Die Oromo Liberation Front organisiert den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes. Anfang März wurde ca. 50 km südlich von Addis Abeba eine Militärabteilung von drei LKWs von Oromo-Bauern vernichtet (nicht, wie irrtümlich in der letzten KVZ gemeldet, von amharischen Bauern). Auf die Meuterei von Oromo-Truppenteilen der äthiopischen Armee reagierte das Regime im März mit der Verhaftung von 800 ihrer Frauen in Addis Abeba, um die Soldaten zu erpressen.



begonnen. Die äthiopischen Besatzungstruppen versuchten, die alten Produktionsverhältnisse wiederherzustellen. Während der Derg in die Welt hinausposaunt, er habe die ,,radikalste Landreform in Afrika'' durchgeführt, setzte er Großgrundbesitzer und Großbauern als örtliche Leiter der neuerrichteten Kolonialverwaltung ein. Mit wenig Erfolg. Der EPLF-Vertreter in Rom berichtete uns: ,,Wenn sie jemand ernennen, töten oder verhaften wir ihn gewöhnlich. Selbst die Feudalen fürchten sich jetzt davor, mit dem Feind zu kollaborieren. Wir belästigen sie militärisch. Die Äthiopier haben daher unsere Landreform nicht zerstören können, eben wegen unserer Angriffe. Was das Wichtige ist: Die armen Bauern halten an der Landreform fest, daß das Land dem gehören soll, der es bebaut.''

Aber die Flächenbombardements auf die Dörfer, die Vernichtung der Felder mit Napalm haben die landwirtschaftliche Produktion trotzdem erheblich zurückgeworfen, wenn auch in Eritrea die meisten Versuche der Kolonialtruppen, von den Bauern die Ernte zu beschlagnahmen, zurückgeschlagen worden sind. Die EPLF hat ihre Organisation auch in den vorübergehend vom Feind wieder besetzten Gebieten im Untergrund aufrechterhalten können. Der Teil der Volksmiliz, der nicht mit ins strategische Stützpunktgebiet zurückgegangen ist, unterstützt die EPLA in der Guerilla. Tatsächlich können sich die Kolonialtruppen nicht aus den Städten heraustrauen, ohne gewärtig zu sein, jederzeit angegriffen und zurückgetrieben zu werden. Um so wilder wütet der Terror in den Städten: In Asmara wurden in der letzten Maiwoche 1979 190 Jugendliche wegen

tisch machen wir Fortschritte, vor 1978 stand uns die ELF sehr fern, aber jetzt ziehen wir sie auf unsere Seite, wir gewinnen sie politisch, wir verlieren sie nicht. So haben wir keine Eile damit, das praktisch umzusetzen, was wir im Oktober 1978 vereinbart hatten. Wir betrachten die militärische Aktivität nicht als den Faktor, der uns zusammenhält. Wir legen das Hauptgewicht auf den politischen Zusammenschluß, und die Einheit ist ein entscheidender Faktor in unserer Strategie.''

Gegenwärtig bereiten die Sozialimperialisten und die äthiopische Militärjunta eine neue ,,endgültige'' Offensive in Norderitrea vor. Auch die Befreiungsstreitkräfte gruppieren sich um, um die um die Jahreswende erreichten Positionen auszubauen. Für Ende des Monats oder Anfang Mai rechnet die EPLF mit einer erneuten Zuspitzung.

Die Sozialimperialisten betreiben den Kolonialkrieg, um Äthiopien immer tiefer von sich abhängig zu machen und in den eritreischen Häfen die Nachfolge der US-Imperialisten anzutreten, die dort bis 1975 Flotten- und Luftwaffenstützpunkte unterhielten. Ob die sowjetische Flotte im Indischen Ozean Massawa und Assab bereits als Stützpunkte benutzt, haben wir den EPLF-Vertreter gefragt: ,,Man kann diese Häfen als Kriegshäfen benutzen'', antwortet er, ,,aber nicht sehr effektiv, denn es gibt immer unsere Sabotageaktivitäten. Wir geben ihnen keine Ruhe, sie so zu benutzen, wie sie wollen.'' Das eritreische Volk steht in Afrika in vorderster Front im Kampf gegen den Hegemonismus der beiden Supermächte. Die internationale Arbeiterklasse muß es unterstützen.

getreten. Mit der Gründung der EPLF 1970 wurden die Bestrebungen des Volkes von Eritrea und insbesondere seiner Arbeiterklasse auf eine richtige Grundlage gestellt. Die EPLF ist von Anfang an darangegangen, die Massen zu organisieren und politisch auszubilden. Obwohl in der Anfangsperiode, nachdem die reaktionäre Führungsclique der ELF den Bürgerkrieg erklärt hatte, die Anstrengungen der Massen nicht ausreichten, die angestrebten Ziele durchzusetzen, schossen mit der Einstellung des Bruderkrieges seit 1975 die verschiedenen Massenorganisationen wie Pilze aus der Erde. Dies gilt sowohl für Eritrea (dort wurden sie in den vom Feind besetzten Gebieten im Untergrund aufgebaut) als auch für das Ausland. Seit dem historisch bedeutsamen Ersten Organisierungskongreß der EPLF im Januar 1977 wurden immer wieder Kampagnen durchgeführt, um diese Massenorganisationen zu erweitern und ihr politisches Bewußtsein weiter zu entwickeln.

So konnte die eritreische Arbeiterklasse in einem langen und schwierigen Kampf unter Führung ihrer Vorhut organisatorisch und ideologisch heranreifen. Der Gründungskongreß der Nationalunion der Arbeiter Eritreas (NUEW) ist das Ergebnis dieses langen und beständigen Kampfes. Mit den vielfältigen, aus dem Verlauf der Kämpfe gewonnenen Erfahrungen, mit der klaren, auf dem Kongreß verabschiedeten Plattform und mit ihrer weiterentwickelten organisatorischen Struktur wird die NUEW unzweifelhaft den Klassenkampf und den nationalen Befreiungskampf vorantreiben und größere Siege erringen können.

Anläßlich des Tages der internationalen Arbeiterklasse grüßt die Nationalunion der Arbeiter Eritreas in Europa aufs herzlichste das internationale Proletariat und seine Fortschritte im Klassenkampf. Die NUEW-Europa betont ihre Solidarität mit den arbeitenden Massen und den kämpfenden Völkern in der ganzen Welt. Sie ruft alle fortschrittlichen und demokratischen Kräfte auf, den jetzigen Kampf des Volkes von Eritrea und seiner führenden Organisation, der EPLF, zu unterstützen.

Es lebe der 1. Mai!
Es lebe die internationale Solidarität!
Die Massen werden siegen!

denden Bergpaß an der Straße von Addis Abeba über Mekele (Hauptstadt

Die TPLF verteilt Waffen an die Bauern eines Dorfes. Die Volksmassen beteiligen sich aktiv am Kampf um nationale Selbstbestimmung.

Das Volk der Oromos hat sich nie mit seiner Unterwerfung abgefunden

z.hot. Historische Quellen weisen bereits im Jahre 700 v.u.Z. die Existenz eines staatlich organisierten Gemeinwesens des Volkes von Oromo nach. Mit der imperialistischen Einflußnahme auf Äthiopien nahmen die Feldzüge der amharischen Herrscher immer systematischeren Kolonialcharakter an und führten schließlich 1875 zur Gründung des äthiopischen Völkergefängnisses in seinen heutigen Grenzen durch Kaiser Menelik II. Wesentliches Instrument der kulturellen und ethnischen Unterdrückung war dabei die Amharische Koptische Kirche, während sich die unterdrückten Völker zum Islam bekennen. 1887 verbündeten sich die aufständischen Oromos mit der Mahdibewegung, die im Sudan den britischen Imperialismus bekämpfte. Die verbündeten Heere wurden aber von einer gemeinsamen abessinisch-britischen Streitmacht besiegt.

1964 erreichte die Mecha-Tulama, eine demokratische Massenorganisation der Oromos, eine Million Mitglieder. Keine der diversen, seit 1974 herrschenden Militärjunten hat je das Selbstbestimmungsrecht des Oromo-Volkes anerkannt. Ihre verschiedenen ,,Modernisierungsprogramme'', wie z.B. die Entsendung von 60000 Studenten, Intellektuellen und Soldaten aufs Land, ,,um die Haltung der Völker zu ändern'', hatte im wesentlichen die Amharisierung der unterdrückten Völker zum Ziel. Nutznießer des großen Umsiedlungsprogramms, mit dem 250000 amharische Siedler auf dem Gebiet der Oromos angesiedelt werden sollen, sind die Sozialimperialisten, denen es dabei um die Ausrichtung der Wirtschaft des Landes auf die Bedürfnisse der ,,internationalen Arbeitsteilung'' geht.

Auf dem Gebiet der Oromos, die mit 18 Mio. Menschen ca. 55% der Bevölkerung Äthiopiens ausmachen, wird der größte Teil der Nahrungsmittel des Landes produziert. Außerdem gibt es dort Lagerstätten von Gold und Aluminium, deren Ausbeutung das Regime von Addis Abeba aber wegen des Widerstandes der Oromos nicht unter Kontrolle hat. Ca ¾ der von den Oromos produzierten Nahrungsmittel werden von den Bauern dem staatlichen Zwangseinkauf vorenthalten. Insbesondere die Verschleuderung von Kaffee zu 50% des Weltmarktpreises an das Mengistu-Regime und von dort aus zu 85% des Weltmarktpreises an die SU wird bekämpft. Daher die großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Regimes.

Die Oromo Liberation Front organisiert den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes. Anfang März wurde ca. 50 km südlich von Addis Abeba eine Militärabteilung von drei LKWs von Oromo-Bauern vernichtet (nicht, wie irrtümlich in der letzten KVZ gemeldet, von amharischen Bauern). Auf die Meuterei von Oromo-Truppenteilen der äthiopischen Armee reagierte das Regime im März mit der Verhaftung von 800 ihrer Frauen in Addis Abeba, um die Soldaten zu erpressen.



250000 amharische Siedler will das Mengistu-Regime im Gebiet der Oromos ansiedeln, um das Großreich zu retten.

Ogaden: Befreiungsfront kontrolliert 70% des Landes – WSLF in der Offensive

z.anb. In den letzten Wochen hat sich die Lage der von 13000 kubanischen Söldnern und rund 2000 sowjetischen ,,Beratern'' verstärkten äthiopischen Truppen in der westsomalischen Provinz Ogaden zusehends wie die der sowjetischen Besatzerarmee in Afghanistan entwickelt. Die Kämpfer der Westsomalischen Befreiungsfront WSLF haben sie nahezu vollständig aus den Landgebieten vertrieben, Raketenbeschuß, Luftangriffe auf Dörfer und die Zerstörung von Brunnen – diese Kriegstaktik gegen die somalischen Bauern im Ogaden soll den in den wenigen Städten im Zentralogaden eingeschlossenen Garnisonen den Nachschub sichern.

Wohl mußten bislang nahezu 1 Mio. Somalis aus der Region nach Osten ziehen, um dem sowjetischen Flächenbombardement zu entgehen; sie haben dort aber zu Tausenden die Reihen der WSLF verstärkt und sind bewaffnet in das umkämpfte Gebiet zurückgekehrt. Mitte März wurden zwei sowjetische Konvois in einen Hinterhalt gebracht, insgesamt 700 Söldner dabei ausgeschaltet. ,,Alles, was wir brauchen, sind panzerbrechende Waffen, Artillerie und Medikamente – und wir werden die Russen und Kubaner hinausjagen'', so der Führer einer Guerillaeinheit der WSLF.

In den Reihen der äthiopischen und kubanischen Soldaten wächst mit der Ausrottungsstrategie ihrer Oberherren die Rate der Desertionen. Äthiopische Soldaten berichten, daß sie in das Kampfgebiet geschickt werden mit dem Befehl, sich nicht vor dem vollständigen Sieg wieder zurückzutrauen. Dabei gibt es nur jeden zweiten Tag etwas zu essen.

Mit der in zwei Monaten beginnenden Regenzeit wird die WSLF ihre Taktik umstellen, um die in den beiden wichtigsten Städten im Zentralogaden, Harrar und Jijiga, verschanzten Söldnergarnisonen aufzureiben.



Somalische Bauern auf einer politischen Versammlung der Westsomalischen Befreiungsfront (WSLF) in einem Dorf im Ogaden, 1979.



Gegen den Bau eines bei Breisach und später bei Wyhl geplanten Kernkraftwerks führte die Kaiserstühler Bevölkerung hartnäckige Kämpfe, Demonstrationen fanden statt, über 60000 unterschrieben Sammeleinsprüche, der Bauplatz wurde besetzt, Bild: Besetzung der Baumaschinen 1975 in Wyhl. Ein ,,Giftmüllskandal'' jagt den nächsten. 1974 wird im Sickerwasser der Mülldeponie Offheim (Bild) bei Limburg das Vierzigfache des zulässigen Cyanidgehalts gemessen.

35000 demonstrieren am 13.11.76 auf dem Baugelände in Brokdorf, unterstützt von Tausenden in ganz Westdeutschland gegen den Bau von Kernkraftwerken aufgrund des Energieprogramms der Bundesregierung. Die vom Opportunismus geschaffene ,,Anti-AKW-Bewegung'' hielt der Staatsmacht die Stange.

Daten zur Entwicklung der Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaft

Jahr	reproduzierbares Sachvermögen Mrd. DM	Index	Bankeinlagen Mrd. DM	Index	Festverzinsl. Wertpapiere Mrd. DM	Index	Netto-Lohn und Gehaltssumme Mrd. DM	Index
1960	713	100	147	100	43	100	105	100
1965	1249	175	255	173	96	223	168	160
1970	1885	264	439	299	158	367	237	226
1971	2201	309	497	338	179	416	262	250
1972	2477	347	569	387	214	498	286	272
1973	2719	381	633	431	241	560	311	296
1974	3029	425	690	469	268	623	336	320
1975	3329	467	775	527	317	737	348	331
1976	3511	492	841	572	365	849	361	344
1977	3762	528	922	627	417	970	382	364
1978	4060	569	1013	689	462	1074	408	389

Eine immer größere Masse des von ihr geschaffenen Kapitals tritt der Arbeiterklasse feindlich gegenüber; immer weiter bleibt die Masse der Lebensmittel gegenüber dem kapitalistischen Reichtum zurück. Konzentration des Kapitals und Herausbildung des Monopols beschleunigen die Ruinierung der Natur und konzentrieren das Elend. Andererseits Steigerung der Produktivität der Arbeit: Immer weniger bäuerliche Arbeiter produzieren die Nahrungsmittel; undenkbar ohne den Fortschritt der Industrie. Alle Vorteile daraus fallen den Kapitalisten zu.

Konzentration des Kapitals – Gewerbesteuerstatistik 1958/1970

Gewerbekapitalgruppe von ... bis ... DM	1958 Steuerpflichtige	%	Gewerbekapital Mio. DM	%	1970 Steuerpflichtige	%	Gewerbekapital Mio. DM	%
o. Gew.-Kapital	460189	31,5	–	–	266674	18,5	–	18,5
unter 6000	265004	18,1	ı81	1,6	53989	3,7	171	3,7
6000 – 10000	182767	12,5	1341	3,1	165502	11,5	1222	0,4
10000 – 20000	233792	16,0	3209	7,4	265568	18,4	3705	1,3
20000 – 30000	104558	7,2	2490	5,8	162123	11,2	3824	1,3
30000 – 40000	56044	3,8	1907	4,4	100215	7,0	3419	1,2
40000 – 50000	33655	2,3	1482	3,4	69917	4,8	3088	1,1
50000 – 70000	38096	2,6	2212	2,6	90082	6,2	5266	1,8
70000 – 100000	27705	1,9	2296	5,3	73557	5,1	6098	5,1
100000 – 250000	36730	2,5	5462	12,6	109542	7,6	16794	5,8
250000 – 500000	11754	0,8	4057	9,4	38582	2,7	13406	2,7
500000 – 1 Mio.	5443	0,4	3752	8,7	21396	1,5	14931	5,1
1 – 2,5 Mio.	2856	0,2	4243	9,8	14264	1,0	21837	1,0
2,5 – 5 Mio.	849	0,1	2899	6,7	4978	0,3	17236	5,9
5 – 10 Mio.	371	0,0	2452	5,7	2660	0,2	18344	6,3
10 – 20 Mio.	149	0,0	1904	4,4	1254	0,1	17334	5,9
20 – 50 Mio.	70	0,0	2718	6,3	837	0,1	25292	8,7
50 – 100 Mio.	–	–	–	–	246	0,0	17234	5,9
100 Mio.u.mehr	–	–	–	–	270	0,0	102196	35,1

Wohnbevölkerung nach Gemeindegrößenklassen
Wachsende Konzentration

Gemeindegrößen Einwohner	30.6.1960 Einwohner in 1000	%	% kumul.	30.6.1978 Einwohner in 1000	%	% kumul.
unter 100	–	–	–	12,8	0,0	0,0
100 – 200	–	–	–	63,7	0,1	0,1
200 – 500	3120,7	5,8	5,8	391,1	0,6	0,7
500 – 1000	4245,3	8,0	13,8	1027,3	1,7	2,4
1000 – 2000	5081,3	9,5	23,3	2319,6	3,8	6,2

Landwirtschaftliches Produkt
Nahrungsmittelproduktion
in Tsd. t Getreideeinheiten (GE)

Jahr	Tsd. t GE	Vollarbeitskräfte in 1000	t/Arbeitskraft
1950/51	34025	3885	8,8
1955/56	39745	3172	12,5
1960/61	49417	2400	20,6
1963/64	51460	2148	24,0

Die Grünen kritisieren nicht gründlich, was ihnen mißfällt

z.ges. Seit sich die Teile der kleinbürgerlich-demokratischen Bewegung zusammentun, um als Partei an den parlamentarischen Wahlen teilzunehmen, stellt sich das Bedürfnis nach einem Programm ein. Es reichen auch nicht die Basiswerte ,,ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei'', die die ,,Grundrichtung dieser Erneuerung'' bestimmen sollen. Die führenden bürgerlichen Parteien haben ein Programm, das so ungefähr die Bereiche der Ministerien abdeckt. ,,Die Grünen'' brauchen das auch, wie jede Partei, unabhängig davon, welche Klasseninteressen sie vertritt. Auf dem Saarbrücker Parteitag vor einigen Wochen wurde ein Programm verabschiedet, das noch nicht veröffentlicht ist. Die Verabschiedung des Programms hat aber keine Einheit gebracht, sondern Ansätze der Spaltung. Gruhl und andere sind aus dem Vorstand zurückgetreten. Wir werden auf dieses Programm zurückkommen, sobald es veröffentlicht ist. Aber auch in den Landtagswahlen werden programmatische Elemente in Wahlplattformen zusammengefaßt, an denen man schon genauer sehen kann, wo's weiter lang geht. Das Kurzprogramm ,,Die Grünen – Saar'' hat einen Abschnitt zur Wirtschaft, einen zur Energiepolitik, einen zu Raumordnung und Verkehr, einen zu Umwelt, einen zur ökologischen Gesellschaftspolitik und einen zu Medien, Kultur und Bildung. Da fehlt freilich noch Etliches, z.B. zu den Finanzen, zum Militärwesen und zur Außenpolitik. Vielleicht sind das gerade die Punkte, über die sich die Grünen auf ihrem Parteitag in die Haare geraten sind.

es aber auch nicht. Ein ,,rein ökonomisches Ziel'' ist vielleicht die Ökonomie der Zeit, die Ersparnis von Zeit zur Produktion von bestimmten Gebrauchswerten. Dieses ,,rein ökonomische Ziel'' verfolgt die kapitalistische Gesellschaft eben nicht direkt und nicht ,,rein'', sondern indirekt, indem das Streben der Kapitalistenklasse nach Profitmaximierung die besondere Form ist, in der sich die Ökonomie der Zeit, die jede Produktionsweise regelt, in der kapitalistischen Gesellschaft durchsetzt, unvollkommen und auf Kosten der Arbeiterklasse, weil es der Kapitalistenklasse nur auf die Senkung der bezahlten Arbeit ankommt und nicht auf Senkung der unbezahlten Arbeit, die sie im Gegenteil stets ausdehnen will zwecks Mehrwertproduktion. Das hat auch sonst praktischen Effekt, weil die Kapitalisten erst dann zur Anwendung von Maschinerie übergehen, wenn sie damit bezahlte Arbeit einsparen können. Verbrauch unbezahlter Arbeit ist für die Kapitalisten billiger als die produktivste Maschinerie. Das ist gerade ein Hemmnis für die Ökonomie der Zeit, die die lebendige Arbeitskraft in der Produktion verausgaben muß. Worauf es auch in einem Produktionsprozeß der Grünen ankäme, wäre festzustellen, daß es ihnen in der Wirtschaft auf die Produktion von Gebrauchswerten ankommt, so daß die Produktion durch die Bedürfnisse der Produzenten und ihre planmäßige Erfüllung bestimmt würde. Stellten sie die Frage so, dann stünde die Alternative Kapitalismus oder Sozialismus, die sie unter allen Umständen umschiffen wollen. Wie sie aber die kapitalistische Produktionsweise, die durch die Profitmaximierung getrieben wird, auf demokratische Weise vom Bürger für

1976	3511	492	841	572	365	849	361	344
1977	3762	528	922	627	417	970	382	364
1978	4060	569	1013	689	462	1074	408	389

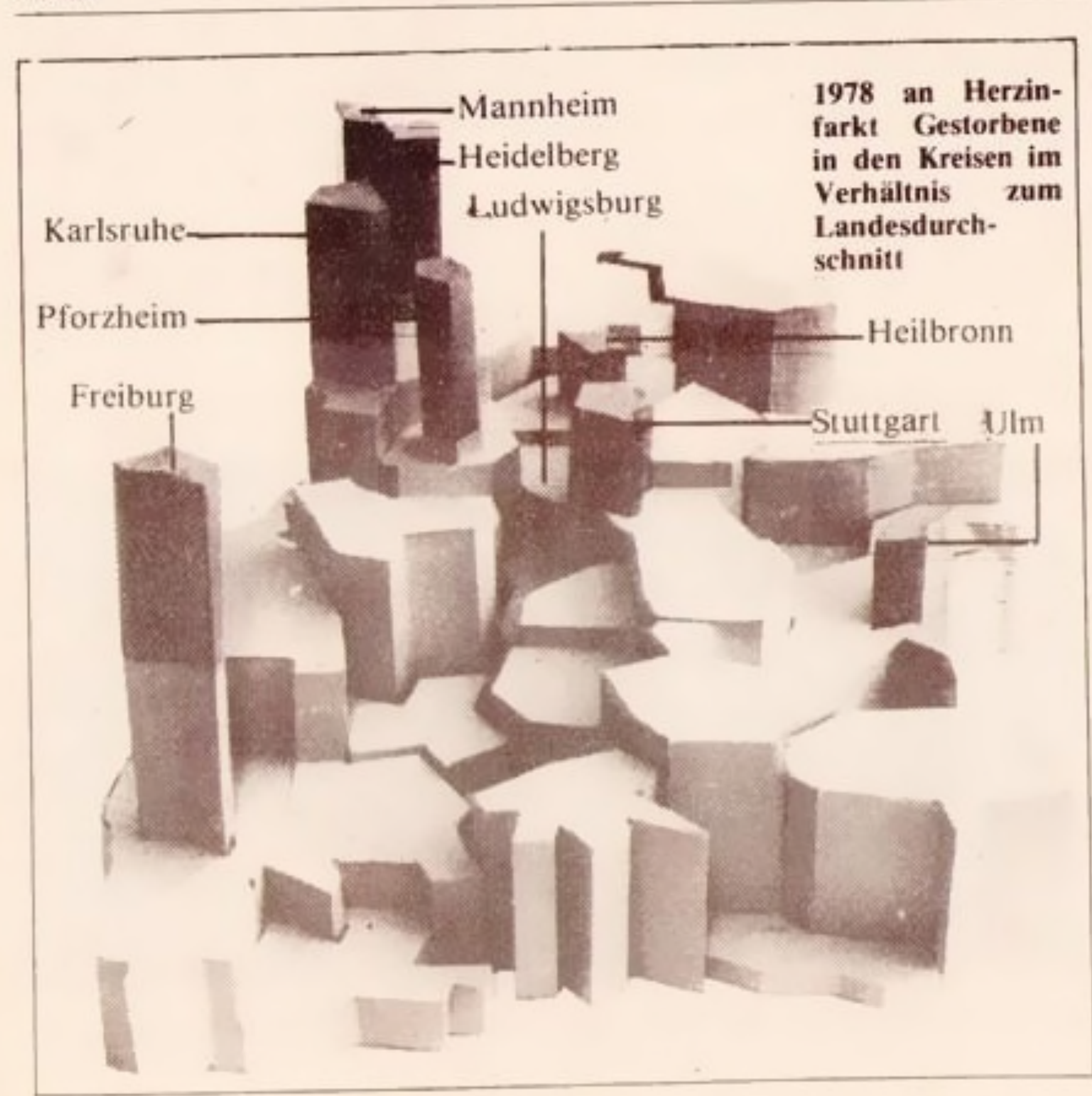
Fortschritt der Industrie. Alle Vorteile daraus fallen den Kapitalisten zu.

Konzentration des Kapitals – Gewerbesteuerstatistik 1958/1970

Gewerbekapitalgruppe von ... bis ... DM	1958 Steuerpflichtige	%	Gewerbekapital Mio. DM	%	1970 Steuerpflichtige	%	Gewerbekapital Mio. DM	%
o. Gew.-Kapital	460189	31,5	–	–	266674	18,5	–	18,5
unter 6000	265004	18,1	181	1,6	53989	3,7	171	3,7
6000 – 10000	182767	12,5	1341	3,1	165502	11,5	1222	0,4
10000 – 20000	233792	16,0	3209	7,4	265568	18,4	3705	1,3
20000 – 30000	104558	7,2	2490	5,8	162123	11,2	3824	1,3
30000 – 40000	56044	3,8	1907	4,4	100215	7,0	3419	1,2
40000 – 50000	33655	2,3	1482	3,4	69917	4,8	3088	1,1
50000 – 70000	38096	2,6	2212	2,6	90082	6,2	5266	1,8
70000 – 100000	27705	1,9	2296	5,3	73557	5,1	6098	5,1
100000 – 250000	36730	2,5	5462	12,6	109542	7,6	16794	5,8
250000 – 500000	11754	0.8	4057	9,4	38582	2,7	13406	2,7
500000 – 1 Mio.	5443	0,4	3752	8,7	21396	1,5	14931	5,1
1 – 2,5 Mio.	2856	0,2	4243	9,8	14264	1,0	21837	1,0
2,5 – 5 Mio.	849	0,1	2899	6,7	4978	0,3	17236	5,9
5 – 10 Mio.	371	0,0	2452	5,7	2660	0,2	18344	6,3
10 – 20 Mio.	149	0,0	1904	4,4	1254	0,1	17334	5,9
20 – 50 Mio.	70	0,0	2718	6,3	837	0,1	25292	8,7
50 – 100 Mio.	–	–	–	–	246	0,0	17234	5,9
100 Mio. u. mehr	–	–	–	–	270	0,0	102196	35,1

Wohnbevölkerung nach Gemeindegrößenklassen
Wachsende Konzentration

Gemeindegrößen Einwohner	30.6.1960 Einwohner in 1000	%	% kumul.	30.6.1978 Einwohner in 1000	%	% kumul.
unter 100	–	–	–	12,8	0,0	0,0
100 – 200	–	–	–	63,7	0,1	0,1
200 – 500	3120,7	5,8	5,8	391,1	0,6	0,7
500 – 1000	4245,3	8,0	13,8	1027,3	1,7	2,4
1000 – 2000	5081,3	9,5	23,3	2319,6	3,8	6,2
2000 – 3000	2951,6	5,5	28,8	1974,4	3,2	9,4
3000 – 5000	3743,6	7,0	35,8	3469,5	5,7	15,1
5000 – 10000	5045,7	9,5	45,3	6649,9	10,8	25,9
10000 – 20000	3836,6	7,2	52,5	8508,5	13,9	39,8
20000 – 50000	5360,8	10,0	62,5	10017,6	16,3	56,1
50000 – 100000	3514,4	6,6	69,1	5698,6	9,3	65,4
100000 – 200000	3735,7	7,0	76,1	5064,7	8,3	73,7
200000 – 500000	4046,9	7,6	83,7	5485,2	8,9	82,6
500000 und mehr	8689,9	16,3	100,0	10627,1	17,3	100,0
Gesamt	61310,0	100		53372,6	100	



Landwirtschaftliches Produkt
Nahrungsmittelproduktion

in Tsd. t Getreideeinheiten (GE)

Jahr	Tsd. t GE	Vollarbeitskräfte in 1000	t/Arbeitskraft
1950/51	34025	3885	8,8
1955/56	39745	3172	12,5
1960/61	49417	2400	20,6
1963/64	51460	2148	24,0
1964/65	52205	1911	27,3
1965/66	49862	1749[2)]	28,5
1966/67	52260	1695	30,8
1967/68	55456	1618	34,3
1968/69	56603	1550	36,5
1969/70	57269	1449	39,5
1970/71	58356[1)]	1363	42,8
1971/72	58400	1269	46,0
1972/73	58974	1193[3)]	49,4
1974/75	61279	1106	55,4
1976/77	61260	1057	58,0

1) neuer Schlüssel für Getreideeinheiten, 2) Betriebe über 2 ha, 3) Erhebung nur noch alle 2 Jahre.

Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Westdeutschland seit 1960

Jahr	Erwerbspersonen gesamt Tsd.	Lohnabh. %	Selbst. %	Land- u. Forstwirtschaft %
1960	26518	77,4	22,5	13,5
1961	26772	78,1	22,0	12,8
1962	26845	78,9	21,0	12,3
1963	26930	79,6	20,3	11,7
1964	26922	80,4	19,5	11,1
1965	27034	81,0	18,9	10,6
1966	26962	81,3	18,6	10,3
1967	26409	81,4	18,5	9,9
1968	26293	81,8	18,1	9,5
1969	26535	82,6	17,3	9,0
1970	26817	83,5	16,4	8,4
1971	26910	83,9	16,0	7,9
1972	26901	84,3	15,6	7,5
1973	26985	84,6	15,3	7,2
1974	26797	84,8	15,1	7,0
1975	26397	85,0	14,9	6,9
1976	26148	85,4	14,5	6,6
1977	26074	85,6	14,2	6,3
1978	26202	86,2	12,7	5,7

Links: Landkarte von Baden-Württemberg. Die Höhe gibt den Anteil der Herzinfarkt-Toten der Kreise an, der schwarze Teil berücksichtigt die Einpendler. (KVZ 6/1980, Mannheim)

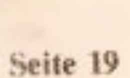
„Grundrichtung dieser Erneuerung" bestimmen sollen. Die führenden bürgerlichen Parteien haben ein Programm, das so ungefähr die Bereiche der Ministerien abdeckt. „Die Grünen" brauchen das auch, wie jede Partei, unabhängig davon, welche Klasseninteressen sie vertritt. Auf dem Saarbrücker Parteitag vor einigen Wochen wurde ein Programm verabschiedet, das noch nicht veröffentlicht ist. Die Verabschiedung des Programms hat aber keine Einheit gebracht, sondern Ansätze der Spaltung. Gruhl und andere sind aus dem Vorstand zurückgetreten. Wir werden auf dieses Programm zurückkommen, sobald es veröffentlicht ist. Aber auch in den Landtagswahlen werden programmatische Elemente in Wahlplattformen zusammengefaßt, an denen man schon genauer sehen kann, wo's weiter lang geht. Das Kurzprogramm „Die Grünen – Saar" hat einen Abschnitt zur Wirtschaft, einen zur Energiepolitik, einen zu Raumordnung und Verkehr, einen zu Umwelt, einen zur ökologischen Gesellschaftspolitik und einen zu Medien, Kultur und Bildung. Da fehlt freilich noch Etliches, z.B. zu den Finanzen, zum Militärwesen und zur Außenpolitik. Vielleicht sind das gerade die Punkte, über die sich die Grünen auf ihrem Parteitag in die Haare geraten sind.

„Die Grünen treten ein für eine ökologische Kreislaufwirtschaft, in der Umweltschutz, Geldwertstabilisierung und Sicherung menschenwürdiger Arbeitsplätze Vorrang vor rein ökonomischen Zielen haben. Die Wirtschaft muß auf demokratische Weise vom Bürger für den Bürger gestaltet werden". Man würde gerne wissen, was die „rein ökonomischen Ziele" sind, von denen sich das Programm der Grünen abgrenzt. Wenn es die Profitinteressen der Kapitalisten sind, warum werden sie dann nicht genannt? Das wäre wohl zu schroff. Die Profitinteressen der Kapitalistenklasse als „rein ökonomische Ziele" zu werten, bringt das Streben der Kapitalistenklasse nach Profitmaximierung die besondere Form ist, in der sich die Ökonomie der Zeit, die jede Produktionsweise regelt, in der kapitalistischen Gesellschaft durchsetzt, unvollkommen und auf Kosten der Arbeiterklasse, weil es der Kapitalistenklasse nur auf die Senkung der bezahlten Arbeit ankommt und nicht auf Senkung der unbezahlten Arbeit, die sie im Gegenteil stets ausdehnen will zwecks Mehrwertproduktion. Das hat auch sonst praktischen Effekt, weil die Kapitalisten erst dann zur Anwendung von Maschinerie übergehen, wenn sie damit bezahlte Arbeit einsparen können. Verbrauch unbezahlter Arbeit ist für die Kapitalisten billiger als die produktivste Maschinerie. Das ist gerade ein Hemmnis für die Ökonomie der Zeit, die die lebendige Arbeitskraft in der Produktion verausgaben muß. Worauf es auch in einem Produktionsprozeß der Grünen ankäme, wäre festzustellen, daß es ihnen in der Wirtschaft auf die Produktion von Gebrauchswerten ankommt, so daß die Produktion durch die Bedürfnisse der Produzenten und ihre planmäßige Erfüllung bestimmt würde. Stellten sie die Frage so, dann stünde die Alternative Kapitalismus oder Sozialismus, die sie unter allen Umständen umschiffen wollen. Wie sie aber die kapitalistische Produktionsweise, die durch die Profitmaximierung getrieben wird, auf „demokratische Weise vom Bürger für den Bürger" gestalten wollen, bleibt ein ökonomisches und politisches Rätsel, das bloß den Kleinbürger nicht weiter beunruhigt, weil er sich die beste aller Welten als eine Welt von Kleinbürgern vorstellt, die als Privatproduzenten die notwendigen privatrechtlichen Verfügungen ihrer Produktionsweise demokratisch regeln.

Das gab es mal teilweis, wird es aber nicht mehr geben und Gleichberechtigung der Frau, die in einem anderen Programmpunkt gefordert wird, gab's damals nicht und konnte es nicht geben, weil Bürger bloß der Privateigentümer an Produktionsmitteln war. Auf



„China-Syndrom" – ein Film für die staatliche Kontrolle der Kernkraftwerke und zur Verhöhnung der Bewegung gegen die imperialistische Energiepolitik





Nachdem die Bevölkerung im Emsland von Landes- und Bundesregierung jahrelang mit leeren Versprechungen hingehalten wurde, wurden 1975 Straßensperren gegen den geplanten NATO-Bombenabwurfplatz in Nordhorn-Range errichtet und Teile des Geländes besetzt gehalten.





Mit 1432 Direktverbindungen pro Woche ist der Frankfurter Flughafen neben London-Heathrow der bedeutendste Flughafen in Europa. Im Luftfrachtverkehr hat er Heathrow überrundet. Der Widerstand der Volksmassen gegen den Ausbau der Startbahn West (Bild) ist der Beschleunigung des Kapital- und Personenumschlags im Wege. – In Viernheim bei Mannheim kämpfen die Volksmassen gegen die Errichtung eines weiteren Truppenübungsplatzes der US-Besatzer.

solcher Basis ließen sich „Sicherung menschenwürdiger Arbeitsplätze", „Geldwertstabilisierung" und „Umweltschutz" kleinbürgerlich sittlich erzielen, wenn nur diese Privatproduktion nicht gerade die Basis wäre, auf der sich der Kapitalismus mit all seinen unerfreulichen Erscheinungen entwickelt hat. Eine Kreislaufwirtschaft ist die kapitalistische Produktionsweise auch, eine Wirtschaft aber, die die Natur nicht bearbeitet und verändert, ist die trübsinnigste Utopie, die sich einer ausdenken kann. Es geht ja um *Reproduktion* von Mensch und Natur, um Entwicklung von Mensch und Natur und nicht einfach darum, dem Bären das Fell abzuziehen, sich darauf zu legen und kein neues zu benutzen, bevor die Bärenmutter als Mutter Natur nicht wieder für ein neues gesorgt hat, indem sie einen neuen Bären in die Welt setzte und heranwachsen ließ. Das nächste wird die Forderung nach Goldzirkulation sein, weil das naturursprünglicher ist als Papiergeld. „Geldwertstabilisierung" wäre damit auch nicht gesichert, denn der Wert des Goldes schwankt entsprechend seinen Produktionskosten.

Das Wahlprogramm der Grünen – Saar greift eine ganze Reihe von Erscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft auf und setzt ihnen dann andere, nach ihrer Ansicht wünschbare Erscheinungen gegenüber, z.B. statt Konzentration der Produktion, Dezentralisierung der Produktionen, und zwar durch Subventionierung kleinerer und mittlerer Unternehmen. Dabei appelliert das Programm gegenüber den Erscheinungen des Kapitalismus an eine andere Erscheinung des Kapitalismus, den bürgerlichen Staatsapparat, der mit seinen Subventionen gerade als Hebel der Konzentration des Kapitals wirkt. Gleichzeitig werden der Kapitalistenklasse Ratschläge gegeben, die sie

können, während in der kapitalistischen Privatproduktion jeder Einsparung der Privatkapitalisten an ihrem konstanten Kapital wachsender Verschleiß der menschlichen Arbeitskraft folgt und insgesamt durch den Profitmechanismus und die Konkurrenz auch vehementer Verschleiß der Naturbedingungen stattfindet.

Die Grünen fordern „Verkürzung der Arbeitszeit". Aber man hat den Eindruck, daß sie das nur tun, um der Arbeiterklasse einen Brocken hinzuwerfen und sie in kleinbürgerliche Idylle hineinzufilzen. Dabei besteht die Idylle vor allem darin, daß alle Wunschvorstellungen mit dem Kapitalismus und im Kapitalismus verwirklicht werden sollen. Teils sind diese Wunschvorstellungen direkt reaktionär, z.B. wenn Familie, Verwandtschaft, Nachbarn, Freundeskreis, Gemeinde gegen die „wachstumsorientierte Industriegesellschaft" ausgespielt werden. Immer ist das Konzept: Verhältnisse, die der Familie, Verwandtschaft etc. nicht nur über den Kopf hinausgewachsen sind, sondern sich auf viel größerer gesellschaftlicher Basis entfalten und nur durch das bewußte revolutionäre Handeln der Klasse der gesellschaftlichen Produzenten umgewälzt werden können, um der Gesellschaft als klassenloser zu ihrem Recht zu verhelfen; – immer ist das Konzept, diese Produktionsverhältnisse auf eine Stufe zurückzuschrauben, wo sie mit längst unterhöhlten Formen der Vergesellschaftung wieder versöhnbar werden sollen. Das ist Reaktion und diese Reaktion kommt daher, daß zwar manche negativen Erscheinungen der kapitalistischen Produktionsweise erkannt werden, die positive Erscheinung aber nicht erkannt wird, daß diese Gesellschaft mit dem modernen Proletariat, das in der Produktion selber lernt, auf großem Maßstab gesell-

„Das China-Syndrom"

z.bew. „Ein packender Anti-AKW-Film ist mit ‚China-Syndrom' in den Kinos angelaufen", so der „Arbeiterkampf" in seiner Nr. 173; „Prädikat: unbedingt sehenswert", so SDAJ-Organ „Elan" über den gleichen Film. Die „taz" und was es sonst an publizistischen Offenbarungen in der „AKW-Nee-Bewegung" und der Opportunistenszene gibt, stimmen in lange nicht mehr dagewesener Einmütigkeit in diesen Chor mit ein. Die bürgerliche Presse von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über den „Spiegel" bis zur „Zeit" sind da etwas verhaltener, aber im Großen und Ganzen auch ganz angetan von dem, was da über die Leinwand flimmert.

Ein mittelmäßig spannender Actionfilm, der einige Tage vor dem Unfall in dem US-Kernkraftwerk Harrisburg recht müde in den USA anlief, wurde nach dem Unfall erst richtig als „Anti-AKW-Film" aufgebaut und läßt gegenwärtig in Westdeutschlands Kinos die Kassen klingeln. Jane Fonda, die Hauptdarstellerin, die sich noch immer an die verschiedenen Protestbewegungen anhing und filmisch und damit finanziell absahnte, rührt fleißig die Werbetrommel als „Vorkämpferin" der AKW-Bewegung. Eine Dutzendware aus Hollywood, eine Mischung aus einem Katastrophen- und Actionfilm, wird zu dem „Anti-AKW-Film" hochstilisiert und ist gut für die Nominierung von gleich vier „Oscars". Nach solch publizistischer Offensive – „Dieser Film ist nicht die Nachbetrachtung des bisher größten Atomreaktorunfalls der westlichen Welt, sondern seine Vorhersage" (Flugblatt der Hamburger Bürgerinitiativen) – wun-

beide arbeiten, verhindert die Ausstrahlung des heimlich gedrehten Films über den Unfall und will gemeinsam mit dem Vorstand der Kraftwerksgesellschaft den Unfall vertuschen. Der junge alerte, lässig-dynamische Kameramann ist empört. Man ahnt, daß er etwas gegen Kernkraftwerke hat, aber sagen tut er es nicht. Kimberly Wells, die etwas stupide, aber erfolgreiche Reporterin, fügt sich, da sie Karriere machen will. Der Kameramann stiehlt den Film und zeigt ihn einigen Experten, die das Ausmaß der „Fastkatastrophe" erkennen. Er soll als weiteres Beweismittel bei dem Genehmigungsverfahren für ein weiteres Kernkraftwerk der Gesellschaft vorgelegt werden. Inzwischen ist die staatliche Untersuchung über den Unfall positiv abgeschlossen, und das Kernkraftwerk soll wieder ans Netz angeschlossen werden. Da wird eine undichte Stelle am Kessel festgestellt, Godell (Jack Lemmon), der Sicherheitsingenieur, zuvor ein vehementer Verteidiger „seines" Kernkraftwerkes und Komplize beim Vertuschen des Unfalls, fordert eine gründliche Prüfung der gesamten Konstruktion, die aus Kostengründen abgelehnt wird. Auf eigene Faust findet er heraus, daß die Konstruktionsfirma gepfuscht hat und die Schweißnähte nicht überprüft worden sind. Seine Beweise will er, der jetzt gemeinsame Sache mit dem Kameramann und der geläuterten Kimberly macht, dem Prüfungsausschuß vorlegen. Ein Bote, der die Beweise hinbringen will, wird von den Killern der Baufirma gejagt und mit seinem Auto in einen Abgrund gedrängt, die Papiere werden gestohlen. Godell macht sich jetzt selbst auf die Socken, eine wilde Verfolgungsjagd

unwillkürlich in den „Paten" versetzt fühlt. Solange sich aber die braven Wissenschaftler ihrer ethischen Verantwortung und die mutigen Reporter ihrer öffentlichen Aufgabe bewußt sind, kann dieses Böse eingedämmt und geschlagen werden. Der Zuschauer soll etwas fröstelnd, aber getrost das Kino verlassen können, denn solange diese Hüter öffentlicher Moral intakt sind, sind die USA trotz böser Multis nicht verloren. Hat nicht erst Watergate bewiesen, daß diese „Nation zur Selbstreinigung" fähig ist, wenn nur die Tugenden des „eigentlichen" Amerika wieder zum Tragen kommen, und waren es nicht auch hier die Reporter, die es aufgedeckt haben (wobei übrigens M. Douglas ganz auf den Typ eines der Washington Post Reporter getrimmt ist) – das bleibt die Botschaft des Films.

Die Kernenergie spielt dabei den zeitgenössischen Part des Indianerstamms, der von gewinnsüchtigen Weißen mit Gewehren beliefert wird, oder des Wolkenkratzers und Flugzeugs aus der vorletzten Generation der Katastrophenfilme, die aus Habgier schlampig gebaut sind und abbrennen bzw. abstürzen – die aufrechten Guten können sie beherrschen, wenn nur das Böse im Menschen bekämpft wird. Dabei ist der Film „China-Syndrom" insgesamt ein *Pro*kernenergiefilm. „Das System funktioniert" tönt Godell durch den ganzen Film, auch gegen Ende noch, nur „irgendein Idiot hat die Unterlagen absichtlich gefälscht", „die Prüfung war Betrug". Als würde sich die Gefahr der Anwendung der Kernenergie im Kapitalismus auf Betrug und Fälschung, auf schlecht

tur nicht bearbeitet und verändert, ist die trübsinnigste Utopie, die sich einer ausdenken kann. Es geht ja um *Reproduktion* von Mensch und Natur, um Entwicklung von Mensch und Natur und nicht einfach darum, dem Bären das Fell abzuziehen, sich darauf zu legen und kein neues zu benutzen, bevor die Bärenmutter als Mutter Natur nicht wieder für ein neues gesorgt hat, indem sie einen neuen Bären in die Welt setzte und heranwachsen ließ. Das nächste wird die Forderung nach Goldzirkulation sein, weil das naturursprünglicher ist als Papiergeld. ,,Geldwertstabilisierung'' wäre damit auch nicht gesichert, denn der Wert des Goldes schwankt entsprechend seinen Produktionskosten.

Das Wahlprogramm der Grünen – Saar greift eine ganze Reihe von Erscheinungen der kapitalistischen Gesellschaft auf und setzt ihnen dann andere, nach ihrer Ansicht wünschbare Erscheinungen gegenüber, z.B. statt Konzentration der Produktion, Dezentralisierung der Produktionen, und zwar durch Subventionierung kleinerer und mittlerer Unternehmen. Dabei appelliert das Programm gegenüber den Erscheinungen des Kapitalismus an eine andere Erscheinung des Kapitalismus, den bürgerlichen Staatsapparat, der mit seinen Subventionen gerade als Hebel der Konzentration des Kapitals wirkt. Gleichzeitig werden der Kapitalistenklasse Ratschläge gegeben, die sie wirklich nicht braucht, z.B. Konzentration der Investitionen auf Einsparung von Energie. Sobald der Kapitalistenklasse die Energiekosten auf die Profitrate drücken, konzentriert sie sich wie jetzt hinreichend auf deren Senkung, wobei ihr allemal der Verschleiß menschlicher Energie, die sie ausbeutet, ein Ausweg ist. Sicherlich verschwendet der Kapitalismus nicht nur menschliche Energie, Hirn, Herz und Muskelkraft der Lohnarbeiter, sondern auch Rohstoffe, Energie etc. Aber vielleicht sollte man bei der Kritik von den Bedürfnissen der Produzenten ausgehen, die, sobald sie die Produktion gemeinschaftlich regeln, auch ihre sachlichen Bedingungen beherrschen

der Arbeitszeit''. Aber man hat den Eindruck, daß sie das nur tun, um der Arbeiterklasse einen Brocken hinzuwerfen und sie in kleinbürgerliche Idylle hineinzufilzen. Dabei besteht die Idylle vor allem darin, daß alle Wunschvorstellungen mit dem Kapitalismus und im Kapitalismus verwirklicht werden sollen. Teils sind diese Wunschvorstellungen direkt reaktionär, z.B. wenn Familie, Verwandtschaft, Nachbarn, Freundeskreis, Gemeinde gegen die ,,wachstumsorientierte Industriegesellschaft'' ausgespielt werden. Immer ist das Konzept: Verhältnisse, die der Familie, Verwandtschaft etc. nicht nur über den Kopf hinausgewachsen sind, sondern sich auf viel größerer gesellschaftlicher Basis entfalten und nur durch das bewußte revolutionäre Handeln der Klasse der gesellschaftlichen Produzenten umgewälzt werden können, um der Gesellschaft als klassenloser zu ihrem Recht zu verhelfen; – immer ist das Konzept, diese Produktionsverhältnisse auf eine Stufe zurückzuschrauben, wo sie mit längst unterhöhlten Formen der Vergesellschaftung wieder versöhnbar werden sollen. Das ist Reaktion und diese Reaktion kommt daher, daß zwar manche negativen Erscheinungen der kapitalistischen Produktionsweise erkannt werden, die positive Erscheinung aber nicht erkannt wird, daß diese Gesellschaft mit dem modernen Proletariat, das in der Produktion selber lernt, auf großem Maßstab gesellschaftlich zu handeln, ihre eigenen Totengräber hervorgebracht hat. Der Proletarier wird da mehr selber zu einem Stück Umweltverschmutzung: Er paßt nicht in den kleinbürgerlichen Mief.

Man braucht sich aber nicht aufzuregen. Es ist nicht erstaunlich, daß die hochgradige Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise eine kleinbürgerliche Reaktion hervorruft. Die Arbeiterbewegung kann die Erscheinungen, an der sich diese entzündet, revolutionär, theoretisch und praktisch kritisieren und damit viele dieser Kräfte gewinnen. ,,Das Unbehagen ist nicht grün'', schreibt ,,Der Gewerkschafter''. Aber rosa Kritik reicht halt auch nicht.



Die Angst vor der ,,Atomkatastrophe'' soll von der Zerstörung der Lebensbedingungen durch das Energieprogramm ablenken und die Kassen klingeln lassen.

Die ,,taz'' und was es sonst an publizistischen Offenbarungen in der ,,AKW-Nee-Bewegung'' und der Opportunistenszene gibt, stimmen in lange nicht mehr dagewesener Einmütigkeit in diesen Chor mit ein. Die bürgerliche Presse von der ,,Frankfurter Allgemeinen Zeitung'' über den ,,Spiegel'' bis zur ,,Zeit'' sind da etwas verhaltener, aber im Großen und Ganzen auch ganz angetan von dem, was da über die Leinwand flimmert.

Ein mittelmäßig spannender Actionfilm, der einige Tage vor dem Unfall in dem US-Kernkraftwerk Harrisburg recht müde in den USA anlief, wurde nach dem Unfall erst richtig als ,,Anti-AKW-Film'' aufgebaut und läßt gegenwärtig in Westdeutschlands Kinos die Kassen klingeln. Jane Fonda, die Hauptdarstellerin, die sich noch immer an die verschiedenen Protestbewegungen anhing und filmisch und damit finanziell absahnte, rührt fleißig die Werbetrommel als ,,Vorkämpferin'' der AKW-Bewegung. Eine Dutzendware aus Hollywood, eine Mischung aus einem Katastrophen- und Actionfilm, wird zu dem ,,Anti-AKW-Film'' hochstilisiert und ist gut für die Nominierung von gleich vier ,,Oscars''. Nach solch publizistischer Offensive – ,,Dieser Film ist nicht die Nachbetrachtung des bisher größten Atomreaktorunfalls der westlichen Welt, sondern seine Vorhersage'' (Flugblatt der Hamburger Bürgerinitiativen) – wundert es nicht, daß er gut besucht wird. Und nach den vielen Vorschußlorbeeren erwartet man, etwas über die Zusammenhänge von Kernkraftwerken, kapitalistischer Produktionsweise und den Kampf dagegen zu erfahren.

Um es vorweg zu sagen, der Film ,,China-Syndrom'' zeigt von der imperialistischen Kernenergiepolitik soviel wie ein John-Ford-John-Wayne-Western über die Kolonisierung des amerikanischen Kontinentes. Die Kernkraftwerke und die geschichtliche Wirklichkeit der Landnahme des amerikanischen Kontinentes bilden bei beiden die Kulisse, vor deren Hintergrund ein mäßig spannender Action- bzw. Westernfilm abläuft, die mit der Realität höchst wenig gemeinsam haben.

Das ,,China-Syndrom'' steht in dem Film für einen Katastrophenfall in einem Kernkraftwerk der USA, wo beim Absinken des Kühlwasserstandes der radioaktive Brennkern durchschmilzt und eine so hohe Temperatur erzeugt, daß er Stahlkessel und Betonmantel durchglüht und sich durch die Erde eben bis nach China frißt. Die Grundhandlung des Films ist tausendmal abgedreht worden, die Einzelheiten sind aus Dutzend anderen Filmen kopiert, ,,originell'' ist lediglich der Gegenstand der Handlung, mit einem Unfall und einer Beinahkatastrophe in einem Kernkraftwerk.

Die Reporterin Kimberly Wells (Jane Fonda) und ihr Kameramann (Michael Dougias) werden bei den Aufnahmen zu einem Werbefilm über Energieträger unfreiwillig Zeugen eines Unfalls in einem Kernkraftwerk. Der Boß der lokalen Fernsehstation, für die

ramann ist empört. Man ahnt, daß er etwas gegen Kernkraftwerke hat, aber sagen tut er es nicht. Kimberly Wells, die etwas stupide, aber erfolgreiche Reporterin, fügt sich, da sie Karriere machen will. Der Kameramann stiehlt den Film und zeigt ihn einigen Experten, die das Ausmaß der ,,Fastkatastrophe'' erkennen. Er soll als weiteres Beweismittel bei dem Genehmigungsverfahren für ein weiteres Kernkraftwerk der Gesellschaft vorgelegt werden. Inzwischen ist die staatliche Untersuchung über den Unfall positiv abgeschlossen, und das Kernkraftwerk soll wieder ans Netz angeschlossen werden. Da wird eine undichte Stelle am Kessel festgestellt, Godell (Jack Lemmon), der Sicherheitsingenieur, zuvor ein vehementer Verteidiger ,,seines'' Kernkraftwerkes und Komplize beim Vertuschen des Unfalls, fordert eine gründliche Prüfung der gesamten Konstruktion, die aus Kostengründen abgelehnt wird. Auf eigene Faust findet er heraus, daß die Konstruktionsfirma gepfuscht hat und die Schweißnähte nicht überprüft worden sind. Seine Beweise will er, der jetzt gemeinsame Sache mit dem Kameramann und der geläuterten Kimberly macht, dem Prüfungsausschuß vorlegen. Ein Bote, der die Beweise hinbringen will, wird von den Killern der Baufirma gejagt und mit seinem Auto in einen Abgrund gedrängt, die Papiere werden gestohlen. Godell macht sich jetzt selbst auf die Socken, eine wilde Verfolgungsjagd über die Highways beginnt. Er kann sich gerade noch in ,,sein'' Kernkraftwerk retten, schließt sich gewaltsam in der Schaltzentrale ein und fordert ein Direktinterview mit der Fernsehstation. Jetzt beginnt des Wettrennens zweiter Teil: auf der einen Seite die Reporter, die schnell genug zur Stelle sein müssen, und auf der anderen Seite die Direktion, die das Kraftwerk ausschalten will, um dem Ingenieur seine Macht zu nehmen, und die gleichzeitig bewaffnete Einsatztruppen einsetzt, um ihn auszuschalten. Die Reporter kommen, die Übertragung beginnt, aber bevor Godell seine Beweise darlegen kann, gelingt es, das Kraftwerk auszuschalten, die Killertruppe knackt den Raum und erschießt Godell. Fast kommt es durch die abrupte Abschaltung wieder zur Katastrophe. Die Fernsehübertragung geht weiter mit einem Interview des Direktors und des technischen Meisters, der allerdings unter Eindruck der Ermordung Godells und der zweiten Fastkatastrophe seinerseits geläutert ist und ankündigt, die Wahrheit vor einer ,,richtigen'' Untersuchungskommission aufzudecken, und damit in die Fußstapfen des Ingenieurs tritt.

Das ,,Gute'' hat sich durchgesetzt, und der brave Ingenieur ist nicht umsonst gestorben. Beim Kampf zwischen Gut und Böse fordert das Gute seinen Tribut, das ist die Moral, die so triefend und phrasenhaft ist und die man aus Holywood kennt, seit dort der erste Western gedreht wurde. Profitstreben und Habgier versus Verantwortung und Moral. Habgier und Profitstreben sind das Böse, verkörpert durch die skrupellosen ,,Multis'', bei deren Vorstandsbesprechung man sich

und geschlagen werden. Der Zuschauer soll etwas fröstelnd, aber getrost das Kino verlassen können, denn solange diese Hüter öffentlicher Moral intakt sind, sind die USA trotz böser Multis nicht verloren. Hat nicht erst Watergate bewiesen, daß diese ,,Nation zur Selbstreinigung'' fähig ist, wenn nur die Tugenden des ,,eigentlichen'' Amerika wieder zum Tragen kommen, und waren es nicht auch hier die Reporter, die es aufgedeckt haben (wobei übrigens M. Douglas ganz auf den Typ eines der Washington Post Reporter getrimmt ist) – das bleibt die Botschaft des Films.

Die Kernenergie spielt dabei den zeitgenössischen Part des Indianerstamms, der von gewinnsüchtigen Weißen mit Gewehren beliefert wird, oder des Wolkenkratzers und Flugzeugs aus der vorletzten Generation der Katastrophenfilme, die aus Habgier schlampig gebaut sind und abbrennen bzw. abstürzen – die aufrechten Guten können sie beherrschen, wenn nur das Böse im Menschen bekämpft wird. Dabei ist der Film ,,China-Syndrom'' insgesamt ein *Pro*kernenergiefilm. ,,Das System funktioniert'' tönt Godell durch den ganzen Film, auch gegen Ende noch, nur ,,irgendein Idiot hat die Unterlagen absichtlich gefälscht'', ,,die Prüfung war Betrug''. Als würde sich die Gefahr der Anwendung der Kernenergie im Kapitalismus auf Betrug und Fälschung, auf schlecht geschweißte Nähte und klemmende Ventile reduzieren. Und das ist die einzige Kritik in dem Film. Das Starren auf die mögliche *Katastrophe*, die jedoch dann durch aufrechtes Handeln zu verhindern ist, soll von der Zerstörung der Lebensbedingungen ganzer Gebiete durch den *Betrieb* von Kernkraftwerken ablenken, wobei die schlechte Schweißnaht nur ein Bruchteil des Abenteuerertums des imperialistischen Energieprogramms darstellt. Der Staat als Betreiber des Energieprogramms bleibt gleich ganz draußen bzw. tritt nur als Prüfungsausschuß in Erscheinung, der beschissen wird und der mit Hilfe der aufrechten Bürger auch die ,,Multis'' besser unter Kontrolle halten kann. (Bei der bewaffneten Einsatztruppe bleibt im unklaren, ob es die staatliche Polizei oder vielleicht eine Werkschutzeinheit ist.)

Gegen die Nutzung von Kernenergie unter kapitalistischen Bedingungen fällt im ganzen Film kein Wort. Die Gegner der Kernenergie bei einer Demonstration und der Anhörung sind die reinsten Deppen, wo jene noch heroisch erscheinen, die sich auf der Berliner Gatower Heide von den Birken von der Polizei abpflücken lassen. Anstelle einer politischen Kritik trampelt ein dümmliches Häuflein verloren im Kreis vor dem Haus, in dem das Hearing stattfindet, zeigen die ,,Gegner'' der Kernkraftwerke Fotos ihrer Kinder, die ,,Leben wollen'' oder stellen sich vor den Prüfungsausschuß und legen sich selbst eine Binde vor den Mund, um ihre Ohnmacht zu demonstrieren. Diesen Gefallen hat keiner der Bauern vom Kaiserstuhl oder aus Lüchow-Dannenberg den Herren der Kraftwerksunion gemacht.



Akademische Volkswehr.

Die Not des Vaterlandes, die große Gefahr, die ihm aus der Bewegung der Spartakusgruppe droht, forderte **gemeinsame Tätigkeit zur Sicherung des Nationaleigentums, der öffentlichen Ordnung und insbesondere des planmäßigen Verlaufes der Wahlen.** So hat sich mit Genehmigung und unter wärmster Befürwortung des Herrn Rektors der Universität

die akademische Volkswehr

gebildet.

Die Grundzüge ihrer Tätigkeit sind kurz folgende:

Ausübung des Sicherheitsdienstes für die Stadt Münster nach den vom Oberbürgermeister und A. und S.-Rat gegebenen Gesichtspunkten durch Gestellung von Bereitschaften, die sich nach Bedarf an bestimmten Punkten zur Verfügung stellen.

Die Teilnahme an dieser Wehr ist Pflicht jedes Akademikers, der es mit den Aufgaben der Stunde ernst nimmt.

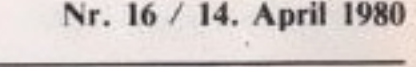
Jedes Zögern gefährdet die Zukunft des Vaterlandes.

Die Anmeldung erfolgt einzeln, besser aber in geschlossenen Gruppen, die dann auch so verwandt werden. Der Beitritt ganzer Körperschaften ist das Erstrebenswerteste.

Die Führung der akademischen Volkswehr

Geschäftsstelle für Anmeldung und Auskunft: Das Studentinnenzimmer der Universität, Eingang bei der Theissingschen Buchhandlung, geöffnet von 9–12 und 2–7.





Münster war 1920 Zentrum der reaktionären Streitkräfte, die unter General von Watter den Aufstand der Arbeiter im Ruhrgebiet niederschlagen sollten. Prof. Naendrup u.a. gründeten die ,,Akademische Wehr Münster'' aus Studenten und Professoren gegen die ,,bolschewistische Gefahr''. Sie umfaßte ungefähr 750 Mann. *Linkes Bild:* Marsch der AKW über den Prinzipalmarkt in Münster. – Der Lohn für Naendrup war der erste Rektorposten in der Zeit des Faschismus. – *Rechtes Bild:* Universitäre Feier in der Stadthalle mit NSDAP-Gauleiter Dr. Meyer.

Universitätsjubiläum in Münster:

Die christlich-reaktionäre Prägung hat historische Wurzeln

r.pit. ,,Die 200-Jahr-Feier der Westfälischen Wilhelms-Universität zu Münster gibt Anlaß zu zwei Fragen: nach dem Verhältnis der Universität zu ihrer eigenen Geschichte und nach dem Selbstverständnis der Universität für ihre Zukunft. Für die Geschichte der Westfälischen Wilhelms-Universität war es bedeutsam, daß sie als letzte der deutschen Universitäten noch mit den päpstlichen Stiftungsprivelegien ausgestattet war. Die Auseinandersetzungen um eine Neuordnung des Verhältnisses von Staat und Kirche haben daher hier einen besonders deutlichen Widerhall gefunden'', schreibt Bundespräsident Carstens in seinem Grußwort. Mit einem umfangreichen Festprogramm unterstreichen Stadt und Universität Münster, daß sie sich selbst in die Tradition ihrer Geschichte stellen, einer Geschichte, die genau 122 Jahre kürzer ist, als die Jubiläumszahl erwarten läßt; denn eine ,,Universität'' gibt es in Münster erst seit einer Verfügung von Wilhelm II. vom 1.2.1902. Die Grundlagen, die die Universität bis heute zu einem Bollwerk der christlichen Reaktion gemacht haben, sind aber tatsächlich in ihrer Vorgeschichte zu suchen.

Als Gründer der Universität wird offiziell Freiherr Franz von Fürstenberg gefeiert, der seit 1762 dem Kurfürsten Max Friedrich als Minister für das Departement Münster diente. Fürsten-

gründende Universität umsehen sollte, stellte an die künftigen Professoren strenge Anforderungen: sie mußten katholisch sein und aus Münster kommen. Deshalb dauerte es sieben Jahre, bis Fürstenbergs Kandidaten an fremden Universitäten ausgebildet waren und 1780 schließlich die ,,Universität'' in Münster gegründet werden konnte. Zweck der Lehranstalt war die Ausbildung des Adels, einerseits zu zukünftigen Mitgliedern des Domkapitels, andererseits sollte durch die juristische Fakultät der Bedarf an Staatsbeamten gedeckt werden. Das gesellschaftliche Rüstzeug verschaffte eine angegliederte Tanz-, Reit- und Fechtschule.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts gab es in Deutschland bei einer Einwohnerzahl von 19 Millionen annähernd 50 sog. Universitäten. Jeder Feudalherr in den unzähligen Klein- und Kleinststaaten wollte seine Universität – heraus kamen solche Zwerggebilde wie z.B. die Universität Duisburg mit 21 Studenten. Die Universität Münster war die letzte dieser feudalen Gründungen. Sie war weder Produkt der ,,Aufklärung'' noch der französischen Revolution. Fürstenberg konzipierte sie vielmehr zur Aufrechterhaltung und Sicherung der Herrschft der untergehenden Feudalklasse.

das Domkapitel aufgehoben. Die französischen Truppen, die Münster seit 1806 besetzt hatten, lösten die preußische Verwaltung für sieben Jahre ab. Fürstenberg wandte sich unverzüglich an den kommandierenden französichen General, damit dieser den katholischen Charakter der Universität restauriere.

Die Rückkehr der preußischen Regierung beendete einstweilen den modernden Zustand der münsterischen Anstalt als ,,Universität''. Der Mief des Feudalismus stank inzwischen zum Himmel, wie aus einem Untersuchungsbericht von 1815 hervorgeht: ,,Die hiesige sogenannte Universität ist ein unvollkommenes Mittelding zwischen Gymnasium und Univerisität geworden, auf welcher bloß katholische Theologen ihre Ausbildung nach dem beschränkten Maße des Erfordernisses nothdürftig befriedigen können.'' Die preußische Regierung wollte daraufhin die gesamte Universität schließen, das Domkapitel setzte aber durch, daß die katholische und die philosophische Fakultät erhalten blieb. Nach der Verlegung der beiden anderen Fakultäten, der medizinischen und der juristischen, 1818 nach Bonn durfte sich der Rest der Universität nur noch ,,Königlich-Theologische und Philosophische Akademie'' nennen. Zweck der Anstalt war nach der Satzung: ,,Die wissenschaftliche und religiös-sittliche Ausbildung derjenigen Jünglinge, welche

Wiederaufbau der Universität nach 1945 in alter Tradition

c.sit. ... Gleich vielen Soldaten lese und studiere ich täglich meine Bibel, und ich bin überzeugt, daß die christliche Botschaft heute die einzige Hoffnung dieser Welt ist. Wir sehen überall um uns eine körperlich und in einem hohen Grade sittlich erschütterte Welt. Das Kämpfen ist zu Ende, aber die schwierige Arbeit des Wiederaufbaus, in jedem Sinn des Wortes, fängt eben erst an. Auf die Fundamente, auf denen dieser Aufbau gemacht wird, kommt es an. Sie müssen von Fels sein, und dieser Felsen muß der Felsen des christlichen Glaubens sein.'' Diese Worte gab Brigadier C.A.H. Chadwick, Vertreter der britischen Besatzungsbehörden in Münster, der Wiedereröffnung der evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Münster 1946 ,, zum Geleit''. Vorher und auch später haben die britischen Besatzer dafür gesorgt, daß die Tradition der Universität fast ungebrochen aus der Zeit des Faschismus in die freiheitlich-demokratische herübergerettet wurde.

Das wird besonders deutlich an den Entnazifizierungsausschüssen, die die faschistische Belastung der Professoren prüfen sollten. 119 von 168 Professoren waren Mitglied der NSDAP oder der SA und SS gewesen. 77 wurden in den ersten Jahren nach dem Krieg entlassen, aber Ende 1948 gab es nur 12, die nicht wiedereingestellt worden waren, nachdem sie sich selbst ,,Persilscheine'' ausgestellt hatten. 9 von die-

Ehrenbürger der Universität ist Bischof Kunst, ehemals Bevollmächtigter des Rates der EKD bei der Bundesregierung.

Ebenso starken Einfluß hat die katholische Kirche auf die Forschung an dieser Universität. Sie wirkt weit über die katholisch-theologische Fakultät hinaus. Ein wesentlicher Forschungsschwerpunkt mit eigenem Sonderforschungsbereich ist z.B. das Institut für Genossenschaftswesen, das in fast allen lateinamerikanischen Ländern Institute unterhält, mit denen ,,Aufbau und Weiterentwicklung von Märkten in diesen Ländern betrieben werden soll. Angekurbelt haben diese Projekte der katholische Soziologe Schelsky und der ehemalige Bischof von Münster, Josef Höffner, heute Kardinal in Köln und damals Begründer des Instituts für christliche Sozialwissenschaften am FB Kath. Theologie. Die Projekte dienen, wie Prof. Hoffmann, ehemals Rektor der Universität ausführt, einer ,,Fortentwicklung, die alle Bevölkerungsteile in das wirtschaftliche Leistungs-und Belohnungsgefüge einbezieht, ... und das nicht mit umstürzender Gewalt, Enteignung oder kolonialisierender Einflußnahme''.

Neben dem baulichen Wiederaufbau wird die innere Struktur der Universität so verändert, daß sie für die Ausführung der Bildungsreform der ver-